47. Sitzung

Freitag, den 25.02.2011

Erfurt, Plenarsaal

**Erstes Gesetz zur Änderung
des Thüringer Gesetzes für Na-
tur und Landschaft**

4262

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung

- Drucksache 5/2244 -

dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

- Drucksache 5/2334 -

ZWEITE BERATUNG

*Der Gesetzentwurf wird in ZWEITER BERATUNG und in der
Schlussabstimmung jeweils angenommen.*

Der Entschließungsantrag wird abgelehnt.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

4262

4262

**Perspektiven für Thüringer
Lehrerinnen und Lehrer schaf-
fen**

4263

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/2299 -

Minister Matschie erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Die Erfüllung des Berichtersuchens wird nach Widerspruch durch Abstimmung festgestellt. Der beantragten Fortsetzung der Beratung zum Sofortbericht im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur gemäß § 106 Abs. 1 i.V.m. § 86 Abs. 2 Satz 3 GO wird zugestimmt.

Die Nummer II des Antrags wird an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur überwiesen.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	4263, 4275
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4264, 4273
Emde, CDU	4267
Hennig, DIE LINKE	4269
Metz, SPD	4271
Hitzing, FDP	4271

**Klimaschutz-Gebäudegesetz
für den Bestand auf den Weg
bringen** 4276

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/2283 -

Minister Carius erstattet einen Sofortbericht. Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt. Die Abstimmung über die beantragte Fortsetzung der Beratung über den Sofortbericht im Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr gemäß § 106 Abs. 1 i.V.m. § 86 Abs. 2 Satz 3 GO unterbleibt, da die Fraktionen der CDU und der SPD die gemäß § 106 Abs. 1 i.V.m. § 86 Abs. 2 Satz 4 GO erforderliche Zustimmung versagen.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr	4276, 4288
Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4278, 4284, 4284, 4284, 4284, 4289
Doht, SPD	4279, 4287
Wolf, DIE LINKE	4280
Scherer, CDU	4281, 4282, 4282, 4282, 4282, 4283
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4283, 4287
Untermann, FDP	4283
Barth, FDP	4284
Weber, SPD	4285
Kuschel, DIE LINKE	4286, 4287, 4287

**Rechtsmittel gegen sogenannte
Antiextremismuserklärung** 4290

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/2303 -
dazu: Alternativantrag der Fraktion
der FDP
- Drucksache 5/2331 -

Der Antrag und der Alternativantrag werden jeweils abgelehnt.

Meißner, CDU	4290
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4292, 4292, 4293, 4294

Dr. Voigt, CDU	4293
Marx, SPD	4293, 4294, 4294
Barth, FDP	4294, 4300
Renner, DIE LINKE	4297
Dr. Poppenhäger, Justizminister	4299

„Internationales Jahr der Wälder 2011“ - eine Chance für die Thüringer Forstwirtschaft 4300
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
- Drucksache 5/2301 -

Minister Reinholz erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt. Der beantragten Fortsetzung der Beratung zum Sofortbericht im Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz gemäß § 106 Abs. 1 i. V. m. § 86 Abs. 2 Satz 3 GO wird zugestimmt.

Die Nummern II und III des Antrags werden an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz überwiesen.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	4301
Kummer, DIE LINKE	4304, 4304
Hitzing, FDP	4306
Primas, CDU	4308
Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4309
Mühlbauer, SPD	4312

Mitgliedschaft von Mitgliedern der Landesregierung in Leitungs- und Aufsichtsgremien auf Erwerb gerichteter Unternehmen 4314
hier: Zustimmung des Landtags gemäß Artikel 72 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen
Antrag der Landesregierung
- Drucksache 5/2291 -

Der Antrag wird angenommen.

Verbraucherschutz: Information und Dialog ja - staatlich finanziertes Anprangern nein! 4314
Antrag der Fraktion der FDP
- Drucksache 5/2286 -

Der Antrag wird abgelehnt.

Koppe, FDP	4314
Gumprecht, CDU	4315
Sedlacik, DIE LINKE	4316
Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4318
Mühlbauer, SPD	4320
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	4320

**Elternassistenz für Menschen
mit Behinderungen in Thürin-
gen**

4322

Antrag der Fraktion der FDP
- Drucksache 5/2287 -

*Der Antrag wird an den Ausschuss für Soziales, Familie und Ge-
sundheit überwiesen.*

Koppe, FDP	4322, 4326
Grob, CDU	4322
Stange, DIE LINKE	4323
Künast, SPD	4323
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4324
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	4325

**Situation der Hebammenarbeit
in Thüringen - Beratung der
Großen Anfrage der Fraktion
DIE LINKE und der Antwort der
Landesregierung - Drucksache
5/962/1616 - auf Verlan-
gen der Fraktion DIE LINKE**

4327

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1735 -

*Die beantragte Fortsetzung der Beratung zur Großen Anfrage der
Fraktion DIE LINKE und der Antwort der Landesregierung im Aus-
schuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemäß § 86 Abs. 2
Satz 3 und 4 GO wird abgelehnt.*

Stange, DIE LINKE	4327
Gumprecht, CDU	4329
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4331
Koppe, FDP	4333
Dr. Hartung, SPD	4334
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	4335

Anwesenheit der Abgeordneten:

Fraktion der CDU:

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Grob, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, Lehmann, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Enders, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Keller, Dr. Klaubert, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Die Minister Matschie, Carius, Geibert, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Diezel:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags herzlich willkommen, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)

Ich bedanke mich für den Beifall, Herr Kuschel, wegen meiner Begrüßung.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Der galt nicht Ihnen.)

Als Schriftführer hat Abgeordneter Kowalleck neben mir Platz genommen. Die Rednerliste führt Abgeordneter Meyer.

Für die heutige Sitzung haben sich Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Hellmann, Herr Abgeordneter Höhn, Herr Abgeordneter von der Krone, Herr Abgeordneter Recknagel, Frau Abgeordnete Siegensmund und Ministerpräsidentin Frau Lieberknecht entschuldigt.

Am heutigen Tage hat unser Kollege Michael Heym aus der CDU-Fraktion Geburtstag. Ich gratuliere recht herzlich.

(Beifall im Hause)

Ich wünsche Glück, Gesundheit und Gottes Segen.

Ebenfalls heute Geburtstag hat unser leider erkrankter Kollege Klaus von der Krone. Ich habe ihm im Namen von uns allen gratuliert, herzliche Grüße und Genesungswünsche übermittelt.

(Beifall im Hause)

Folgender Hinweis zur Tagesordnung: Der TOP 14 wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die FDP-Fraktion ihren Antrag in der Drucksache 5/2288 zurückgezogen hat.

(Beifall CDU, SPD)

Ich rufe deshalb auf den **Tagesordnungspunkt 4**

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes für Natur und Landschaft

Geszentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/2244 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/2334 -

ZWEITE BERATUNG

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat sich Abgeordneter Primas zu Wort gemeldet. Herr Abgeordneter Primas möchte nicht sprechen. Der Herr Minister möchte sprechen. Bitte schön, Herr Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich nur kurz noch einmal zu Wort melden. Zu dem, was gestern gesagt worden ist, gibt es, glaube ich, nicht mehr viel zu ergänzen. Es bleibt das noch, was Kollegin Hitzing gestern noch einmal in den Raum gestellt hatte. Ich will noch einmal kurz darauf hinweisen, dass die Geschäftsstelle der Stiftung Naturschutz Thüringen in die Landesanstalt für Umwelt und Geologie integriert ist. Sie ist damit natürlich auch mit qualifiziertem Personal der TLUG ausgestattet. Die folgenden Zahlen, die gestern noch einmal erbeten worden sind, beziehen sich auf die Jahre 2009 bzw. 2010, da konkretere Aussagen im Moment noch nicht getroffen werden können. Beschäftigt sind dort sechs Personen, vier Beamte und zwei Tarifbeschäftigte, und das teilweise in Teilzeit. Nach den mir vorliegenden Zahlen betragen die Personalkosten monatlich rund 17.800 €. Dies stellt einen Gesamtbruttobetrag einschließlich des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen bei den Tarifbeschäftigten dar. Konkret: Zurechenbare Sachkosten fielen nur in einer Höhe von rund 500 € an. Hier zeigen sich letztendlich Kostenspareffekte durch die Ansiedlung der Geschäftsstelle bei der TLUG, da so zum Beispiel auch Großkundenverträge, z.B. für Kommunikation der Geschäftsstelle mit genutzt werden können in der Stiftung. So viel noch mal zu den Dingen, die gestern noch einmal erbeten worden sind. Ich bitte um positiven Abschluss. Danke.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Zu Wort hat sich Herr Dr. Augsten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Minister Machnig hat uns gestern Mut gemacht, als er die Koalition als „lernendes System“ bezeichnet hat. Nun glaube ich nicht, dass die Zeit gereicht hat, dass die SPD und die CDU zu neuen Erkenntnissen gekommen sind. Wir haben gestern hier dargelegt, dass es auch gute Gründe gibt, das noch einmal an den Ausschuss zu überweisen und darüber zu sprechen, vor allen Dingen auch über die Probleme, die die Leute, die in der Stiftung arbei-

(Abg. Dr. Augsten)

ten, haben. Das kann man vielleicht auch noch an anderer Stelle machen. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Dass sich Herr Primas nicht gemeldet hat, ist ja auch ein Zeichen dafür, dass es da keine Veränderung gibt. Insofern bleibt es dabei, dass wir die Ausschussüberweisung beantragen und alles andere - da hat der Minister recht - ist gesagt. Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann beende ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung. Als Erstes stimmen wir ab über den Gesetzentwurf und dann über den Entschließungsantrag.

Abgestimmt wird direkt über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/2244 in zweiter Beratung. Wer mit dem Gesetzentwurf einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Zustimmung bei der FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Wer ist gegen den Gesetzentwurf? Ablehnung bei der Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf in der Drucksache 5/2244 angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer für den Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung ist, den bitte ich jetzt, sich von den Plätzen zu erheben. Das sind die FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Danke. Wer ist gegen den Gesetzentwurf? Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung des Entschließungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2334. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist Zustimmung bei den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist gegen den Entschließungsantrag? Das ist Ablehnung bei den Fraktionen SPD, CDU und FDP. Damit ist der Entschließungsantrag in Drucksache 5/2334 abgelehnt. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**

**Perspektiven für Thüringer
Lehrerinnen und Lehrer schaffen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/2299 -

Wünscht die Fraktion die Begründung? Nein. Die Landesregierung erstattet Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Herr Minister Matschie, bitte.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe gern den erbetenen Bericht. Wenn es um die Situation an den Schulen und die Perspektiven für Lehrerinnen und Lehrern geht, müssen wir zunächst eine Bestandsaufnahme machen, welche Situation habe ich in Bezug auf unsere Schulen im Herbst 2009 hinsichtlich des Personals vorgefunden. Ich will das an vier Punkten deutlich machen.

Erstens: Wie Sie wissen, werte Kolleginnen und Kollegen, hat es im Jahr 2006 ein Grundsatzurteil zur Teilzeitarbeit verbeamteter Lehrer gegeben. Wer Vollzeit arbeiten möchte, darf dies tun. Dies führte im Ergebnis zu einem deutlichen Personalüberhang, insbesondere an den Thüringer Gymnasien und Regelschulen. Dieser Umstand verbaut uns faktisch die Möglichkeit von Neueinstellungen junger Lehrerinnen und Lehrer, die wir an den Thüringer Hochschulen ausgebildet haben. Wir können an diesen Schularten nur dort einstellen, wo Mangelfächer vorhanden sind.

Zweitens: In den beiden Jahren 2008 und 2009 wurden insgesamt nur fünf Lehrer eingestellt.

Drittens: Der Altersdurchschnitt der Thüringer Lehrer ist innerhalb von zehn Jahren von 46,7 Jahren im Jahr 2001 auf 50,9 Jahre im Jahre 2011 kontinuierlich angestiegen.

Viertens: Das Altersteilzeitmodell stellt uns vor enorme Probleme. Zahlreiche Lehrer sind in der Ruhephase und stehen damit für den Schuldienst nicht mehr zur Verfügung.

Das ist die Situation, wie ich sie vorgefunden habe. Ich habe seitdem aktiv umgesteuert. Die wichtigste Maßnahme war, die Neueinstellung von Lehrern wieder in Gang zu setzen. Wir haben im Jahr 2010 in allen Schularten 151 Lehrer neu eingestellt. Ich plane für dieses Jahr 300 Neueinstellungen für den Thüringer Schuldienst.

(Beifall SPD)

Neueinstellungen sind das eine, wichtig ist aber auch die Sicherung des Lehrernachwuchses. Deshalb lege ich großen Wert darauf, dass die Zahl der eingestellten Lehramtsanwärter wächst. Es waren im Jahr 2009 340 Lehramtsanwärter, im letzten Jahr haben wir die Zahl auf 400 erhöht und ab diesem Jahr sollen rund 500 Lehramtsanwärter ausgebildet werden. Damit haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass wir auch in den nächsten Jahren bedarfsgerecht einstellen. Das stellt sicher, dass Schritt für Schritt wieder eine ausgewogene Altersmischung entstehen kann und wir sorgen dafür, dass die Lehramtsabsolventinnen und -absolventen eine Perspektive in Thüringen haben. Mit dieser Personalentwicklung können wir eine hohe Qualität der Arbeit in den Schulen sicherstellen. Ich

(Minister Matschie)

will, dass die Schulen so ausgestattet sind, dass die Arbeit dort funktionieren kann, dass wir gute Lehrerteams an den Schulen haben, motivierte Lehrerteams und dass Schritt für Schritt wieder eine bessere Altersmischung entsteht. Sie wissen, wir haben uns in der Bildung eine Menge vorgenommen. Mein Ziel ist es, Thüringen zum Bildungsland Nummer 1 zu machen, dabei hat die Ausbildung an den Schulen einen ganz herausragenden Stellenwert. Die Lehrerinnen und Lehrer stehen dabei vor großen Herausforderungen. Wir haben neue Lehrpläne eingeführt in den Grundschulen, wir werden das in den weiterführenden Schularten in den kommenden Jahren tun. Wir haben ein neues Schulgesetz verabschiedet, was die individuelle Förderung eines jeden Schülers in den Mittelpunkt stellt, und haben damit hohe Anforderungen an die Weiterentwicklung der Schulen gestellt. Aus diesem Grund überlasse ich es auch nicht dem Zufall, wie sich die Personalsituation künftig entwickelt, sondern wir tun alles, um neue, junge Lehrer in den Schuldienst zu bringen. Dazu werden alle vorhandenen Möglichkeiten ausgenutzt und ausgeschöpft. Ich will mich an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich bedanken bei den vielen engagierten Lehrerinnen und Lehrern, die eine gute Arbeit an den Schulen machen, die dafür sorgen, dass Thüringer Schülerinnen und Schüler gute Unterrichtsbedingungen haben. Für diesen Einsatz möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich frage: Wird die Beratung zum Sofortbericht gewünscht? Ich sehe, die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die CDU wünschen die Beratung. Dann eröffne ich die Beratung zum Sofortbericht gleichzeitig mit der Aussprache zu Nummer II des Antrags. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren - ich sage an dieser Stelle auch ganz deutlich -, liebe Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen, natürlich auch liebe Schülerinnen und Schüler! Wir haben diesen Antrag hier im Landtag eingebracht, weil wir davon überzeugt sind, dass es tatsächlich höchste Zeit ist, sich dieser Thematik ernsthaft anzunehmen. Ich bedanke mich für die neue Transparenzinitiative des Thüringer Bildungsministeriums, zunächst über die Presse über das Berichtersuchen umfänglich zu berichten und dann auch hier im Thüringer Landtag etwas ver-

kürzt noch einmal eine Zusammenfassung, die man schon vor zwei Tagen in der Thüringischen Landeszeitung nachlesen konnte, abzuliefern. Ich sage das durchaus nicht nur ironisch, sondern ich glaube, dass wir tatsächlich eine öffentliche Diskussion brauchen, denn wir alle wissen, dass die Situation der Lehrerinnen und Lehrer und ihre Altersstruktur, aber auch die beruflichen Perspektiven nicht nur eine spezifisch thüringische Problematik sind, auch kein allein deutsches Phänomen, sondern eine Herausforderung mit europäischer Dimension. Nichtsdestotrotz - das wissen wir alle - ist Bildungspolitik originäre Ländersache und dafür ist unsere Koalition auch recht ambitioniert angetreten. Insofern erwarten wir von der Landesregierung Antworten, auch wenn, wie Herr Minister Matschie eben formulierte, er natürlich eine bestimmte Situation vorgefunden hat, so haben Sie es eben ausgedrückt, das darf man natürlich nicht vergessen. Ich will trotzdem noch einmal ein bisschen die Geschichte reflektieren und zuvorderst Danke sagen an die Lehrerinnen und Lehrer, die tagtäglich eine hervorragende Arbeit an ganz vielen Schulen hier in Thüringen leisten, und zwar in allen Schularten. Ich will auch sagen, damit dieses Thema nicht so ein Geschmäckle von Altersdiskriminierung bekommt,

(Beifall SPD)

ältere Lehrerinnen und Lehrer sind mitnichten schlechtere Lehrerinnen und Lehrer, ganz und gar nicht. Das Problem ist aber, dass wir im Schnitt überwiegend nur noch ältere Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere an den staatlichen Schulen haben und hier müssen wir aktiv werden, um tatsächlich auch da eine gute Mischung von jungen und älteren Kolleginnen und Kollegen hinzubekommen. Schon im Jahr 2003 hat die OECD dringenden Handlungsbedarf ausgemacht und betont auch in ihrer 2009 veröffentlichten Studie „Teaching and Learning International Survey“ den Hinweis darauf, dass jeder dritte Lehrer älter als 50 Jahre ist, in Österreich und Norwegen sind es über 40 Prozent, in Italien über 50 Prozent. Nur 15 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Europa waren, wenn man diese Studie nachliest, jünger als 30 Jahre. Da sieht man, dass es nicht nur ein deutsches Problem ist. Bemerkenswert ist, dass sich Deutschland ebenso wie die USA, Japan, Frankreich und Großbritannien leider nicht an der Studie beteiligen, da die Kultusminister die Studie abgelehnt haben, weil sie keine Erkenntnisse erwarteten, die die weitere Qualitätsentwicklung des Unterrichts voranbringen könnten. In Deutschland und Italien waren laut OECD im Jahr 2003 fast 50 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich älter als 50 Jahre und in Schweden, Island, den Niederlanden, Norwegen, Finnland und Neuseeland ist noch mehr als ein Drittel der Lehrerschaft älter als 50. Für Deutschland gibt es natürlich auch Analysen, die auf einen dringenden Handlungsbedarf in der

(Abg. Rothe-Beinlich)

Bildungspolitik hinweisen. Im Juni des vorletzten Jahres hat der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm darauf hingewiesen, dass sich bis 2020 rund 460.000 deutsche Pädagoginnen in den Ruhestand verabschieden. Diese Zahl muss man einfach im Hinterkopf haben, wenn wir wissen, dass wir heute immer wieder auch von einem Lehrerüberhang hören. Pro Jahr kommen aber deutschlandweit nur etwa 26.000 junge Lehrerinnen und Lehrer nach. Selbst bei zurückgehenden Schülerzahlen reicht das nach Klemms Berechnungen mitnichten aus, um den Standard von heute zu halten, geschweige denn ihn zu verbessern. Dass wir in Thüringen einiges vorhaben, wissen wir nicht erst seit der Novellierung des Schulgesetzes, in dem beispielsweise der Rechtsanspruch auf individuelle Förderung enthalten ist.

Thüringen ist in besonderer Weise betroffen, denn der Altersdurchschnitt der Thüringer Lehrerinnen und Lehrer liegt aktuell bei über 50 Jahren, nach Angaben des Bildungsministeriums genau bei 50,9 Jahren. Von den 20.414 Lehrerinnen und Lehrern in Thüringen sind etwa ein Drittel dieser Lehrerinnen und Lehrer älter als 55. Da die dominante Alterskohorte der Endfünfziger in fünf bis zehn Jahren in einem Schwung in den Ruhestand geht, wird in fünf Jahren aus dem Lehrerüberfluss, über den wir heute immer wieder hören, ganz dezidiert ein Lehrermangel. Das müssen wir natürlich vorausschauend im Blick behalten. Wir meinen, dass es dafür politische Antworten und Ansätze einer vorsorgenden Personalpolitik braucht, die nicht erst auf eine Problemsituation reagiert, wenn sie eingetroffen ist, sondern die vorsorgt und nachhaltig agiert.

Schauen wir noch einmal in den allseits beliebten Koalitionsvertrag hier in Thüringen. Darin können wir lesen, dass beide Seiten einem drohenden Lehrermangel in Thüringen frühzeitig begegnen wollen und sich die Koalitionspartner einig seien, dass bis 2015 ein Ersatzbedarf im Umfang von 2.500 Vollbeschäftigteneinheiten besteht. Um diesen Bedarf zu decken, werden die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht erhöht und die Einstellungskorridore erweitert. Die Koalitionspartner seien sich weiterhin einig, dass durch geeignete Maßnahmen der kurzfristige Bedarf in den Grundschulen zu decken ist. Für uns ist das natürlich ein guter Anlass, einmal nachzufragen, wie weit denn die Landesregierung mit der Umsetzung dieses sich selbst gegebenen Auftrags aus dem Koalitionsvertrag tatsächlich ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch immer wieder nachlesen können, insbesondere auch in der aktuellen Pressemitteilung vom Thüringer Lehrerverband, dass es da große Sorgen gerade von den Vertretungen der Lehrerinnen und Lehrer gibt. Da, glaube ich, sind

Sie uns schon noch einige Antworten schuldig, lieber Herr Matschie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Folgen hat denn nun die Entwicklung auf die Personalsituation in Thüringen? Bis 2015 wird es ca. 3.000 ausscheidende Lehrerinnen und Lehrer geben. Es werden etwa 1.600 Stellen frei werden. Im Bildungsministerium wird bis 2020 sogar mit ca. 4.800 frei werdenden Stellen gerechnet. Im Koalitionsvertrag war jedoch die Rede von 2.500 Lehrerinnen und Lehrern, die neu hinzukommen sollen, fast eine Halbierung. Da muss ich ganz deutlich sagen, da hat der Thüringer Lehrerverband durchaus recht, wenn er das kritisiert, was hier vom Thüringer Ministerium geplant ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig wurden im letzten Jahr - Herr Matschie hat es gerade noch einmal erwähnt - gerade einmal 151 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Da, wo die Teilzeitmodelle bereits ausgelaufen sind, wie z.B. bei den Grundschulen, können schon heute nicht mehr alle freien Stellen besetzt werden. Die Situation wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die Schülerinnen-/Schülerzahlen in den nächsten Jahren einigermaßen stabil bleiben werden, das konnten wir ja auch alle nachlesen. Zum anderen erleben wir aber Abwerbungsanstrengungen einzelner Länder und die hilflosen Bemühungen einzelner Kultusminister und -ministerinnen, die sich im März 2009 auf ihrer Konferenz in Stralsund zusicherten, den Wettbewerb um Lehrer und Lehrerinnen untereinander fair zu gestalten.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Auch wir wollen einen fairen Wettbewerb! Aber ich kenne noch keine Werbeinitiative für das „Bildungsland Nummer 1 Thüringen“, so soll es ja heißen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

welche sich gezielt an junge Absolventinnen und Absolventen richtet und die deutlich sagt, hier bieten wir gute Bedingungen. Das Problem ist vermutlich, dass die Bedingungen leider nicht so gut sind und wir damit wenig Anreize haben, um junge Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen.

Gestatten Sie, dass ich aus der Thüringischen Landeszeitung von heute ein kurzes Zitat vortrage, das lautet: „Die Einstellungsbedingungen seien in Thüringen zur Zeit derart unattraktiv, dass nicht einmal alle Referendarstellen besetzt werden könnten.“ - so Busch. „Zum 1. Februar dieses Jahres seien in Thüringen 200 Referendarstellen ausgeschrieben gewesen, lediglich 132 konnten besetzt werden.“ Da tröstet mich wenig, lieber Herr Minister Matschie, dass Sie in der Osterländer Volkszeitung sehr freundlich gesagt haben, dass Sie nicht beabsichtigen, in einen regelwidrigen Wettbewerb einzu-

(Abg. Rothe-Beinlich)

treten, der gegen Länderabsprachen verstößt. Ich weiß, dass wir überall in der Wirtschaft und überall sonst immer darüber reden, dass wir die besten Köpfe gewinnen wollen. Ich glaube nicht, dass es regelwidrig oder gegen Länderabsprachen verstoßend ist, wenn wir uns bemühen, junge Lehrerinnen und Lehrer nach Thüringen zu holen und sie für Thüringen zu gewinnen.

Das Bildungsministerium hat die Stellen für den Vorbereitungsdienst von 340 im Jahr 2009 auf 600 in diesem Jahr ausgebaut. Das ist eine richtige Entscheidung! Ich kann da ja durchaus sehr differenziert argumentieren. Dieser Weg muss aber konsequent weiterverfolgt werden, denn bei 700 Lehramtsabsolventinnen/-absolventen pro Jahr könnten das gute Perspektiven für den Vorbereitungsdienst sein; das sehen wir auch so. Wir haben allerdings auch noch eine Warteschleife, wenn ich das so nennen darf, abzuarbeiten. Auch das ist hinlänglich bekannt.

Zum Problem der Altersteilzeit: Zwar scheiden 2011 610 Lehrerinnen/Lehrer aus, jedoch werden nur 300 Stellen frei. Auf dem Höhepunkt der - ich nenne es, gestatten Sie mir das, wie in der Osterländer Volkszeitung am 23.02.2011 beschrieben - „Rentnerwelle“ werden für 2020 sogar 839 freie Stellen errechnet. Die Schülerzahlen werden laut Prognose aus 2011 bis zum Schuljahr 2019/2020 moderat ansteigen von jetzt 237.000 Schülerinnen und Schülern auf 241.000 Schülerinnen und Schüler und erst danach wieder leicht absinken. Bis zum Jahr 2029/30 erwarten wir ca. 213.000 Schülerinnen und Schüler. Ich sage es hier noch einmal, ältere Lehrerinnen und Lehrer sind keineswegs schlechter, denn Erfahrung ist ausgesprochen wichtig; trotzdem setzen wir uns für eine ausgewogene Altersstruktur unter den Lehrkräften an Thüringer Schulen ein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist erstrebenswert, weil ein fortgeschrittenes Durchschnittsalter der Lehrenden durchaus auch Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts haben kann, was z.B. die Anwendung von neuen Lehr- und Lernmethoden anbelangt. An dieser Stelle will ich auch sehr deutlich sagen, dass beispielsweise der Umgang mit Heterogenität oder die Problematik der individuellen Förderung bis jetzt nicht zum verpflichtenden Bestandteil einer Lehrerinnen-/Lehrerausbildung gehört hat. Wir erwarten das aber, wenn wir das Schulgesetz entsprechend erfüllen wollen. Insofern glaube ich, dass es sowohl Weiter- und Fortbildung auch für die älteren Kolleginnen und Kollegen braucht, aber auch junge Köpfe, die genau das aus ihrer Ausbildung mitbringen. Wir brauchen also nicht nur junge motivierte Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch die entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte

fortgeschrittenen Alters. Ich sehe hier durchaus Herausforderungen im Schuldienst. Neben den Punkten, die ich eben schon genannt habe, gibt es ja auch noch die große Herausforderung der Inklusion, Gruppenarbeit, schülerzentrierter Unterricht, auch jahrgangsübergreifender Unterricht und natürlich auch das längere gemeinsame Lernen und vieles mehr.

Zu unserem Antrag, der drei wesentliche Forderungen enthält:

Punkt 1: Hier fordern wir die Landesregierung auf, dass tatsächlich jeder Absolventin und jedem Absolventen der universitären Lehrausbildung in Thüringen innerhalb eines Jahres ein Platz für den Vorbereitungsdienst angeboten wird und nach erfolgreichem Abschluss des Vorbereitungsdienstes eine berufliche Perspektive im Thüringer Schuldienst eröffnet wird. Warum haben wir das genau so formuliert? Weil wir wissen, dass wir nicht alle vermutlich gleich in den regulären Dienst als Lehrerinnen und Lehrer übernehmen können, weil wir aber nicht wollen, dass die gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer sich woanders gute Perspektiven suchen. Ich meine, dass wir hier tatsächlich kreative Lösungen brauchen, um die jungen Leute hier zu halten. Ich nenne mal das Stichwort fehlende Erzieherinnen und Erzieher an den Thüringer Grundschulen und ich glaube, dass hier Möglichkeiten geschaffen werden könnten, Übergangsperspektiven für diese jungen Menschen zu bieten, damit sie dann eine Perspektive tatsächlich auch als Lehrerin und Lehrer finden.

Die missliche Situation vieler Absolventinnen und Absolventen, die nach der universitären Lehrerausbildung in Thüringen keinen Platz im Vorbereitungsdienst angeboten bekommen, ist bekannt, insbesondere junger Familienväter und -mütter, die örtlich gebunden sind oder weniger flexibel - so will ich es einmal nennen - auf dem Lehrerinnen-/Lehrermarkt jonglieren können. Zudem soll es ja auch darum gehen, dem absehbaren Lehrerinnen-/Lehrermangel offensiv zu begegnen und nach dem Vorbereitungsdienst auch wirklich berufliche Perspektiven im Schuldienst zu eröffnen. Das kann, wie gesagt, auch bedeuten, dass wir vorerst über Bedarf einstellen, wobei zu klären ist, was „über Bedarf“ überhaupt heißt. Zwar haben wir in Thüringen eine recht ordentliche Lehrer-Schüler-Relation, wenn ich allerdings die aktuellen Berichte des Thüringer Lehrerverbands und dessen Befürchtungen lese, dann erscheint mir das nicht so, als ob wir mit einem Lehrerüberschuss Probleme an den Thüringer Schulen und in der Praxis haben.

Auch in anderen Bundesländern gezielt junge Lehrerinnen und Lehrer für die Aufnahme einer Lehrerinnen-/Lehrtätigkeit in Thüringen zu gewinnen, meinen wir, sollte ein Ziel sein. Wie gesagt, wer Bildungsland Nummer 1 sein möchte, der darf sich

(Abg. Rothe-Beinlich)

auch nicht vor Wettbewerb scheuen. Sonst ist Wettbewerb immer sehr beliebt, wir wollen den Wettbewerb um die besten Köpfe,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dafür müssen wir aber auch gute Bedingungen bieten.

(Beifall SPD)

Den letzten Punkt, den ich hier noch benennen möchte, ich bin eben schon darauf eingegangen, in den Thüringer Lehramtsstudiengängen fehlt bislang ein verpflichtendes Modul zum Umgang der Lehrkräfte mit Heterogenität, um dem Rechtsanspruch auf individuelle Förderung im Thüringer Schulgesetz auch in der Lehramtsausbildung Rechnung zu tragen, gerade auch im Hinblick des Umbaus zu einem inklusiven Schulsystem in Thüringen. Insofern hoffe ich, dass dieser unser Antrag eine gute Grundlage ist, um gemeinsam ins Gespräch zu kommen und für Thüringen bestmögliche Bedingungen für junge Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. Deshalb hoffe ich auf die Weiterberatung im Ausschuss, wohin ich die Überweisung beantrage, und freue mich auf eine lebhaftige Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Volker Emde.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, es ist in Ordnung, dass wir heute über diesen Antrag reden, denn die Frage der Lehrerversorgung muss immer aktuelles Thema sein. Es ist natürlich das Recht und die Pflicht des Parlaments, dort ein Stück weit auch mit hinzuschauen. Es ist ganz klar, wir brauchen die gesunde Altersmischung an unseren Schulen. Wir müssen versuchen, die Altersmischung hinzubekommen. Das heißt, kontinuierlich einstellen. Aber jeder, der in diesem Parlament sitzt, kennt auch die Probleme, die wir in der Vergangenheit hatten und haben. Wir haben in Thüringen einen Weg gewählt, wir wollten allen im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen ermöglichen, in ihrem Job zu bleiben. Diesen Weg ist man gemeinsam mit den Gewerkschaften gegangen. Aber das ist eben kein so ganz einfacher Weg, wenn die Zahl der Schüler um die Hälfte einbricht und die Zahl der Kollegen bleibt. Daraus ergeben sich Situationen, mit denen müssen wir umgehen.

Ich möchte ganz gern den Bericht des Ministers zumindest an einigen Stellen vervollständigen, denn es ist richtig, dass 2008 und 2009 nur fünf Lehrer unbefristet eingestellt wurden, aber es ist eben auch so, dass zum 01.08.2009 290 Lehrerinnen

und Lehrer und Erzieher befristet eingestellt wurden. Das ergab sich ganz einfach daraus, dass es einen Überhang an Stellen gab und auch noch gibt, den man natürlich genau beziffern muss - vielleicht ist das einmal Gegenstand im Ausschuss -, aber man auf der anderen Seite Neueinstellungen vornehmen wollte. So konnte man unter Anwendung des Haushaltsrechts nur befristet einstellen.

Zum Thema Altersdurchschnitt: Das ist richtig, dass unser Altersdurchschnitt der Lehrerschaft in den letzten zehn Jahren um fünf Jahre angestiegen ist, aber allein aus diesem Zahlenspiel lässt sich herauslesen, dass es eine ganze Reihe von Gegenmaßnahmen gegeben hat, sonst hätte der Altersdurchschnitt um zehn Jahre ansteigen müssen. Darauf will ich einfach verweisen, dass man versucht hat, immer wieder Einstellungskorridore zu öffnen, dies auch erreicht hat und an vielen Stellen, insbesondere in den Grundschulen, neuen, jungen Kollegen auch die Chance gegeben hat, hier ihrem Beruf nachzugehen.

(Beifall CDU)

Wir hatten eine Situation, dass über 400 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden konnten, aber dann kam dieses besagte Urteil. Ich denke, es ist richtig, dass wir den Weg beschreiben, auch wieder zu solchen Einstellungszahlen zu kommen. Ich will es aber auch einmal deutlich sagen, wir haben auch heute und in den nächsten Jahren bis ca. 2015 weiterhin einen rechnerischen Überhang von über 1.000 Stellen. Das heißt, wenn man einen Einstellungskorridor trotzdem eröffnet, ist man sich sehr bewusst und tut aktiv etwas dafür, dass die Altersmischung in den Kollegien ist und dass junge Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Erzieher eingestellt werden können. Wie gesagt, bis 2015 wird diese Situation unter anderem deswegen sein, weil die Verträge des Floating erst Stück für Stück auslaufen und die Kolleginnen und Kollegen, die sich solidarisch verhalten hatten damals, jetzt langsam wieder zu Vollzeitbeschäftigungen kommen und das ist ja positiv. Um es einmal deutlich zu sagen, wer in der Wirtschaft hat denn dieses Angebot bekommen, für einen gewissen Zeitraum auf Gehalt zu verzichten, aber dafür einen sicheren Arbeitsplatz zu haben und, ich möchte behaupten, mit einem Gehalt im öffentlichen Dienst auch noch einigermaßen anständig bezahlt zu sein.

(Beifall CDU)

Deswegen sage ich für die CDU-Fraktion, es ist absolut richtig und wir stehen auch dazu, dass die Landesregierung für sich beschlossen hat, dass jede zweite frei werdende Stelle neu besetzt werden kann. Das Wort „Stelle“ sage ich deswegen so genau, weil zu oft die Stelle gleichgesetzt wird mit der Person, aber es ist nicht so, dass jede Person zu 100 Prozent arbeitet und damit eine ganze Stelle ausfüllt. Insofern muss man an der Stelle wirklich,

(Abg. Emde)

wenn man darüber redet, vernünftig unterscheiden und die Dinge auseinanderhalten.

Jetzt gehe ich einmal auf die Zeitungsmeldungen ein. Wenn also 2011 610 Personen aus dem Schuldienst ausscheiden werden, so heißt das nicht gleichzeitig, dass das 300 Stellen sind, die hier frei werden. Hinter den 610 Personen verbergen sich meines Wissens ca. 420 Stellen. Das heißt, nach Berechnung der Landesregierung sind 210 Stellen nachzubeseetzen. Zum Februar sind wohl 100 Neueinstellungen vorgenommen worden. Das heißt, wir haben auch noch die Möglichkeit, in diesem Jahr weiterhin einzustellen und dies sollte genutzt werden.

Ich will aber auch sagen, die Landesregierung liegt mit den Einstellungen in dem Plan, den wir als CDU-Fraktion schon 2009 mit Beschlüssen in Altenburg vorgesehen hatten. Wir haben damals gesagt, 2009 sollen 100 Stellen neu besetzt werden - das ist erfolgt. Für 2010 waren ca. 200 Stellen anvisiert - das ist erfolgt. 2011 werden es dann sicher 210 Stellen sein und die Zielstellung ist bis 2014 zwischen 400 und 500 Stellen neu zu besetzen, per annum. Unserer Meinung nach entspricht das genau auch dem Einstellungsbedarf, der in den Thüringer Schulen entstehen wird.

Es ist also kein Grund zur Schwarzmalerei zu sehen, sondern man geht aktiv mit der Situation um und hat die Möglichkeit geschaffen, die neuen Einstellungen auch tätigen zu können. Ich will aber auch sagen, es gibt spezielle Bedarfe. Jeder weiß, dass wir bei einigen Fächern, in den Sprachen, bei Musik, bei Kunst, Wirtschaft, Recht, Technik, bei den Sprachheilpädagogen und andere, bei anderen Fächerkombinationen Probleme haben, entsprechende Kandidaten zu gewinnen. Hier gilt es, dafür Sorge zu tragen, dass sich der jetzt schon bestehende Mangel nicht noch verschärft. Dort muss man sich die Situation schon genau anschauen und ich plädiere dafür, uns im Ausschuss einmal wirklich Zahlen vorlegen zu lassen und genau hinzuschauen. Nennen wir einmal ein Beispiel. In Jena sollen ca. 120 Studenten die Fächerkombination Geschichte-Sozialkunde für das gymnasiale Lehramt besuchen. Ich glaube nicht, dass wir diesen Bedarf haben. Deswegen muss man in den Verhandlungen mit den Lehrer ausbildenden Hochschulen genau hinschauen, dass in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen diese Dinge besprochen sind und wir mit unseren Universitäten den tatsächlichen Bedarf, den Thüringen hat, ein Stück weit abbilden. Das greift überhaupt nicht in die Autonomie und Eigenständigkeit der Hochschulen ein, aber wir müssen von unseren Hochschulen erwarten, dass sie auch auf unsere Bedingungen hin ausbilden.

Ich will noch ein paar Worte sagen zu den Aussagen von Herrn Rolf Busch, dem Vorsitzenden des Thüringer Lehrerverbandes, der sicherlich an dieser

Stelle ein Lobbyvertreter ist. Ich schätze sonst seine sachliche Art, aber, ich glaube, heute schießt er über das Ziel hinaus. Wenn er sagt, dass die Unterrichtsversorgung auf dem jetzigen Niveau seiner Meinung nach nicht mehr gewährleistet werden kann, dann ist das etwas mehrdeutig gesprochen, denn die Unterrichtsversorgung in Thüringen ist dadurch gekennzeichnet, dass wir so gut wie keine Ausfälle haben. Seit vielen Jahren sind wir dort absolut an der Spitze in Deutschland. Zweitens, wenn man in unsere Stundentafeln hineinschaut, dann wird man feststellen, dass Thüringer Schülerinnen und Schüler deutlich mehr an Unterricht bekommen als zum Beispiel ein Schüler in Bremen oder Nordrhein-Westfalen.

(Beifall CDU)

Das ist gut so. Das soll in gewisser Hinsicht auch so bleiben. Aber man muss auch sagen, die großen Überhänge - es sind mehr als 1.000 Stellen per anno, die wir mitschleppen -, die können eben nicht sein, die können wir rechnerisch und finanziell nicht darstellen. Davon muss man ein Stück weit wegkommen. Insofern sage ich Herrn Busch: Unterrichtsgarantie gut und schön, das kann auch nur eine politische Aussage sein. Wir sagen ganz klar - da sind wir uns mit Herrn Minister Matschie vollkommen einig, - wir werden dafür sorgen, dass auch in Zukunft Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden und dass der Bedarf tatsächlich gedeckt wird.

Ein Wort noch zum Antrag der GRÜNEN. Ich sagte schon, das Ziel ist erst mal lobenswert und in Ordnung so. Aber, Frau Rothe-Beinlich, schwarz reden und schwarz sehen, das gilt nicht, das bringt auch nichts, man muss nach vorn sehen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir sehen auch nicht schwarz.)

Sie haben das Damoklesschwert hier schon geschwungen. Vielleicht muss das auch die Rolle der Opposition sein. Ich will Ihnen nur sagen zu Ihren Forderungen in den Punkten II.1. bis II.3.: Jedem Absolventen einen Platz für den Vorbereitungsdienst in Thüringen anzubieten, das ist halt so eine Sache. Erstens ist das Land in der Pflicht, einem Lehramtsstudenten zu sagen, du kannst dein Referendariat in Thüringen machen - das ist gar keine Frage -, aber in dieser Absolutität, wie Sie es hier aufschreiben, heißt es, wir sollen jedem so einen Platz anbieten. Es gibt aber auch Fluktuation. Es gibt Leute, die gehen von Thüringen weg und es gibt Leute, die kommen nach Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hoffentlich!)

Dem muss man Rechnung tragen. Insofern will ich etwas sagen zu dieser Frage Zahl der Referendare stellen. 600 Stellen wurden angekündigt als Ziel für

(Abg. Emde)

dieses Jahr. Ich kann aber nur sagen, es gibt einen beschlossenen Haushaltsplan, Einzelplan 04 20 422 61. Dort hat der Haushaltsgesetzgeber 500 Referendarstellen genehmigt. Da sehe ich einen Widerspruch, auch darüber sollten wir reden.

Dann die Frage, wir sollen jedem, der hier erfolgreich absolviert hat, eine Perspektive im Schuldienst eröffnen? Das ist ja schön blumig ausgemalt, aber ein bisschen naiv, weil es am Ende nicht so kommen wird. Es ist so, wir brauchen die besten Köpfe und wir müssen unseren Bedarf decken. Deswegen ist es nur logisch, dass es eine gesunde Mischung gibt, dass wir den einen oder anderen nicht nehmen, dafür uns aber den einen oder anderen aus einem anderen Bundesland, der an irgendeiner deutschen oder ausländischen Universität studiert hat, hier hereinholen. Das tut uns insgesamt gut.

Dann zu dem Thema, auch in anderen Bundesländern gezielt junge Lehrerinnen und Lehrer abzuwerben - ich unterstelle abzuwerben. Davon halte ich gar nichts, dass man jetzt eine Kampagne startet und dann versucht, das eine Bundesland gegen das andere auszuspielen. Das heißt nicht, dass man die Möglichkeiten der Einstellung im Thüringer Schuldienst andernorts nicht bekannt macht. Ich gehe davon aus, da bin ich mir ganz sicher, dass das Thüringen sehr wohl tut und dass man sehr wohl weiß, dass es in Thüringen Stellen gibt. Das wird an den verschiedenen Universitäten und mit den Möglichkeiten, die man hat, durchaus realisiert.

Einen letzten Satz will ich noch einmal sagen zu Ihrer Forderung, dass Lehrkräfte mit Heterogenität umgehen sollen und dass das in die Studiengänge aufzunehmen ist. Ich bin gern bereit, dass wir dieses Thema auch im Ausschuss noch mal besprechen und dort genau anhören, ob und in welchem Umfang und in welcher Qualität dies stattfindet. Ich kann nur sagen, dass dieser Landtag ein Lehrerbildungsgesetz vor einigen Jahren schon beschlossen hat, in dem festgeschrieben ist, dass jeder künftige Lehrer in Thüringen das Fach Förderpädagogik zu studieren hat. Das sollten Sie jetzt endlich einmal zur Kenntnis nehmen, weil ich zum dritten Mal in diesem Raum diese Forderung von Ihnen höre. Der Landtag hat dies längst beschlossen und ich hoffe und gehe davon aus, dass das an den Universitäten auch so umgesetzt wird. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Susanne Hennig von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Hennig, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Dann lassen Sie es doch.)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Dann lassen Sie es doch.)

Ganz so einfach geht es nicht. Ich finde die Debatte notwendig, wichtig und dringend. Wir führen sie seit mindestens zehn Jahren, also sie ist nicht neu. Ich bin einfach darüber erschrocken, mit welcher Naivität und mit wie wenig Hintergrund diese Debatte geführt wird. Ich finde, dieses Thema hat ein anderes Herangehen verdient. Da ich jetzt gehört habe, dass wir im Ausschuss durchaus dieses Thema noch einmal beraten werden, werde ich meine Rede etwas kürzer gestalten, werde auch die Zahlen, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier benannt hat, nicht noch einmal extra erwähnen, möchte aber schon die eine oder andere Kritik noch einmal loswerden.

DIE LINKE unterstützt grundsätzlich das Ziel dieses Antrags. Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wir diskutieren seit mehreren Jahren, wir diskutieren seit vielen Jahren die Überalterung der Lehrerschaft, Unterrichtsausfall, verschobene Alterspyramide, fächer- und flächenbezogener Personalmangel usw. Das Thema ist nicht neu - für keine Fraktion hier im Landtag, für keine beteiligte Fraktion an der Regierung in diesem Landtag. Das Einzige, was wir aber hören, wir können nur die Einstellungskorridore besetzen, die wir haben, und wir können im Grunde nichts tun. Da fange ich doch tatsächlich an, wirklich daran zu zweifeln, ob das Land Thüringen tatsächlich den Lehrbedarf bis 2015 in irgendeiner Form händeln kann. Worin ich dem am Ende allerdings recht gebe, ist ein Stückchen die Blumigkeit des GRÜNEN-Antrags. Das, was wir hier haben, gerade wenn es um Schlussfolgerungen geht, sind aus meiner Sicht sehr allgemeine und pauschale Forderungen, die man sich genau anschauen muss. Das mache ich am Ende meiner Rede. Vorher würde ich gern noch einmal auf Ziele und Beschlüsse verweisen, die der Landtag schon einmal gefasst hat.

Die SPD-Fraktion hat im Februar 2009 einen Antrag gestellt, allen Lehramtsanwärtern bei Bestehen der Zweiten Staatsprüfung eine unbefristete Einstellung im Arbeitsumfang von 100 Prozent im Schuldienst anzubieten. Im zweiten Punkt, Ausbildungskapazitäten des Landes und die Attraktivität der Lehramtsstudiengänge deutlich zu steigern, hat damals der Abgeordnete Döring gesprochen. Ich möchte kurz zitieren:

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE: Hört, hört.)

(Abg. Hennig)

„Auch hierzulande wird eine riesige Personallücke im Lehrerbereich aufreißen. Wichtiger noch, diese Entwicklung wird bereits in Kürze einsetzen, rasch an Dynamik gewinnen und innerhalb eines kurzen Zeitraums ein dramatisches Ausmaß annehmen.“ Weiter hinten: „Denn es dürfte jedem, der auch nur eine minimale Kenntnis der Grundrechenarten besitzt, ebenso klar sein, dass weder die vom Kultusministerium in diesem Schuljahr vorgenommenen Einstellungen von 35 Nachwuchspädagogen noch der im kommende Schuljahr geplante Einstellungskorridor von 100 Stellen, noch die jährlich 500 Neueinstellungen ab 2011 ausreichen werden, um den schon in Kürze immensen Personalbedarf wirklich zu decken.“ - so weit der Abgeordnete Döring.

Die CDU-Fraktion hat einen Alternativantrag gestellt. Da heißt es in Punkt 2: „... in den künftigen Jahren den Einstellungskorridor mit dem Ziel zu erweitern, ab dem Jahr 2011 jährlich etwa 500 Neueinstellungen vorrangig mit Thüringer Absolventen vorzunehmen.“

Wer heute schon richtig zugehört hat, Kultusminister Matschie hat 300 Neueinstellungen angekündigt für 2011. Die CDU hatte im Landtag schon einmal 500 Stellen beschlossen. Insofern kann man schon sehen, was Beschlüsse im Landtag wert sind.

(Beifall DIE LINKE)

Im Wahlprogramm der SPD heißt es, allen Lehramtsstudenten an Thüringer Hochschulen nach erfolgreichem Studium ein Übernahmeangebot in Thüringen zu machen. Der Minister im Kultusbereich gehört der SPD an. Im Koalitionsvertrag heißt es, 2.500 Stellen bis 2015 zu schaffen. Herr Abgeordneter Emde hat uns gerade auseinandergesetzt, dass aus seiner Sicht 400 bis 500 Stellen ausreichend sind. Allein unter diesem Gesichtspunkt kann ich nicht nachvollziehen, warum, wieso, weshalb wir immer noch auf demselben Stand sind wie vor zehn Jahren. Wir haben bundesweit eine Situation, wo der Lehrerberuf in die Zehntausende geht, wenn nicht Hunderttausende geht. Sich dann hier hinzustellen und zu sagen, wir in Thüringen haben überhaupt kein Problem, Abwerben anderer Studierender aus anderen Bundesländern kommt überhaupt nicht infrage, halte ich erstens für fahrlässig und zweitens wirklich für naiv, wenn es darum geht, absehbar in den nächsten Jahren den Lehrerberuf hier in Thüringen überhaupt ansatzweise decken zu können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will gar nicht weiter auf die Analyse, was die Lehrerentwicklung angeht, eingehen. Das werden wir ausführlich im Ausschuss diskutieren. Auf was ich noch eingehen möchte, wo mir der Antrag der GRÜNEN nicht weit genug geht, ist der Punkt II.1. Natürlich muss jedem Lehramtsabsolventen, der

hier seine Ausbildung macht und in den Vorbereitungsdienst in Thüringen einsteigen möchte, ein Angebot gemacht werden, das ist doch völlig klar. Aber nur zu formulieren, „nach einem erfolgreichen Abschluss des Vorbereitungsdienstes eine berufliche Perspektive im Thüringer Schuldienst zu eröffnen;“, ist viel zu wenig. Eine berufliche Perspektive kann heißen befristet, Teilzeit, genau das, was wir erleben. Das heißt nicht, wie es die SPD schon einmal weitergehend formuliert hat, 100 Prozent unbefristet und tatsächlich eine Perspektive, auch in Thüringen zu bleiben.

(Beifall DIE LINKE)

In Punkt II.2. heißt es bei den GRÜNEN, „in anderen Bundesländern gezielt junge Lehrerinnen und Lehrer für die Aufnahme einer Tätigkeit in Thüringen zu werben,“. Ja, ich glaube, Thüringen braucht dringend auch den Nachwuchs aus anderen Bundesländern, aber das wird so lange ein schlafender Tiger sein, so lange wie wir überhaupt nicht einstellen können. Einmal brauchen wir nicht zu werben, wenn wir niemanden einstellen. Genau das muss die Landesregierung endlich begreifen, dass 300 Lehrer nicht ausreichen.

Mit dem Punkt II.3. im Antrag der GRÜNEN, Heterogenität in einem Modul in die Lehramtsausbildung aufzunehmen, bin ich so gar nicht einverstanden. Ich kann das auch kurz erklären, werte Abgeordnete. Wir haben 2007 ein Lehrerbildungsgesetz in Thüringen, das heißt nicht wir, sondern die CDU-Fraktion hat ein Lehrerbildungsgesetz in Thüringen beschlossen, was unattraktiv ist, was unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse nach sich zieht, was niemanden dazu bewegt, in Thüringen tatsächlich auch seinen Weg in der Lehrerausbildung zu suchen. Da reicht es aus meiner Sicht nicht aus, zu sagen, wir brauchen ein weiteres Modul, sondern aus meiner Sicht brauchen wir eine Reform der Lehrerausbildung,

(Beifall DIE LINKE)

weg von den schulartspezifischen Ausbildungen hin zur altersspezifischen Lehrerausbildung. Nur dann haben wir tatsächlich eine Chance, auch in den nächsten Jahren die Qualität der Bildung zu sichern und die Herausforderungen, die der Kultusminister ja durchaus zu Recht benannt hat, auch zu erreichen.

(Beifall DIE LINKE)

Für mich gehört auch dazu, natürlich die Gleichwertigkeit der Studiumfänge zu schaffen, natürlich eine gleichwertige Vergütung zu schaffen und natürlich wegzukommen von dem Mantra kleine Schüler - kleines Studium, große Schüler - großes Studium. Das ist eine Unsäglichkeit für den Lehrerberuf; nicht zu vergessen Chaos in der Lehrerbildung. So lange es die Landesregierung nicht in den Griff bekommt, die Lehrerausbildung in Jena auch perso-

(Abg. Hennig)

nell auf gestandene Füße zu stellen, werden uns immer mehr Studierende weglaufen.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern sehe ich durchaus Diskussionsbedarf. DIE LINKE steht in dem Moment auch auf der Seite der GRÜNEN. Wir haben etliche Vorschläge in den letzten Jahren eingebracht und werden die auch erneuern. Aus meiner Sicht ist die Debatte, die wir jetzt führen, viel zu kurz gegriffen. So lange dieses Land nicht den Mut hat, Geld in die Hand zu nehmen, um Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, werden wir 2015 unser blaues Wunder erleben.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Peter Metz.

Abgeordneter Metz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die GRÜNEN beantragen, die Landesregierung aufzufordern, dem Landtag über die prognostizierte Personalentwicklung im Lehrerbereich bis 2020 und über die Anstrengung der Landesregierung zur Abwendung des sich abzeichnenden künftigen Lehrermangels zu berichten. Das halte ich für richtig. Der Bericht ist aus Sicht der SPD-Fraktion auch ausreichend abgegeben worden.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es sind einige Fragen nicht beantwortet worden.)

Jedem Absolventen eines Lehramtsstudiums in Thüringen eine berufliche Perspektive im Thüringer Schuldienst zu eröffnen, gezielt weitere Junglehrerinnen und Junglehrer aus den anderen Bundesländern abzuwerben, das halte ich für eine Diskussion, die wir auch im Ausschuss tatsächlich führen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht sicherlich auch darum, eine öffentliche und transparente Debatte darüber zu führen, aber auch keine skandalisierende Diskussion. Auf Initiative der SPD-Fraktion heißt es im Koalitionsvertrag, beide Parteien wollen einem drohenden Lehrermangel in Thüringen frühzeitig begegnen. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass bis 2015 ein Ersatzbedarf im Umfang von 2.500 vollzeitbeschäftigten Einheiten besteht.

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE: Dann fangen Sie doch nun mal an.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden die Aktualität dieser Forderungen in dem Koalitionsvertrag im Ausschuss mit Ihnen diskutieren. Die Regierungskoalition hat die von den GRÜNEN thematisierte Problematik also schon vor Längerem

erkannt und sich bereits in ihrem Koalitionsvertrag auf konkrete Problemlösungen verständigt. Ich bitte um Überweisung des Themas an den Ausschuss. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Metz. Für die FDP-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Franka Hitzing zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte vorweg sagen, dass ich den Antrag sehr spannend finde und ganz besonders war ich gespannt auf Nummer I des Antrags, nämlich die Beantwortung der von Ihnen gestellten Fragen, Frau Kollegin Rothe-Beinlich.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir auch.)

Mir fehlen vier Antworten.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist das nicht beantwortet und ich möchte das bitte so verstanden wissen, dass das Berichtersuchen aus meiner Sicht nicht erfüllt ist.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht können wir da mal noch etwas mehr dazu bekommen, das wäre nett.

Zu Nummer II Ihres Antrags: Hier geht es im ersten Punkt um die Absolventinnen und Absolventen für den Vorbereitungsdienst und später auch um deren Perspektive. Ich werde die Zahlen selbstverständlich nicht wiederholen, die wir heute schon gehört haben. Frau Rothe-Beinlich hat sehr viele Zahlen genannt, die auch in den letzten Tagen in der Presse zu lesen waren. Für mich stellt sich nur an einer Stelle die Frage, das können wir aber sicherlich auch später im Ausschuss noch einmal besprechen: Zum 1. Februar dieses Jahres sind also 200 Stellen vorgesehen für den Vorbereitungsdienst, das ist auch im Amtsblatt vom 21.12.2010 des Ministeriums zu lesen, für all die verschiedenen Schularten. Das würde also bedeuten, dass noch mal 400 Stellen rein rechnerisch zum 1. August dann in diesem Jahr folgen werden. Das wäre natürlich ausgesprochen fortschrittlich für Thüringen, weil die Situation genauso ist, wie sie von allen Vordnern hier beschrieben worden ist.

Die Lehrer sind an einer Stelle sehr erfahren: Wir haben sehr viele sehr erfahrene Lehrer und Lehrerinnen in den Schulen, das geht natürlich einher mit dem entsprechenden Alter, denn erfahren sein und

(Abg. Hitzing)

ganz jung zu sein klappt fast nie, also man muss schon einige Jahre im Dienst gewesen sein. Diese Kluft sehen wir auch, das wird ein Spagat, denn wir haben auch die Floating-Lehrer. Der Herr Minister ist dankenswerterweise noch einmal darauf eingegangen. Sie wissen, im letzten Jahr haben wir über das Thema Floating-Lehrer hier im Plenarsaal gesprochen. Ich hatte einen Antrag dazu eingebracht, diese Teilzeitvariante aufzuheben, also schneller als es angedacht ist, um eventuell mit genau diesen freizusetzenden Stunden dann auch Unterrichtsausfall zu kompensieren. Ich kann an einer Stelle überhaupt nicht verstehen, dass gesagt wird, wir haben kaum Unterrichtsausfall. Das sehe ich nicht. Möglicherweise ist es tatsächlich so, dass wir im bundesweiten Durchschnitt besser sind als die anderen Bundesländer, aber man muss sich nicht nach unten korrigieren und auch nicht nach unten orientieren, sondern an der Stelle kann man mal bei sich bleiben. Aus meiner praktischen Erfahrung sehe ich schon sehr viele Ausfälle. Die werden natürlich in irgendeiner Art und Weise kompensiert, das ist ganz einfach dem Berufsethos der Lehrer geschuldet, dass sie versuchen wollen, ihre Schüler so gut wie möglich auszubilden. Und wenn durch Krankheitsfälle oder andere Umstände Kollegen nicht im Haus sind, dann versucht man das zu kompensieren. Das ist aber natürlich qualitativ zu hinterfragen, wie diese Vertretungsstunden dann gefüllt sind.

Das ist ein ganz natürliches Thema und ich möchte gern den Begriff „randgenäht“ in das Spiel bringen. Die Schulen sind aus meiner Sicht schon ziemlich randgenäht, was das Personal betrifft. Erfahrene ältere Kollegen, das geht jedem Menschen so, das ist eine ganz natürliche Angelegenheit, das geht uns auch so, je älter man wird, je erfahrener man ist, je anfälliger kann man eventuell aber auch auf bestimmte Krankheiten sein. Mit zunehmendem Alter ist man einfach nicht mehr ganz so hart im Nehmen - Ausnahmen bestätigen selbstverständlich die Regel, Herr Blechschmidt, ich sehe das schon. Aber es gibt logischerweise auch Krankheiten und Ausfälle und die muss man kompensieren. Deshalb ist der Weg, neue Leute einzustellen, selbstverständlich der richtige. Dass wir uns die Floating-Lehrer nicht dazugeholt haben oder dass es einfach nicht möglich war, viel schneller als es nun planmäßig sein wird, das bedaure ich außerordentlich, wo doch Thüringen Bildungsland Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland sein will.

(Beifall FDP)

Im Übrigen möchte ich noch einmal darauf hinweisen, als ich im letzten Plenum zum Thema mitteldeutsches Abitur, mit diesem Begriff unter anderem gearbeitet habe, da hat man mir gesagt: Wir wollen mal nicht so hochmütig sein Bildungsland Nummer 1 und Vorreiter. Und heute operieren wir mit

demselben Begriff - also an manchen Stellen ist er dann wohl doch angebracht.

Zu Ihrem Punkt 2, Frau Rothe-Beinlich und die Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, wir brauchen sicherlich auch aus anderen Bundesländern junge Leute, wenn es darum geht, dass Fachkombinationen in anderen Bundesländern ausgebildet werden, die in Thüringen nicht ausgebildet werden. Dazu sage ich Ja, in jedem Falle. Das bringt das Leben und die Praxis so mit sich. Aber grundsätzlich zu sagen, wir müssen eine Kampagne starten - ich will das mal ein bisschen überspitzt sagen -, glaube ich, funktioniert so nicht. Erinnern Sie sich an die Haushaltsdebatte, da waren wir uns alle ziemlich einig, wir müssen gerade in dem Bereich des öffentlichen Dienstes sehr sparsam umgehen mit Neueinstellungen etc. Da sage ich, auf der einen Seite wollen wir weniger Leute einstellen, auf der anderen Seite wollen wir Leute abwerben. Das ist sicherlich von Fach zu Fach und auch von Bereich zu Bereich unterschiedlich, aber geht für unsere Begriffe ein bisschen an der Realität vorbei. Deshalb würden wir dem so auch nicht zustimmen. Aber wir haben mit Sicherheit die Möglichkeit, das im Ausschuss genauer zu besprechen, wie es auch gemeint ist. Ich will auf keinen Fall eine Wortklauberei betreiben, was die Worte „jedem Absolventen, jeder Absolventin“ betreffen, wie wir das schon gehört haben.

Zum dritten Punkt: Sie sagen ausdrücklich, dass Sie möchten, dass ein verpflichtendes Modul zum Umgang der Lehrkräfte mit Heterogenität in die Bildungsgänge der einzelnen Universitäten und Hochschulen aufgenommen wird, wenn es darum geht, unsere zukünftigen Lehrer auszubilden. Ich habe mir einmal angesehen, wie überhaupt die Lehrerausbildung momentan organisiert ist in Thüringen. Wir haben die drei Punkte: wissenschaftlich-künstlerisches Studium, das pädagogisch-praktische Ausbildungsmodul und dann die Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung. In den Ausbildungsinhalten ist für alle Lehrämter die Vermittlung der Bildungswissenschaften, Grundlagen der Sprecherziehung sowie die für das entsprechende Lehramt relevanten Kenntnisse aus Förder- und Sonderpädagogik schon mal enthalten. Das ist eventuell jetzt nach Ihrer Sichtweise möglicherweise nicht ausreichend, aber ich möchte noch einmal darauf eingehen, das ist drin. Wir haben ja nun auch die unterschiedlichen Studiengänge an den Universitäten Jena, Ilmenau, Erfurt und Weimar und da ist ein gravierender Unterschied schon zu sehen in der Art und Weise, wie mit den Praxissemestern umgegangen wird. Das macht die Universität Jena anders als Erfurt beispielsweise, integriert die Studenten schon früher in das harte Leben der Schule, so will ich es mal sagen. Das befürworten wir ausgesprochen, denn ich denke, nach vier Jahren theoretischem Studium und dann dem Eingang in den praktischen

(Abg. Hitzing)

Bereich in der Schule, das erscheint mir ein bisschen zu spät. Manche Lehramtsanwärter sind dann nach vier Jahren geschockt, wenn Sie sehen, was mit dem, was Sie studiert haben, passiert und wie Sie in der Schule bestehen müssen. Deshalb favorisieren wir schon diese Variante, wie die Universität Jena das jetzt fährt, schon länger macht, dass also die jungen Leute früher das praktische Leben erkennen. Denn manches Mal, das ist ja leider nun auch so, erkennt ein Lehramtsstudent an irgendeiner Stelle, dass es vielleicht doch nicht das Wahre oder das Richtige für Ihn ist.

Ich sehe ein großes Problem an der Stelle, wenn Sie sagen, für alle dieses Modul mit in die Ausbildung, also noch größer im Hinblick auf das, was danach kommt. Ich unterstelle mal, es wird schwierig werden für eine Persönlichkeit Pädagoge sowohl den Bedarf eines Kindes mit einem massiven Förderbedarf als auch des Kindes mit ganz normalen Anlagen, als auch des Kindes mit einer hochbegabten förderspezifischen Anlage unter einen Hut zu bekommen in einer Klasse, und das so, dass allen drei jetzt genannten Gruppen, da gibt es ja auch noch mehr, Rechnung getragen wird und dass alle optimal ausgebildet werden, so will ich es mal sagen. Also da müsste dann das Thema der Klassenfrequenzen und der Größen der Klassen und der Mehr- oder Ein-Pädagogen-Variante noch einmal besprochen werden. Das zieht natürlich schon einiges mit sich. Denn wir haben ja den Anspruch, die Schüler in Thüringen optimal auszubilden und zu unterrichten. Das heißt natürlich, den Blick nicht nur in die eine Richtung zu wenden, sondern auch in die Richtung der hochbegabten Schüler, die wir auch nicht vergessen dürfen, die auch einer Förderung bedürfen, einer anderen Förderung, aber es ist ausdrücklich eine Förderung. Auch diese Schülerinnen und Schüler müssen gefördert werden. Und wir dürfen nicht den großen Bereich derer vergessen, die weder hochbegabt sind noch einen Förderbedarf haben bezogen auf Lernschwächen etc., sondern die die „normalen“ Schüler sind. Nur weil sie nicht auffällig sind, kann man sie nicht vergessen und eventuell weniger wichtig nehmen. Da sehen wir ein großes Problem und aus meiner Sicht möchte ich ganz gern den Bogen wieder hinbekommen noch einmal zu dem Thema Umgang der Lehrkräfte mit Heterogenität. Da wiederhole ich mich sehr gerne. Das machen natürlich die jetzt arbeitenden Pädagogen auch. Die geben sich die größte Mühe, Sie bilden sich weiter, der eine oder andere mehr, der andere weniger, aber grundsätzlich ist das Angebot da. Die Kollegen machen auch innerhalb der Schulen und der Schulamtsbereiche Fortbildungsveranstaltungen, reden miteinander, um genau diesen Bedarf decken zu können, denn Integration ist eingezogen in die Schulen, und zwar heute schon. Das machen die Schulen heute schon in einem gewissen Maß, nicht so gewaltig viel, wie das jetzt hier in diesem Antrag zu vermuten ist,

aber wir haben die Integration in den Schulen und das wird unterstützt durch die sonderpädagogischen Fachkräfte und die Sonderpädagogen, die aus den Förderzentren zur Unterstützung hinzukommen.

Ein letztes Wort noch zu Frau Hennig: Sie sprachen von einer altersspezifischen Ausbildung. Das müssten wir dann auch einmal klären. Wenn Sie von altersspezifischer Ausbildung reden, dann stelle ich mir das so vor: Sie sagen zum Beispiel, es gibt einen Lehrer, der wird ausgebildet für die Altersgruppe Klasse 7, 8, 9. Muss dieser Pädagoge dann in all den Fächern so fit sein, dass er die Schüler in der Altersgruppe korrekt und auch fachspezifisch unterrichten kann, dass da nicht nur bunte Blumen zum Schluss herauskommen? Das ist natürlich auch eine sehr hohe Anforderung, denn bei alledem, was wir wollen, steht Leistung und das Wissen, das die Schüler erlernen wollen, aber auch nicht im Hintergrund. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Wenn das ein Pädagoge dann hinbekommen soll, für diese altersspezifische Gruppe alles unterrichten zu können, da habe ich auch so meine Bedenken.

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE: Darum geht es gar nicht, es geht um Regelschul- und Gymnasiallehrer, die gemeinsam ausgebildet werden müssten.)

Darum reden wir darüber. Wenn Sie sagen altersspezifisch, verstehe ich das eben so und da lasse ich auch gerne noch einmal mit mir sprechen zu diesem Thema. In Teilen würden wir Ihrem Antrag zustimmen können, in einigen Teilen nicht. Grundsätzlich bitte ich darum, dass wir das Ganze im Ausschuss weiter bereden. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hitzing. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eben gerade gesehen, dass sich Herr Minister Matschie auch noch einmal gemeldet hat. Denn mir ging es genauso wie meiner Kollegin Franka Hitzing und ich dachte, ich warte erst einmal ab, ob vielleicht sich andere bemüßigt sehen, den erbetenen Bericht zu vervollständigen, denn zu etlichen Punkten haben Sie in der Tat nichts gesagt. Sie haben nichts gesagt zu den Mangelfächern. Sie haben die einzelnen Problemfelder nicht aufgeschlüsselt - so wie wir es gewünscht hatten - nach Schularten, welche Probleme Sie sehen und welche Vorschläge Sie da ma-

(Abg. Rothe-Beinlich)

chen. Insofern möchte ich auch jetzt schon einmal beantragen, dass wir die Weiterberatung des Berichts und gegebenenfalls die Vervollständigung des Berichts noch einmal im Ausschuss aufrufen.

Ich möchte aber auch noch einmal auf ein paar Punkte eingehen, die hier genannt wurden. Zum einen bin ich froh, dass Herr Emde, der jetzt wieder hier ist als einer der beiden bildungspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen, der auch, wie er selber vorhin sagte, sich bemüht hat, den Bericht noch zu ergänzen, der hier vorgetragen wurde. Aus unserer Sicht ist das Berichtersuchen nicht erfüllt. Es sind etliche Punkte nach wie vor offen, aber uns geht es nicht um einen Schaufensterantrag oder eine Schaufensterdebatte, sondern um eine ernsthafte und inhaltlich fundierte Auseinandersetzung auch im Ausschuss. Deshalb würde ich mir wünschen und war auch sehr froh, Herr Emde, dass Sie vorgeschlagen haben, weiter im Ausschuss zu debattieren, dass wir auch über den Bericht noch einmal im Ausschuss ins Gespräch kommen.

Dann, liebe Kollegin Hitzing, werden wir uns selbstverständlich auch die einzelnen Punkte noch einmal anschauen. Die sind nicht in Stein gemeißelt, sondern wir wollen, das wissen wir alle, gerade in der Bildungspolitik immer einen größtmöglichen Konsens, allerdings natürlich nicht zulasten der Qualität von Bildung. Aber hier wollen wir einen tragfähigen Kompromiss finden. Wenn Sie daran mitarbeiten wollen, sei es DIE LINKE oder auch die FDP, ich hoffe auch alle anderen, freuen wir uns darauf.

Ich möchte aber auch noch einmal auf den Punkt der Förderpädagogik zu sprechen kommen, die bereits erwähnt wurde, weil sie auch jetzt schon Teil der Ausbildung mit ist. Ich stelle voran, liebe Kollegin Hennig, Sie wissen das auch, dass wir selbstverständlich für eine grundsätzliche Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung werben. Wir waren 2007, als dieses Gesetz hier im Landtag verabschiedet wurde, bekanntermaßen nicht als Fraktion im Landtag vertreten, haben aber aus der außerparlamentarischen Opposition damals einen Alternativvorschlag vorgestellt, der etliche Punkte beinhaltet hat, die Sie schon nannten, wo wir uns stark gemacht haben für eine gemeinsame Ausbildung eben nicht in der Kürze oder Länge auch orientiert an der jeweiligen Schulart, sondern eine fundierte Ausbildung, die letzten Endes auch zu grundsätzlichen Änderungen führt, nämlich auch was beispielsweise die Vergütung der Lehrerinnen und Lehrer abgesehen. Denn dieses Mehrklassensystem in den Lehrerzimmern, was wir auch jetzt schon haben, insbesondere auch durch die Herausforderung Gemeinschaftsschule, die wir wollen, weil da ganz unterschiedliche Lehrerinnen und Lehrer, unterschiedliche Schularten zusammentreffen. Ich glaube, da gibt es noch jede Menge Diskussionsbedarf. Aber seien Sie versichert, dass es von uns sowohl

noch Vorschläge, Anträge, Gesetzesinitiativen mit Blick auf die Lehrerinnen-/Lehrerausbildung geben wird genauso wie zur Problematik der Vergütung.

Um noch mal auf die Förderpädagogik zu sprechen zu kommen: Förderpädagogik ist nicht gleich Umgang mit Heterogenität, das ist schon noch ein Unterschied. Förderpädagogik ist gut und wichtig, keine Frage, sie ist auch ein wichtiger Bestandteil. Nichtsdestotrotz gibt es - und das mit gutem Grund - auch gut ausgebildetes Personal für spezifische Schwierigkeiten beispielsweise oder Beeinträchtigungen, die Kinder mit sich bringen. Da sage ich, wenn Inklusion gelingen kann und soll, dann muss natürlich auch das Fachpersonal mitgehen an die Schule, an die ganz normale Schule, die inklusive Schule sein soll. Dass das noch nicht in ausreichendem Maße stattfindet, das wissen wir. Aber auch dieses Thema werden wir sicherlich noch einmal gesondert betrachten. Umgang mit Heterogenität heißt aber ganz genau - und das ist die spannende Herausforderung, liebe Frau Hitzing -, dass Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich in die Lage versetzt werden, mit ganz unterschiedlichen Kindern umzugehen, da sage ich jetzt ganz deutlich, von dem hochbegabten Jungen oder dem hochbegabten Mädchen bis hin zu einem Kind, was erhebliche Schwierigkeiten oder Beeinträchtigungen mit sich bringt. Das ist natürlich eine Herausforderung. Da müssen wir nachdenken, wie sich der Rechtsanspruch auf individuelle Förderung tatsächlich für jedes Kind so umsetzen lässt, dass man dem einzelnen Kind und seinen Bedarfen und Bedürfnissen gerecht wird. Dass das mitunter nicht mit einem Lehrer oder einer Lehrerin pro Klasse gemacht ist, das ergibt sich, glaube ich, von selbst. Ich sage Ihnen aber auch, es gibt bereits viele Schulen, gerade auch im Grundschulbereich, die z.B. mit Wochenplänen arbeiten, wo in der Tat jedes Kind einen anderen Plan auf dem Tisch hat gemäß dem eigenen Stand des Könnens, gemäß den eigenen Kompetenzen, die das Kind mitbringt. Das bedeutet jede Menge Mehrarbeit für die Lehrerinnen und Lehrer. Ich habe da wirklich Hochachtung, wie das konsequent durchgezogen werden kann, ohne die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler zu überfordern. Wie wir sie dabei unterstützen und wie wir gegebenenfalls auch mit anderen Konstellationen arbeiten, genau das werden wir diskutieren müssen.

Ich will auch noch einmal sagen, wir sind ja nicht von ungefähr auf eine sehr pragmatische - und manche haben es hier „blumig“ genannt - Formulierung gestoßen, weil wir uns auch nicht den Vorwurf machen lassen wollten, völlig unrealistische Forderungen aufzumachen. Wir hatten selbstverständlich die Anträge der SPD, die hier schon benannt wurden, vorher gelesen und kennen auch die Beschlusslagen der einzelnen Fraktionen und Parteien zur Problematik Neueinstellung oder zur Frage,

(Abg. Rothe-Beinlich)

wie viele Referendare eine Anstellung, eine Möglichkeit für den Vorbereitungsdienst hier in Thüringen bekommen. Deshalb haben wir genau diese Vorstellungen so auch eingebracht. Wie schon gesagt, wir sind offen für die Diskussion und freuen uns auf eine ernsthafte Debatte, auf eine ernsthafte Diskussion. Vielleicht holen wir uns sogar noch externen Sach- und Fachverstand in den Ausschuss. Das würde auch ich mir gerade bei der Frage durchaus wünschen, denn unser Ziel muss oder sollte ja sein, dass wir 2015 nicht - wie Susanne Hennig es prognostiziert hat - ein blaues Wunder erleben, sondern dass wir Thüringen zukunftsfest machen mit Blick darauf, dass es tatsächlich junge Lehrerinnen und Lehrer gibt, die hier den Schuldienst bereichern. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Minister Matschie möchte sprechen, bitte schön.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, der Landtag hat in der Tat eine wichtige Aufgabe im Zusammenhang mit der Gestaltung von Schulpolitik und in der Frage der Lehrersituation an den Schulen, natürlich auch insbesondere als Haushaltsgesetzgeber. Trotzdem will ich hier auch ganz deutlich sagen: Alarmismus in dieser Frage ist nicht besonders glaubwürdig und er hilft am Ende auch den Schulen nicht. Ich habe es vorhin deutlich gemacht. Wir haben eine Ausgangssituation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass wir immer noch in erheblichem Umfang Lehrer gezwungenermaßen in Teilzeit beschäftigen müssen, dass wir in erheblichem Umfang Personalüberhänge, insbesondere an Regelschulen und Gymnasien, haben. Wir müssen mit dieser Situation zunächst einmal umgehen und realistisch schauen, was ist in einer solchen Situation an Personalpolitik möglich. Frau Hennig, es ist eben nicht so, dass wir uns hinstellen oder dass ich mich hier hingestellt hätte und gesagt hätte, wir können nichts tun, sondern im Gegenteil, ich habe deutlich gemacht, dass wir den Einstellungskorridor wieder deutlich ausgeweitet haben, dass wir planen, in diesem Jahr 300 neue Stellen zu besetzen. Das ist ganz klar die Richtung, die wir brauchen, wenn wir eine Verjüngung der Lehrerkollegien hinbekommen wollen. Ich will es auch an dieser Stelle noch mal sagen, einige haben es schon deutlich gemacht. Das hat nichts damit zu tun, dass ältere Lehrerinnen und Lehrer nicht leistungsfähig sind, sondern es hat damit etwas zu tun, dass wir eine Altersmischung an den Schulen brauchen, wo jüngere und ältere Lehrer gemeinsam arbeiten. Diese

Altersmischung ist nicht mehr gegeben. Das Durchschnittsalter liegt bei 51 Jahren. Deshalb brauchen wir einen Einstellungskorridor, der es möglich macht, neue Lehrerinnen und Lehrer nachzuziehen.

Ich will auch ganz deutlich sagen, Frau Hitzing, wenn Sie hier wieder gefordert haben, wir müssen das Floating noch schneller beenden und gleichzeitig wollen, dass wir mehr junge Lehrer einstellen, dann befinden Sie sich in einem Zielkonflikt. Sie müssen doch mal versuchen, sich das klarzumachen, wenn ich die Beschäftigung derjenigen ausweite, die jetzt in Teilzeit sind, dann habe ich doch noch weniger Möglichkeiten, einen Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer zu machen. Beides gleichzeitig zu fordern, das geht nicht. Deshalb bitte ich Sie, mal im Kopf zu klären, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre eine politische Entscheidung.)

Zum Unterrichtsausfall, der hier wieder angesprochen worden ist: Natürlich gibt es an Schulen auch Unterrichtsausfall. Natürlich ist es nicht immer so, dass, wenn Lehrer krank werden, sofort Ersatz da ist. Und jede Unterrichtsstunde, die ausfällt, ist eine zu viel, sage ich auch ganz deutlich. Aber - Herr Emde hat das deutlich gemacht - wir haben auch im Vergleich der Bundesländer es sehr gut geschafft, wirklich den Unterrichtsausfall zu minimieren. Der Ausfall ist in den letzten Jahren auch noch weiter zurückgegangen. Wir sind jetzt bei 2 Prozent Unterrichtsausfall. Das ist immer noch zu viel, sage ich auch ganz deutlich, aber es ist ein Wert, der im Vergleich der Bundesländer sehr gut ist. Wenn wir uns jetzt mal hernehmen, was Unterrichtsausfall ist, der darauf zurückzuführen ist, dass Lehrer nicht eingestellt worden sind, weil wir für bestimmte Fächerkombinationen keine Bewerber hatten, dann sind wir bei einer Zahl von 0,05 Prozent der Stunden der Stundentafel, die geplant ausfallen müssen. Da bitte ich Sie, doch einfach mal die Kirche im Dorf zu lassen und nicht Horrorszenarien an die Wand zu malen,

(Beifall CDU)

sondern gemeinsam mit uns darum zu kämpfen, dass die Quote des Unterrichts, der ausfallen muss, weiter verringert wird, aber auch mal anzuerkennen, wie sehr sich Lehrerinnen und Lehrer, Schulämter, Schulleiter bemühen, dass der Unterrichtsausfall möglichst gering gehalten wird.

Frau Rothe-Beinlich, Sie haben jetzt noch mal angefordert, dass die Zahlen alle im Detail hier vorgelesen werden. Ich glaube, hier ist der Ort, wo wir eine grundsätzliche Verständigung herbeiführen müssen, eine politische Debatte. Ich glaube, es macht wenig Sinn, hier Zahlenkolonnen vorzutragen.

(Minister Matschie)

gen. Ich kann Ihnen das im Ausschuss gern alles liefern, das ist überhaupt keine Frage.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre schön.)

Ich finde, hier das Plenum ist der Ort, an dem wir uns über die Grundlinien austauschen. Deshalb wollte ich Sie jetzt nicht damit traktieren, hier Zahlenkolonnen vorzutragen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum denn nicht hier?)

Im Ausschuss können Sie die Zahlen gern bekommen, das ist überhaupt gar keine Frage.

Ich will auch noch mal deutlich machen: Natürlich brauchen Lehrerinnen und Lehrer bei der Übernahme neuer Aufgaben und Herausforderungen wie einer stärkeren Individualisierung des Unterrichts, der Frage der Inklusion, das Lenken des gemeinsamen Lernens, einer flexiblen Schulausgangsphase Unterstützung. Diese Unterstützung bekommen sie auch. Natürlich gibt es die weiteren Fortbildungsangebote, die dazu notwendig sind, natürlich versuchen wir, vor Ort Unterstützung zu geben über die Schulämter. Deshalb, werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam diese positiven Wege unterstützen, anstatt Alarmismus in dieser Frage zu machen. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir haben, um eine vorausschauende Personalpolitik zu machen, heute schon dafür zu sorgen, dass wir nicht in einigen Jahren in Personalschwierigkeiten kommen. Es ist auch deutlich geworden in der Debatte, dass es komplizierte Voraussetzungen sind. Es ist eben nicht der Normalfall, dass sich Schülerzahlen halbieren. Das ist genau passiert mit dem Geburtenknick Anfang der 90er-Jahre. Darauf eine Personalpolitik zu machen, ist eine komplizierte Aufgabe. Ich denke, sie ist lösbar und ich freue mich, wenn ich dabei Ihre Unterstützung habe.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Da sich schon in der Debatte Widerspruch gegen die Erfüllung des Berichtersuchens geregt hat, frage ich zur Abstimmung, sind Sie mit der Erfüllung des Berichtersuchens einverstanden, so zeigen Sie das mit Handzeichen. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? Zustimmung also bei CDU und SPD, Gegenstimmen bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. Damit ist das Berichtersuchen als erfüllt bestätigt.

Es wurde von der Mehrzahl der Redner gewünscht, dass der Sofortbericht weiter im Fachausschuss beraten wird. Dazu muss die Zustimmung aller vorliegen, die die Beratung des Sofortberichts verlangt haben. Ich frage, sind die Fraktionen von CDU,

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einverstanden, dass der Sofortbericht weiterberaten wird? Ja. Dann stimmen wir über die Überweisung des Sofortberichts zur Weiterberatung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur ab. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist Zustimmung bei den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Sehe ich keine, damit ist der Sofortbericht an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Weiterberatung überwiesen.

Wir kommen jetzt zur Überweisung des Antrags in Nummer II an den Ausschuss, das ist mehrfach beantragt worden. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Zustimmung bei der FDP, der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag in Nummer II auch an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur überwiesen.

Ich schliesse diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tageordnungspunkt 16**

**Klimaschutz-Gebäudegesetz
für den Bestand auf den Weg
bringen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/2283 -

Wünscht die Fraktion eine Begründung? Ich sehe keinen Wunsch zur Begründung. Die Landesregierung hat einen Sofortbericht angekündigt. Das Wort hat Minister Carius. Bitte.

**Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung
und Verkehr:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, rund 40 Prozent des Endenergieverbrauches und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Wie Ihnen allen bekannt ist, ist dabei der Anteil des Altgebäudebestands im Vergleich zum Neugebäudebestand deutlich größer. Ein Großteil dieser Energie könnte durch moderne Gebäudetechnik und fachgerechte Sanierung eingespart werden, denn Altbauten verbrauchen oft die drei- bis vierfache Energiemenge wie Neubauten. Die Potenziale zur Energie- und CO₂-Einsparung sind also enorm, insbesondere im Gebäudebestand. Im Bereich des Bauwesens können sich Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel positiv ergänzen. Maßnahmen, die den Endenergieverbrauch reduzieren, dienen dem Klimaschutz und stellen damit auch eine Vorsorge für ein sich veränderndes Klima dar. Damit kann die energetische Gebäudesanierung auch einen ganz

(Minister Carius)

wesentlichen Beitrag zur CO₂-Minderung leisten. Man muss aber regional differenzieren. Drei Viertel des bundesweiten Altbaubestandes wurden noch vor der Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet. Diese Gebäude sind gar nicht oder kaum energetisch saniert. Daher wird derzeit durch den Bund ein Energiekonzept erarbeitet, das die energetische Sanierung des Gebäudebestandes als wichtigste Maßnahme zur nachhaltigen Minderung des Verbrauchs fossiler Energieträger herausstellen wird.

Der langfristige Sanierungsfahrplan sieht zwei Hauptkomplexe vor. Zum einen wird im Rahmen der Modernisierungsoffensive für Gebäude ein klimaneutraler Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 angestrebt. Dies wird sich unter anderem in der Novelle der Energieeinsparungsverordnung 2012 niederschlagen, mit der die Standard-Null-Emission bis 2050 für alle Gebäude auf der Basis von Kennwerten für den Primärenergieverbrauch eingeführt wird. Der zweite Schwerpunkt ist eine Verstärkung von Fördermaßnahmen. Hierzu werden zusätzliche Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sowie das Marktanreizprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien bereitgestellt. Außerdem wird die Einführung steuerlicher Anreize für die Sanierung im Gebäudebestand geprüft. Weitere Maßnahmen sind ein kommunales Förderprogramm „Energetische Städtebausanierung“, eine Novellierung des Mietrechts, die Schaffung eines einheitlichen Rahmens für Wärmeliefercontracting sowie eine Verbesserung der Ausbildung und regelmäßige Fortbildung von installierenden Unternehmen. Diese Bestrebungen werden auch von der Landesregierung mitgetragen. Darüber hinaus hat der Freistaat Thüringen, vertreten durch mein Haus, mit der Bauhaus-Universität Weimar am 8. Februar einen Kooperationsvertrag zur Gebäudeeffizienz in Thüringen unterzeichnet. Ziel ist es, die öffentlichen Einrichtungen an die zukünftigen Aufgaben des Landes anzupassen. Das heißt, Energieeffizienz bedeutet, alle baulichen Vorhaben und Eingriffe folgen grundsätzlich dem Prinzip der Energieeffizienz im Hinblick auf die Reduzierung des Energieverbrauchs bei Strom, Wärme, bei Lüftung und auch bei Kühlung; eine Aufgabe, der wir uns auch zunehmend stellen müssen.

(Beifall CDU)

Im Vordergrund stehen CO₂-neutrale Energieerzeugung, Biomasse, Photovoltaik und energieeinsparende Haustechnik. Auf der Grundlage des integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung hat die Landesregierung bereits im Dezember 2007 eine Thüringer Energie- und Klimastrategie bis zum Jahr 2015 beschlossen, die unter anderem folgende Zielvorgaben enthält:

Erstens: Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch soll in Thüringen bis 2015 auf 22 Prozent steigen. Dabei ist anzu-

merken, dass die Zielsetzung Thüringens für das Jahr 2010 von 18 Prozent bereits der Zielvorgabe der Europäischen Union für Deutschland für das Jahr 2020 entspricht. Hier sind wir Vorreiter.

Zweitens: Eine Steigerung der energetischen Effizienz von Gebäuden soll eine Senkung der CO₂-Emission von 5 Prozent bis 2015 bewirken.

Drittens: Eine Erhöhung der solaren Ausstattungsrate im Gebäudebestand soll um 5 Prozent bis 2015 erfolgen, eine Erhöhung des Anteils der Solarthermie sowie des Einsatzes von Biomasse zur Wärmeversorgung auf insgesamt 20 Prozent.

Meine Damen und Herren, die Notwendigkeit der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes ist wohl über alle Fraktionsgrenzen hinweg unbestritten. Zur Frage, welche ordnungs- und förderpolitischen Maßnahmen geeignet und angemessen sind, dieses Ziel zu erreichen, gibt es aber sicher hinreichend unterschiedliche Vorstellungen. Ich denke, dass wir trotzdem gut beraten wären, einen gemeinsamen Weg zu finden.

Lassen Sie mich kurz die Ausgangssituation in Thüringen schildern. Das ist der regionale Aspekt, den ich eingangs erwähnte. Der Unterschied ist gravierend. Anders als im Bundesdurchschnitt weist unser Wohnungsbestand aufgrund der Sanierungen nach 1990 einen vergleichsweise guten Standard auf. Durch den notwendigen Nachholprozess bildet die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum in fast allen neuen Ländern den Hauptschwerpunkt der sozialen Wohnraumförderung. Dazu gehört auch die energieeffiziente Sanierung. Im Ergebnis dieser Entwicklung nehmen die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen im Vergleich Spitzenpositionen ein, wenn es um den niedrigsten durchschnittlichen Energieverbrauch je Quadratmeter Wohnfläche geht.

Diese vergleichsweise kurz zurückliegenden umfassenden Sanierungsmaßnahmen haben jedoch auch zur Folge, dass insbesondere bei den Wohnungsgesellschaften, also den institutionellen Wohnungsunternehmen, die finanzielle Situation immer noch angespannt ist. Zusätzliche Maßnahmen können also nicht ohne Weiteres verkraftet werden. Auch sind die Folgen für die Mieten zu berücksichtigen, die insbesondere in strukturschwachen Gebieten eine erhebliche Härte bedeuten können.

Vor diesem Hintergrund ist die Meinungsbildung der Landesregierung noch nicht abgeschlossen, ob für Thüringen ein EE-Wärmegesetz sinnvoll ist. Im Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich, dem EE-Wärmegesetz des Bundes, ist der Grundsatz von „Fordern und Fördern“ festgelegt. Der Teil „Fördern“ gilt insbesondere für die Nutzung von erneuerbaren Energien im Altbaubestand. Durch eine verpflichtende Landesregelung für den Altbaubestand könnte unter Umständen die-

(Minister Carius)

ser Grundsatz konterkariert werden mit der Folge, dass eine Unterstützung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien nur noch in geringem Maße durch Bundesmittel möglich wäre. Andere Länder hingegen, in denen keine rechtliche Verpflichtung für den Gebäudebestand besteht, kämen auch weiterhin in den Genuss der Bundesförderung.

Auch die Landesregierung unterstützt die energetische Sanierung des Gebäudebestandes mit finanziellen Mitteln. Neben den primär auf städtebauliche Ziele ausgerichteten Programmen ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten für anteilige Förderungen von Baumaßnahmen an privaten und öffentlichen Gebäuden. Die Palette reicht hierbei von der Kulturförderung bis hin zur Förderung von Energieeinsparung und CO₂-Reduktion bei Altbausanierung. Eine zielgerichtete Kopplung von passenden Förderprogrammen für einzelne Teilmaßnahmen kann so auch die Gesamtkosten einer Altbausanierung erheblich reduzieren.

Bei der energetischen Modernisierung bzw. Sanierung von Baudenkmälern ist vorrangig allerdings die sachgemäße Behandlung und Erhaltung der historischen Bausubstanz zu beachten. Ein Gebäude energetisch zu sanieren bedeutet, Maßnahmen zur Minderung des Energieverbrauchs zu treffen. Darunter fallen beispielsweise auch der Austausch bzw. die Aufrüstung einfachverglaster Fenster, eine Optimierung der Heizungsanlage und Dämmmaßnahmen an Wänden, Dächern, Decken und Böden. Vor dem Hintergrund sich verknappender Ressourcen und der Folgen des Klimawandels sind energetische Sanierungen ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung der Klimaschutzziele. Die Gebäudesubstanz und das äußere Erscheinungsbild von Denkmälern und sonstigen baukulturell wertvollen Altbauten dürfen jedoch davon nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Stellen Sie sich eine wunderschöne Fachwerkstadt in Thüringen vor, wie die aussieht, wenn Sie überall Styroporplatten ankleben. Das sieht nicht ganz so toll aus. Deshalb sieht der Bund sowohl im Entwurf des novellierten EE-Wärmegesetzes als auch in der Energieeinsparungsverordnung Ausnahmeregelungen für Denkmäler vor. So soll einerseits die Energiebilanz optimiert und andererseits die historische Bausubstanz erhalten werden können.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Bestrebungen für ein Berliner Klimaschutzgesetz auf der Grundlage eines Stufenmodells sind genauso wie das baden-württembergische EE-Wärmegesetz eine Antwort auf die Frage nach dem Weg aus dem energetischen Sanierungstau im Gebäudebestand. Bei der abweichenden Ausgangslage in Thüringen muss aber gefragt werden, ob die gleiche Antwort auch in Thüringen die richtige ist. Thüringen hat eine andere - ich habe es geschildert -, bessere Ausgangslage. Hält man sich dann noch

vor Augen, dass die Thüringer Wohnungsunternehmen bis 2007 ca. 88 Prozent ihres Wohnungsbestandes mit erheblichen Eigenmitteln, aber auch staatlicher Förderung saniert haben, wird klar, dass bereits vieles erreicht ist. Die Fortsetzung der Förderung halte ich deshalb für ein wichtiges Ziel zur weiteren Verbesserung des Klimaschutzes an den Gebäuden. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich frage: Wird die Beratung zum Sofortbericht gewünscht? Ja, von allen Fraktionen. Dann eröffne ich die Beratung zum Sofortbericht. Als Erstes hat sich Frau Abgeordnete Schubert von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Carius, vielen Dank für den Bericht. Ihre Bemerkung, die Meinungsbildung sei noch nicht abgeschlossen, nehme ich doch mal zum Anlass, festzustellen, es ist etwas in Gang gekommen. Allerdings, wenn ich mich daran erinnere, dass wir schon vor einem Jahr im Ausschuss darüber gesprochen haben, dann sind Sie leider nicht so viel weiter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einigen Punkten haben Sie mich enttäuscht.

(Unruhe CDU)

Das kann sich dann noch ändern.

Ich stelle erst einmal fest, dass auch der Koalitionsvertrag schon eine Vorgabe macht, die Sie vielleicht einfach noch einmal zur Kenntnis nehmen sollten. Darin steht, dass die Landesregierung ein Energieeffizienzprogramm entwerfen wird, das Effizienzpotenziale in Gebäuden ausschöpfen soll. Dass Sie dann ein Gesetz vorlegen, könnte genau die Erfüllung dieses Punktes des Koalitionsvertrags sein.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Die Koalition geht bis 2014 ...)

Es ist falsch, was Sie gesagt haben. Der eine Punkt ist immer noch falsch. Wir haben das im Ausschuss, ich glaube, das ist fast ein Jahr her, beraten. Wenn ein Land ein Klimaschutz-Gebäudegesetz auf den Weg bringt, dann heißt das eben nicht, dass dann keine Fördermittel mehr genutzt werden können. Schauen Sie nach Baden-Württemberg, dort ist der Antrag übrigens von CDU, FDP und GRÜNEN eingebracht und auch mit Erfolg in ein Gesetz überführt worden.

(Abg. Schubert)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Könnte sein.)

Sobald die gesetzlichen Vorgaben eines Klimaschutz-Gebäudegesetzes in einem Bundesland übererfüllt werden, können Fördermittel zum Beispiel aus dem Marktanzreizprogramm in Anspruch genommen werden. Wenn man mal ein Beispiel nimmt aus Baden-Württemberg, dort war eine Vorgabe, im Altbaubestand 10 Prozent des Energieverbrauchs durch regenerative Energien zu ersetzen, dann heißt es in der Praxis, machen sie einfach 11 Prozent und schon können sie Fördermittel in Anspruch nehmen. Alle Erläuterungen, die Sie dann dazu finden, sagen, diese Übererfüllung ist eigentlich fast immer möglich und dann können Sie Fördermittel in Anspruch nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was das dann für die Bundesebene heißt, die muss wahrscheinlich am Ende ihre Fördermittel weiter ausweiten. Das hat auch unsere Bundestagsfraktion mehrmals schon gefordert, aber das steht auf einem anderen Blatt. Dass Sie, wenn es um die Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden geht, auf die Styroporplatten zu sprechen kommen, ist etwas plakativ. Trauen Sie dem Handwerk doch mehr zu. Bei unserem Fachgespräch zum Denkmalschutz hat sich gezeigt, dass auch da die Diskussion schon sehr viel weiter ist. Es gibt inzwischen so viele gute Lösungen auch für denkmalgeschützte Gebäude für die energetische Sanierung, auch für die Dämmung, da braucht man nicht mit Styroporplatten ankommen. Ich glaube, das Handwerk hätte dazu eine dezidierte Meinung gehabt, hätte man vorgestern darüber gesprochen. Das Berliner Stufenmodell hat gerade den Charme, dass man denkmalgeschützte Gebäude, wo ein Dämmen schwierig ist, dort auf eine der zwei Säulen abheben kann, nämlich die CO₂-Einsparung, das heißt, man dämmt nicht oder man dämmt wenig - das, was eben geht -, aber man ersetzt den Energieverbrauch komplett durch regenerative Energien. Das ist gerade der Charme, so dass wir hier quasi alles abdecken können.

Vielleicht noch einmal kurz zur Erläuterung: Das Stufenmodell ist Ihnen vielleicht nicht bekannt. Wenn Sie das anklicken - stufenmodell.de - dann haben Sie alle Informationen, die Sie auch dann als Grundlage für Thüringen nehmen können. Die zwei Säulen dieses Stufenmodells sind einmalig abzustellen auf den Endenergieverbrauch. Das könnte dann heißen, Sie dämmen. Oder Sie stellen ab auf die CO₂-Einsparung. Das heißt, Sie könnten einfach die Wärmequellen ersetzen. Sie können auch kombinieren. Das ist gerade der Charme. Sie haben für die Eigentümer einfach die Entscheidungsfreiheit bei der Wahl der Mittel. Man nennt es auch

Technologieoffenheit. Das ist gerade der Charme dieses Modells.

Der zweite wichtige Punkt ist, dieses Stufenmodell ist moderat formuliert. Einmal als Beispiel: Bis 2015 sollen die Gebäude bei 200 kWh pro Quadratmeter landen; Sie haben gerade schon ausgeführt, dass wir in Thüringen möglicherweise schon darüber liegen, die Durchschnittszahlen haben Sie ja gerade nicht genannt, und erst in 2030 bei 80 kWh pro Quadratmeter. Das heißt, man kann damit erreichen, dass man erst die schlimmsten Energieschleudern angehen muss, während für viele andere Hausbesitzer erst einmal sehr lange Jahre nichts passieren muss. Die können sich aber darauf einstellen, dass es irgendwann eine Erhöhung in den Standards gibt. Das ist der zweite Punkt, der den Charme des Modells ausmacht. Damit will ich gar nicht sagen, dass wir das Berliner Modell einfach für Thüringen übernehmen können. Aber das war ja gerade unsere Frage in unserem Antrag. Was sagt denn die Landesregierung dazu? Was ist denn besser geeignet von den beiden Modellen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da sind Sie offensichtlich noch nicht weitergekommen. Das finden wir schade.

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Ich habe immerhin keine Absage erteilt.)

Keine Absage erteilt, das habe ich auch lobend erwähnt am Anfang. Vielleicht erinnern Sie sich daran. Wir werden auf dieses Thema zurückkommen. Ich bin gespannt, ob Sie sich hier einigen können. Herr Machnig ist wohlweislich auch nicht hier, wahrscheinlich hätte es ihn sonst vom Sitz gerissen. Er hatte bei der Energiekonferenz auf das Stufenmodell Bezug genommen bzw. die Vertreter des Wirtschaftsministeriums. Ich erwarte, dass Sie sich an dieser Stelle zusammentun, Herr Carius und Herr Machnig. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Doht.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind uns sicherlich hier im Hause einig, Klimaschutz ist eine der zentralen Aufgaben für die Zukunft. Das haben bis auf wenige Ausnahmen auch die einzelnen Bundesländer und die Politiker über Parteigrenzen hinweg erkannt. Die Herangehensweise, diese Aufgabe zu lösen, ist dabei durchaus unterschiedlich und die vorhandenen Gegebenheiten auch. Die GRÜNEN haben in ihrem Antrag den Vergleich nachgefragt zwischen Berlin

(Abg. Doht)

und Baden-Württemberg. Berlin hat dieses Stufenmodell. Frau Schubert hat es eben schon erläutert. Berlin hat daneben aber auch auf freiwilliger Basis eine Energiesparpartnerschaft ins Leben gerufen, nämlich dass besonderes Augenmerk auf die öffentlichen Gebäude gelegt wird. Für diese Gebäude wird ein Vertrag mit den Energiedienstleistern abgeschlossen. Der Energiedienstleister garantiert eine bestimmte Einsparmenge. Am Ende haben beide etwas davon, weil sich das eingesparte Geld dann der Dienstleister und die öffentliche Hand teilen. Allein auf diese Art - zumindest machen das die Berliner für sich geltend - haben sie eine CO₂-Einsparung von 60.000 Tonnen pro Jahr und damit auch 2,7 Mio. € erreicht. Daneben gibt es Klimaschutzvereinbarungen mit Unternehmen und Verbänden zur CO₂-Einsparung, in denen insbesondere die großen Versorger und die Wohnungsunternehmen die Zielpartner sind. Baden-Württemberg geht mit seinem Gesetz einen anderen Weg. Es hat zum 01.01.2010 ein Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie verabschiedet. Dieses gilt sowohl für Neubauten als auch für Bestandsgebäude und der Pflichtanteil am Bedarf für Heizung und Warmwasser, der aus erneuerbaren Energien erzeugt werden soll, beträgt bei Neubauten 20, im Bestand 10 Prozent. Das Ganze soll durch Einsatz von Biomasse, Solarthermie, Wärmepumpen, Bioöl und Biogas erzeugt werden.

Nun wird mir sicherlich jeder recht geben, die Thüringer Verhältnisse sind weder mit Berlin noch mit Baden-Württemberg ganz vergleichbar. Insofern bringt es auch nichts, eins zu eins zu übertragen. Trotzdem hat gerade Thüringen auch in der Vergangenheit viel getan im Bereich der Energieeinsparung und tut es noch. Wir haben erst in der letzten Landtagssitzung eine Novelle der Thüringer Bauordnung zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Da geht es darum, dass EU-Regelungen auch zum Thema Nutzung erneuerbarer Energien in der Thüringer Bauordnung verankert werden sollen. Wir werden das intensiv diskutieren. Eine entsprechende Anhörung dazu ist beschlossen worden und ich weise in dem Zusammenhang auch darauf hin, dass wir auf absehbare Zeit auch eine größere Novelle der Bauordnung anstehen haben. Dort wird uns mit Sicherheit auch das Thema Gebäudesanierung, Nutzung erneuerbarer Energien im hervorragenden Maße beschäftigen.

Das Thüringer Wirtschaftsministerium hat just in diesen Tagen seine Thüringer Energieoffensive gestartet. Diese Offensive ist ein Förderprogramm für Energieberatung in kleinen und mittleren Unternehmen. Da geht es um Heizung, um die Gebäudehülle, aber nicht nur um diese baulichen Dinge, sondern auch um das Thema Beleuchtung und Produktionsprozesse an sich, wie ich diese weniger energieintensiv gestalten kann und wie hier die Nutzung erneuerbarer Energien eingeführt werden kann.

Heute Morgen haben alle Abgeordneten ein Kooperationsprojekt der Architektenkammer als Broschüre in ihren Postfächern gefunden. Dies ist ein Projekt zwischen der Architektenkammer und der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur zum nachhaltigen Bauen; auch das widmet sich dem Thema Energieeinsparung an Gebäuden.

Die SPD-Fraktion steht auch einer gesetzlichen Regelung in Form eines Wärmegesetzes positiv gegenüber.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings warne ich davor, das Gesetz von Baden-Württemberg eins zu eins zu übernehmen. Das wird mit Sicherheit nicht gehen. Herr Minister Carius hat bereits darauf hingewiesen, dass bei uns die Ausgangsvoraussetzungen andere sind. Wenn man sich unseren Gebäudebestand anschaut, dann ist hier wesentlich mehr saniert als in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg war der größte Bauboom in den 60er- und 70er-Jahren. 70 Prozent der Gebäude im Bestand sind vor 1978 errichtet worden und die stehen jetzt gerade in diesem Zeitraum zur Sanierung an. Da ist in vielen Gebäuden überhaupt noch nicht viel in Wärmedämmung investiert worden. Hier haben wir bereits mehr geschafft und man muss sich dann letztendlich aber auch die finanzielle Situation der Wohneigentümer anschauen. Die ist in Baden-Württemberg eine ganz andere als hier in Thüringen. Das muss man auch sehen.

Wenn wir gesetzliche Verpflichtungen verabschieden, die die Eigentümer zur Nutzung erneuerbarer Energien zwingen, dann müssen sie es am Ende auch bezahlen können oder wir müssen mit entsprechenden Förderprogrammen nachhelfen, weil gerade die Nutzer selbstgenutzten Wohneigentums durch Steuern und Abgaben in einem hohen Maße belastet sind. Hier müssen wir aufpassen, dass es nicht zu einer Überforderung kommt. Das Gleiche betrifft natürlich auch die Situation der kommunalen Wohnungsunternehmen und der Wohnungsgenossenschaften, darauf hat Herr Minister Carius schon hingewiesen. Deswegen müssen wir uns das sehr genau anschauen. Wie gesagt, eine gesetzliche Regelung können wir uns durchaus vorstellen, aber dann eine, die auch auf die Gegebenheiten im Freistaat Thüringen zugeschnitten ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Katja Wolf von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werte Zuschauer - wenn auch nicht allzu viele -, Klima-

(Abg. Wolf)

schutzgesetz, der Antrag der GRÜNEN, ich könnte es ganz kurz machen und sagen, wir sind natürlich dafür, Sie treffen damit auch unsere Intention. Das ist ein Thema, was in der LINKEN immer umfangreich diskutiert wird. Frau Doht hat es schon kurz andiskutiert, auch in Berlin, wo die Senatorin der LINKEN maßgeblich in der Verantwortung in diesem Bereich ist, ist es schon lange in der Diskussion. Seit zwei Jahren existiert dort ein Entwurf und wird dieses Thema vorangetrieben. Von daher haben wir natürlich auch ein Interesse daran, dass wir in Thüringen ein Stück weiterkommen. Wir wissen - das wurde hier schon relativ umfangreich ausgeführt -, dass der Energieverbrauch im Gebäudebestand ungefähr 40 Prozent beträgt und damit nach meinen Kenntnissen ungefähr 20 Prozent des CO₂-Austoßes verursacht. Damit liegt schon auf der Hand, dass es nicht möglich sein wird, Klimaschutzziele zu erreichen, wenn man den Gebäudebestand nicht mit betrachtet und hier nicht wirklich wirksame Maßnahmen ergreift.

Ich will aber auch den wichtigen Aspekt einbringen, dass es notwendig ist, energetische Modernisierung im Gebäudebestand vorzunehmen, allein um die Preisspirale im Bereich Energie zu stoppen und die Situation zu entschärfen, dass sich diese sogenannte zweite Miete inzwischen in einer Größenordnung bewegt, wo man von sozialverträglich nicht mehr sprechen kann. Dementsprechend unterstützt meine Fraktion grundsätzlich Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden, sowohl im Bereich Neubau als auch im Altbaubereich, wobei es mir wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass wir den Aspekt der Sozialverträglichkeit nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Natürlich wissen wir, langfristig rechnen sich solche Modernisierungen, praktisch kann es aber nicht sein, dass es durch eine Umlegung der Modernisierungskosten zu Härten im Bereich der Mieten kommt und dass wirklich große Preisanstiege im Mietbereich auf die Mieter zukommen. Das ist in meinen Augen nur möglich, wenn man es wirklich schafft, durch Förderprogramme einen Teil der Sanierungskosten abzufedern und durch Mieterschutz entsprechende Regelungen zu treffen. Ich weiß nicht, ob die Zahl genau stimmt, aber es soll nach meiner Auskunft ungefähr 40 Förderprogramme geben, die in Thüringen auf den verschiedensten Ebenen in den Bereich der Energieeffizienz, Bauen, Wohnen, Sanierung greifen. Das ist viel zu viel, das ist unübersichtlich, das ist unüberschaubar und das ist auch wenig transparent und dementsprechend werden diese Programme auch viel zu wenig angenommen. Wir brauchen hier eine Bündelung, eine Vereinfachung und eine Entbürokratisierung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich ausdrücklich noch einmal ansprechen möchte, ist die Frage der Verantwortung der Bun-

desregierung. Natürlich ist ein Teil der Förderprogramme, die ich eben angesprochen habe, von der Bundesregierung angelegt, aber es kann nicht sein, dass es zu einer deutlichen Verschlechterung kommt und an der Stelle Mittel gespart werden, wie das in letzter Zeit angedacht wurde. Wir fordern stattdessen die Bundesregierung auf, verstärkt in diesen Bereich zu investieren und verstärkt ihrer Verantwortung gerecht zu werden, weil Klimaschutz uns alle angeht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zusammenfassend ausführen: Wir sind für ein Gesetz, das Fragen von Gebäudebestand und Klimaschutz miteinander verbindet. Wir wollen ein integriertes Energieeinsparungs- und Klimaschutz-Gebäudegesetz. Man kann hier - da muss man nicht bei Null anfangen - natürlich von den Erfahrungen anderer Bundesländer, die Vorreiter sind, profitieren. Wir müssen es nur angehen und von daher unterstützen wir natürlich den Antrag der GRÜNEN. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster spricht der Abgeordnete Manfred Scherer von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz-Gebäudegesetz speziell für Altbauten, brauchen wir das in Thüringen? Zunächst einmal herzlichen Dank für den Sofortbericht an den Minister. Vorhin ist es schon von verschiedenen Seiten angeklungen, dass wir uns natürlich alle einig darüber sind, dass Klimaschutz und schonender Ressourcenverbrauch bzw. der Einsatz erneuerbarer Energien ein wichtiges Thema sind. Darüber besteht Einigkeit und es besteht sicher auch noch Einigkeit darüber, dass es viele sinnvolle Maßnahmen gibt, um das Ziel zu erreichen. Wenn man sich das Baden-Württemberger Gesetz anschaut, stehen da viele von diesen Maßnahmen drin: Thermische Solaranlagen unter bestimmten Voraussetzungen, wenn sie groß genug ausgelegt sind pro Quadratmeter Fläche, Holz- oder Pelletheizung, Biogas und Bioöl sind dort auch vorgesehen und Wärmepumpen, wenn sie bestimmte Mindestleistungen auch bringen und ersatzweise auch Wärmedämmung oder Kraft-Wärme-Kopplung und Photovoltaikanlagen. Das sind alles anerkannte Methoden, um Energie einzusparen, um CO₂-Austoß einzusparen. Aber - und da glaube ich, hört jetzt der Konsens wieder auf - muss man das Ziel unbedingt mit einem Gesetz verfolgen?

(Abg. Scherer)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie denn sonst?)

Mit einem Gesetz, das die Hauseigentümer und hier in Thüringen im speziellen Fall die Eigenheimbesitzer, zu solchen Maßnahmen zwingt. Muss denn das sein? Vorhin ist das Stichwort Bürokratieabbau gefallen und gerade Ihre Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat geklatscht bei dem Thema Bürokratieabbau.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Sie haben recht, ich bin auch für Bürokratieabbau, aber Sie machen das Gegenteil. Sie fordern auf der einen Seite Bürokratieabbau, aber wenn es Ihre eigenen Ziele erfordern, dann sind Sie schnell dabei und bauen neue Bürokratie auf mit einem Gesetz,

(Beifall CDU)

das man meiner Meinung nach so nicht braucht.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sonst setzen Sie immer auf Eigenverantwortung der Bürger. Das ist für Sie ein wichtiges Thema, das ist für mich auch ein wichtiges Thema. Aber wenn Sie Ihre eigenen Ziele mit Eigenverantwortung der Bürger nicht so richtig erfüllt sehen, dann hört es plötzlich auf mit der Eigenverantwortung, dann muss ein Gesetz her für die Bürger.

(Beifall CDU)

Warum nehmen Sie denn nicht das in die Hand, was Sie sonst auch immer fordern, nämlich den Bürger mit Argumenten zu überzeugen, etwas Sinnvolles zu tun. Warum gehen Sie nicht diesen Weg, sondern wollen ihn zwingen per Gesetz etwas zu tun, was man ihm mit Argumenten auch näherbringen kann, was man ihm auch näherbringen kann, wenn er es nicht ganz so will, weil es nämlich vielleicht nicht so wirtschaftlich ist und es ihn Geld kostet. Dann kann man durchaus darüber reden und da haben wir gerade schon verschiedentlich gehört, wie viele Förderprogramme es gibt, dann kann man das natürlich mit Förderprogrammen machen. Wir machen es doch sonst auch mit Förderprogrammen. Beim Katalysator für die Autos, da haben wir Förderprogramme für die Altwagen eingeführt, damit es auch die machen, die es nicht ganz einsehen. Wenn sie dann einen finanziellen Anreiz haben, dann machen sie es auch.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abgeordneter Scherer, CDU:

Oder jetzt diskutieren wir über Elektroautos, dass da auch eine Fördermaßnahme notwendig ist, damit wir schneller in diesen Bereich reinkommen. Damit bin ich ja einverstanden, warum denn nicht. Aber man muss doch die Leute nicht per Gesetz zwingen, zudem es in Thüringen genau diejenigen trifft, die schon belastet genug sind durch Straßenausbaubeiträge, Abwasseranliegerbeiträge,

(Beifall CDU)

die trifft es nämlich hier wieder. Die Wohnungsbaunternehmen sind ja schon modernisiert.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja, die Betroffenen sind schon belastet.)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter ...

Abgeordneter Scherer, CDU:

Die haben auch energetische Sanierung gemacht, bei denen ist gar nicht mehr so viel erforderlich. Jetzt rede ich halt gerade.

Präsidentin Diezel:

Gut. Gestatten Sie die Frage dann später am Ende?

Abgeordneter Scherer, CDU:

Ja, gern.

Es trifft genau die Eigenheimbesitzer, die sowieso schon gebeutelt sind und die sollen jetzt zwangsweise noch Geld ausgeben. Und das finde ich nicht richtig, das ist auch nicht erforderlich, weil ich nämlich der Meinung bin, dass unsere Bürger weitgehend freiwillig und damit eigenverantwortlich von ganz allein Sanierungsmaßnahmen in dem Bereich ergreifen werden. Es wird nämlich auch, wenn Sie in die Zeitung schauen, von Tag zu Tag wirtschaftlicher, solche Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb brauchen wir aus meiner Sicht keine gesetzliche Regelung, sondern die Eigenverantwortung des Bürgers. Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Adams?

Abgeordneter Scherer, CDU:

Bitte schön.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Kollege Scherer, mir geht es um eine Klarstellung, Sie haben im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Einsparung von CO₂ auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwiesen und gesagt, wenn es um Ihr Ziel geht, dann wären wir bereit, neue Gesetze zu machen. Ich bestätige Ihnen zunächst, dass es unser Ziel ist, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte aber fragen: Sind wir uns nicht einig darüber, dass es das Ziel des gesamten Hauses und der Landesregierung sein sollte oder auch eigentlich sein muss, Klimaschutz aktiv anzugehen und CO₂ zu sparen, somit die Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Forderung des ganzen Hauses ist.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Da sind wir uns zunächst einmal sehr einig, dass es sicher eine Forderung des ganzen Hauses ist. Das habe ich eingangs meiner Rede auch gesagt. Die Frage ist nur, wie man so etwas umsetzt, und da bin ich der Meinung, man muss den Bürger nicht per Gesetz zwingen, der hat genug Eigenverantwortung, das zu tun.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Heinz Untermann.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte mich gleich an meinen Vorredner anschließen

(Beifall CDU, FDP)

in den hauptsächlichen Begründungen und werde das auch hier nicht noch einmal wiederholen. Ich denke, er hatte viele Sachen deutlich gesagt.

Meine Damen und Herren von der GRÜNEN-Fraktion, als ich diesen Antrag durchgelesen habe, musste ich mehrere Male schauen, was wollen Sie denn eigentlich. Für mich ist es eine reine Berichterstattung. Aber ich will versuchen, doch noch einige Dinge dazu zu bemerken. Es wurde richtig von allen Vorrednern gesagt, Klimaschutz ja, aber nicht, wie Sie das wollen. Das können Sie sich alle vorstellen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Okay, machen Sie einen Vorschlag!)

(Beifall FDP)

Weder das Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden-Württemberg noch das Stufenmodell der IHK in Berlin findet unsere hundertprozentige Zustimmung. In beiden Sachen gibt es Dinge, die man sicherlich übernehmen kann, aber es gibt auch Sachen, die mit uns einfach nicht gehen. Ich möchte zum Beispiel auf das baden-württembergische Modell kurz eingehen. Baden-Württemberg ist mit der Größe, Struktur und Bevölkerung gar nicht mit Thüringen zu vergleichen. Also sollte man solche Dinge mit Vorsicht genießen und nicht unbedingt hundertprozentig übernehmen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber beim Polizeigesetz machen wir das.)

Wir sind nicht bei der Polizei, wir sind jetzt hier beim Klima.

(Beifall CDU, FDP)

Ich will es einmal an einem Beispiel sagen. Wie wollen Sie dem Häuslebauer erklären, der finanziell gar nicht in der Lage ist, sich so eine Sache einbauen zu lassen, die ihm Geld kostet, was er gar nicht hat? Das ist eine Sache, die sollte man jedem selbst überlassen, wie schon richtig gesagt,

(Beifall FDP)

Selbstverantwortung. Unsere Menschen sind so selbstbewusst und auch so verantwortungsbewusst, dass sie das so machen. Das Gesetz ist weiter von solchen Auflagen und Pflichten erfüllt für den Bestand durchzogen. Die Eigentümer werden gezwungen, erneuerbare Energien beziehungsweise Ersatzmaßnahmen durchzuführen. Weiterhin enthält das Gesetz unzählige bürokratische Ausnahmeregelungen und Untergliederungen, welche mich teilweise an einen Irrgarten erinnern. Das ist kein Thema zur Beseitigung von Bürokratie und Unübersichtlichkeit.

Mit dem Stufenmodell der IHK Berlin, des Bundes und der Berliner Mietervereine sollen nur solche energieeffizienten und klimaschützenden Maßnahmen zur Erfüllung der Grenzwerte vorgegeben werden, die Härten für Mieter und Gebäudeeigentümer vermeiden. Das ist im Ansatz in Ordnung, aber wenn ich dann weiterlese: Bei niedrigen Einkommen wird eine Unterstützung und bei Empfängern von SGB II ein Klimabonus vorgeschlagen, meine Damen und Herren, wer soll das bezahlen? Das geht nicht oder wollen Sie die Energiepreise oder die Steuern erhöhen? Da haben Sie einen Effekt, der ist gleich null. Man sollte sicherlich - wenn wir das vorhaben sollten - aus beiden Modellen/Gesetzen das herausuchen, damit das Beste für das Klima getan wird, dass aber keiner zu etwas gezwungen wird, das aber auch keiner missbrauchen darf. Danke schön.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Schubert zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass die SPD-Fraktion dem Thema sehr viel aufgeschlossener gegenübersteht als die CDU-Fraktion. Danke noch einmal, Frau Doht, für Ihre Stellungnahme dazu. Ich hoffe, dass Sie insbesondere auf die Vorredner einwirken können, was das tatsächliche Anliegen ist, was wir damit verfolgen, und dann hoffentlich auch die Koalition insgesamt zu dem Ergebnis kommt, dass man hier durchaus etwas machen kann, ohne die Menschen überstrapazieren. Dafür müssen Sie sich auch etwas näher damit befassen, z.B. mit dem Stufenmodell. Da gibt es vier Seiten, wo Vorschläge gemacht werden für Härtefallregelungen, das in Antwort auf das, was Herr Untermann gerade angesprochen hat.

Zum Thema Selbstverantwortung, Herr Scherer: Wie das mit Selbstverantwortung ist, wissen wir, wenn wir in die Autoindustrie schauen. Als ich auf der dena-Tagung danach gefragt habe, was denn mit energiesparenden Modellen weitergeht, da hat ein Vertreter gesagt, dass die Leute diese Benzinschleudern kaufen. Also so viel zur Eigenverantwortung. Es geht doch darum, einen Rahmen zu definieren, und dieser Rahmen ist so breit, dass in diesem Rahmen Hausbesitzer selbstverantwortlich ein Klimaschutz-Gebäudegesetz umsetzen können. Ich habe Ihnen ja gerade erläutert, wie viel Spielraum solch ein Stufenmodell lassen würde.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Barth?

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Frau Kollegin, Sie sprachen gerade davon, was man alles machen kann. Uns trennt ja nicht die Frage, ob man was machen kann, sondern ob man etwas machen muss. In diesem Zusammenhang will ich Sie fragen, ob Ihnen im Rahmen Ihrer Befassung mit dem Thema schon mal jemand über den Weg gelaufen ist, der sein Haus quasi freiwillig schlecht dämmt,

weil er der Meinung ist, zu wenig für Heizung zu bezahlen?

(Beifall FDP)

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Er dämmt aber vielleicht sein Haus überhaupt nicht, weil es nicht die entsprechenden Anreize gibt, das zu tun; das ist es ja gerade.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe FDP)

Uns schwebt ein Gesetzentwurf vor, der wirtschaftlich ist, weil die Energiepreise steigen. Viele Hausbesitzer scheuen einfach diese hohen Investitionen. Deswegen braucht es die Kombination aus einem Rahmen, den das Gesetz vorgibt, zusammen mit entsprechenden Förderprogrammen. Die werden sich rechnen, weil die Energiepreise steigen; darum geht es doch. Herr Barth, Sie müssten eigentlich mit wehenden Fahnen zustimmen, denn das ist doch beste Mittelsstandsförderung, das haben Sie noch nicht verstanden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Stelle muss ich den Wirtschaftsminister mal ausdrücklich loben. Er hat nämlich verstanden, dass es im Prinzip ein Mittelsstandsförderungsprogramm ist.

(Unruhe FDP)

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Vor allem für eine alleinstehende 70-Jährige mit einem Vierseithof.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich möchte die Abgeordneten bitten, dass Sie der Frau Abgeordneten Schubert zunächst zuhören, und dann gibt es noch ausreichende Möglichkeiten, sich selbst zu Wort zu melden.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Jetzt habe ich fast den Faden verloren. Ich war dabei stehen geblieben, dass auch das Gesetz soziale Härtefälle mit abfedern muss, das ist klar. Eigentlich hat Herr Untermann ja gesagt, dass man darüber reden muss, wie man das ausgestaltet. Ich glaube, so ablehnend, wie Sie hier gesprochen haben, sind Sie im Prinzip gar nicht. Lassen Sie uns doch diesen Antrag zum Anlass nehmen, das zu beraten im Ausschuss, und lassen Sie uns gemeinsam ein Gesetz auf den Weg bringen, ein Gesetz, das denkmalschützerische Belange berücksichtigt, das berücksichtigt, dass es Menschen gibt, die sich diese Anfangsinvestition nicht leisten können, ein Gesetz, welches sich möglicherweise vom Stufen-

(Abg. Schubert)

modell abschaut, dass man die Vorgaben so staffeln kann, dass z.B. eine Frau mit einem Vierseithof, die alleinstehend ist, erst einmal über viele Jahre gar nicht in die Verlegenheit kommt, etwas zu machen usw. Insofern möchte ich die Debatte, die jetzt hier stattgefunden hat, zum Anlass nehmen und bitten, den Antrag zu überweisen, damit wir dann fachlich und sachlich im Bauausschuss weiter darüber diskutieren können. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich möchte darauf verweisen und bitte dann auch noch um Auskunft an mich, da dieser Antrag ja ein Berichtersuchen umfasst, der Sofortbericht erteilt worden ist und es die Möglichkeit der Fortberatung des Berichts im Ausschuss gibt. Dieser Antrag könnte gestellt werden. Ich muss aber darauf hinweisen, dass dann alle, die die Beratung des Berichts verlangt haben, diesem Verfahren zustimmen müssten. Das können wir aber am Ende der Aussprache zu diesem Bericht noch vereinbaren. Es hat zunächst das Wort Herr Abgeordneter Weber für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuschauer auf der Zuschauertribüne, was aus meiner Sicht in der gesamten Aussprache völlig zu kurz gekommen ist, ist die Tatsache, dass wir hier in Thüringen in der Tat eine andere Substanz im Gebäudesektor und vor allem auch im Anlagensektor haben als in den alten Bundesländern, und natürlich auch als in Baden-Württemberg. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns klar werden, welche Besonderheiten Thüringen hat. Gemeinsam mit allen anderen neuen Bundesländern ist die Situation so, dass Anfang der 90er-Jahre fast 100 Prozent der Heizungsanlagen ausgetauscht wurden gegen Zentralheizungsanlagen, zum damaligen Zeitpunkt moderner Technik. Das ist auch statistisch belegt. Das bedeutet aber, dass wir jetzt 20 Jahre nach dieser Umstellungswelle den Effekt haben werden, dass diese Anlagen aus Altersgründen, aus Verschleißgründen das Zeitliche segnen und relativ zeitnah ausgetauscht werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir als politische Verantwortungsträger diese Situation nicht nutzen, um bei den Menschen dafür zu werben, dass sie bei der Umstellung darüber nachdenken, welche Potenziale der Erneuerbaren in diesem Bereich gehoben werden können, dann verpassen wir eine riesige Chance.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch keinen Widerspruch zwischen der Frage des

Denkmalschutzes und dem Einsatz der erneuerbaren Energien. Ganz im Gegenteil, ich danke den GRÜNEN für die aus meiner Sicht hervorragende Veranstaltung zu dem Thema „Verbindung erneuerbarer Energien und Denkmalschutz“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war eine gute Sache, das war ein guter Dialog, der da geführt wurde. Da ist auch deutlich geworden, dass nicht zwangsläufig jedes Fachwerkhaus mit Styroporplatten beplankt werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Etwas verändern kann man auch in anderen Bereichen, da gibt es viele Möglichkeiten. Worüber reden wir aber? Wir reden über die Frage: Was hat Baden-Württemberg gemacht im Jahr 2007 und - Sie haben den Kontext hergestellt - was hat Berlin versucht auf den Weg zu bringen? Im Jahr 2010 ist der dritte Entwurf von Frau Lompscher aus Berlin vorgelegt worden, der ist sehr umstritten in Fachkreisen. Es gibt Leute, die sagen, das ist das erste Klimaschutzgesetz ohne Klimaschutz. Darauf brauchen wir nicht näher einzugehen. Das Entscheidende ist, in Berlin gibt es Kräfte vonseiten der SPD, des BUND und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die ein Stufenmodell fordern. Im Gegensatz dazu war das Gesetz in Baden-Württemberg vor dem Bundesgesetz zu den Erneuerbaren da, deswegen war die Notwendigkeit in Baden-Württemberg gegeben, es ist eine weitblickende Regelung gewesen, Neubauten mitzuregeln. Ob man nach dem Bundesgesetz noch eine Regelung für Neubauten braucht, die Frage kann man sich durchaus stellen, ich sehe das in der Tat für nicht notwendig an, denn das wird im Bund geregelt. Was aber nicht geregelt wird, ist die Frage, wie wir mit dieser Umstellungswelle infolge der Sanierungswelle nach den Neunzigern umgehen. In der Tat müssen wir uns die Frage stellen, die muss man aber in Richtung Bund stellen, wie schaffen wir es, dass Fördermittel für energetische Sanierung und für die haustechnische Umrüstung da ankommen, wo sie gebraucht werden. Das ist eine entscheidende Frage, die wir stellen müssen. Deswegen müssen wir auch mit Blick auf Berlin die Frage stellen, ob die Gießkannenförderung, wie sie momentan gemacht wird, tatsächlich zielführend ist.

Es gibt nachgewiesenerweise zwei Phasen im Leben von Familien, in denen investiert wird. Die erste Phase ist, die Menschen sind jung, gründen Familien und ziehen in ihre entweder eigenen oder gemieteten vier Wände. Dann ist eine bautechnische Veränderung im Regelfall angebracht, das wird dort gemacht. Aber die Situation ist, dass diese jungen Familien kein Geld haben, um diese Dinge energetisch sinnvoll zu gestalten. Die zweite Phase ist, wenn die Menschen am Ende ihres Erwerbslebens stehen und in Ruhestand gehen, dann wird noch mal saniert. Es ist nachgewiesen, dass dies so ist. Da ist die höchste Sanierungsquote. Dann wieder-

(Abg. Weber)

um bekommen sie keine langfristigen Kredite, denn versuchen Sie mal mit 65 Jahren auf die Bank zu gehen und zu sagen, ich würde gern für eine Bausanierung einen Kredit auf 25 oder 30 Jahre aufnehmen. Den werden Sie von keinem Kreditinstitut kriegen. Deswegen müssen wir über eine lebenssituationorientierte Komponente und über eine bessere Steuerung der Fördermittel nachdenken. Das können wir aber nicht in Thüringen, das müssen wir mit Blick auf den Bund vorschlagen. Und was wir auch machen müssen, da gebe ich Ihnen recht, in der Frage des Mietwohnungsbaus müssen wir über eine mietspiegelorientierte Förderung nachdenken. Denn natürlich ist es so, dass der Hauseigentümer theoretisch 11 Prozent der Sanierungskosten umlegen kann. Der bekommt es aber am Mietwohnungsmarkt nicht. Sie bekommen keine 3 Prozent umgelegt in Thüringen, ganz einfach, weil der Markt das nicht hergibt, und vor dem Hintergrund, weil diese Kosten nicht bezahlt werden, weil es auch eine soziale Frage ist an der Stelle. An der Stelle müssen wir darüber nachdenken, kann man da mietspiegelorientiert stärker fördern nach dem Motto, eine junge Familie in Sömmerda muss mehr Fördermittel bekommen als Doppelverdiener in München. Das ist nun einmal so. An der Stelle, denke ich, müssen wir über eine bessere Streuung nachdenken.

Noch eine Sache, weil vonseiten der LINKEN das ins Spiel gebracht wurde. Es ist in der Tat so, die Frage der effizienten Beheizung und des effizienten Energieverbrauchs ist in Zukunft eine soziale Frage. Sie ist es eigentlich schon jetzt. Die Durchschnittsfamilie in der Bundesrepublik Deutschland gibt ungefähr 2.500 € im Jahr dafür aus, ihr Haus warm oder ihre Wohnung warm zu bekommen und Warmwasser zu haben. Das ist mehr, als in manchen Familien für Lebensmittel ausgegeben wird. Das muss man sich einmal vorstellen. Deswegen ist es natürlich eine soziale Frage, durch die Umstellung und durch die Verbesserung dazu zu kommen, dass auch zukünftig diese Menschen nicht in kalten Wohnungen und nicht mit kaltem Wasser auskommen müssen, weil sie es sich nicht leisten können. Auf jeden Fall müssen wir uns politisch damit auseinandersetzen. Ob wir das hier in Thüringen angemessen tun können, das ist noch zu prüfen. Ich denke, vonseiten der SPD-Fraktion stehen wir einer offenen Diskussion über die Frage, was kann man da machen, positiv gegenüber. Frau Kollegin Doht hat das ja auch schon deutlich gemacht. Ob wir dazu in der Form einen Antrag zum Vergleich brauchen oder eine Diskussion in einem Ausschuss, wo man sich die Frage stellen kann, gehört die energetische Frage da überhaupt hin, ist eine andere Frage. Vor dem Hintergrund, herzlichen Dank für den Antrag, es ist eine gute Anregung und ich habe mich auch sehr über die Diskussion hier im Haus gefreut.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE erhält der Abgeordnete Kuschel das Wort.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Anmerkung des Herrn Abgeordneten Scherer und der Beifall aus der CDU-Landtagsfraktion hat mich veranlasst, hier noch einmal etwas klarzustellen, weil ich der Überzeugung bin, dass Sie hier wieder einen Eindruck vermitteln, der mit der kommunalen Realität nicht einmal ansatzweise etwas zu tun hat. Ich nehme da mit Erstaunen zur Kenntnis, dass die CDU jetzt in irgendeiner Art und Weise anerkennt, dass es in Thüringen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger aus der Erhebung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen gibt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bisher wurde das von der CDU immer wieder verneint.

(Unruhe CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, andererseits setzen Sie bei energetischer Sanierung der Gebäude auf die Freiwilligkeit der Betroffenen. Aber Sie nehmen den Menschen in diesem Land den finanziellen Spielraum, um in Gebäudesanierung und in energetische Maßnahmen zu investieren. Das betrifft nicht nur die Grundstückseigentümer und die, die im selbst genutzten Wohneigentum wohnen, sondern auch die Mieter. Ich will Ihnen einmal die Dimension aufzeigen, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bereich zumuten. Im Bereich Straßenausbaubeiträge wurden bisher 600 Mio. € an Straßenausbaubeiträgen vereinbart. Sie wollen, das werden wir ja wahrscheinlich hier im März im Landtag beraten, jetzt bis 1991 rückwirkend Straßenausbaubeiträge erheben, eintreiben. Da geht es um weitere 260 Mio. € für Maßnahmen, die 20 Jahre zurückliegen. Und für die nächsten 20 Jahre werden, wenn Ihr Gesetz Wirklichkeit wird, weitere 1,2 Mrd. € an Straßenausbaubeiträgen auf die Thüringer Bürgerinnen und Bürger zukommen. Das ist Ihr Konzept. Die Gelder fehlen bei der Sanierung der Gebäudesubstanz. Im Bereich Abwasser mussten die Bürger bisher 800 Mio. € Beiträge entrichten. Weitere 800 Mio. € stehen in den nächsten Jahren an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es betrifft eben nicht nur die Grundstückseigentümer, sondern die Mieter und das will ich festmachen an dem Beispiel, das ich genau kenne, weil ich Mitglied des Aufsichtsrats in einer kommunalen Wohnungsbau-

(Abg. Kuschel)

gesellschaft in Arnstadt bin. Wir haben 4.000 Wohnungen, 12.000 Menschen, also rund die Hälfte aller Arnstädterinnen und Arnstädter wohnen bei uns. Wir müssen im Jahr etwa 1 Mio. € an Straßenausbaubeiträgen und Abwasserbeiträgen zahlen. Wir haben 12 Mio. € Einnahmen aus der Miete, dafür stehen noch ganze 2,2 Mio. € frei für Unterhaltung und Sanierung von Wohngebäuden. Aus diesen 2,2 Mio. € müssen wir 1 Mio. € für Straßenausbau und Abwasserbeiträge entrichten. Das heißt, wir haben insgesamt noch 1,2 Mio. € für die Gebäudesanierung zur Verfügung. Das heißt, unsere Mieter, da kennen Sie ja die Klientel, die in den kommunalen Wohnungsgesellschaften wohnt, werden doppelt „bestraft“. Sie müssen nämlich die Beiträge indirekt aus der Miete bezahlen, und weil wir nicht ausreichend in die Gebäudesubstanz investieren können, haben wir im Vergleich zum privaten Bereich überhöhte Betriebskosten, insbesondere was Wärme, Warmwasser und dergleichen betrifft. Das ist die Realität. Deshalb sind die Mieter in gleichem Maße betroffen. Wenn Sie hier weiter auf Freiwilligkeit setzen wollen im Bereich der Gebäudesanierung, dann müssen Sie sich was bei den Kommunalabgaben, insbesondere bei den Beiträgen, einfallen lassen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kuschel, Frau Abgeordnete Doht möchte Ihnen gern eine Frage stellen.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Gleich, wenn ich den Gedanken zu Ende gebracht habe, weil ich dann meine Rede hier vorläufig beende.

Während Straßenausbaubeiträge und Abwasserbeiträge nicht zur Erhöhung des Gebrauchswerts des Grundstücks beitragen, insbesondere Straßenausbaubeiträge nicht, ist natürlich jede Investition in die Gebäudesubstanz eine Gebrauchswertsteigerung. Das ist eben der Unterschied zwischen beiden Regelungsbereichen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Doht, Sie können jetzt Ihre Frage stellen.

Abgeordnete Doht, SPD:

Herr Kuschel, habe ich Sie eben richtig verstanden? Sie legen die Beiträge auf den Mieter um. Dann empfehle ich dem örtlichen Mieterbund schnellstens gegen Ihr Unternehmen zu klagen.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Sie haben mich nicht richtig verstanden. Das ist eine derartige Fehlinterpretation. Ich habe formuliert: Wir müssen als Wohnungsbaugesellschaft die Beiträge, weil wir sie ja nicht auf die Miete umlegen können, aus den Mieteinnahmen finanzieren, denn wir haben keine andere Einnahmequelle. Es gibt nur die Miete als Einnahmequelle. Da nehmen wir das aus dem Bereich, der noch frei ist, und das ist der Bereich, der für die Sanierung und Erhaltung der Grundstücke da ist. Damit bezahlt der Mieter indirekt, weil das Geld bei den Investitionen fehlt. Das ist der Zusammenhang. Das betrifft im Übrigen die Wohnungsbauunternehmen, auch die Gesellschaft in Eisenach in gleichem Maße. Da haben Sie ja familiär einen guten Draht.

(Beifall DIE LINKE)

Ach nein, ich vermute, Ihr Mann hat sich vor dieser Aufgabe gedrückt und das dem Herrn Köckert zugewiesen, der vertritt ja die Stadt in diesen Gremien. Da hat er ja gute Querverbindungen zu seiner beruflichen Tätigkeit. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Adams zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will ganz kurz eingehen auf das, was Herr Barth gesagt hat, weil es wichtig ist. Herr Barth hat gefragt, ob wir bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jemanden kennen würden, der freiwillig sein Haus schlecht dämme, um mehr Energiekosten zu bezahlen. Man muss die Frage beantworten: Leider ja und in Massen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen ein Beispiel aus der Wirtschaft zum Besten geben. Ich darf an einem Arbeitskreis der IHK in Erfurt teilnehmen, der sich um die Frage der Fernwärmenutzung mit sehr interessanten Fachbeiträgen und Diskussionen auseinandersetzt. Wir haben da auch eine Diskussion über Energieeffizienzmaßnahmen in Erfurter Betrieben gehabt. Da hat jemand aus einem sehr großen Erfurter Unternehmen, das in einem Konzern gebunden ist, erläutert, dass er natürlich einsähe, wie viel es bringen würde, Photovoltaik aufs Dach zu bringen oder Dämmung einzusetzen oder elektronisch drehzahlgesteuerte Pumpen einzusetzen. Er scheiterte aber mit diesem Investitionsvorhaben regelmäßig in der Konzernleitung, weil die Konzernleitung ein Benchmark festgesetzt hat. Eine jede Investition muss sich nach drei Jahren lohnen. Das heißt, eine Inve-

(Abg. Adams)

stition, die sich nach vier Jahren lohnt, wie z.B. die in Wärmedämmung oder die in PV, die wird dann nicht mehr getätigt. Insofern, lieber Herr Barth, ist es leider eine traurige Realität, dass aufgrund von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zu kurz gedacht und wegen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sehr oft eben nicht in Energieeffizienzmaßnahmen investiert wurde. Deshalb wäre es so wichtig, dass dieser Thüringer Landtag ein Gesetz verabschiedet, mit dem wir einen ernsthaften Schritt vorwärtskommen. Das ist nämlich auch wirtschaftsfreundlich. Wir haben mit Ihnen auf der Veranstaltung der Handwerkskammer diskutieren dürfen. Da haben Sie gefragt: Wie bringt man das Handwerk voran? Wir glauben, dass wir speziell den Bereich des Bauhandwerks ganz enorm voranbringen können, indem wir unsere Energiewende umsetzen. Da sind wir die Partner des Handwerks. Wir laden Sie von der FDP-Fraktion ein, hier mit dabei zu sein, Partner des Handwerks zu werden.

(Heiterkeit FDP)

Weil das so ist, beantragen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass dieses Berichtersuchen auch im Wirtschaftsausschuss, weil es nämlich von enormer wirtschaftlicher Bedeutung ist, behandelt wird. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redeanmeldungen seitens der Abgeordneten vor. Für die Landesregierung möchte Minister Carius noch einmal das Wort ergreifen. Ich wiederhole noch einmal, dass die Fortberatung eines Berichts in einem Ausschuss geht. Frau Abgeordnete Schubert wollte das im Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr. In zwei Ausschüssen geht es nicht und es geht alles nur vorbehaltlich der Zustimmung durch die Fraktionen, die die Aussprache zum Berichtersuchen verlangt haben. Das heißt, ich harre immer noch auf einen entsprechenden Antrag, den ich abstimmen lassen kann. Bitte, Herr Carius.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Angst, ich möchte es nicht allzu lang machen, allerdings hat mich der Wortbeitrag von Herrn Kollegen Kuschel doch noch einmal nach vorn getrieben.

Ich denke, es ist ganz notwendig, dass wir hier noch einmal klarstellen: Diese Landesregierung und auch die sie tragenden Fraktionen haben immer etwas dafür getan und sind immer davon ausgegangen, dass es sich bei den Beiträgen sowohl im Bereich des Abwassers als auch bei den Straßenausbaubeiträgen natürlich um Belastungen

handelt, die den Eigentümern auferlegt werden. Dann war aber unsere Frage auch immer, wie wir auf der einen Seite diese Belastungen so gering wie möglich halten können - das haben wir mit vielen Förderprogrammen in den beiden vergangenen Jahrzehnten immer wieder auf den Weg gebracht - und wie wir auch mit gesetzlichen Maßnahmen dafür Sorge tragen können, dass diese Belastungen nicht so ausufernd werden, wie Sie sie, Herr Kuschel, in Ihren Postillen immer wieder darstellen. Insofern muss ich das zurückweisen. Wir haben nie behauptet, hier würde es sich nicht um eine Belastung handeln, sondern wir wollten immer versuchen, dass sie in einem angemessenen Maße zu dem Nutzen, der für die Bürgerinnen und Bürger davon ausgeht, auch steht.

(Beifall CDU)

Insofern, meine Damen und Herren, ist es nicht ganz richtig, was Sie hier behauptet haben. Also es war ein Glanzstück an intellektueller Rabulistik, was Sie hier vorgelegt haben,

(Beifall CDU)

denn selbst wenn man unterstellen würde, wie Sie behauptet haben, dass Sie sich immer für die Entlastung und wir uns für die Belastung eingesetzt hätten, würde das, was Sie jetzt hier fordern, nämlich ein Gebäudesanierungsprogramm, nicht nur ein Programm, sondern ein Gesetz so aufzulegen, dass Sie dort extrem hohe Standards formulieren, die am Ende von irgendwem bezahlt werden müssen. Irgendwer ist eben nicht nur irgendein imaginäres Wohnungsunternehmen, sondern das sind am Ende natürlich mit die Mieterinnen und Mieter und es sind mit die Eigentümer, die dafür aufkommen müssen.

(Beifall CDU, FDP)

Auf das, meine Damen und Herren, muss man auch schon mal hinweisen. Das, was Sie hier so einseitig fordern, das mag zwar mit Klimazielen im Einklang stehen, aber steht jedenfalls nicht im Einklang damit, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger nicht immer zusätzlich belasten wollen und auch nicht bevormunden wollen in dem, was sie tun.

(Beifall CDU, FDP)

Denn am Ende sollten die schon sehr wohl selbst unterscheiden und entscheiden können, wofür sie ihr Geld aufwenden.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das können Sie aber bei Straßen- und Abwasserbeiträgen nicht, die müssen stets bezahlt werden.)

Jetzt zum Thema der Förderprogramme: Herr Kollege Adams, was Sie gerade deutlich gemacht haben; es ist natürlich richtig und wohlfeil zu sagen,

(Minister Carius)

wir stehen an der Seite des Handwerks und machen hier ein Riesenförderprogramm, was am Ende die Mieter und die Hauseigentümer bezahlen müssen. Das kann man natürlich sagen, aber in der Sache steht hier Wirtschaftsfreundlichkeit eben nicht im Einklang mit Bürgerfreundlichkeit.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer bezahlt denn Ihren überdimensionierten Straßenbau?)

Von überdimensioniert kann man gar nicht reden. Ich kann Ihnen die Schreiben der Bürgerinitiativen bringen, die uns am laufenden Band dazu auffordern, endlich die Straßen zu bauen, damit sie vom Verkehr entlastet werden.

(Beifall CDU)

Ich will an der Stelle nur sagen: Wir müssen hier ein vernünftiges Verhältnis schaffen zwischen dem, was Sie unter Wirtschaftsfreundlichkeit verstehen, und dem, was wir auch unter Bürgerfreundlichkeit verstehen. Natürlich - da haben meine Kollegen Weber und Scherer völlig recht gehabt - ist es richtig, wir müssen auch die Chance, die sich durch den Modernisierungsschub in den nächsten Jahren ergibt, nutzen, um hier möglichst hohe Standards in unseren Wohngebäuden letztlich einzuführen. Aber ich würde mal eher sagen, das ist auch eine Frage, wie wir es fördern. Denn wenn wir zu hohe gesetzliche Standards einfordern, dann kann das mitunter auch dazu führen, dass derjenige, der sich soeben noch gedacht hat, ob er sein Haus dämmt, dann sagt, weil die Maßnahme jetzt viel zu teuer geworden ist - und da sage ich, es ist mir sehr wohl bekannt, dass das Handwerk durchaus in der Lage ist, auch denkmalschutzgerechte Sanierungen voranzutreiben, aber die sind eben noch teurer; weil eben ein Bürger dann mitunter deutlich höheren Anforderungen Genüge tun muss, um diese Anforderungen zu erfüllen, muss er wesentlich mehr Geld in die Hand nehmen -, dann überlegt er es sich und macht es halt gar nicht. Da haben wir für den Klimaschutz überhaupt nichts bewegt.

(Beifall CDU)

Deswegen, finde ich, sollten wir diese Debatte wirklich sachlich führen und nicht nur einseitig an den einzelnen Zielen orientiert. Dann noch schlussendlich eines zu den Förderprogrammen: Frau Wolf, Sie haben ausgeführt, wir haben zu viele Förderprogramme. Sicher ist es wohlfeil zu sagen, wir brauchen ein Förderprogramm für alle, in der Sache geht das aber völlig an den Problemen dieses Landes vorbei. Denn natürlich haben wir ganz viele unterschiedliche Probleme,

(Beifall CDU)

ob sie in einem Sanierungsgebiet sind oder nicht in einem Sanierungsgebiet, ob sie im ländlichen

Raum sind oder in der Stadt, ob sie Eigentum haben, das sie selbst nutzen, oder Eigentum haben, was sie zur Fremdnutzung freigeben wollen, das erfordert unterschiedliche Förderatbestände. Insofern kann ich nicht nachvollziehen, dass Sie sagen, wir bräuchten hier in diesem wüsten Förderdschungel mehr Klarheit. Die Bürgerinnen und Bürger haben jedenfalls diese Klarheit, denn unsere Programme sind regelmäßig erstens überzeichnet und zweitens werden sie auch voll abgerufen. Insofern, glaube ich, sollten wir diese Debatte eher sachlich führen und weniger an einseitigen Zielen orientieren. Danke.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Schubert, Sie hatten noch eine Redemeldung angezeigt. Bitte schön.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es geht ganz schnell, keine Sorge. Die Präsidentin hat mich ja darauf hingewiesen, dass noch ein Antrag zu stellen ist. Aber einen letzten Punkt kann ich nicht vermeiden noch auszusprechen, da es hier gerade um Bürokratieabbau ging. Das ist der Gesetzesbeschluss in Baden-Württemberg. Das zusammen mit einer Lichtung des Förderdschungels und das stimmt nicht, dass wir da nichts tun müssen, da müssen Sie auf Bundesebene schauen. Da ist jedes Ressort froh, wenn es irgendwie ein Förderprogramm hat, das es ausreichen kann. Das sind die Ressortkonkurrenzen, die verhindern, dass wir hier eine klarere Förderkulisse haben. Das können Sie nicht verneinen, Herr Carius. Das zusammen mit diesen wenigen Blatt Papier ist Bürokratieabbau. Einen weiteren Beitrag zum Bürokratieabbau können Sie erreichen, wenn Sie jetzt der Überweisung an den Bauausschuss zustimmen. Auf die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss verzichten wir zunächst. Weil wir das sonst per Selbstbefassungsantrag machen würden, dann kommt es sowieso in den Ausschuss. Das würde aber wieder bedeuten, dass wir mehr Blätter Papier verwenden. Also bitte, stimmen Sie dem Antrag zu. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe keine weiteren Redemeldungen mehr. Damit schließe ich die Aussprache zum Sofortbericht. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist? Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist nun beantragt worden, diesen Bericht im Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr fortzuberaten. Da alle Fraktionen die Beratung zum Sofortbericht verlangt haben, frage ich in die

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

Fraktionen. Erhebt sich gegen diesen Antrag Widerspruch? Das ist so. Das wird seitens der CDU-Fraktion und seitens der SPD-Fraktion angezeigt, so dass sich der Antrag zur Abstimmung über die Fortberatung erübrigt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 16 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**

Rechtsmittel gegen sogenannte Antiextremismuserklärung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 5/2303 -

dazu: Alternativantrag der Fraktion der FDP
- Drucksache 5/2331 -

Die Fraktion DIE LINKE hat nicht signalisiert, das Wort zur Begründung zu nehmen und auch nicht die Fraktion der FDP. Demzufolge kann ich sofort die Aussprache eröffnen und ich rufe auf für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Meißner.

Abgeordnete Meißner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnetenkollegen, sehr geehrte Besucher auf der Besuchertribüne, mit dem vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE wird die Landesregierung aufgefordert, die von der Bundesregierung geforderte sogenannte Antiextremismuserklärung rechtlich zu prüfen und gegebenenfalls Rechtsmittel einzulegen.

(Beifall DIE LINKE)

Dazu zunächst einmal zur Demokratieerklärung an sich: Diese besteht aus einer Bestätigung und aus beigefügten vierseitigen Hinweisen zur Erläuterung, die dem Fördermittelpfänger zur praktischen Umsetzung und Klarstellung dienen sollen.

Bereits in der Vergangenheit war es Bestandteil von Bescheiden für Träger von Extremismuspräventionsmaßnahmen, dass dort Auflagen getroffen worden sind zur Vermeidung einer Zusammenarbeit mit extremistischen Organisationen. Zur Wahrheit gehört in diesem Zusammenhang, dass 2004, zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung, die Initiative vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily ausging. Daraufhin schrieb das damalige von Frau Ministerin Renate Schmidt geführte Bundesfamilienministerium einen Brief an alle Träger von Maßnahmen gegen Extremismus, aus dem ich gern mit Ihrer Erlaubnis zitieren möchte: „Personen oder Organisationen, die nicht die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliches Arbeiten bieten, dürfen weder direkt noch indirekt durch Bundesbehörden gefördert werden.“

(Beifall CDU)

Der Träger der geförderten Maßnahmen hat im Rahmen seiner Möglichkeiten die Unbedenklichkeit der als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten usw. zu prüfen.“

Meine Damen und Herren, vielleicht fällt es Ihnen auf, genau dieser Wortlaut aus dem Schreiben der damaligen SPD-Bundesministerin ist der Wortlaut, der jetzt aktuellen Demokratieerklärung der Bundesministerin Kristina Schröder, die von zwei Gutachten jetzt kritisiert wird. Aus Sicht der CDU-Fraktion bestehen allerdings keine rechtlichen Bedenken gegen die Demokratieerklärung.

(Beifall CDU)

Als Fördermittelgeber ist zunächst einmal festzustellen, dass das Bundesfamilienministerium berechtigt ist, das Bekenntnis des Zuwendungsempfängers zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Auflage im Zuwendungsbescheid abzufordern. Beide Gutachten stellen auch ausdrücklich fest, dass die Demokratieerklärung diesem verfassungsrechtlichen Ziel dienen darf. Daher ist auch in den beiden Gutachten festgestellt, dass Satz 1 als Maßnahme zur Erreichung dieses Ziels geeignet, erforderlich und angemessen ist. Aber auch dieser Satz wird von vielen kritisiert und es ist schon bezeichnend, welche Probleme manche Fraktionen und manche Teile der Bevölkerung mit einem offenen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes haben.

Aus unserer Sicht ist aber auch die Formulierung in den Sätzen 2 und 3 der Demokratieerklärung ausreichend bestimmt. Denn in dieser verwaltungsrechtlichen Auflage bzw. Bedingung ist klar ersichtlich, dass eben der Träger gegen die Erklärung verstößt, wenn er wissentlich mit einem Partner zusammenarbeitet, der gegen die Ziele des Grundgesetzes und damit gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstößt. Außerdem ist auch ausreichend klargestellt, dass die Rechtsfolge eines Verstoßes die Rückforderung dieser Fördergelder ist. Auch die als unklar bezeichnete Bezeichnung „Anschein erwecken“ oder „extremistische Struktur“, die in der Demokratieerklärung vorkommen, werden aus unserer Sicht durch die Hinweise, die als Auslegungshilfe zur Demokratieerklärung beigefügt sind, ausreichend konkretisiert.

Es geht eindeutig darum, zu verhindern - und das ist unterstützenswert -, dass extremistische Organisationen finanziell unterstützt werden oder ihnen unwillentlich eine Plattform geboten wird und sie dadurch ihre extremistischen Weltanschauungen mit Unterstützung öffentlicher Mittel auch noch in der Öffentlichkeit weiter verbreiten können. Dafür bedarf es eigener Verantwortung und hoher Sensibilität der in diesem Bereich tätigen Träger bei ihrer Arbeit.

(Abg. Meißner)

Es gibt Organisationen und Strukturen, die einhellig und eindeutig als verfassungsfeindlich beschrieben werden.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann sind sie verboten.)

Gerade hier ist doch für die Träger offensichtlich erkennbar, dass sich eine Zusammenarbeit mit diesen ausschließen muss.

(Beifall CDU)

Darüber hinaus hat jeder Träger die Möglichkeit, beispielsweise aus den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Bundesländer zu entnehmen, ob an den geförderten Projekten Beteiligte teilnehmen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen. Allein diese Erkenntnismöglichkeit dürfte aus unserer Sicht in den Möglichkeiten des Fördermittelempfängers stehen, zumal sich doch gerade diese in dem Bereich der Auseinandersetzung mit diesen Kräften engagieren. Im Übrigen glaube ich, es ist auch nicht zu viel verlangt, bei Unsicherheiten eine Rückfrage beim Bund zu starten und sich so Fördersicherheit zu beschaffen.

(Beifall CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, letztlich stellt sich aber die Frage, ob das Land Thüringen für eventuelle Rechtsmittel überhaupt aktiv legitimiert ist. Da es sich hier um einen verwaltungsrechtlichen Bescheid an die Zuwendungsempfänger handelt, bleibt allein diesen die Möglichkeit des Widerspruchs oder in aller Endkonsequenz die Möglichkeit der Klage vor dem Verwaltungsgericht. Aber unabhängig davon muss man auch feststellen, da der Zuwendungsbescheid im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ dem Freistaat als Zwischenempfänger bereits am 14. Januar zugegangen ist, wäre die Widerspruchsfrist von einem Monat ohnehin verstrichen.

Sehr geehrte Abgeordnetenkollegen, die CDU-Fraktion teilt gerade nicht die Auffassung von Herrn Prof. Battis, der in seinem Gutachten sagt, dass die direkte Auseinandersetzung beispielsweise mit Referenten, die sich nicht den Zielen des Grundgesetzes verpflichten, demokratiefördernd ist. Wo kommen wir denn hin, wenn eine Organisation, ein lokales Aktionsbündnis, einen NPD-Funktionär zu sich als Referenten einlädt und dieser dann auch noch von staatlichen Quellen finanziert wird. Das kann doch nicht Sinn und Zweck des Bundesprogramms sein.

(Beifall CDU, FDP)

Darüber hinaus, wer mit gewalttätigen linksautonomen Gruppen, wie sie beispielsweise am Wochenende auch in Dresden wieder aktiv waren, zusammenarbeitet und diese die Gesellschaftsordnung

abschaffen wollen, der weiß, mit wem er es zu tun hat.

(Beifall FDP)

Ein Träger darf dann in diesem Zusammenhang auch nicht erwarten, dass ein Referent noch Zuschüsse ausgerechnet von dem Staat bekommt, den der Referent eigentlich abschaffen will.

(Beifall CDU, FDP)

Aus unserer Sicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen sich über stärkere Kontrollen ihrer Aktivitäten nur die beklagen, die etwas zu verbergen haben. Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion keine Gesinnungsschnüffelei.

(Beifall CDU)

In diesem Zusammenhang gehe ich davon aus, dass die öffentlichen Äußerungen von Frau Ministerin Taubert ihre persönliche Meinung widerspiegeln, denn nach meinem Kenntnisstand ist es nicht das Meinungsbild der gesamten Landesregierung.

(Beifall CDU)

Es kann nichts anderes gelten als in Mecklenburg-Vorpommern, wo nach einem Erlass der dortigen Familienministerin Manuela Schwesig nur Träger eine Erlaubnis für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen erhalten, die ausdrücklich aktiv versichern, dass sie in keiner Weise Bestrebungen unterstützen, deren Ziele gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind. Man höre!

(Beifall CDU)

Abschließend natürlich noch zur Bewertung des Alternativantrags der Fraktion der FDP: Für die CDU-Fraktion ist es selbstverständlich, dass all jene, die vom Staat Geld im Kampf gegen den Extremismus erhalten, sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Das gilt selbstredend auch für alle Zuwendungsempfänger in Thüringen. Es ist auch kein Geheimnis, dass meine Fraktion - ähnlich wie das in Sachsen gelaufen ist - im Rahmen der Erstellung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sich ebenfalls ein aktives Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewünscht hätte. Aber im Ergebnis haben wir nicht auf diese Forderung bestanden. Wir setzen allerdings inzident voraus, dass sämtliche - und da betone ich sämtliche - durch den Freistaat Thüringen finanziell oder sonst wie geförderten Zuwendungsempfänger auf dem Boden der Verfassung des Freistaats Thüringen und auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland stehen.

Daher erwarten wir auch von der Landesregierung, dass, soweit diesbezüglich anderweitige Anhaltspunkte vorliegen - und da ist es egal, ob Links- oder Rechtsextremisten -, eine unverzügliche Prüfung

(Abg. Meißner)

erfolgt und gegebenenfalls Zahlungen unterbunden bzw., falls nötig, auch zurückgefordert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fasse zusammen: Aus unserer Sicht wäre die Einführung einer Antiextremismusklausel auch in Thüringen in rechtlicher wie auch in politischer Hinsicht unproblematisch. Wir werden jedoch mit Rücksicht auf unseren Koalitionspartner nicht dem Alternativantrag der FDP zustimmen, weil wir uns bei der Erarbeitung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit darauf verständigt haben, dass das Bekenntnis der Zuwendungsempfänger zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Selbstredend lehnen wir natürlich auch den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält der Abgeordnete Adams das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Gäste hier auf der Tribüne, ich wollte eigentlich ganz kurz mich nur dafür aussprechen, dass eine Landesregierung natürlich das tut, was Sie jederzeit tun kann, im Kontakt mit der Bundesregierung, wenn Sie dort Fördermittel weiterreicht, Zwischenempfänger ist, natürlich auch prüft, ob das alles ordnungsgemäß ist. Das machen Landesregierungen an tausenden Stellen regelmäßig und das wäre meiner Meinung nach der Antrag der LINKEN gewesen. Frau Meißner hat mit ihrem Beitrag allerdings hier die Debatte um Rechtsstaatlichkeit eröffnet und der wollen wir GRÜNEN uns nicht entziehen. Frau Meißner, Sie müssen erkennen, dass der moderne Rechtsstaat dem Bürger, jedem Bürger erstens die Freiheit gewährt und zweitens jedem Bürger unterstellt, dass er rechtstreu ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst wenn ein Gericht festgestellt hat, dass er nicht rechtstreu war, dann gibt es die Sanktionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wenn Frau Meißner auf die Veröffentlichung des Verfassungsschutzes verweist, dann verwechseln Sie etwas. Wer dort drin vorkommt, wird vom Verfassungsschutz beobachtet, weil man sich nicht sicher ist, weil man gesicherte Erkenntnisse erlangen will, ob derjenige treu dem Rechtsstaat sein muss. Aber nicht jeder Mensch, der da drinsteht, ist ein Verfassungsfeind.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht hätten Sie die Chance beim Abschied von Herrn Huber noch einmal nutzen sollen, sich mit ihm über seine zukünftige Tätigkeit zu unterhalten. Dann wäre Ihnen aufgefallen, dass nur das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, nur dieses Bundesverfassungsgericht feststellt, welche Organisation verfassungswidrig ist oder nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unserer Erörterung hier vollkommen entzogen. Ich bin auch sehr daran interessiert, wie die Landesregierung darauf noch einmal eingehen wird. Der Schnüffelstaat allerdings unterstellt jedem alles und sagt natürlich dann auch gerne einmal, bitte schaut noch mal bei eurem Nachbarn nach, könnte da etwas vielleicht sein. Woran soll denn eine ordnungsgemäße Initiative festmachen, ob es sich um einen Extremisten handelt oder nicht? Ich mache das jetzt mal ganz plakativ. Sollen denn Kirchgemeinden, die gemeinsam in einem Auto oder mit einem Bus am Wochenende nach Dresden gefahren sind und noch ein paar Leute mitgenommen haben, vorher darüber diskutieren, wen Sie mitnehmen, ob das vielleicht ein Verfassungsfeind ist. Wollen Sie da am Anfang eine Erklärung abverlangen? Wollen wir jeden Morgen hier bei einer Plenarsitzung beginnen mit einer Erklärung zur FDGO?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, wir unterstellen uns das und ich bin mir ganz sicher, dass hier in diesem Raum nur Menschen sitzen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung dieses Staates schützen und fortentwickeln wollen. Da bin ich mir absolut sicher.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Da gibt es gar keinen Beifall, haben Sie das gemerkt?)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Adams, einen kleinen Moment bis sich alle wieder beruhigt haben. Dann steht Herr Dr. Voigt dort und möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie diese?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich bitte darum.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Dr. Voigt.

Abgeordneter Dr. Voigt, CDU:

Von Demokrat zu Demokrat, ist Ihnen die Unterscheidung zwischen verfassungsfeindlich und verfassungswidrig bekannt, wonach diejenigen, die verfassungswidrig sind, aktiv verboten werden, aber die, die verfassungsfeindlich sind am Ende natürlich nur beobachtet werden. Denn wenn Ihre Argumentation, die Sie gerade eingeführt haben, stimmen soll, dann würde auch die NPD von solchen Programmen gefördert werden müssen. Und das wollen wir doch beide nicht, oder?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Voigt, auch da ist der Beifall schwach. Sie müssen sich mal anschauen, was das Programm fördert. Und wenn die NPD einen Antrag stellen könnte, indem Sie glaubhaft darlegt, dass sie sich gegen Rassismus wendet und gegen Antisemitismus und Xenophobie und das alles, wenn die NPD einen solchen Antrag vorlegt und die Bundesfamilienministerin das genehmigt, müsste das so gemacht werden. Das ist die bittere Diskussion, die wir hier in dieser Demokratie aushalten müssen. So entwickelt sich der Rechtsstaat fort und nicht durch Verbote. Nicht durch Verbote, meine sehr verehrten Damen und Herren, bringen wir unseren Verfassungsstaat voran.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das war aber nicht die Antwort auf die Frage.)

Die Antwort auf die Frage ist ganz klar. Die Widrigkeit und Feindlichkeit ist mir in ihrer unterschiedlichen Kategorisierung natürlich vollkommen klar. Ich bin aber auf Feindlichkeit eingegangen, weil die Kollegin Meißner auch von Feindlichkeit gesprochen hat und ich habe Ihnen ganz klar auch hier meine Position erläutert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich noch einmal ganz kurz der FDP zuwenden mit ihrer Demokratieklärung light. Das überzeugt nicht und es erstaunt vor allen Dingen, weil Ihr Kollege Stefan Ruppert im Bundestag ganz deutlich gesagt hat, dass er diese Erklärung für unnütz hält, weil er allen unterstelle, dass sie natürlich Freunde der Demokratie sind. Deshalb denke ich, es ist keine Zumutung für die Landesregierung, zu prüfen, ob diese Klausel, dass diese abzugebende Erklärung nötig ist, mit der Verfassung übereinstimmt, besonders dem Gleichheitsgebot hier richtig genüge getan wird.

Ich will auch der FDP, weil Herr Barth wieder so rangegangen ist, eines noch einmal in das Stammbuch schreiben. Das, was Sie hier von Menschen verlangen, die sich für Demokratie engagieren, die Erklärung, dass sie Demokraten seien, wäre das

Gleiche, als wenn Sie von jedem Wirtschaftsunternehmen vor der Erteilung einer Gewerbeerlaubnis verlangen würden, dass sie sich zu höchster Qualität verpflichten,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass sie sich zu einem weltoffenen Wettbewerb verpflichten und dass sie niemals unlautere Mittel im Wettbewerb gegen ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen werden. Sie würden im Dreieck springen, wenn so etwas verlangt werden würde. An dieser Analogie sollten Sie erkennen, wie falsch Ihre Forderung ist. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Marx zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, über die sogenannte Extremismuserklärung haben wir bereits in unserer letzten Plenarsitzung ausdrücklich und ausführlich diskutiert, da ging es um die politische Bewertung. Heute wird eine rechtliche Bewertung von der Landesregierung abgefragt. Voranstellen möchte ich, grundsätzlich kann rechtlich und auch politisch nicht beanstandet werden, wenn der Zuwendungsgeber von den Leistungsempfängern im unmittelbaren Verhältnis Verfassungstreue fordert. Ich denke, das ist hier auch in diesem Haus Konsens. Ich darf in diesem Zusammenhang auch einmal daran erinnern, dass unlängst seitens der Fraktion der LINKEN wie auch der GRÜNEN die Landesregierung dazu befragt wurde, wie es habe dazu kommen können, dass ein rechtsradikaler Unternehmer in Gotha Wirtschaftsfördermittel erhalten hat. Da hat es inzwischen einen Rückforderungsbescheid gegeben. Das ist gut so, dass es da einen Rückforderungsbescheid gibt. Ich denke, darüber sind wir uns einig.

(Beifall CDU)

Das wäre nicht rechtsstaatlich, wenn es keinen Rückforderungsbescheid in dem Fall geben soll. Das vielleicht für Sie noch mal zum Nachdenken.

Fragwürdig wird es dann, wenn die Leistungsempfänger für die Verfassungstreue Dritter im Wege einer Garantiezusage einstehen sollen und da gibt es die rechtliche Problematik, die wird unterschiedlich bewertet. Unter Juristen gibt es immer viele Meinungen, unter Parteien dann auch. Politisch hat hier zumindest Frau Ministerin Taubert in der letzten Plenarsitzung das Erforderliche gesagt. Auch rechtlich begegnen der Ausforschungsklausel

(Abg. Marx)

Bedenken wegen ihrer Unbestimmtheit und einer möglichen Unverhältnismäßigkeit hinsichtlich der Anforderung an Prüfungsmöglichkeiten und Kompetenzen der Zuwendungsempfänger. Darauf haben Sie zu Recht eben schon hingewiesen. Wie soll man das im Einzelnen abfragen und erforschen können, wenn es nicht offenkundig zugängliche Informationen über jemanden gibt, mit dem man zusammenarbeitet?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Marx, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Adams?

Abgeordnete Marx, SPD:

Aber gern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Adams.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Kollegin Marx, ich schätze Sie ganz außerordentlich als Juristin, deshalb wollte ich noch mal nachfragen: Ist Ihnen denn bewusst, worauf die Rückforderung der GFAW beruht, auf welchen Normen und auf welchen direkten Paragraphen aus dem Zuwendungsbescheid? Ich glaube, das ist der entscheidende Unterschied zu der Thematik, die wir hier diskutieren. Ist Ihnen das bewusst?

(Beifall DIE LINKE)

Abgeordnete Marx, SPD:

Da wurde als Rechtskonstruktion natürlich auch genutzt, dass man gesagt hat, er hat unzureichende und unzutreffende Angaben bei der Antragstellung gemacht. Gut, aber da könnte man auch abfragen, ob jemand verfassungstreue Zwecke verfolgt, denn es waren auch Europafördermittel. Das war auch der politische Ansatz, der hier von den Oppositionsfraktionen bei ihren Fragen verfolgt worden ist, sonst hätte ich Ihre Anfragen falsch gelesen. Sie haben das auch für einen politischen Skandal gehalten und nicht für einen juristischen. Sie haben sich eigentlich gar nicht interessiert für die Förderrichtlinien in der GFAW und haben auch noch gefragt, ob der Verfassungsschutz da nicht der GFAW hätte viel mehr Auskunft erteilen müssen, was ich als Juristin nun wiederum für rechtlich problematisch halte, weil der Verfassungsschutz keine SCHUFA ist. Soweit zu dem Komplex.

Wie gesagt, wir waren uns eigentlich alle einig hier im Haus, dass es nicht gut ist, dass dieser Unternehmer gefördert worden ist (aus Versehen) und jetzt das Geld von ihm zurückgefordert wird.

Zur Ausforschungsklausel, Herr Adams, da teilen wir durchaus Ihre Bedenken in der praktischen Durchsetzbarkeit, das haben wir auch schon politisch diskutiert und auch rechtlich ist es umstritten. Daher ist es meiner Fraktion - es ist klar, dass wir hier auch unterschiedliche Auffassungen in der Koalition haben - durchaus sympathisch, dass der Berliner Senat Rechtsmittel gegen diese Klausel des Bundesprogramms eingelegt hat, also diese Drittzusicherung, nicht die eigene. Trotz der von meiner Fraktion geteilten rechtlichen Bedenken halten wir es aber auch für ausreichend, dass der Berliner Senat mit letztllicher Wirkung für alle Bundesländer jetzt den Rechtsweg beschreitet. Es ist auch ein Irrtum, weil das ein bisschen so durchklingt in Ihrem Antrag, wenn Sie sagen, je mehr Leute klagen, um so größer würde das Bewusstsein für eine mögliche Rechtswidrigkeit eines Vorgangs. Juristen ticken nicht so. Da reicht es, wenn ein Einzelner Klage erhebt, dass man an Recht und Gesetz gebunden Fragen prüft. Da muss man keine Massenklage erheben und auch keine Massenbundesländerklagen und auch keine Massenbundesländerwidersprüche. Wir wollen in Thüringen von Rechtsmitteln absehen, schlicht aus einem ganz einfachen Grund, wir wollen nämlich den aktuellen Fördermittelabfluss nicht gefährden. Die Einlegung von Rechtsmitteln würde die Gefahr hervorrufen, dass Fördermittel des Bundes nicht ausgereicht werden können. Da uns die Arbeit der Projekte am Herzen liegt, halten wir die Einlegung von Rechtsmitteln neben denen des Landes Berlin durch das Land Thüringen nicht für sinnvoll und auch nicht für erforderlich. Wir werden Ihren Antrag daher ablehnen.

Ich komme zum Alternativantrag der FDP. Auch diesem stimmen wir nicht zu. Wir halten es nicht für angemessen und erforderlich, den Trägern vor Ort, die ihrerseits Vertrauen genießen müssen, um Mittel zu erhalten und auch ihre Erklärung abgegeben haben, dann eine solche Erklärungsabnahme von Dritten aufzuzwingen. Deswegen werden wir beiden Anträgen die Zustimmung verweigern. Danke schön.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Barth das Wort.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Angst, ich will das hier nicht alles vorlesen, aber in Zeiten wie diesen muss man mit dem Zitieren etwas vorsichtig sein, deswegen habe ich ein bisschen Papier mitgebracht.

(Beifall FDP)

(Abg. Barth)

Zur Sache: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist evident und kann auch gar nicht anders sein, dass jemand, der staatliche Fördermittel bekommt, diese auch zweckmäßig, also dem Zweck der Förderung entsprechend zu verwenden hat.

(Beifall FDP)

Das ist überall so. Ich habe Ihnen hier mal einen zehnteiligen Zuwendungsbescheid mitgebracht, da geht es um eine kleine Baumaßnahme an einer Bushaltestelle in einem Dorf. Auf zehn Seiten ist da aufgeschrieben, was im Zusammenhang mit der Zuwendung öffentlicher Mittel dort alles zu berücksichtigen und einzuhalten ist, worauf zu achten ist und woran man sich zu halten hat, wenn man nicht Gefahr laufen will, die Fördermittel wieder zurückgeben zu müssen. Das ist richtig so.

Natürlich kann jemand, der nicht bereit ist, die zweckgemäße Verwendung der Mittel im Vorhinein zuzusichern, oder bei dem sich im Nachhinein herausstellt, dass er es nicht gemacht hat, kein öffentliches Geld bekommen.

(Beifall FDP)

Herr Kollege Adams, an der Stelle hat Ihre Logik oder Ihr Vortrag den entscheidenden Sprung. Es geht eben nicht in der Analogie um die Frage der Gewerbeerlaubnis, wo irgendwelche Anforderungen im hier diskutierten Maße nachzuweisen sind, sondern es geht um die Frage, wenn jemand dann für irgendeinen Zweck öffentliche Mittel beantragt,

(Beifall FDP)

dann muss er nachweisen, dass er die auch entsprechend dem Zweck gemäß einzusetzen bereit und willens ist. Deshalb finde ich die beiden Vorträge - insbesondere mit Blick auf unseren Alternativantrag - der Koalitionsfraktionen hier schon reichlich bemerkenswert. Der eine sagt, wir haben im Kern nur ein Bedenken und das ist die Frage, dass wir - mit dem Stichwort Gesinnungsschnüffelei belegt - eine Drittverantwortung installieren wollen mit der Erklärung der Bundesregierung, dagegen haben wir Bedenken. Wir haben keine Bedenken dagegen, dass das jeder für sich erklärt. Das ist das, was Frau Marx kurz hier eben vorgetragen hat, und trotzdem ist es genau das, was wir mit unserem Antrag erreichen wollen, nämlich zu sagen, wir wollen, dass jeder, der die Mittel erhält, das für sich selbst erklärt und niemandem mehr diese Verantwortung, diese Haftung für Erfüllungsgehilfen - so heißt das juristisch - aufzuerlegen. Das ist der Inhalt unseres Antrags. Trotzdem lehnen Sie ihn ab. Diese Logik hat sich, wenn es denn eine war, das will ich offen sagen, mir so nicht erschlossen.

(Beifall FDP)

Ich habe die Reden aus der letzten Debatte zu diesem Landesprogramm und im Zusammenhang

auch mit der Antiextremismuserklärung noch mal durchgeschaut. Ich bin wirklich gespannt, wie sich auch DIE LINKE verhalten wird, denn die Kollegin König hat in der letzten Debatte hier gesagt, dass es Ihnen ausschließlich darum geht, dass die Partner in dem Programm dazu verpflichtet werden, ihre Partner, ihre Referenten, die sie einladen, Organisationen, mit denen sie zusammenarbeiten, zu überprüfen, ob diese möglicherweise Linksextremisten wären. Das ist mit unserer Erklärung, mit unserem Alternativantrag eben genau ausgeschlossen. Deshalb werbe ich an dieser Stelle noch mal ganz ausdrücklich um Unterstützung dafür, dass wir das genauso machen.

(Beifall FDP)

In diesem Sinne ist es auch hier eine neue Chance. Ich habe das ja auch wahrgenommen, dass es in der Verhandlung zum Landesprogramm Schwierigkeiten zwischen den Koalitionspartnern gegeben hat. Nun sind das aber nicht die Beratungen zum Landesprogramm, sondern das ist eine parlamentarische Sitzung mit Anträgen. Hier hat man auch eine neue Chance, dieses Ziel, das man in den Verhandlungen nicht erreichen konnte, auf parlamentarischem Weg in das eigene Programm hineinzubringen. Dazu möchte ich Sie ausdrücklich aufrufen und sagen, dass wir Ihnen diese Chance auch ganz bewusst bieten wollen.

Im Kern, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es doch gar nicht um die Frage Antiextremismuserklärung ja oder nein. Das wird das Abstimmungsverhalten dann auch zeigen. Im Kern geht es doch um viel mehr, es geht um die Frage, um die Deutungshoheit über die Frage: Wer ist gut und wer ist böse auf dieser Welt? Der Schlagabtausch, den wir vorgestern hier erleben durften im Zusammenhang mit einem Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE, hat gezeigt, dass auch mit scharfen Waffen geschossen wird. Der Kollege Ramelow hat hier einen sehr emotionalen und lautstarken Vortrag gehalten, hat sich dann nahezu hysterisch ereifert, als Kollege Voigt für die CDU-Fraktion gegen die Dringlichkeit gesprochen hat. Und am Abend durften wir dann lesen, dass der Kollege aus der CDU-Fraktion ein Hassprediger sei. Das sind die rhetorischen Mittel, mit denen hier gearbeitet wird. Da geht es schlicht um die Frage: Wer ist gut und wer ist böse?

(Beifall CDU, FDP)

Die Antwort wird gleich mitgeliefert. Da sitzen die Guten und irgendwo dort fängt der Bereich der Bösen an. Das ist ganz klar und das ist ganz deutlich, es geht nämlich nicht einfach nur um die Frage, wer ist Antifaschist,

(Unruhe CDU, SPD)

sondern es geht um die Frage, wer in Ihrem Sinne Antifaschist ist. Diese Deutungshoheit, wer nicht für uns ist, ist gegen uns, das ist genau die Art und

(Abg. Barth)

Weise der Argumentation, und Sie messen da auch mit zweierlei Maß. Wenn Sie einen Aufruf starten, Büros zu besetzen oder zu besuchen oder zu blockieren, wenn Sie einen Aufruf starten zum Schottern, auch ausdrücklich wissend, dass es Rechtsbruch ist

(Beifall FDP)

- ich zitiere aus dem Aufruf: „Wir wissen, dass dies nicht vom Bürgerlichen Gesetzbuch gedeckt ist.“ -, wenn Sie auch Klage erheben gegen Plakate, gegen Äußerungen, die nicht mehr gemacht werden dürfen, wenn Sie dann auch im Rahmen Ihrer eingeladenen Kreise eben es nicht sichern wollen, dass es dort nicht zu Randalen kommt, dann sind es Dinge, die gut sind. Dann sind es Dinge, die zu einem guten Zwecke dienend von allen erduldet werden müssen. Wenn Sie aber selbst Gefahr laufen, ein paar Spritzer abzubekommen, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, verkehrt sich das Ganze in das Gegenteil und dann werden all die Mittel, deren berechtigte Handhabung Sie allen anderen absprechen, plötzlich zu willkommenen Mitteln und Methoden, um sich selbst eine weiße Weste zu bewahren. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, funktioniert so nicht.

(Beifall CDU, FDP)

Diese politische Deutungshoheit über die Frage Gut und Böse, die wollen Sie auch gern global erreichen, also nicht nur im Parlament und in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Bildung. An der Stelle wird nämlich auch diese Ausstellung, um die es da in Suhl gerade geht, ganz besonders interessant. Ich rede hier nicht über die Frage: Meinungsfreiheit ja oder nein. Von der Meinungsfreiheit ist diese Ausstellung ganz bestimmt gedeckt. Aber ich rede über die Frage, ob diese Ausstellung im öffentlichen Raum so stattfinden muss, wie sie in Suhl stattfindet, ob sie dort eigentlich so stattfinden darf. Diese Frage beantworte ich Ihnen ganz klar mit Nein, weil im öffentlichen Raum diese Ausstellung nämlich auch alsbald -

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Dieser Redebeitrag wird Ihnen präsentiert
vom Pressesprecher der Union.)

das ist genau das, was ich jetzt meine -, weil diese Ausstellung im öffentlichen Raum nämlich den Anschein erweckt, als wäre sie die öffentliche Meinung.

(Unruhe DIE LINKE)

Wenn dann eine Mitarbeiterin des Schulamtes Schmalkalden-Meiningen gar noch dazu aufruft, diese Ausstellung im Rahmen des Schulunterrichts zu besuchen, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich das unter dem Aspekt der politischen Bildung für wirklich höchst bedenklich.

(Zwischenruf Abg. Ramelow: Sehen Sie mal
in das Grundgesetz, Herr Kollege.)

Ich will Ihnen jetzt einfach einmal vorlesen, was die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der sich unsere Landeszentrale mit Sicherheit anschließen würde, zu der Antiextremismus-Ausstellung aufgeschrieben hat. Sie hat aufgeschrieben: „Es widerspricht dem Beutelsbacher Konsens“ - und jeder, der ein bisschen mit Bildung zu tun hat, weiß, dass das die Prinzipien sind, die beiden, in dem die zentralen Grundprinzipien der politischen Bildung beschrieben werden -, es widerspricht ihm „fundamental“, wenn zum Beispiel konservative Politiker, Meinungen und Organisationen in die Nähe von Rechtsextremisten gestellt werden. Die Ausstellung ist insofern ideologisch einseitig ausgerichtet. In Teilen handelt es sich um reine Agitation und hat mit politischer Bildung nichts zu tun.

(Beifall CDU, FDP)

Die Ausstellung ist daher aus Sicht des Ministeriums für die politische Bildung, insbesondere im Rahmen und im Umfeld des schulischen Unterrichts, nicht geeignet und nicht zu empfehlen.“

(Beifall CDU, FDP)

Ich bin sicher, wenn wir unserer Landeszentrale die Frage stellen, wie sie das einschätzt, wird ihre Einschätzung nicht weit von der der Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne bitte ich Sie herzlich um Zustimmung zu unserem Alternativantrag, um zu sichern, dass wir mit dem Geld, was wir aufwenden als Land, mit dem Geld, was wir aufwenden für den Zweck in unserem Land für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu werben, ohne Gesinnungsschnüffelei,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Von Toleranz kann man bei Ihnen aber
nichts spüren.)

sondern jeden Zuwendungsempfänger für sich selbst einfach einschätzen und erklären zu lassen, jawohl, mit dem Zweck der Förderung, nämlich mich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen, mit diesem einfachen Grundkonsens kann ich mich einverstanden erklären, auf dem bewege ich mich, und den zu stärken, dafür werde ich diese Mittel ausschließlich verwenden. Das kann nicht zu viel verlangt sein, und wer das nicht unterschreiben kann, der darf und kann auch kein Geld aus diesem Programm bekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Renner das Wort.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, eigentlich wollten wir eine Debatte zu den juristischen Fragen um die Extremismusklausel, aber schon Frau Meißner hat die Debatte auf das Inhaltliche gelenkt, Herr Barth hat noch eines draufgesetzt, deswegen zuerst auch noch ein paar inhaltliche Vorbemerkungen. Natürlich bleiben wir bei unserer Kritik an der Extremismusklausel. Wir sind gegen eine Gesinnungsüberprüfung bei Projekten für Demokratie und

(Beifall DIE LINKE)

gegen Rechtsextremismus. Ich möchte auch noch einmal an dieser Stelle Frau Ministerin Taubert ganz herzlich danken. Sie hat in der Debatte um das Landesprogramm zu unserem Entschließungsantrag sich ganz eindeutig und klar positioniert

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und - ich denke, wir alle haben es auch positiv in Erinnerung - die Betroffenen in Thüringen, die Projekte, die Institutionen haben auch dieses Signal empfangen und sind auch dafür sehr dankbar. Ich glaube, das sollten wir an dieser Stelle noch einmal festhalten. Weil eben so gesagt wurde, es ist ja klar, aus welcher Ecke das kommt, möchte ich noch mal darauf hinweisen: Die Kritik an der Extremismusklausel geht weit über den Bereich der Politik und der Betroffenen hinaus. Das Land Berlin ist schon genannt worden; hinzu kommen das Land Sachsen-Anhalt, das Land Brandenburg und das Land Mecklenburg-Vorpommern haben die Rücknahme gefordert, weiterhin der Zentralrat der Muslime und der Zentralrat der Juden in Deutschland, der DGB, die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Aktion Sühnezeichen.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Alles Linksradikale.)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kann man nicht sagen, das ist ganz klar, aus welcher politischen Ecke das kommt. Oder würden Sie sagen, DGB, Kirche, Zentralrat und so weiter, das lässt sich diskreditieren?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Die sind alle von der LINKEN.)

Ich denke nicht. Es gab 1.500 Protestschreiben zwischenzeitlich an Frau Ministerin Schröder in Berlin, darunter auch renommierte Wissenschaftler wie zum Beispiel der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin Prof. Benz. Die politischen, die fachlichen und die juristischen

Einwände wurden weggewischt in Berlin. Deswegen blicken jetzt so viele Träger und Projekte auf das Land Berlin, das Widerspruch eingelegt hatte und jetzt prüfen muss, ob auch der Klageweg beschritten wird. Die Landesregierung - ich sage bewusst die Landesregierung, vorhin hieß es an einer Stelle, das ist nur das Sozialministerium, das ist nicht richtig - hat sich klar und deutlich ausgesprochen in Thüringen. Ich möchte auf einen TAZ-Artikel verweisen vom 15.02.2011. In diesem Artikel ging es um die Frage, wie verhalten sich die Länder zur Extremismusklausel, und darin, ich zitiere den TAZ-Artikel, heißt es: „Das von CDU und SPD regierte Thüringen werde bei der Vergabe von Landesmitteln keine Erklärung verlangen,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

heißt es im dortigen Innenministerium.“ Mit dem hat nämlich die TAZ gesprochen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter sagt das Innenministerium der TAZ: „Es verweist auf die Stasi-Erfahrungen vieler Ostdeutscher.“ Danke, Innenministerium, an dieser Stelle mal.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten sind Sie ja häufig in der Kritik von uns, aber da muss ich sagen, der Verweis gerade auf diese Erfahrungswelt Ostdeutscher ist genau richtig, um auch die Dimension der Extremismusklausel wirklich ganz einzuordnen.

Neben diesen politischen Erklärungen haben wir jetzt aber ein Problem. Fakt ist, dass es in Thüringen Träger gibt, wie z.B. die lokalen Aktionspläne, die direkt über Bundesmittel gefördert werden, und die dieser Tage entscheiden müssen, unterschreiben oder nicht. Die Ersten haben auch bereits mit Blick auf den möglichen Stopp der Finanzmittel eingewilligt. Das ist auch Fakt in Thüringen. Das bewegt uns zu der Aussage, das politische Signal reicht uns an dieser Stelle nicht aus. Wir brauchen Rechtssicherheit für die Träger und Projekte in Thüringen. Um diese Rechtssicherheit geht es uns bei unserem Antrag, jetzt juristisch zu prüfen und dann zu entscheiden auf Grundlage der juristischen Prüfung, ob das Land Thüringen auch Rechtsmittel einlegen wird. Es macht schon einen Unterschied, ob das Land Berlin allein den Rechtsweg beschreitet oder ob es von Thüringen unterstützt wird oder möglicherweise auch von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist natürlich ein politisches Signal und das wäre nicht zu unterschätzen.

(Abg. Renner)

Zum Alternativantrag der FDP: Im Kern ist das derselbe Geist wie die Extremismusklausel. Auch hier zählt Verdacht und Zwang statt demokratischer Kultur. Es geht um Bekenntnisse, um Eide, aber in meinem Verständnis hat das mit einer offenen demokratischen Gesellschaft nichts zu tun.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss mich an manchen Stellen auch wundern, wie diejenigen, die gerade unter biographischen Erfahrungen gelebt haben, wo das Bekenntnis die Überzeugung ersetzt hat, zu solchen Ideen wieder greifen können.

Weiterhin ist in Ihrem Vorschlag zu kritisieren, die Träger sollen auch bei Ihnen verpflichtet werden, den Bekenntniszwang an die beteiligten Projektpartner weiterzugeben. Sie haben sich an dieser Stelle nicht positioniert zu der Problematik, dass derartige Erklärungen erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen. Normalerweise trägt die FDP im Bund gelegentlich den Titel Bürgerrechtspartei. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie zu diesen verfassungsrechtlichen Bedenken etwas sagen. Stattdessen haben Sie hier eine - ich sage mal - Rechtsaußenposition in Ihrer Partei vertreten, die Ihnen nicht gut zu Gesicht steht.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist genau das, was ich meine.)

Ich habe gesagt, innerhalb Ihrer Partei gibt es durchaus auch andere, die in dieser Frage eine bürgerrechtliche Position eingenommen haben.

(Beifall DIE LINKE)

Dieser Position in Ihrer Partei wollen Sie nicht folgen und das ist eine reine Feststellung.

Frau Meißner - ist sie noch da?, ja, da hinten -, Sie haben gesagt, na ja, die Projekte haben es leicht, zu ihrer Erkenntnisgewinnung können sie bei den Landesämtern für Verfassungsschutz nachfragen, dann können die sagen, mit wem es geht und mit wem nicht. Schauen Sie mal in die Presse. Es gab in den letzten Wochen und Monaten zwei juristische Entscheidungen zu Veröffentlichungen von Landesämtern zu Pressearchiven und Zeitungen. Die Landesämter hatten diese als linksextrem eingestuft und die Landesämter haben vor Gericht verloren. Es war in Bayern, in Nordrhein-Westfalen, wo die Landesämter eben nicht mehr behaupten dürfen, dass diese Zeitungen und Archive linksextremistisch sind. Das zu dem Gehalt der Aussagen, die wir in den Broschüren des Landesamtes für Verfassungsschutz lesen können.

(Beifall DIE LINKE)

Das Zweite, Sie haben auch etwas Unwahres hinsichtlich einer Identität der Erklärung, die unter Mi-

nisterin Schmidt und Schröder bestünden, gesagt. Das ist falsch. Der erste Teil der Extremismusklausel ist tatsächlich identisch. Der zweite Teil, um den es hier bei der Frage der juristischen Prüfung geht, fehlte bei Frau Schmidt in der Erklärung. Und - jetzt kommt das Entscheidende - die Erklärung, die unter Ministerin Schmidt bestand, musste nicht unterschrieben werden, die ist lediglich zur Kenntnisnahme an die Projekte weitergegangen. Also dieser Bekenntniszwang, um den es ja hier geht, bestand dort nicht. Deswegen ist es einfach falsch und es ist auch nicht lauter, zu behaupten, dass das schon unter Ministerin Schmidt so fortbestehen würde.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Barth - nur ganz kurz -, Sie sind dann noch ausführlich auf die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ in Suhl eingegangen. Wir haben einen entsprechenden Antrag hier eingereicht. Das Plenum hat sich dazu entschlossen, es nicht in dieser Plenarsitzung zu behandeln. Wir haben Gelegenheit, in der nächsten Tagung dazu zu sprechen und dann werden wir die inhaltlichen Argumente noch einmal austauschen. Ich finde hier, wo wir eine juristische und politische Frage der Extremismusklausel behandeln wollten, hat das eigentlich nicht hingehört.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das sagt dann mehr über den Redner als über das Thema.)

Über Schwarz-Weiß-Denken, was Sie uns vorwerfen, ich glaube, das fällt auf den Redner zurück, sollten Sie mal nachdenken, ob das nicht die Schemata sind, in denen Sie sich bewegen.

(Beifall DIE LINKE)

Abschließend: Was wir eigentlich mit diesem Antrag wollen, ist, die Träger und Projekte in Thüringen zu unterstützen, denn diese Träger und Projekte in Thüringen verdienen unser Vertrauen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollten wir an dieser Stelle auch deutlich zeigen. Wir können diese Träger auch unterstützen, indem das Land Thüringen juristische Schritte gegen Gesinnungsschnüffelei einleitet und eben auch das Land Berlin in seiner Klage unterstützt. Ich denke, dann wird die Zeit kommen, dass die Extremismuserklärung in dieser Form nicht mehr besteht. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redemeldungen seitens der Abgeordneten vor, für die Landesregierung allerdings der Justizminister.

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, der Antrag der Fraktion DIE LINKE und auch der von der Fraktion der FDP vorgelegte Alternativantrag stehen nicht allein für sich, sondern sind Teil einer umfassenden politischen und rechtlichen Auseinandersetzung mit der Praxis des Bundes seit Anfang dieses Jahres im Rahmen der Zuwendungen der Bundesprogramme gegen Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus, eine Demokratieerklärung oder -wahlweise je nach Betrachtungsweise - auch Antiextremismuserklärung genannt, von den geförderten Projektträgern zu verlangen. Der Thüringer Landtag hat sich bereits in seiner letzten Sitzung intensiv mit dem Thema beschäftigt. Die Landtage vor allem der neuen Bundesländer und der Bundestag haben darüber kontrovers diskutiert.

Auf Anfrage des in der Sache federführenden Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit hat mein Haus ebenfalls eine erste rechtliche Einschätzung zur Zulässigkeit der geforderten Erklärung abgegeben. Wie in der Begründung des Antrags erwähnt, liegt hierzu ein Gutachten von Prof. Dr. Battis von der Humboldt Universität Berlin vor. Mittlerweile hat sich auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages geäußert. Prof. Battis begründet in seinem Gutachten rechtliche Bedenken gegen die Anforderungen der Erklärung, die auch von meinem Haus geteilt werden. Hierzu möchte ich in aller Kürze Folgendes ausführen.

Erstens: Die Abgabe der Erklärung von den Zuwendungsempfängern und Projektträgern ist die Voraussetzung der Mittelauszahlung. Sie ist mithin eine Bedingung und rechtlich als Nebenbestimmung zu einem Verwaltungsakt zu qualifizieren. Die rechtliche Zulässigkeit ist daher vorrangig an den Anforderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes zu messen. Im Vordergrund steht daher nicht so sehr eine verfassungsrechtliche Würdigung.

Zweitens: Die geforderte Erklärung steht in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Zuwendungszweck. Die mit dem Bundesprogramm angestrebte Stärkung von Demokratie und Toleranz und die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen würden konterkariert, wenn die Mittel verfassungsfeindlichen Organisationen zugute kommen würden. Ich glaube, soweit besteht weitgehende Einigkeit.

Drittens: Mit der Bundesregierung besteht Einigkeit ebenfalls darüber, dass es rechtlich wenig angreifbar ist, von dem Zuwendungsempfänger selbst eine Treueerklärung abzufordern. Dieser muss erklären können - und das darf man auch im Rahmen der Ausrichtung der Programme verlangen -, für welche Werte er einsteht. Es ist aber nach Auffassung meines Hauses unverhältnismäßig, dies auch von den Kommunen oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu verlangen. Diese sind kraft ihres Rechtsstatus in die Verfassungsordnung eingebunden. Wie ich auch der letzten Bundestagsdebatte entnehmen konnte, hat mittlerweile auch die Bundesregierung erklärt, dass sie künftig diese Treueerklärung von den Ländern und Kommunen nicht weiter verlangen wird.

Viertens: Mein Haus trägt die Einschätzung von Prof. Battis ebenso wie die des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages mit, dass die Erklärung rechtlich zweifelhaft ist, soweit sie vom Zuwendungsempfänger nicht nur ein eigenes Bekenntnis zur Verfassungstreue verlangt, sondern darüber hinaus dessen Verpflichtung begründet, für die Grundhaltung Dritter einzustehen. Diese Bedenken begründen sich aus der Unbestimmtheit der Erklärung und der Unverhältnismäßigkeit. So bleibt es auch unter Berücksichtigung der ergänzenden Hinweise des zuständigen Bundesministeriums vom Januar 2011 unklar, wie sich der Zuwendungsempfänger über die Verfassungstreue seiner Partner informieren und sachkundig machen soll. Allein die Hinweise auf die Verfassungsschutzberichte oder auf die Internetsuchmaschine Google können hier nicht weiterhelfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will hier an dieser Stelle aber darauf hinweisen, dass sich die Landesregierung zu dieser Frage noch keine abschließende Meinung gebildet hat. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Bundesregierung diese Befürchtungen nicht teilt und sie aus ihrer Sicht gewährleistet haben will, dass durch die Förderprogramme keine Kräfte gefördert werden, denen gerade nach diesen Programmen entgegengetreten werden soll. An dieser Stelle muss dann aber auch jenseits der rechtlichen Diskussion die politische Debatte um die neue Zuwendungspraxis des Bundes ansetzen, auf die ich hier nur hinweisen will und auf die ja ein Teil der Vorredner auch sehr deutlich schon Bezug genommen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, aus dem Alltagsleben wissen Sie, dass die Begründung rechtlicher Zweifel und die Durchsetzung zwei verschiedene Stufen sind. Zu sagen, wir haben rechtliche Bedenken, bedeutet nicht zwingend, dass man sie sogleich auch mit Rechtsmitteln durchsetzen muss. Ob und inwiefern Rechtsmittel auch in der Zukunft - denn wir werden dieses Problem ja möglicherweise längerfristig haben -

(Minister Dr. Poppenhäger)

einzu legen sind oder nicht, bedarf einer eigenständigen, sorgfältigen Abwägung, die auch die unmittelbaren Konsequenzen eines solchen Schrittes zu berücksichtigen hat. Hier ist es vor allem wichtig, dass die Fortführung der von uns allen gewünschten Projekte gegen Rechtsextremismus mangels finanzieller Zuweisung durch den Bund nicht gefährdet wird. Die Einlegung eines Rechtsmittels führt aber möglicherweise zu diesen Folgen.

Ich weise daher an dieser Stelle auf die Initiative meiner Kollegin Frau Ministerin Taubert hin, sich zunächst an das zuständige Bundesministerium zu wenden und auf politischer Ebene auf eine Änderung dieser Verwaltungspraxis zu drängen und hinzuwirken. Nach meinem Kenntnisstand wird diese Initiative auch von anderen Landesministerien unterstützt. Es gilt abzuwarten, inwieweit dies Erfolg haben wird.

Ich sage auch, diese Initiative steht dann im Ergebnis im Übrigen auch nahe bei der Zielrichtung des vorliegenden FDP-Antrags. Indessen sollte vermieden werden, an dieser Stelle den Gesprächen, die hier geführt werden, bereits jetzt konkrete Vorgaben zu machen. Soweit an dieser Stelle mit meinen Ausführungen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Barth noch einmal zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nur noch mal zwei Punkte ansprechen. Das Ziel auch unseres Landesprogramms für Toleranz und Weltoffenheit ist es, Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung abzuwehren.

(Beifall FDP)

Wenn man dieses Ziel so verfolgt, muss man sich auch überlegen, was passiert, wenn diese Abwehr nicht gelingt. Deshalb ist es auch ganz interessant, mal zu schauen, da gibt es Zitate, die bedauerlicherweise zu trauriger Berühmtheit gelangten, Rede von Adolf Hitler, der die Parteien aus Deutschland hinausgefegt hat, als er die Möglichkeit dazu hatte, was mit Sicherheit nicht in unserem Sinn ist. Es gibt auch ein Zitat - und diesmal bin ich es, der Lenin zitiert -: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“

(Beifall FDP)

Aber in Wahrheit hieß dieses Zitat: „Nicht aufs Wort glauben, sondern aufs Strengste prüfen. Das ist die Losung der marxistischen Arbeiter.“ Das, meine

sehr verehrten Damen und Herren, sind die beiden Alternativen, vor denen wir stehen, wenn diese Abwehr nicht gelingt.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Stalin lässt grüßen.)

Deshalb glaube ich, dass es schon richtig ist, wie Herr Minister gesagt hat, dass wir das Bekenntnis von diesen Zuwendungsempfängern auch tatsächlich erwarten dürfen. Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich habe mich manchmal gefragt, warum die Geschäftsordnung es vorsieht, dass die Präsidentin gefragt wird, wenn zitiert wird. So langsam leuchtet mir das ein.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen vor.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das steht nicht in der Geschäftsordnung.)

Dürfte ich jetzt zur Abstimmung kommen?

Wir stimmen jetzt ab. Zuerst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2303; Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich frage nach den Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Mit Mehrheit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun stimmen wir ab über den Alternativantrag der FDP-Fraktion; auch hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der FDP-Fraktion. Ich frage nach den Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aus der SPD-Fraktion und aus der CDU-Fraktion. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Nun schließe ich den Tagesordnungspunkt 17 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**

„Internationales Jahr der Wälder 2011“ - eine Chance für die Thüringer Forstwirtschaft

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

- Drucksache 5/2301 -

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

Es ist nicht signalisiert worden, dass das Wort zur Begründung gewünscht wird, aber die Landesregierung erstattet den Sofortbericht. Minister Reinholz, bitte.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat aufgrund der herausragenden Bedeutung des Waldes für den Menschen das Jahr 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder ausgerufen. Die UN unterstreicht damit nachdrücklich, dass die Erhaltung und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern existenziell für die Erde, für die Tier- und Pflanzenwelt und natürlich auch für die Menschen ist. Diese Entscheidung hebt die besondere Bedeutung des Waldes für den Schutz von Klima, Wasser, Luft und Boden, Tieren und Pflanzen, für die Landwirtschaft und den Naturschutz, aber auch als Produktionsstätte des umweltverträglichsten Rohstoffes Holz hervor. Die Schirmherrschaft für das Internationale Jahr der Wälder 2011 hat in Deutschland Bundespräsident Christian Wulff übernommen. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz koordiniert federführend die Aktivitäten zum Jahr der Wälder 2011 innerhalb der Bundesregierung.

Zur Umsetzung der Kampagne innerhalb Deutschlands wurde bei der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft ein Büro eingerichtet. Das Büro übernimmt die Gesamtkoordination der deutschen Aktivitäten und dient als zentrale Anlaufstelle für alle Partner, liefert Informationen und unterstützt so weit wie möglich auch Maßnahmen der Partner. Als zentrales Medium dient hierbei der Internetauftritt www.wald2011.de, über den verschiedene Vorlagen für die Kampagnen und Hintergrundinformationen zum Wald bezogen werden können. Im Mittelpunkt der von der Bundesregierung, den Ländern, der Wirtschaft und vielen Verbänden gemeinsam getragenen deutschen Kampagnen steht die Vermittlung von interessanten Daten und Fakten zum Thema Wald, Holz und natürlich der naturnahen Waldbewirtschaftung.

Ziele der Kommunikationsstrategie sind: Aufmerksamkeit für das Thema Wald und seine nachhaltige Bewirtschaftung, Wertschätzung für den Wald und den Rohstoff Holz und Motivation und Mobilisierung aller mit dem Wald verbundenen Organisatoren und Akteure. Auch der Freistaat Thüringen beteiligt sich an der gemeinsamen bundesweiten Kampagne zum Internationalen Jahr der Wälder. Ziel ist es dabei, die Bedeutung des Waldes für den Menschen, das heißt die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion, aufzuzeigen. Dabei gilt es, außer dem Naturschutz auch den Nutzen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Hinblick auf die gesellschaftlichen

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts deutlich zu machen. Mit dem Beitrag Thüringens zur Kampagne werden folgende Botschaften vermittelt: Wälder sind wichtig für uns Menschen, Produkte und Leistungen der Wälder sichern Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit, nachhaltige Waldwirtschaft arbeitet mit der Natur, Waldbesitzer, Forstwirtschaft, Staat und Gesellschaft tragen gemeinsam Verantwortung für die Wälder und jeder, wirklich jeder, kann etwas für den Wald und den Naturschutz tun.

Innerhalb meines Hauses koordiniert die Abteilung II, Forsten und Naturschutz, die Landeskampagne zum Internationalen Jahr der Wälder 2011. Die Maßnahmen unserer thüringischen Forstdienststellen und nationalen Naturlandschaften zum Internationalen Jahr der Wälder werden an die Ziele und Botschaften der bundesweiten Kampagne angepasst. Die Dienststellen werden zentral von unserem Haus mit Materialien in Form von Fahnen, Plakaten, Stempeln, Pins und weiteren Give Aways zum Internationalen Jahr der Wälder 2011 ausgestattet. Entsprechend wird der thüringische Kampagnenauftritt in Anlehnung an die Bundeskampagne ebenfalls am 21. März dieses Jahres, dem Internationalen Tag des Waldes, öffentlichkeitswirksam stattfinden.

Meine Damen und Herren, im Rahmen des Auftakts zum Jahr der Wälder werden über die Dienststellen der Forst- und Naturschutzverwaltung Kindergärten, Schulen, Vereine und Verbände sowie alle am Wald interessierten Bürger zu Mitmach-Aktionen in den Forstamtsbereichen aufgerufen. Ziel ist es, in diesem Jahr in Thüringen mindestens 1 Mio. Bäume als neuen Wald für Thüringen in den Boden zu bringen. Ausgewählte staatliche Forstämter halten dazu geeignete Flächen für die Beteiligung interessierter Akteure, von Bürgern, Kindern oder Jugendlichen vor. Das gemeinsame Gründen von Wäldern soll das Bewusstsein für die Bedeutung des Waldes weiter schärfen. Die nachgeordneten Dienststellen nutzen jede weitere Möglichkeit für eigene Veranstaltungen im Jahr der Wälder und binden diese in das Thema Waldkulturerbe ein. Die Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der Wälder werden über die Internetplattform der Initiative Treffpunkt Wald unter www.treffpunkt-wald.de veröffentlicht und sind damit auch auf der zentralen Kampagnenseite der Bundesregierung, die da heißt www.wald2011.de, zu finden. Außerdem sind die Veranstaltungen der einzelnen Dienststellen zum Internationalen Jahr der Wälder ab 21. März - also ab dem Tag des Auftakts - auch auf unseren Internetseiten zu finden.

Meine Damen und Herren, den am Wald interessierten Akteuren in Thüringen bietet sich in diesem Jahr die wohl einmalige Gelegenheit, noch besser auf die Belange der Waldbesitzer und deren nachhaltige Waldbewirtschaftung aufmerksam zu machen. Unter dem Motto „Forest for people“ - Wälder

(Minister Reinholz)

für Menschen - werden daher 2011 zahlreiche Groß- und Kleinveranstaltungen in Deutschland stattfinden. Deutschlandweit sind derzeit mehr als 60 Dachorganisationen, Verbände und Unternehmen in die Kampagne eingebunden. In Thüringen beteiligt sich an den Veranstaltungen ein breites Bündnis aus Forstverwaltung, Waldbesitzern und Vereinen sowie weiteren Akteuren, Schulen und Kindergärten. Allein in Thüringen bieten die Forstämter und nationalen Naturlandschaften mit ihren Partnern derzeit fast 400 Veranstaltungen zum Thema Wald an. Davon wurden 22 Veranstaltungen von zentraler Bedeutung auch an den Veranstaltungskalender des Bundesministeriums gemeldet.

Meine Damen und Herren, für Thüringen wurde bereits am 13. Dezember 2010 das internationale Jahr der Wälder offiziell mit der Ausrufung des Fotowettbewerbs „Wälder für Menschen“ gestartet. Bis zum 21. Februar wurden bereits 128 Fotoarbeiten registriert. Der Wettbewerb läuft noch, ich erinnere daran, bis 31. Juli dieses Jahres.

Am 21. März, also dem Internationalen Tag des Waldes, wird Frau Bundesministerin Ilse Aigner das Internationale Jahr der Wälder in Deutschland offiziell eröffnen. Bundesweit machen alle Kampagnenpartner an diesem Tag gezielt mit Aktionen auf das Jahr der Wälder aufmerksam. Auch in Thüringen wird es am 21. März eine zentrale Veranstaltung geben, die den Dialogprozess zum Thüringer Forstprogramm eröffnen wird.

Bei dieser Veranstaltung sind zwei Punkte vorgesehen:

Erstens: Eine Eröffnungsveranstaltung des Dialogs zur Novellierung des Thüringer Forstprogramms mit allen Akteuren, Verbänden und Vertretern der Landespolitik im Haupthaus meines Ministeriums.

Zweitens: Gemeinsame Pflanzaktion auf einer Erstaufforstungsfläche im Staatlichen Forstamt Erfurt-Willroda - wer es genau wissen will, an der B 7 bei Utzberg nahe Nohra - im Beisein von Medienvertretern mit oben genannten Akteuren des Forstprogramms, mit Schülern, mit Kindergartenkindern und der örtlichen Bevölkerung direkt im Anschluss an die Eröffnungsveranstaltung.

Der Auftakt des Dialogprozesses zum Thüringer Forstprogramm am Internationalen Tag des Waldes unterstreicht den Willen der Landesregierung, die maßgeblichen Akteure in die Diskussion über die künftige Ausrichtung der nachhaltigen Waldentwicklung für Thüringen einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, die Finanzierung der für Thüringen geplanten Aktionen erfolgt aus Haushaltsmitteln des Ressortbereichs. Für die Umsetzung ausgewählter Aktionen werden seitens interessierter Akteure Sponsormittel auch beigesteuert. Das betrifft beispielsweise die mit der Auftakt-

veranstaltung verbundene Erstaufforstung oder auch die geplante öffentlichkeitswirksame Fassadenillumination.

Meine Damen und Herren, mit den Partnern der Landesforstverwaltung bestehen aktuell bereits enge Kontakte und Planungen für gemeinsame Aktionen zum Jahr der Wälder. Die Dachverbände der Waldbesitzer und weiterer nichtstaatlicher Organisationen werden zur feierlichen Auftaktveranstaltung anlässlich des Jahres der Wälder am 21. März 2011 natürlich eingeladen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Jahr der Wälder 2011 wird der Umweltbildung verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei gilt es, unseren Kindern das Wissen über unsere natürlichen Lebensgrundlagen und die nachhaltige Nutzung der Naturgüter durch eigenes Erfahren und eigenes Erleben zu vermitteln. Ganz oben auf der Agenda stehen im Jahr 2011 wieder die mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald organisierten Waldjugendspiele, ich denke, eine Erfolgsgeschichte der forstlichen Umweltbildung in Thüringen. Deutlich über die Hälfte des Schuljahrgangs, das heißt rund 10.000 Thüringer Schüler, haben im vergangenen Jahr die Waldjugendspiele miterlebt. Vom 4. Mai bis Ende September finden wieder in allen 28 Thüringer Forstämtern die Waldjugendspiele statt. In diesem Jahr werden diese unter dem Motto: „Internationales Jahr der Wälder 2011“ gestaltet. Weiterhin sind mehr als 190 geführte Försterwanderungen, vor allem mit Kindern, aber auch mit Erwachsenen, in den Forstämtern und nationalen Naturlandschaften geplant. Des Weiteren wird es ca. 90 Projekte zu den unterschiedlichsten Themen, wie zum Beispiel „Waldwerkstatt am Grünen Band“, „Wald im Wandel der Zeit“ oder „Pferd und Wald - früher und heute“, Gedichtlesungen, Renaturierung, „Orchideenarten“, „Pilze“, „Nistkastenbau“ usw. geben. Hauptsächlich für März und April 2011 sind rund 30 Pflanzaktionen in den Thüringer Forstämtern in Vorbereitung. An 15 Großveranstaltungen wie dem Thüringentag, Stadt- und Dorffesten, Bauernmärkten, Blütenmarkt, Herbstfest, Schneekopfgipfeltreffen, Umweltmarkt, Wald- und Wiesenfeste werden sich die Forstämter und die nationalen Naturlandschaften mit Ständen, Material und natürlich Personal beteiligen.

Meine Damen und Herren, mit den von mir genannten Aktivitäten zum Internationalen Jahr der Wälder werden die Forstverwaltung und die nationalen Naturlandschaften den Wald und dessen nachhaltige Bewirtschaftung wieder stärker in das Bewusstsein der Menschen rücken. Die Öffentlichkeit ist über natürliche Zusammenhänge, Kreisläufe und Wechselwirkungen aufzuklären und im gleichen Maß ist Wissen zu unseren Schwerpunktaufgaben, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung, der Erholungsnutzung und dem Schutz der Wälder zu vermitteln.

(Minister Reinholz)

Meine Damen und Herren, in der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2009 wurde unter anderem vereinbart, dass im Rahmen der Biodiversitätsstrategie der Bundesrepublik Deutschland in Thüringen 25.000 ha zur Förderung der Artenvielfalt und des Biotopverbundes aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen sind. Die Erhaltung der Biodiversität ist eine der wichtigsten Aufgaben, der wir uns zu stellen haben. Sehr viele Anliegen des Natur- und Artenschutzes können in die naturnahe Waldbewirtschaftung integriert werden. Dennoch brauchen wir zur Erhaltung der Artenvielfalt und aus Gründen des Biotopverbundes auch Bereiche, die aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Dem trägt, wie wir wissen, die Koalitionsvereinbarung Rechnung. Zu beachten ist jedoch auch, dass im Wirtschaftscluster „Forst und Holz“ insgesamt 40.000 Menschen in Thüringen beschäftigt sind. Der Holzmarkt geht sowohl über Landes- als auch Bundesgrenzen hinaus. 100 in Thüringer Wäldern geerntete Festmeter Holz sichern zwei Arbeitsplätze und bereits ein in Thüringer Wäldern geernteter Festmeter Holz generiert je nach Wertschöpfungstiefe im Be- und Verarbeitungsprozess eine Steuereinnahme von 70 € bis 200 €. Nur zur Information, denn Sie wissen es eigentlich, es werden in Thüringen jährlich zwischen 2,5 und 3 Mio. Festmeter Holz geerntet. Dabei wurde in die Koalitionsvereinbarung explizit aufgenommen, dass weitere Waldflächen für eine forstwirtschaftliche Nutzung unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuwählen sind. Derzeit sind mit den Totalreservatsbereichen der Naturschutzgebiete, der Biosphärenreservate und des Nationalparks Hainich sowie den nach Thüringer Waldgesetz ausgewiesenen Naturwaldparzellen bereits 9.900 ha Wald forstlich nutzungsfrei gestellt. Weiterhin wird angesichts der vorangeschrittenen Planung in den kommenden Jahren eine Fläche von rund 3.650 ha aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Kernzonenerweiterung der beiden Biosphärenreservate Rhön und Vessertal, an die Waldflächen im Grünen Band und das Naturschutzgroßprojekt Hohe Schrecke „Alter Wald mit Zukunft“, für dessen Umsetzung rund 1.000 ha Wald aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden sollen. Mit dieser Gesamtfläche ohne forstwirtschaftliche Nutzung von ca. 13.550 ha ist bereits die Hälfte der avisierten 25.000 ha untersetzt.

Rund 11.500 ha sind jedoch noch zu identifizieren, meine Damen und Herren. Dabei gehen wir wie folgt vor: Im Jahr 2011 werden in einem ersten Baustein große, möglichst zusammenhängende Waldflächen lokalisiert und zwischen den Fachbereichen Forst und Naturschutz abgestimmt. Die Einzelflächen sollen größer als 100 ha sein und eine Flächensumme von rund 3.000 ha ergeben. Diese Flächen werden größtenteils innerhalb der bestehenden Naturschutzgebiete liegen. Als Beispiel da-

für nenne ich das untere Schwarzatal bei Bad Blankenburg, den Bereich Landgrafen- und Drachenschlucht bei Eisenach oder in meiner Heimatgend das Brandesbachtal im Harz oder Teile des Naturparks Kyffhäuser. Parallel dazu werden in den kommenden Jahren zwei weitere Bausteine, insbesondere für den naturschutzfachlichen Biotopverbund, im Rahmen der Forsteinrichtung forstwirtschaftlich nutzungsfreie Bereiche in einer Größe von bis zu 100 ha identifiziert. Wesentliche Bestandteile dieser Kategorie werden die naturschutzrechtlich geschützten Biotope sein, die in der Regel deckungsgleich mit schwer zu bewirtschaftenden forstlichen Sonderstandorten, wie zum Beispiel Felsquartieren, Mooren oder Auen sind. Ebenso sind hier auch Altholzbereiche hineinzurechnen, die dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Die Waldflächen werden sich ungefähr auf 6.000 ha aufsummieren.

Der dritte Baustein für die Verbesserung des Biotopverbundes sind die Waldflächen, auf denen Alt- und Habitatbäume möglichst in Gruppen entsprechend dem Alt- und Habitatbaumkonzept der Landesforstverwaltung ausgewählt, markiert und erfasst werden. Die durch entsprechende Bäume überschirmte forstwirtschaftlich nutzungsfreie Waldfläche soll sich auf eine Größe von rund 2.500 ha aufsummieren.

Dieser volkswirtschaftliche Nutzungsverzicht kostet natürlich Geld, da künftig von diesen Flächen keine Einnahmen aus Holzverkauf und vor allem keine Steuereinnahmen aus nachfolgenden Produktionsprozessen mehr zu erzielen sind. Für jede aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommene Waldfläche wird der forst- und holzwirtschaftliche Nutzungsausfall auf Basis der aktuellen Forsteinrichtungsdaten berechnet, um diesen aus Naturschutzgründen bewussten Verzicht den Thüringer Bürgerinnen und Bürgern transparent zu machen. Zugleich ist es unser Bestreben, die vielfältigen Ökosystemleistungen und Wohlfahrtswirkungen dieses Naturschutzverzichts zu veranschaulichen, aus denen sich ebenso Potenziale für eine nachhaltige Regionalentwicklung erschließen können.

Meine Damen und Herren, seit der Wende wird in Thüringen der naturnahe standortgerechte Walddumbau konsequent umgesetzt. Ziel sind stabile, werthaltige Mischwälder mit hohen Laubholzanteilen. Im Staatswald wurden in den letzten Jahren rund 7.700 ha durch Saat und Pflanzung aktiv umgebaut, davon entfallen auf den Vorbau, in der Regel sind das Pflanzungen unter dem umzubauenden Altbestand, rund 4.200 ha und auf die Wiederaufforstung vor allem auf Kyrillflächen rund 3.300 ha. Die privaten und körperschaftlichen Waldbesitzer in Thüringen werden beim naturnahen Walddumbau durch die forstliche Förderung natürlich unterstützt. In beiden Waldbesitzarten wurden seit 1992 durch Vorbau und Wiederaufforstung rund

(Minister Reinholz)

5.500 ha nicht standortgerechter Wälder umgebaut. Dabei wurden den Waldbesitzern rund 20 Mio. € Fördermittel ausgereicht.

Meine Damen und Herren, aktuell gefährden vor allem Änderungen der Umwelt, insbesondere des Klimas, die Waldökosysteme und deren Leistungsfähigkeit. Die Landesregierung hält Waldumbaumaßnahmen auf einer Fläche von mehr als 100.000 ha für erforderlich, um insbesondere den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Viele der gefährdeten Wälder sind durch eine naturnahe Wald- und Lebensraum angepasste Wildbewirtschaftung in einen stabileren Zustand zu überführen, indem das natürliche Potenzial unserer Wälder genutzt bzw. auch aktiv gefördert wird. Dort, wo standortgerechte Mischbaumarten als Samenbäume fehlen, wo in der Vergangenheit die falschen Herkünfte angebaut wurden, wie zum Beispiel Tieflandherkünfte der Baumart Fichte im Gebirge, oder wo ein dichter Grasfilz die natürliche Verjüngung der Waldbäume nicht mehr zulässt, muss der Waldumbau aktiv durch Pflanzung oder Saat erfolgen. Entsprechend der aktuellen Baumartenverteilung in Thüringen liegen rund 45 Prozent der Waldumbaupläche im Staatswald und 55 Prozent im Privat- oder Körperschaftswald. Etwa ein Viertel bzw. 11.250 ha der umbaut notwendigen Waldbestände im Staatswald sind aktiv durch Saat oder Pflanzung umzubauen. Bei Kosten von ca. 13.500 € pro ha für Pflanzung, Kulturpflege und Wildschutz ist dafür ein Betrag von rund 152 Mio. € erforderlich. Aufgrund fehlender Arbeitskapazität bei den staatlichen Waldarbeitern sind die Arbeiten durch forstliche Lohnunternehmen zu realisieren. Für die Projektsteuerung sind zusätzlich ein Bediensteter des höheren und einer des gehobenen Forstdienstes auch erforderlich. Der Umsetzungszeitraum richtet sich natürlich nach der Verfügbarkeit von explizit dafür vorzusehenden Haushaltsmitteln.

In diesem Jahr stehen für den Waldumbau im Staatswald 2 Mio. € zur Verfügung. Im Bereich des Biosphärenreservats Vessertal wurde begonnen, umbaut notwendige Waldbestände zu identifizieren. Noch im Herbst dieses Jahres soll im Staatswald des Forstamts Frauenwald mit ersten Voranbauten begonnen werden. Nach Abschluss der Flächenidentifikation im Forstamt Frauenwald werden sowohl die restlichen Flächen des Biosphärenreservats als auch die waldumbaudringlichen Staatswaldflächen außerhalb der Mittelgebirgslagen insbesondere in Ostthüringen bearbeitet. Zur Förderung des Waldumbaus im Privat- und Körperschaftswald stehen in diesem Jahr auch 2,5 Mio. € zur Verfügung. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Vielen Dank für den Sofortbericht zu Nummer I. Ich eröffne nun die Aussprache zum Sofortbericht und zu den Nummern II und III des Antrags. Ich rufe als Erstes für die Fraktion DIE LINKE den Abgeordneten Kummer auf.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das war doch mal eine Botschaft eben. In 70 Jahren ist der Freistaat Thüringen mit dem Waldumbau fertig. So zumindest, Herr Minister, sind Ihre Zahlen zu interpretieren bei 150 Mio. €, die wir brauchen, und 2 Mio., die wir in diesem Jahr eingestellt haben im Landeshaushalt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kummer, ich habe ein Versäumnis begangen. Ich habe nicht gefragt, wer die Aussprache zum Sofortbericht wünscht. Sonst dürften Sie ja nur zu Nummer II und III des Antrags reden. Das signalisieren alle Fraktionen. Vielen Dank. Entschuldigen Sie bitte, Herr Kummer, und Sie können jetzt weitersprechen.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Ich fange aber nicht noch mal mit an, Herr Minister, 70 Jahre etwa, das ist eine lange Zeit und vor allem ist sie nicht gegenwärtigen Belastungen, die der Wald zu tragen hat, und den gegenwärtigen Entwicklungen angemessen.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:
Der Haushaltsgesetzgeber sitzt hier.)

Wenn wir unsere Waldbestände 70 Jahre so stehen lassen, dann wird die Natur sich selbst umgebaut haben, und das nicht in der Richtung, wie wir das wollen.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Antrag der Koalition vorliegen zum Internationalen Jahr der Wälder. Ich finde das erst mal gut, dass Sie das Ereignis würdigen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Da sind wir schon glücklich.)

Es stehen auch viele gute Dinge mit drin.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber.)

Das Aber, das kommt sofort, Sie haben es richtig gesehen. Die Frage ist, wie man die Ziele umsetzen will. 25.000 Hektar Wald in Thüringen aus der Nutzung zu nehmen, das steht im Koalitionsvertrag. Ich fand das spannend, ich hätte das nicht erwartet, sage ich so deutlich. Die Frage ist aber, wie will man das tun und aus welchen Gründen. Wir sind

(Abg. Kummer)

davon ausgegangen, es soll aus naturschutzfachlichen Gründen erfolgen. Wenn ich jetzt aber den Antrag der Koalition lese, dass bei der weiteren Identifizierung der dafür noch notwendigen Waldflächen insbesondere auf solche Flächen sich konzentriert werden soll, auf denen der Holzeinschlag bereits erfolgt ist oder nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben nicht erfolgen sollte, dann, gebe ich zu, bin ich heftig ins Grübeln gekommen. Ich habe auch leider beim Minister vermisst, dass er diese Passage mal für sich selbst interpretiert hätte und uns einen Vorschlag zur Umgehensweise damit gegeben hätte. Ich sage mal, wir haben im Thüringer Waldgesetz ein Verbot von Kahlschlägen stehen. Ich gehe mal davon aus, dass die normale Forstwirtschaft in Thüringen so strukturiert ist, dass sie in den vergangenen 20 Jahren in jedem Waldgebiet schon mal drin gewesen ist, um dort entsprechend Bäume zu entnehmen. Das heißt, Holzeinschlag müsste da de facto in jeder Fläche des bewirtschafteten Staatswalds bereits erfolgt sein.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Da warst du aber lange nicht im Wald.)

Von der Warte her erschließt sich das so nicht. Wenn wir Flächen haben, die seit 20 Jahren nicht bewirtschaftet wurden - und, Herr Primas, ich gebe Ihnen recht, wir haben die -, dann sind diese Flächen aber dringend einer Bewirtschaftung zu unterziehen. Da sind wir wieder bei einem alten Streitpunkt. Wie ist denn das mit der Waldbewirtschaftung in Thüringen und wie viel Holz können wir einschlagen? Da sind wir auch beim Punkt Waldumbau. Da sage ich Ihnen ganz klar, Herr Minister, aus meiner Sicht sind 150 Mio. € für Waldumbau in Thüringen nicht erforderlich. Was wir zuerst tun müssen, ist, Licht in die Wälder zu bringen, damit eben was anderes als die Fichtenmonokultur dort wachsen kann. Wenn ich einen geschlossenen Fichtenschirm habe, dann wächst darunter keine Buche, keine Eiche, keine Esche, deshalb wird es ohne Licht nichts.

Wir haben in Thüringen hervorragende Beispiele, wo man sich ansehen kann, was eine vernünftige Bewirtschaftung des Waldes in der Richtung mit sich bringt. Auf der einen Seite wachsen die Fichten wieder besser und auf der anderen Seite haben wir darunter eine gute Naturverjüngung, wenn denn auch die Jagdstrategie noch stimmt, die dazu führt, dass der Waldumbau für das Land sehr kostengünstig stattfinden kann.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Dann stimmen die 70 Jahre nicht mehr).

Dann stimmen die 70 Jahre nicht mehr, aber die 70 Jahre dürfen ja auch nicht stimmen, sonst wären wir ja mit unseren ganzen Problemlagen, die wir bearbeiten wollen durch den Waldumbau, nicht fertig.

Meine Damen und Herren, man muss auch noch eines dazusagen, Waldumbau durch Zäunung hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Herr Minister, Sie hätten vielleicht noch Ausführungen dazu treffen können, in wie vielen Fällen es Probleme gegeben hat, wo Fördermittel zurückgegeben werden mussten, weil das Ziel der Zäunung nicht erreicht wurde, weil mehr Rehe im Zaun standen als außerhalb.

Auch solche Dinge sind zu berücksichtigen und da gibt es viele Fälle, die belegen, dass das so nicht funktioniert hat. Wir brauchen intakte Waldökosysteme und die sind nur dadurch zu erreichen, dass wir den Einklang zwischen Wildpopulation und Wald schaffen, dass wir auch Möglichkeiten überhaupt erst schaffen, dass etwas anderes als die Fichte dort wachsen kann, wo sie eben, wie gesagt, leider zu dicht steht.

Nun zu der Frage, welche Gebiete sollten in Thüringen unter Totalschutz kommen. Das ist ja eine spannende Diskussion. Da unterscheiden sich die Meinungen von Förstern zum Beispiel sehr von denen der Umweltschützer und der Thüringer Naturschutzverbände. Deshalb hat unsere Fraktion dazu eine Konferenz veranstaltet zu der Frage „Wald-biodiversität“.

Wir wollten Fachleute zu Wort kommen lassen und sie fragen: Was haben wir denn an Lücken beim Waldnaturschutz in Thüringen? Was macht Biodiversität in Thüringer Wäldern besonders aus? Die übereinstimmende Aussage war, das Wertvolle in den Thüringer Wäldern besteht darin, dass wir viele kleine Totholzinseln haben. Das verdanken wir einem Umstand, den wir eigentlich gar nicht so toll finden, nämlich dass wir extrem klein parzellierten Privatwald haben und hier viele Flächen nicht bewirtschaftet werden. Der private Waldbesitzerverband Thüringens spricht von etwa 50.000 ha, die im Moment aktuell nicht in der Bewirtschaftung sind, etwa durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse, durch schlechte Strukturen, durch Erbschaftsstreitigkeiten und, und, und.

Auf diesen 50.000 ha hat sich etwas entwickelt, was man vom Prinzip her ein „Biotopverbund für Totholzorganismen im Wald“ nennen könnte. Wir haben also überall im Wald Totholzorganismen in kleinen Parzellen gestreut und wenn dann in der Nähe ein Baum abstirbt, können sie relativ problemlos übersiedeln, sonst sind Käfer, Schnecken, Pilze nicht so sonderlich mobil. Wenn wir solche Totholzorganismen auf 100 km Entfernung nicht hätten, dann könnten die diese Entfernung nicht überbrücken. Aber im Thüringer Wald haben wir dieses Mosaik, wo wir überall eingestreut diese Totholzlebensräume haben, und, ich finde, die sind besonders erhaltenswert.

Nach dem Ergebnis unserer Konferenz war auch klar, es macht keinen Sinn, ein neues Großschutz-

(Abg. Kummer)

gebiet in Thüringen auszuweisen, aus dem einfachen Grund, ein Großschutzgebiet soll Rückzugslebensraum für Arten sein, die sehr scheu sind, die große Rückzugsgebiete brauchen. Im Hainich war das sehr sinnvoll, was die Wildkatze zum Beispiel angeht, aber ein weiteres solches Großschutzgebiet - das haben die Experten in unserer Konferenz gesagt - sehen sie in Thüringen als nicht erforderlich an. Wir brauchen mehr die Verbindung zwischen Lebensräumen im Biotopverbund und wir brauchen diese Inseln im Wirtschaftswald, die einen auch artenreichen Wirtschaftswald ermöglichen.

Deshalb finde ich das Konzept, das die Landesregierung aufgestellt hat, zu sagen, wir wollen kleine Flächen schützen, erst einmal sinnvoll. Ich bin aber nicht der Ansicht, dass es nach der Art, wie es hier die Koalition vorgeschlagen hat, zu der Auswahl dieser Flächen kommen soll, nämlich dort, wo wir vorher einen ordentlichen Eingriff gemacht und das Holz rausgeholt haben, oder aber dort, wo an extremen Steilhangflächen sowieso keine Bewirtschaftung stattfinden kann.

Ich finde, zuerst muss die Flächenwahl natur-schutzfachlich ausgewogen erfolgen. Dazu muss ich alle Eigentumsformen mit betrachten, denn der Naturschutz macht ja vor Eigentumsformen nicht halt. Nun ist das keine Forderung nach einer Enteignung von Leuten, die besonders wertvollen Wald auf ihrem Kleinprivatwald haben, sondern es ist ein Vorschlag, wie wir herangehen können, um auch das Aus-der-Nutzung-Nehmen von effizienten, von der Bewirtschaftung her effizienten Staatswaldflächen zu vermeiden. Nämlich dort, wo diese 50.000 Hektar Privatwald in den letzten 20 Jahren nicht bewirtschaftet worden sind und vielleicht auch noch einige Jahre vorher im DDR-Staatsforst nicht bewirtschaftet wurden, da macht es doch Sinn, darüber nachzudenken, ob wir nicht Möglichkeiten finden, die wertvollsten Flächen z.B. durch die Auszahlung einer Stilllegungsprämie für den Naturschutz zu sichern.

Thüringen hat zurzeit ein Programm „Wald wird mobil“, wo mit viel, viel Kraft versucht wird, Kleinprivatwald wieder in eine Nutzung zu bringen. Da wird viel Geld hineingesteckt vom Land und auch von der Holzindustrie. Dieses Programm einzusetzen im Kleinprivatwald und auf der anderen Seite effizienten Wirtschaftsstaatswald aus der Nutzung zu nehmen, das heißt sich. Deshalb unser Vorschlag, auch im Kleinprivatwald auf freiwilliger Basis natur-schutzfachlich wertvolle Flächen aus der Nutzung zu nehmen, z.B. durch eine Stilllegungsprämie. Vielleicht machen das manche auch freiwillig; Waldbesitzer, die mit ihrem Eigentum wenig anfangen können, auch das gibt es, das sagen mir Förster immer wieder, die z.B. von Eigentümern gefragt werden, ob sie ihnen den Wald nicht schenken können. Auch solche Dinge gibt es in Thüringen.

Ich denke, auch die eine oder andere Kommune, die kleinen Waldbesitz hat, wäre bereit, dort Flächen in ein Thüringer Waldnaturschutzprogramm - welcher Art auch immer - einzubringen. Auch Kirchenwald, könnte ich mir vorstellen, ist sehr klein parzelliert. Es gibt dort sicherlich Stellen, die sich schwierig bewirtschaften lassen für die Kirche. Deshalb meine Bitte, die Suche danach, andere Waldeigentümer in dieses Projekt mit einzubeziehen und beim Waldumbau sich endlich mal von modernen Bewirtschaftungssystemen leiten zu lassen und sich mal anzusehen, was wir an Superprojekten in Thüringen haben. Ich kann nur einladen in den Stadtforst Hildburghausen. Wer dort die Waldbilder sieht, wie durch massive Auflichtung von unten sogar die Weißtanne bei einem entsprechenden Jagdkonzept in Naturverjüngung hochkommt, der wird feststellen, das ist ein Konzept, was sich lohnt. Klar gibt es dabei auch das Risiko, dass Fichten, die in den letzten Jahrzehnten zu dicht gestanden haben und dementsprechend nicht stabil sind, von einem Wind umgehauen werden. Dieses Risiko muss man eingehen. Aber aus diesen Fichten wird nichts Besseres, wenn ich sie denn weiter zu dicht stehen lasse. Das werden Pinsel, die kaum einer Bewirtschaftung zu unterziehen sind. Spätestens beim nächsten größeren Sturm wird es uns bei solchen Flächen drastisch erwischen. Deshalb: Frühzeitiger Waldumbau durch viele regelmäßige und kleine Eingriffe, das sichert uns stabile Wälder und das bringt uns hier in dieser Frage vorwärts. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, zum Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD und da zum Punkt I, dem Sofortbericht, möchte ich aus Sicht meiner Fraktion sagen, dass das Berichtersuchen vollumfänglich erfüllt ist. Die Information, die uns der Herr Minister heute an dieser Stelle gegeben hat, hat auch viele Fragen schon beantwortet, die wir uns in der Zeit der Vorbereitung auf die heutige Debatte an einigen Stellen gestellt haben.

Ich möchte trotzdem kurz zu dem Punkt 6 kommen. Hier war die Frage, wie sieht es aus mit dem Stand des Waldumbaus und dem hehren Ziel, auf 100.000 Hektar zu kommen. Wir haben nun von Ihnen gehört, sehr verehrter Herr Minister, dass wir 2 Mio. € zur Verfügung haben. Damit werden 150 Hektar umgebaut. Ich habe die Rechnung mal andersherum gemacht. Sie hatten dann die Zahl

(Abg. Hitzing)

gesagt, wie viel Geld wir brauchen, und waren auf 70 Jahre gekommen. Ich habe die Rechnung andersherum gerechnet und habe überlegt, wenn ich 2 Mio. brauche für 150 Hektar, wie viel brauche ich denn dann eigentlich für 100.000 Hektar? Das ist natürlich eine ordentliche Zahl, die Jahre kommen da bestimmt auch zustande. Rein rechnerisch wären das 1,3 Mrd. €, wenn man es über eine Verhältnisgleichung weiterführen würde mit 150 Hektar und 2 Mio. € Kosten. Das ist schon sehr spannend.

Das Fazit ist ein ganz logisches gerade bei dem Thema Waldumbau und überhaupt dem Thema Wald. Wenn wir mal davon ausgehen, dass die Wachstumsdauer so rund 120 Jahre ist oder gehen wir mal auf 100 Jahre bei der Ressource Wald, wenn man von Durchschnittswerten sprechen möchte an dieser Stelle, da muss man natürlich einen langen Atem haben und auch eine gewisse Kontinuität in die Planung bringen.

Zu Punkt II des Antrags: Ich habe mich an manchen Stellen gefragt, warum der Antrag an dieser Stelle so gestellt worden ist, weil viele Dinge dessen, was in dem Antrag formuliert wurde, bereits getan werden. Auch die Ausführungen des Ministers haben das an vielen Stellen belegt. Deshalb konnte ich es nicht so ganz nachvollziehen, warum noch einmal dieser Antrag. Wenn es denn nur zur Bekräftigung dessen sein soll, was durch die Regierung bereits gemacht wird, dann sicher.

Zum 1. Punkt unter II - die Finanzierung der geplanten Aktion: Herr Minister, Sie haben ausgeführt, was an Aktionen geplant wird, z.B. der Fotowettbewerb, die Projektwochen, Wald- und Wiesenfeste, die Wanderungen durch die verschiedenen Thüringer Forstämter. Im Einzelplan 09 sind im Bereich Öffentlichkeitsarbeit technische und wissenschaftliche Druckwerke etc. 13.600 € veranschlagt für das „Internationale Jahr der Wälder“ und die Frage ist jetzt, reicht dieses Geld für das, was geplant ist oder muss da nachgesteuert werden oder haben Sie vor, nachzusteuern - so will ich es mal formulieren -, denn sobald es um Mehrausgaben geht, werden wir alle sehr hellhörig und auch sensibel. Aber Sie haben ja auch von Sponsoren gesprochen, die eventuell die Kampagne und diesen guten Weg auch unterstützen werden.

Zu Punkt 2 - Fortsetzung des gesellschaftlichen Dialogs: Das Ziel der Strategie „Wald im Wandel“ ist ohne Zweifel eine faire Partnerschaft zum Wohl des Waldes, der Waldbesitzer, der Forstwirtschaft zugunsten der Entwicklung des ländlichen Raums im Freistaat Thüringen. Das ist absolut d'accord. Dazu gibt es überhaupt keine Gegenrede. Deshalb hier auch wieder die Frage: Warum ist das im Antrag so formuliert, die Fortsetzung voranzutreiben? Ich habe zumindest bis jetzt den Eindruck gehabt - auch aus den Ausführungen des Ministers -, dass diese Fortsetzung im Gange ist und die nicht hinter-

fragt wird. Die Maßnahmen zum Erreichen des Ziels, die 25.000 Hektar aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen, das haben Sie uns ja nun auch sehr akribisch aufgeführt, dass es hier um einen Restbestand von 11.000 Hektar geht und der in 2011 auch hinsortiert werden soll. Sie werden die Flächen vorbereiten bzw. es gibt ein Konzept, in welchen Gebieten diese Flächen installiert werden sollen. Das wäre eine Frage gewesen, die ich hier an dieser Stelle gestellt hätte. Wo sollen sie denn eigentlich installiert werden?

Nummer 4: Ich kann mich bei der Nummer 4 im Gegensatz zu Herrn Kummer gut identifizieren, zu sagen, bei der Identifizierung von neuen Waldflächen, die aus der Nutzung kommen sollen, sich gerade auf solche Flächen zu konzentrieren, wo das Thema Holzeinschlag durch ist bzw. die nach betriebswirtschaftlichen Maßnahmen nicht erfolgen sollen. Ich denke mal, wenn der Holzeinschlag durch ist, dann ist es schon sinnvoll, genau diese Flächen jetzt aus der Nutzung zu nehmen, dass sie wieder zu einem Gebiet werden, das sich selbst regeneriert und in einen natürlicheren Zustand kommt.

Sie sprachen auch davon, Herr Kummer, über Stilllegungsprämien nachzudenken bezogen auf die Privatwaldbesitzer. Nun gibt es aber viele Privatwaldbesitzer, die überhaupt keine Beförderung machen lassen, wo schon überhaupt nichts getan wird in dem Wald. Jetzt ist die Frage: Was erreichen wir damit, wenn wir diesen Privatwaldbesitzern, die sowieso schon nichts machen mit ihren Wäldern, dafür noch eine Prämie geben. Das erschließt sich mir jetzt nicht. Aber ich weiß nicht, wie Sie dazu stehen, vielleicht können wir zumindest einige Punkte aus dem Antrag im Ausschuss mal noch weiter besprechen.

Das wäre jetzt hiermit der Antrag, darüber im Ausschuss eventuell mal zu reden, aber das werden wir ja heute auch alles noch entscheiden, ob wir das tun oder nicht. Die finanzielle Ausstattung des Entnehmens der 25.000 ha Wald, dazu haben Sie gesprochen, Herr Minister, das wäre die nächste Frage: Was kostet das Herausnehmen in Gänze?

Und dann ging es um das Konzept, das ist der Punkt II.5. Wir haben schon sehr viele Konzepte, Waldjugendspiele wurden angesprochen, Wald im Wandel wurde angesprochen, Waldpädagogik wird betrieben. Wie soll das Konzept aussehen? Hier denke ich mal, es kann nur eine Ergänzung dessen gemeint sein, was sowieso schon läuft. Zu den Waldumbaumaßnahmen auf die 100.000 ha habe ich bereits gesprochen.

Der Punkt III ist absolut unstrittig, der hier in dem Antrag formuliert worden ist. Dazu bekennt sich, denke ich, jeder Thüringer, nämlich den Wald in Thüringen zu erhalten und zu einer nachhaltig forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung und touristischen Nutzung, Naturschutz im Wald sowie zur Unterstüt-

(Abg. Hitzing)

zung der Waldbesitzer sich zu bekennen und besonderes Augenmerk dem Umbau der Waldflächen im Sinne einer naturnahen, standortgerechten Waldwirtschaft durchzuführen. Ich habe das jetzt mit Absicht noch einmal vorgelesen, weil das ist ein Posten, den kann man so selbstverständlich gar nicht ablehnen, dem muss man zustimmen.

In Gänze hatte ich den Eindruck, dass außer dem Punkt II, in dem ich noch ein paar Fragen sehe, sowohl das Bericht erstatten, das hat uns jetzt in Kenntnis gesetzt, eventuell aber auch im Ausschuss hätte passieren können. Der Punkt III ist absolut d'accord. Da gibt es keine andere Auffassung, aber warum er nun unbedingt hier in dem Antrag sein musste, das erschließt sich mir nicht. Dazu bekomme ich bestimmt ganz bald eine Erklärung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich würde mir eine weitere Diskussion zu diesem doch hochbrisanten und auch wichtigen Thema im Ausschuss vorstellen können. Also ich kann es mir gut vorstellen und bitte deshalb, zumindest den Punkt II an den Ausschuss zu überweisen. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat der Abgeordnete Primas von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Primas, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Hitzing, Sie haben sich die Frage gestellt, warum wir diesen Antrag formuliert haben. Wenn Sie dem Herrn Kummer zugehört haben, war die Antwort schon da. Weil einfach einmal herüberzubringen, der Minister die Chance hat, einmal darzustellen, was wir eigentlich machen. Weil nicht immer nachgefragt werden muss und immer hinterfragt wird. Da hat vieles Herr Kummer wiederholt und ich komme in einigen Sachen noch dazu, wo die Nachhilfe doch offensichtlich nötig war. Die Fragen, die dann immer gestellt werden, das ist halt schon wichtig, dass man darüber einmal redet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vereinten Nationen haben bereits im Jahr 2006 das Internationale Jahr 2011 der Wälder ausgerufen. Das dazu entwickelte Motto „Wälder für Menschen“ unterstreicht die Rolle des Menschen bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung sowie dem Schutz und der Entwicklung der Wälder. Diesem Motto fühlen sich die Koalitionsfraktionen - und ich gehe davon aus auch die anderen Kollegen im Landtag - verpflichtet.

Der Wald hat besondere Bedeutung für den Schutz von Klima, Wasser, Luft, Boden, Tieren und Pflanzen, für die Kulturlandschaft und den Naturhaushalt. Er ist wesentlicher Teil der natürlichen Lebens-

grundlage und erfüllt landeskulturelle, wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Aufgaben.

Meine Damen und Herren, in diese Ziele ordnen sich die zwischen CDU und SPD in der Koalitionsvereinbarung verankerten Vorhaben ein. Im Jahr 2011 sollen auf allen Ebenen konzentrierte Maßnahmen durchgeführt werden, um die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und die Erhaltung und Entwicklung der darin lebenden Arten zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen zu stärken. Ein weiterer Punkt ist, dass das Thüringer Forstprogramm 2011 an das erarbeitete Positionspapier „Wald im Wandel“ anknüpfen und dieses mit konkreten Inhalten füllen muss. Neben der Diskussion von gemeinsamen Zielen der verschiedenen Akteure müssen auch die unterschiedlichen Sichtweisen von Interessensgruppen herausgearbeitet, Konflikte veranschaulicht und der sich daraus ergebende Handlungsbedarf für Thüringen dargestellt werden. Im Internationalen Jahr der Wälder 2011 soll mit der Novellierung des Thüringer Forstprogramms eine richtungsweisende Strategie für die Ausrichtung der Waldnutzung in den kommenden Jahren der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Der Koalitionsvertrag enthält zum Bereich Forst zwei anspruchsvolle Ziele. Man ist hierauf schon eingegangen, ich wiederhole es noch mal: 25.000 Hektar sollen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen und für 100 Hektar sollen ökologische Waldumbauarbeiten durchgeführt werden. Beide Vorhaben sind eng miteinander verbunden und nur in dieser Kombination ist der Koalitionsvertrag auch zu verstehen. Wir haben es schon gehört, 25.000 Hektar möglichst dort, wo die Holzernte schon erfolgt ist oder nicht erfolgen kann, und dabei, Herr Kummer, ist überhaupt nicht daran gedacht, einen Kahlschlag zu organisieren. Denn die Entnahme von Holz ist bei einem Zuwachs von 10 Festmetern, wenn man da drei oder vier herausnimmt, ist die Nachhaltigkeit da. Dann wissen Sie, wenn Sie den Koalitionsvertrag richtig gelesen haben, dass da drinsteht, dass bis 2029 das abzuschließen ist. Da sind noch etliche Jahre Zeit, wo wir eine Holzernte vernünftig durchgeführt haben. Vorhin hat der Minister noch mal deutlich gemacht, wie viele Arbeitsplätze an 100 Festmetern Holz hängen und was es für ein wirtschaftlicher Verlust wäre, dieses Holz nicht zu nutzen. Das ist einfach nicht machbar. Wenn ich eine Pflegemaßnahme in einem Waldbestand durchführe, nur die Pflege, da habe ich dann wieder 20 bis 25 Jahre Zeit, ehe ich wieder hin muss, wenn es Bestände sind, die noch nicht so alt sind. Aber so ist es nun mal so. Dann sollen doch die nächsten Generationen in 25 Jahren entscheiden, ob sie es aus der Nutzung lassen weiterhin oder ob sie es wieder nutzen wollen. Aber wieso soll ich diese Fläche nicht identifizieren und soll sie erst einmal 25 Jahre in Ruhe lassen? Das

(Abg. Primas)

erschließt sich mir nicht, warum wir da in der Diskussion bzw. verquer sind.

Wir haben die Diskussion ständig mit den Wildschäden. Der Einfluss des Menschen und die Einflüsse, die sonst noch auf das Wild sind, werden überhaupt nie beleuchtet.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Straßenbau.)

Straßenbau, Wanderer, Jogger, grün Gekleidete, die zur Jagd gehen, auch die beunruhigen das Wild, alle durch die Bank. Selbst hier brauchen wir Rückzugsgebiete. Diese Rückzugsgebiete sind nun einmal in diesen Steilhanglagen, wo nicht jeder Pilzsammler hinkriecht. Warum muss ich das Wild immerzu auf die Läufe bringen und dazu veranlassen, Schältschäden zu verursachen. All das spielt dabei eine wichtige Rolle, das muss mit betrachtet werden. Herr Kummer, eins sage ich Ihnen, Wald im Thüringer Wald sieht ganz anders aus als im Harz und in der Fläche sieht es noch ganz anders aus. Das heißt, schwarz und weiß geht nicht, es ist so verschieden. In jedem Revier ist das anders. Das muss man vor Ort betrachten. Da müssen wir Fläche lassen, da müssen wir Platz lassen zur Entwicklung, so ist das gemeint.

Da komme ich zu den 100.000 Hektar Waldumbaumaßnahmen: Wenn man sich das anschaut - die Karte ist für jeden zugänglich im Internet der Landesanstalt -, dann sieht man, wo der Borkenkäfer seine Nahrung findet. Er findet sie nicht in der Fichte im Thüringer Wald, er findet sie nicht in der Fichte im Harz/im Oberharz, sondern er findet sie in der Fläche unten. Das heißt, es ist klar identifiziert, wo diese Umbaumaßnahmen durchgeführt werden müssen, dort, wo die Fichte nicht ordnungsgemäß stehen soll. Damit ist klar, wie das funktioniert. Da sparen wir auch viel Geld, denn vieles macht der Borkenkäfer schon von ganz allein. Diese 2,5 Mio. €, die eingestellt sind, 70 Jahre, das ist eine Milchmädchenrechnung. Das geht so nicht auf. Ich will das nur mal an dem Beispiel sagen. Da ist eine ganze Menge möglich.

Nun kommen wir noch einmal zu dem Vorschlag von Herrn Kummer: Zu sagen, für den privaten Waldbesitzer wäre es doch einfach schön, man gibt ihm Geld und dann ist der zufrieden und lässt das stillgelegt; das ist wie mit dem Füllhorn ausgeschüttet. Da kommen alle sofort und sagen, das ist mein Stück Wald, wenn sie Geld wollen. Die, die sich jetzt nicht melden, weil damit Arbeit verbunden ist, die kommen dann und wollen Geld haben. Das kann ich mir schon vorstellen. Das ist eine interessante Geschichte, aber nicht machbar. Ich lehne das völlig ab, das geht überhaupt nicht. Das ist absurd. Da kann man einfach nicht mitmachen. Wir sind dabei, Holz zu mobilisieren. Wir haben voriges Jahr, vor zwei Jahren davon gesprochen: Es sind 100.000 Hektar nicht genutzter Privatwald. Wir sind

jetzt schon durch das Programm, was aufgelegt worden ist, ein bisschen weiter runter, aber da sind noch weit über 50.000 Hektar überhaupt nicht erfasst. Da sind sie dran, das zu erfassen usw. Das ist sehr mühselig, aber das sollten wir doch nicht einfach weglassen und über solche Ideen reden, man könnte die Privaten dazu bringen. Bei aller Liebe, das funktioniert nicht. Was der Forst, was das Ministerium im Wald jetzt über die Programme macht, ist beispielgebend für Deutschland. Das sollte man positiv herausstellen. Ich habe auch überhaupt kein Problem damit, wenn wir über den Antrag oder den Bericht im Ausschuss weiterberaten und dann noch einmal einzeln Einiges beleuchten. Das ist mir sehr recht, weil dann nämlich die Fortwirtschaft, so wie wir sie vernünftig durchführen, weiter in die Öffentlichkeit kommt. Sie tun mir damit einen großen Gefallen, dass sie das so beantragt haben, da muss ich es nicht tun, ich kann Ihnen nur beispringen. Ich würde darum bitten, dass wir das im zuständigen Ausschuss weiterberaten. Das wäre mir sehr recht. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Augsten von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte zu Beginn eine Klarstellung vornehmen, in der Hoffnung, dass viele Bedienstete der Forstwirtschaft jetzt einmal im Internet zuhören. Kollege Pidda hat gestern die FDP kritisiert bezüglich des Fernbleibens im Finanzausschuss und hat noch einmal auf die Bedeutung der Arbeit in den Ausschüssen hingewiesen. Ich werde das grundsätzlich unterstützen, weil ich bzw. wir in der Fraktion das genauso sehen. Insofern ist es sehr bedauerlich, dass vorigen Mittwoch, am 16.02., aus meiner Sicht eine der wichtigsten Veranstaltungen in diesem Jahr zu diesem Thema, das Fachkolloquium „Wald und Klima“, stattgefunden hat, wo es den kleinen Fraktionen schlicht und einfach nicht möglich war teilzunehmen. Das hat schon ein Geschmäckle, Herr Minister, wenn Sie dann bei der Begrüßung die Landtagsabgeordneten begrüßen und dann noch einmal explizit darauf hinweisen, dass da nur der Kollege Primas, der liebe Egon, da ist. Wir sind daraufhin angesprochen worden, ob uns denn das Thema nicht wichtig wäre. Das haben uns die Journalisten gefragt. Man hat mich auch gesehen in diesem Haus und hat gefragt, warum wir nicht zu der Veranstaltung kommen. Herr Minister, wenn Sie nicht in der Lage sind, in Ihrem Haus

(Abg. Dr. Augsten)

einen Kalender aufzuhängen und die Kolleginnen und Kollegen zu bitten, dass man doch auf unsere Termine Rücksicht nimmt, dann seien Sie doch wenigstens so fair und stellen das gerade und sagen Sie, es kann sein, dass der eine oder andere Kollege gerade im Ausschuss ist. Meine Bitte noch einmal:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Versuchen Sie doch, solche wichtigen Termine - und Sie wissen, da haben Sie mich immer an Ihrer Seite, wir sind oft genug unterwegs, sehen uns in der Woche dreimal, ich nehme das ganz ernst, weil auch das eine Art der Wertschätzung der Arbeit unserer Leute draußen ist, wenn man sich als Parlamentarier sehen lässt, insofern gebietet es auch die Fairness, dass man sagt, entweder ich bekomme den Termin hin oder man muss auch klarstellen, dass es einigen nicht möglich war, daran teilzunehmen. Das am Anfang.

Den großen Teil Bedeutung des Waldes und des Forstes spare ich mir, da hat der Minister viel dazu gesagt und Herr Primas hat es wiederholt. Ich glaube, jetzt haben wir es alle verstanden. Insofern jetzt gleich zu dem Antrag: Ich sehe das so ähnlich wie die Kollegen Kummer und Primas. Ich habe mich über den Antrag nicht gewundert. Im Gegenteil, es ist kein Geheimnis, im März wird die Auftaktveranstaltung sein und ich sage das einfach: Wir hätten im März einen Antrag als GRÜNE eingebracht, aber es steht, glaube ich, dieser Regierung gut zu Gesicht, einen Antrag vorzulegen. Es ist aber deshalb auch ganz bezeichnend für das, was in diesem Haus vor sich geht, dass es im vorigen Jahr nicht funktioniert hat. Wir hatten im vorigen Jahr auch ein internationales Jahr, nämlich das Internationale Jahr der Biodiversität, und nachdem die Bundesregierung im Jahr 2007 eine nationale Strategie vorgegeben und verabschiedet hat, hätten wir schon erwartet, das im Internationalen Jahr der Biodiversität möglicherweise auch die Landesregierung das Haus mit einem Entwurf beglückt, nämlich mit einer Strategie bezüglich der Biodiversität in diesem Land. Das hat sie nicht hinbekommen. Dass wir jetzt, im Februar, mit einem wirklich fundierten Antrag hier konfrontiert werden, über den wir uns auch alle freuen, hat wahrscheinlich genau damit zu tun, dass die Abteilung Forsten in diesem Hause möglicherweise genau die ist, die gut funktioniert. Ich sage das ganz wertfrei. Da kann man sehen, wie etwas in einem Haus auch zu erledigen ist.

Ich erinnere an den Prozess „Wald im Wandel“, ich werde nicht müde, bei allen möglichen Gelegenheiten zu sagen, dass wir genau das, was da stattgefunden hat, nämlich eine breite Partizipation vieler Beteiligter, dass man die Umweltverbände eingeladen hat, dass man hat die gegenteiligen Parteien eingeladen, hat mit ihnen diskutiert, dass wir uns genauso einen Prozess in vielen anderen Bereichen auch

wünschen. Insofern ist nicht nur die Tatsache, dass wir diesen Antrag heute haben, dass wir einen Prozess wie „Wald im Wandel“ erfolgreich hinter uns gebracht haben und die GRÜNEN haben nicht umsonst dieses Papier unterzeichnet. Dass auch der Minister jetzt in einer außerordentlichen Breite Bericht erstattet hat, ist ein Zeichen dafür, welche Bedeutung die Forstwirtschaft in diesem Haus hat und - ich sage das ganz bewusst - wie gut die Forstwirtschaft in Thüringen aufgestellt ist. Ich sage das durchaus auch mit Blick in andere Bundesländer. Man bekommt das auch mit, wenn man unterwegs ist. Ich sage das auch deshalb, weil wir uns wünschten, dass das in anderen Bereichen auch so wäre.

Ich habe gerade die Biodiversität erwähnt, das ist natürlich ein Armutszeugnis, was voriges Jahr gelaufen ist. Ich erinnere an die Diskussion in der Landwirtschaft über das AFP, da gibt es eine Vereinbarung mit dem Bauernverband. Die Klagen der Bauern hören immer noch nicht auf. Ich erinnere an das, was wir vorige Woche bei der BioFach diskutiert haben, die Schlechterstellung der Ökobetriebe gegenüber dem, was wir in den letzten Jahren hatten. Eine innovative Technik wird hier behindert. Ich erinnere auch an das, was Herr Staatssekretär vorgestern hier als Antwort auf meine Mündliche Anfrage vorgetragen hat. Auch wenn er sich ein bisschen gewunden hat, noch einmal ganz konkret mit Ja oder Nein zu antworten, das, was er hier vorgetragen hat, ist überhaupt nicht misszudeuten, diese Landesregierung unterstützt die deutsche Position in Brüssel, die beschlossen haben, dass in Zukunft bei Futtermitteln auch Bestandteile enthalten sein können, für die es keine Zulassung gibt. Das ist aus meiner Sicht ein Skandal und zeigt, dass in einigen Bereichen diese Landesregierung noch viel zu tun hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, als ich den Antrag dann vor mir liegen hatte, hatte ich schon den Eindruck, dass der kurze Weg, über den wir gestern schon gesprochen haben, zwischen dem Ministerium und der Koalition funktioniert, das sind genau die Fragen, die man braucht, um die Politik der Landesregierung in ein gutes Licht zu rücken. Ich habe ja gerade gesagt, da gehört es auch hin, aber es fehlen natürlich auch eine Reihe von Punkten, die man durchaus auch diskutieren kann in diesem Zusammenhang.

Insofern lassen Sie mich einfach noch einmal auf ein paar Schlaglichter zu sprechen kommen. Ich hatte gedacht, dass Herr Kummer sein Lieblingsthema, die Forststrukturreform, hier anbringt, er hat vorhin - wie soll ich sagen - gesagt, es lohnt sich gar nicht mehr, immer wieder darüber zu sprechen. Aber ich sage noch einmal an dieser Stelle, man muss es immer wieder auch betonen, dass wir da

(Abg. Dr. Augsten)

schon gespannt sind, was dabei herauskommt. Ich als jemand, der Quereinsteiger ist, der sich an der fachlichen Diskussion gar nicht beteiligen will, weil ich kein Fachexperte bin, der aber in so vielen Veranstaltungen in Thüringen und außerhalb mitbekommen hat, dass Thüringen deshalb an der Spitze steht in Deutschland in diesem Bereich, weil wir eine bestimmte Struktur haben bzw. hatten. Und dass ich dann nicht verstehe, warum man dann plötzlich - ich habe überlegt, welches Beispiel könnte ich bringen, Formel 1 dürfen wir nicht bringen als GRÜNE, dass man da den Motor auswechselt bei dem Auto, was am schnellsten gefahren ist, aber vielleicht kann man das mit Blick auf Oberhof mit dem Viererbob machen, dass der, der in der Wertung führt, nachher den schnellsten Anschieber auswechselt in der Hoffnung, dass der, der dann kommt, vielleicht noch schneller rennt. Herr Minister, insofern sind das Dinge, die wir auch gern weiter diskutiert hätten und wir also ganz gespannt sind, ob an diesen Warnungen aus anderen Ländern, dass wir damit unsere Spitzenposition möglicherweise aufgeben, etwas dran ist.

Ein weiterer Punkt sind die Wildschäden. Auch darüber kann man gar nichts finden in dem Papier. Da wird zwar von naturnahem Waldumbau gesprochen, aber ich erinnere an eine Pressemitteilung des Ministers von vor ein paar Tagen, in der die Zahl genannt wurde, 8 Mio. € Schäden durch Wildverbiss. Das ist so beachtlich und wir haben gerade darüber gesprochen, wo wir das Geld hernehmen sollen für bestimmte Maßnahmen. Ich glaube, dass auch da wieder ein erster Schritt getan wurde. Herr Minister, Sie haben ja mit Herrn Liebig zusammengesessen und Vereinbarungen getroffen. Aber natürlich merken wir dort auch die Interessenskonflikte, wenn man dann mit den Waldbesitzern zusammen ist, mit den Jägern. Es ist da unglaubliche Brisanz in der Diskussion und die Frage ist schon, wie man von den Trophäenjagdinteressen dann wegkommt und endlich mal das macht, was man braucht für naturnahen Waldumbau.

Zu den 25.000 Hektar ist viel gesagt worden. Ich hatte mir eigentlich aufgeschrieben, dass ich doch Sorge habe, als ich den Antrag gelesen habe, dass der BUND, der uns ja nach der Unterzeichnung des Papiers „Wald im Wandel“ ziemlich Maß genommen hat. Wir als GRÜNE, als die Partei, die sehr nah bei den Umweltverbänden ist, wir haben da heftig Prügel bezogen dafür, wir haben das trotzdem verteidigt, dass ich doch Sorge habe, dass bei dem, was wir mitbekommen aus dem Land, dass die 25.000 Hektar genau dort ausgesucht werden wo man a) überhaupt nicht mehr wirtschaften muss und wo es b) nicht geht.

Ich habe jetzt Ihren Ausführungen entnommen, Herr Minister, dass Sie sich das wirklich auch zu Herzen genommen haben, dass Sie sich da Gedanken machen. Die Beispiele, die Sie genannt ha-

ben, sind mir sehr einleuchtend. Das ist ein erfreulicher Fortschritt gegenüber dem, was in dem Papier von der CDU und der SPD steht. Da hat sich vielleicht auch etwas getan im Ministerium. Insofern sind wir an der Stelle optimistisch, dass es nicht so schlimm wird, wie wir befürchtet haben, und dass es doch zu einem guten Ende kommt.

Zum Waldumbau muss ich auch noch etwas sagen. Ich bin kein Fachmann, aber aus den Diskussionen, die ich in den letzten eineinhalb Jahren in einer hohen Intensität mitbekommen habe, erscheint mir der Punkt 6, dass man vorrangig Flächen außerhalb der Mittelgebirgslagen nimmt, dort wo die Fichte keine optimalen Standortbedingungen hat, Herr Primas, umstritten. Ich bin kein Fachmann, aber ich habe bei den Sägewerksbesitzern und bei den Waldbesitzern mitbekommen, dass sie deshalb die Fichte haben wollen, weil das der Baum ist, der am besten zu verwerten ist. Andere, die Ahnung haben und die den naturnahen Waldumbau haben wollen, sagen, davor ist auch der Thüringer Wald nicht geeignet. Natürlich gibt es die Probleme, die Herr Kummer geschildert hat. Wenn ich da anfangs zu lichten, fallen die Bäume um, weil sie sich gegenseitig halten. Dass wir jetzt zumindest die Kammlagen im Thüringer Wald ins Auge fassen müssen, weil nämlich der Thüringer Wald nicht per se ein Fichtengebiet ist, ist etwas, was mich jetzt an dieser Formulierung unter Punkt 6 schon gestört hat und mir aufgefallen ist. Insofern hoffe ich, dass das, was der Minister hier dargelegt hat zu den Vorstellungen des Hauses zum naturnahen Waldumbau, wirklich steht und dass Sie Ihren Antrag dann dementsprechend überarbeiten.

Letzter Punkt: Der Antrag befasst sich nur am Rande mit den Dingen, die wir jetzt gerade besprochen haben. Der Kern ist Öffentlichkeitsarbeit im Internationalen Jahr der Wälder. Da, Herr Minister, kann man die Frage stellen, was macht denn Thüringen alles nicht? Natürlich, Minister Voss ist jetzt nicht da, Thüringen ist ein Sanierungsfall, das hören wir immer wieder. Man muss natürlich Öffentlichkeitsarbeit nach Kassenlage machen, dafür haben wir auch Verständnis. Was ich aber anregen würde, wäre: Nehmen Sie doch die Chance jetzt wahr, bei den vielen Veranstaltungen, die Sie geplant haben, ein Stück weit auf die Umweltverbände zuzugehen. Da gibt es einen Bruch durch dieses Wald-im-Wandel-Papier. Es wird von vielen Menschen draußen wahrgenommen und gefragt, wieso gibt es jetzt zwischen dem Ministerium und dem BUND so viel Stress. Versuchen Sie, die Umweltverbände mit hineinzunehmen, es gibt bestimmt auch viel Verbindendes, wo man zeigen kann, es ist nicht alles schlecht, was im Ministerium gemacht wird. Die Homepage www.wald2011.de, die Sie angesprochen haben, kann ich auch empfehlen. Wir wünschen uns natürlich, dass man genau die von Ihnen vorgestellten Dinge dort vorbereitend irgendwann fin-

(Abg. Dr. Augsten)

det, damit man sich Termine in den Kalender eintragen kann. Wir haben heute Vormittag noch einmal auf die Homepage geschaut, es ist ziemlich ärmlich, was dort steht. Sorgen Sie dafür, dass dort schnellstmöglich wichtige Termine zu lesen sind. Normalerweise, das ist auch ein bisschen Ärgernis für uns, wird in Fachzeitschriften über dieses Internationale Jahr der Wälder gut berichtet, aber in den öffentlichen Medien, in den breiten Medien ist da relativ wenig zu lesen.

Auch wir beantragen die Überweisung an den Ausschuss, um über einige Dinge noch einmal zu sprechen. Ich möchte einmal einen ganz heißen Punkt aufrufen, der mir persönlich als Bauer sehr am Herzen liegt. Ich ärgere mich von Anfang an, seitdem ich hier in diesem Hause bin, über diese gesetzlich festgelegte Waldvermehrung in Thüringen. Gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir gestern diskutiert haben mit Flächenverbrauch, mit Pachtpreisen, die in die Höhe gehen, mit Verkaufspreisen für landwirtschaftliche Fläche, mit der Flächenkonkurrenz, die wir zu erwarten haben, glaube ich, ist es an der Zeit, dass man in einem so walddreichen Land wie Thüringen einmal darüber redet, ob man nicht endlich aufhört, gesetzlich festzulegen, dass wir noch mehr Wald brauchen. Der Minister weiß das. Es gibt eine ganze Reihe von Ackerflächen, auf denen jetzt die ersten Bäume wachsen, das nennt man noch Kurzumtriebsplantage. Die Gefahr, dass da keiner mehr hinschaut und es entsteht plötzlich ein Wald daraus, ist nicht ohne. Das ist auch etwas, was ich zur Diskussion mit anregen möchte und vielleicht wäre der Ausschuss ein erster Startpunkt, um eine solche Diskussion einzuleiten.

Meine Damen und Herren, ich wünsche allen Akteuren, allen Aktiven, die sich an dieser Öffentlichkeitskampagne beteiligen, wirklich viel Erfolg, damit die Forst- und Waldwirtschaft, die für Thüringen ein gutes Aushängeschild ist, wirklich in die Breite getragen wird. Herr Minister, das dürfen Sie mit in Ihr Haus nehmen. Ich wünsche Ihnen, dass das eine tolle Kampagne wird, auch zum Wohle des Waldes in Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Mühlbauer von der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kollegen! Zuerst einmal vielen Dank, Herr Minister, für diesen umfanglichen und allumfassenden Sofortbericht. Lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen machen. Ich bin froh über den Antrag, Herr Kollege Primas, im Aus-

schuss zu diskutieren. Herr Augsten, ich denke, beim Thema Waldvermehrung und Agrarfläche haben wir auch unterschiedliche Positionen. Ich finde, dafür ist der Ausschuss da und das sollten wir diskutieren. Ich finde es auch richtig und unterstütze, was Sie gerade gesagt haben, Herr Augsten, der Kontakt und der Dialog mit den Umweltverbänden darf nicht abreißen, das ist wichtig. Da stehe ich auch gern weiterhin zur Verfügung. Ich denke, wir haben gute Dinge gemacht und da können wir uns auch weiter im Gespräch mit den Umweltverbänden auf diese verlassen.

Mir war leider auch nicht möglich, an dem Termin am 16.02.2011 teilzunehmen, obwohl es mich auch sehr interessiert hat, auch ich war im Ausschuss gebunden. Es hat also nicht nur Sie betroffen oder Kollegen der anderen Parteien, sondern es hat auch mich betroffen. Aber es ist nun mal so, wir haben mannigfaltige Termine und die muss man wahrnehmen. Ich denke, Herr Minister, es war nicht absichtlich gemacht, sondern es war einfach eine ungünstige Überschneidung von gewissen Terminen. Wir können mit Sicherheit jederzeit nachfragen, wie der Termin gelaufen ist und Sie sind, denke ich, jederzeit zur Aussage bereit.

Mir ist heute wichtig, noch einmal die Bedeutung des Waldes hervorzuheben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das dritte Mal.)

Ja, ein bisschen aus meiner Sicht. Viele Funktionen des Waldes werden so selbstverständlich heute von uns genutzt, dass sie in der Öffentlichkeit kaum noch Betrachtung finden. Die soziale Komponente des Waldes wird hauptsächlich in seiner Rolle als Erholungs- und Bildungsort deutlich. Wald ist grundsätzlich frei und ohne Entgelt betretbar. Die Waldbesitzer, private, kommunale, staatliche, erbringen somit kostenlose Leistungen für die Erholung der Menschen. Wald wird immer häufiger auch in die aktive Freizeitgestaltung einbezogen und schafft damit ein wichtiges Kontrasterlebnis zur städtischen Umwelt. Die Bedeutung des Waldes für Klima, Wasser, Luft und Boden, Tiere, Pflanzen, die Kulturlandschaft und den Naturhaushalt ist in diesem Haus unstrittig. Unser Wald ist ein wesentlicher Teil der natürlichen Lebensgrundlage und erfüllt landeskulturelle, wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Aufgaben. Aus diesem Grund ist das Jahr 2011 ein wichtiges Jahr; es ist richtig, dieses zum „Jahr der internationalen Wälder“ auszurufen. Wir werden dieses Jahr auch nutzen - Herr Minister, Sie haben es gesagt -, den Dialog „Wald im Wandel“ weiterzuführen in Thüringen und auch für eine Chance. An dieser Stelle auch noch einmal einen ausgesprochenen Dank für diese sehr umfangliche, sehr kompetente Veranstaltung, die Sie im letzten Jahr ausgerichtet haben und an der ich mich auch beteiligt habe. Ich denke, an der Stelle

(Abg. Mühlbauer)

darf einmal erwähnt werden, dass es Kritik von Umweltverbänden gab, aber wir müssen auch erwähnen, dass wir hier ganz klar einen gentechnikfreien Umbau des Waldes beschlossen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, es ist heute Zeit, dieses noch einmal herauszuholen und noch einmal zu unterstreichen. Das steht in unserem gemeinsamen Papier. Ich denke, das ist ein Zeichen, das gibt es in keinem anderen Bundesland, außer im Freistaat Thüringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Koalitionsvertrag zitiere ich jetzt nicht mehr mit unseren 25.000 ha. Ich denke, darauf sind wir genügend eingegangen. Aber ein Aspekt ist noch von keinem Kollegen hier erwähnt worden. Wir sind wiederum das erste Bundesland, das die Forderung vom Bund, 5 Prozent des Waldes aus der Nutzung zu nehmen, umsetzt. Der Freistaat Thüringen ist das erste Bundesland, das dieser Forderung entspricht. Diesem Spagat zwischen Naturschutz und forstwirtschaftlicher Nutzung haben wir uns gestellt und der ist nicht unbedingt leicht. Die Erhaltung der Biodiversität ist eine der wichtigsten Aufgaben, denn Ökosysteme haben einen großen Anteil an der ursprünglichen Ausstattung der biologischen Vielfalt in Thüringen. Wir brauchen Bereiche, die zur Erhaltung der Artenvielfalt und aus Gründen des Biotopverbundes aus der Nutzung genommen werden. Störungsempfindliche Tierarten, aber auch die große Zahl von Totholzbewohnern, von denen einige als Urwaldrelikten bezeichnet werden, werden davon besonders profitieren. Waldflächen ohne forstwirtschaftliche Nutzung ergänzen somit das System des integrierten Biotop- und Artenschutzes im Wald.

Wir haben weiterhin festgelegt, 100.000 ha umzubauen. Lassen Sie mich noch eines sagen: Sie haben vorhin angemerkt, Herr Dr. Augsten, Ihnen ist nicht so ganz klar, warum das Thema Fichte. Das Thema Fichte ist vor allem, wenn wir die Fichte unter dem Aspekt des Klimawandels in Thüringen betrachten, nicht in den Hochlagen, sondern in unseren Tieflagen problematisch. Wir haben dort klimaveränderte Situationen, Trockenlagen und deshalb Probleme mit der Fichte. Deswegen ist dieses Ziel, stabile Mischwälder mit einem hohen Laubwaldanteil anzugehen, auch richtig. Dies erreichen wir durch Pflanzungen und Saat in den Bereichen, wo standortgerechte Mischbaumarten fehlen, wo in der Vergangenheit die falschen Arten angebaut wurden. Und wir bekennen uns zur Haltung des Waldes zu einer nachhaltigen forstlichen Bewirtschaftung ebenfalls wie zur touristischen Nutzung und zum Naturschutz. Dies darf sich nicht ausschließen, sondern dies muss sich ergänzen.

Ich möchte heute noch eins erwähnen: Im Jahr des Waldes hat es auch Zeit, eine Minute über den Baum des Jahres zu sprechen, und zwar ist das die

Elsbeere. Die Elsbeere, im Volksmund auch die schöne Else genannt, taucht in den meisten Baumbüchern schon gar nicht mehr auf. Das Wissen darüber ist mit dem Verschwinden der Baumart in Vergessenheit geraten. Obwohl sie fast überall in Deutschland wachsen könnte, ist sie in unseren Wäldern mit deutlich unter 1 Prozent an der Waldfläche vertreten. Die Elsbeere ist mit ihrem submediterranen Verbreitungsschwerpunkt eine Wärme liebende und Hitze verträgliche Baumart, die in unseren Breiten bevorzugt auf recht steilen südexponierten Hängen in sonniger Lage wächst. Dieser Baum, die Elsbeere, ist der Baum des Jahres 2011. Sie soll heute als Zeichen und als Symbol für die Artenvielfalt, den Reichtum und die Schönheit unseres Waldes stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns heute ein Signal senden, ein Bekenntnis für die Schönheit unseres Waldes und deren Bedeutung für Thüringen. Ich bitte Sie um Unterstützung für den Artenreichtum in unseren Wäldern, freue mich auf weitere Dialoge in den Ausschüssen und danke für die Geduld.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Die Rednerliste hat sich erschöpft. Ich schaue noch mal in die Runde. Dem ist so und damit schließe ich die Aussprache. Ich gehe zunächst davon aus, dass das Berichtersuchen zu Nummer I des Antrags erfüllt ist. Erhebt dagegen jemand Widerspruch? Auch das ist nicht der Fall. Nun muss ich zunächst einmal eine Verständnisfrage stellen. Es ist von mehreren Abgeordneten formuliert worden der Antrag zur Weiterberatung im Ausschuss, das hieße dann I, II und III in den Ausschuss. Habe ich das so richtig verstanden? Ich sehe Nicken. Deshalb stimmen wir zunächst ab über die Beratung zur Fortsetzung des Berichts im entsprechenden Fachausschuss, das wäre der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz. Wer dem so zustimmt, dass der Sofortbericht in dem von mir benannten Ausschuss weiterberaten wird, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Fraktionen der FDP, der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Dann müssen wir jetzt noch abstimmen über die Nummern II und III des Antrags. Wir machen das in einer Abstimmung und auch hier ist die Ausschussüberweisung beantragt an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen von den LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelte Stimmen aus der SPD und 1 Stimme aus der FDP. Wenn nur einer die Hand hebt, sehe ich nicht, dass das alle

(Vizepräsident Gentzel)

sind, tut mir leid. Also gut, alle Stimmen aus der FDP. Ich frage nach Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Damit sind auch die Nummer II und III an den Ausschuss überwiesen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**

Mitgliedschaft von Mitgliedern der Landesregierung in Leitungs- und Aufsichtsgremien auf Erwerb gerichteter Unternehmen

hier: Zustimmung des Landtags gemäß Artikel 72 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen
Antrag der Landesregierung
- Drucksache 5/2291 -

Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schaue noch mal in die Runde. Dann können wir gleich in die Abstimmung gehen, und zwar stimmen wir jetzt direkt über den Antrag ab. Ich frage Sie, wer dem Antrag der Landesregierung in der Drucksache 5/2291 zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen von FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Auch keine. Ich stelle Einstimmigkeit fest und damit ist der Antrag angenommen und ich schließe den Tagesordnungspunkt 19.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19 a**

Verbraucherschutz: Information und Dialog ja - staatlich finanziertes Anprangern nein!

Antrag der Fraktion der FDP
- Drucksache 5/2286 -

Wünscht die Fraktion der FDP das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und als Erster hat Herr Koppe von der FDP-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Verbraucherschutz ist richtig und auch wichtig. Voraussetzung dafür ist natürlich die ausführliche Information der Verbraucher. Allerdings darf man das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nicht damit verwechseln, einen staatlich finanzierten Pranger einzurichten, in dem nach Lust und Laune Produkte und Unternehmen diffamiert werden könnten, die ihre Produkte nachweislich nach den geltenden Rechtsnormen hergestellt haben. Dies wäre nichts anderes aus meiner Sicht als ein staatlich finanziertes Rufmord. Dass dies genau durch das BMELV aktuell in Form des Internetpor-

tals „Klarheit und Wahrheit“ entstehen soll, verwundert uns schon sehr. Gerade im produktbezogenen Bereich des Internetportals werden nach Angaben des BMELV - Zitat - „alle Beschwerden über Produkte durch deren Kennzeichnung und Aufmachung sich Verbraucher getäuscht fühlen, prinzipiell online gestellt.“ Auf dieser Seite geht es also nicht nur um Rechtsverstöße, sondern auch um gefühlte Verbrauchertäuschung seitens der Konsumenten. Dagegen melden wir erhebliche rechtsstaatliche Bedenken an. Denn bei Veröffentlichung im Internet gilt es zu berücksichtigen, dass das Internet ein Kommunikationsraum besonderer Art ist. Das BMELV hat im Zusammenhang mit dem Schutz privater Daten stets nachdrücklich betont, dass das Internet zum Pranger des 21. Jahrhunderts werden kann und es diese Entwicklung für besorgniserregend hält. Es hat sich gerade deshalb für die Einhaltung fundamentaler Garantien zugunsten derjenigen stark gemacht, die sich in das World Wide Web begeben. Nichts anderes darf aus unserer Sicht für diejenigen gelten, die gegen ihren eigenen Willen in das Netz gestellt werden und denen dadurch ein erheblicher Schaden entstehen kann.

Aus unserer Sicht wird das Portal auch dem hehren Ziel der Aufklärung nicht gerecht, wenn Verbraucher aufgrund subjektiver Eindrücke einzelne Produkte in einem Forum herausgreifen und öffentlich kritisieren können. Denn zwischen subjektiver Wahrnehmung und objektiver Tatsache klaffen oft Welten. Dies sehen wir äußerst kritisch, da das Portal nach der derzeitigen Konstruktion dem Anschein von Objektivität aus unserer Sicht nicht gerecht wird.

Es steht daher ebenfalls zu befürchten, dass Regressansprüche auf diese Betreiber der Internetseite und möglicherweise auch auf den Bund als Auftraggeber und Geldgeber zukommen werden, wenn Unternehmen bzw. Produkte zu Unrecht in das Portal eingestellt werden, das heißt, sie entweder gesetzeskonform produziert haben oder Gattungsdiskussionen an einem bestimmten Herstellerprodukt geführt worden sind und sich der Hersteller somit im Wettbewerb beschädigt sieht.

Nach derzeitiger Konzeption ist ein Archiv geplant, in das alle abgeschlossenen Fälle eingestellt werden, selbst die, bei denen nachweislich keine Verbrauchertäuschung vorlag. Dies kann aus unserer Sicht nicht so bleiben, da dadurch Produkte und Hersteller in Verruf geraten, die einwandfrei sind beziehungsweise die sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Wenn nachweislich keine Täuschung vorlag, müssen die Einträge gelöscht werden.

Sie sehen also, dass das Portal noch viel Nachbesserungsbedarf besitzt. Wir bitten die Landesregierung, sich dahin gehend gegen die geplante Einführung des Portals in seiner jetzigen Form einzuset-

(Abg. Koppe)

zen und ihre eigene Aktivität im Internet so auszurichten, dass innerhalb dessen kein staatlich finanzierter Pranger des 21. Jahrhunderts entsteht. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat Herr Abgeordneter Gumprecht von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, drei Dinge voraus:

1. Die Landesregierung hat hier direkt keinen Einfluss.
2. Verbraucher haben Macht.
3. Das Prinzip Wahrheit und Klarheit ist ein hohes Gut, das auch der Wirtschaft helfen kann.

Meine Damen und Herren, Verbraucherinnen und Verbraucher beeinflussen mit ihrer Kaufentscheidung den Absatz von Produkten und somit auch am Schluss den Erfolg von Unternehmen. Verbraucher entscheiden damit auch über die Zukunft der Wirtschaft. Bereits der 1. Deutsche Verbrauchertag 2007 hatte sich mit dem Thema Verbrauchermacht und -verantwortung auseinandergesetzt und sich diesem Themenbereich gestellt. Ich zitiere: „Es bleibt Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der Verbraucher eine gute und verlässliche Wahl hat.“, dies unterstrich damals der Bundespräsident Horst Köhler bei der Eröffnung dieses Fachkongresses. Notwendig sind vor allem bessere und klarere Informationen über Produkte und deren Hersteller, so Köhler. Nur wer verlässliche Informationen habe, kann mit seinen Kaufentscheidungen die Unternehmen belohnen, die nämlich gute Dinge unter Einhaltung der Standards produzieren.

Das betrifft auch die Kennzeichnung von Produkten. Auch hier erwartet der Kunde eine klare, eindeutige Information. Manches, was auf die Lebensmittelverpackungen gedruckt ist, ist missverständlich und für den Verbraucher nicht mehr zu verstehen. Viele Kunden fühlen sich dadurch auch irreführt in der Werbung, in der Kennzeichnung und auch getäuscht. Hier muss es Ziel sein, den Verbraucher zu informieren und die Spreu vom Weizen zu trennen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Wahrheit und Klarheit. So wird das neue Verbraucherportal, das die Verbraucherzentrale Hessen führt und betreut, bezeichnet. So weit besteht sicherlich Einigkeit auch mit den Verbänden der Wirtschaft, auf die Sie sich hier im Antrag beziehen. Nun befürchten aber diese Wirtschafts- und Handelsverbände - und

darauf beziehen Sie sich in Ihrem Antrag -, dass das Portal missbraucht werden kann, sagen aber gleichzeitig mit dem Papier, die Wirtschaft biete selbst Informationen oder auch aktiv per Internet an, was auch die Gefahr der Falschbewertung in sich birgt. Ich will, das möchte ich hier deutlich sagen, eine rechtsstaatliche, unabhängige Beratung. Die Verbraucherzentralen gewährleisten das und sie genießen in der Bevölkerung und bei den Verbrauchern hohes Vertrauen.

(Beifall FDP)

Uns allen ist klar, meine Damen und Herren, dass in unserer skandalsüchtigen Zeit hier und da auch dies genutzt wird. Wir wissen auch, dass die Gefahr besteht, vor allen Dingen bei offenen Netzwerken und Chatrooms, unabhängig von solchen Beratungsinstituten Informationen zu veröffentlichen und damit auch den einen oder anderen an den Pranger zu stellen. Der Staat - jetzt spreche ich an, was die Bundesverbraucherministerin vorhat - hat hier eine Sorgfaltspflicht. Uns allen ist klar, wenn wir die Verpackung „Müllermilch“ kaufen, dass in der Verpackung kein Müller ist, sondern Milch. Das ist selbstverständlich.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Auf jeden Fall in einer Einwegverpackung.)

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich habe mich im Vorfeld der heutigen Beratung natürlich mit den Projektkoordinatoren einmal von der Bundesverbraucherzentrale, aber auch mit dem Projektkoordinator, dem Herrn König von der Verbraucherzentrale Hessen, in Verbindung gesetzt. Ich danke den beiden für die Informationen.

Das Verfahren, das kann ich hier sagen, wurde in den letzten Wochen mehrfach angepasst. Gerade auch im Hinblick auf die Äußerungen, die von verschiedenen Seiten kamen. Neu ist vor allem, wenn die Aufmachung eines Lebensmittels mit der Kennzeichnungsvorschrift offensichtlich im Einklang steht, wird das Produkt nicht unter der Nennung des Klarnamens, wie hier befürchtet, mit Foto sowie mit der Herstellerangabe auf der Seite dargestellt. Schon der Name des Portals „Wahrheit und Klarheit“ macht deutlich, dass es sich bei dem Portal um die Klarstellung unklarer bis täuschender Lebensmittelkennzeichnung und -aufmachung handelt. Außerdem kommen in den Portalen alle Beteiligten angemessen zu Wort, auch die Stellungnahme des Anbieters wird im vollen Wortlaut veröffentlicht. Die Unterstellung Ihres Antrags von der FDP, dass alle Anbieter vorverurteilt werden, sobald sie mit ihrem Produkt im Portal auftauchen, ist nämlich unter dem von mir Geschilderten aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Das habe ich so nicht gesagt.)

(Abg. Gumprecht)

Nach bisherigen Erfahrungen der Betreiber führen die Antworten der Anbieter entweder zu einer - so, wie mir berichtet wurde - zügigen Klarstellung oder zu einer schnellen Zusicherung, eine Verbesserung der Kennzeichnung vorzunehmen. Von dieser Seite, sage ich, können sich sogar Anbieter in diesem Portal als verbraucherfreundlich profilieren. Allerdings - und das möchte ich auch sagen - wird es auch Anbieter geben, die an ihrer irreführenden Aufmachung ihres Produkts festhalten werden, also keine Stellungnahme geben und dadurch natürlich ein schlechtes Bild auch für sich selber abgeben, wie das die Projektverantwortlichen einschätzen. Grundsätzlich werden alle Produkte in das Portal eingestellt, die Täuschungspotenzial aufweisen und vom Projektteam im Anschluss oder vorher schon überprüft, bevor sie eingestellt werden, so muss ich es deutlich sagen.

Das Täuschungspotenzial muss über die Kennzeichnung und die Aufmachung des Produkts erkennbar sein. So ist das Grundprinzip. Meldungen, die sich auf Inhaltsstoffe, aber auch auf hygienische Mängel beziehen, können vom Portal nicht bearbeitet werden und werden daher in die Aufgaben der Lebensmittelüberwachung übergeben. Gleiches geschieht auch mit Produkten, die beispielsweise klare Kennzeichnungsfehler aufweisen oder wo die Zutatenliste fehlt oder auch das Haltbarkeitsdatum nicht ordentlich aufgedruckt ist.

Meine Damen und Herren, der FDP-Antrag und die Stellungnahme der Verbände vom 03.01. beziehen sich in der Begründung vor allem auf Produkte, die richtig gekennzeichnet sind, bei denen sich Verbraucher aber trotz korrekter Kennzeichnung getäuscht fühlen. In solchen Fällen werden die Produkte nicht mit Herstellernamen, wie ich gerade schon gesagt habe, sondern anonym eingestellt. Es erfolgen Abfragen im Portal und es werden Verbraucherbefragungen angeschlossen, um zu erfassen, ob sich viele Verbraucher durch die Kennzeichnung getäuscht fühlen. Ist das der Fall, so wird das zum Anlass genommen, eine rechtliche Änderung herbeizuführen und so zu einer klaren Kennzeichnung zu kommen und diese zu fordern. Die beschriebene Gefahr, dass tendenziöse Nutzer oder Wettbewerber gezielt Informationen platzieren, ist nicht möglich, denn nur das Redaktionsteam stellt im Informations- und Produktteil Informationen ein. Diskussionen in Chatrooms oder Foren werden nur moderiert stattfinden, so dass es auch dort keine Diffamierung oder Beleidigung von Wettbewerbern geben kann und diese auch damit verhindert werden.

Eine weitere Annahme, dass ganze Produktsegmente oder Branchen in unzulässiger Weise thematisiert oder problematisiert werden, ist auch nicht nachvollziehbar, z.B. auf Produkte mit Fruchtabbildung ohne Frucht bezieht sich das. Das Portal ist als Verbraucherportal geplant. Verbraucher sehen

einzelne Produkte, die täuschende Aspekte wie unzulässige Fruchtabbildungen aufweisen. Der einzelne Anbieter dieses Produkts verhält sich rechtswidrig und wird auch ohne Internetportal heute schon individuell von den einzelnen Verbraucherzentralen abgemahnt. Eine erfolgreiche Abmahnung wird auch heute bereits öffentlich gemacht. Das trifft nicht nur den einzelnen Anbieter, sondern es betrifft auch irreführende Angaben.

Meine Damen und Herren, das Portal entwickelt auch keine demokratisch legitimierte Sekundärstandards, sondern trägt dazu bei, mehr Klarheit in das Thema zu bringen.

Meine Damen und Herren, wie es im Lebensmittel- und Futtermittelgesetz unter dem Bereich „Verbot von Verbrauchertäuschung“ dargelegt heißt, diese Prämissen hält das Portal ein. Ich hoffe, dass ich durch die relativ sachliche Darstellung des Themas und die Umsetzung des Themas ein Stück Klarheit beibringen konnte. Ich selbst bin überzeugt, dass das Portal hilft, die schwarzen Schafe herauszufiltern und somit auch im Sinne der Wirtschaft handelt.

Meine Damen und Herren, ich hatte bereits zu Beginn gesagt, der Einfluss Thüringens hier ist extrem gering. Der Einfluss über die Verbraucherzentrale ist stärker. Wenn Sie konkrete Anhaltspunkte haben, würde ich das auch gern an die hessischen Kollegen weitergeben. In diesem Sinne, denke ich, ist der Antrag - wie ich es Ihnen erläutert habe - unbegründet. Unsere Fraktion lehnt den Antrag ab. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Sedlacik von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Sedlacik, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, was ich von Herrn Koppe gehört habe hier in der Diskussion, ist eine Panikmache, muss ich sagen. Aber Ihr Antrag ist auch äußerst irreführend. Ich hätte mir hier auch mehr Klarheit von Ihnen gewünscht,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Die des Ministeriums.)

denn der Antrag lautet, dass Sie die Landesregierung auffordern, sich auf Bundesebene gegen die durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geplante Einführung einer Internetplattform „Klarheit und Wahrheit“ in der jetzigen Form einzusetzen. Sie vergessen aber zu erwähnen, dass es mehrere Formen dieser Internetplattform, dieser Konzepte gibt. Bei der jetzigen Form bin ich auch dafür, dass die abgelehnt werden sollte. Da möchte ich doch einmal zur Klar-

(Abg. Sedlaczik)

heit noch einiges darlegen und etwas weiter ausholen.

Es wird Sie von der FDP sicher nicht verwundern, dass wir als Fraktion DIE LINKE im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher unsere Politik ausrichten. Wir fordern für jeden Menschen sichere Lebensmittel sowie Produktsicherheit, faire Preise und dass ein ungehinderter Informationszugang zuverlässig gewährleistet wird. Wir fordern, dass ein umfassender Informationsanspruch über Zusammensetzung, Inhaltsstoffe sowie mögliche gesundheitliche oder umweltrelevante Belastungen u.a. bei Lebensmitteln durchgesetzt werden. Verständliche Kennzeichnung statt Verbrauchertäuschung, das ist unser verbraucherpolitisches Motto.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb ein Ja zur Internetplattform „Klarheit und Wahrheit“ in der Fassung des Papiers des Aigner-Ministeriums vom 05.11.2010 und Ablehnung des neuen Ministeriumskonzepts vom 13.12.2010, das eine Mogelpackung darstellt. Hier sehen Sie wieder diese etwas komische Klarheit in unserer Auslegung. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich für die Internetplattform „Klarheit und Wahrheit“ auf der Grundlage des Papiers vom 5. November 2010 einzusetzen.

Was ist das Ziel dieses Konzepts? Auf einer staatlichen Internetseite sollen Verbraucher Produkte melden und öffentlich diskutieren können, von deren Kennzeichnung sie sich getäuscht fühlen. Angesichts massiver Kritik der Ernährungswirtschaft hat Bundesministerin Ilse Aigner das Konzept schon mehrfach überarbeitet. Hört an! Hört zu! Die jüngste Äußerung stößt wiederum den Verbraucherschützern sauer auf. Vom ursprünglichen Konzept weicht das neue Papier in einer entscheidenden Stelle ab. Viele Produkte sollen nur noch als anonyme Produktdummys veröffentlicht werden, ohne Produktfotos, ohne Hinweis auf Marken- und Herstellernamen. Bei dem ursprünglich geplanten Internetportal soll es sich um eine Plattform handeln, die Probleme hinsichtlich der Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln aufgreift. Hier sollen Verbraucherinnen und Verbraucher und Lebensmittelhersteller die Möglichkeit bekommen, gemeinsam zu diskutieren. Verbraucher äußern, aus welchem Grund sie sich durch die Aufmachung und Kennzeichnung getäuscht fühlen. Hersteller können ihre Beweggründe darlegen und gegebenenfalls mit Verbesserungen des Produkts bzw. dessen Aufmachung reagieren. Tolle Sache, finde ich. Was gibt es dagegen einzuwenden? Es werden also Meinungen verschiedener Akteure dargestellt, die Verbrauchermeldung, der Herstellerkommentar und die Einschätzung der Portalredaktion. So stelle ich mir Demokratie vor. Es soll zu einem Austausch von Verbrauchererwartungen und Herstellersicht kommen. Die Auswertung der Produktbeispiele kann auch

Aufschluss darüber geben, ob die gesetzlichen Kennzeichnungsvorhaben ausreichen oder nicht. Von einem Internetpranger kann überhaupt keine Rede sein.

Wenn Verbraucherministerin Aigner nun der Lebensmittellobby nachgibt, wird dieses neue Portal zur Farce. Denn eine Täuschung findet immer durch ein konkretes Produkt und die konkreten Angaben des Herstellers zu diesem Produkt statt. Also müssen die Beispiele auch beim Namen genannt werden. Das aber soll nun offenbar nicht passieren, genau wie von der Lebensmittelindustrie gefordert. Diese hatte sich seit Monaten auf das Portal eingeschossen, die Informationsplattform als Internetpranger verteufelt und offensichtlich auch gar keinen Handlungsbedarf gesehen. Es gäbe genügend Austauschmöglichkeiten von Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Lebensmittellobby. Nur keine Öffentlichkeit. Das könnte denen so passen. Zum Glück gibt es nämlich Foodwatch. Hier werden weiterhin Ross und Reiter genannt und echte Fälle von Etikettenschwindel auf „abgespeist.de“ veröffentlicht.

Ich möchte ein konkretes Beispiel dazu nennen, was eine solche Plattform bewirken kann. Actimel ist eines am heftigsten beworbenes Produkt in Deutschland. In Großbritannien musste Danone 2006 nach Beschwerden von Zuschauern einen Spot wegen irreführender Werbeaussagen zurückziehen. Darin wurde nämlich behauptet, Actimel mache schlechten Bakterien das Leben schwer und unterstütze die natürlichen Abwehrkräfte von Kindern. In den USA bereitet jetzt eine Kanzlei, offenbar wegen irreführender Werbung, eine Sammelklage von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegen Danone vor. Mit so einer Aktivierung der Abwehrkräfte von Verbrauchern hat Danone sicherlich nicht gerechnet.

(Beifall DIE LINKE)

Was will Foodwatch? Foodwatch will, dass Gesetze die Rechte der Verbraucher schützen und nicht einseitig die der Industrie. Foodwatch will, dass Verbraucher beim Essen das Sagen haben und wissen, was in den Lebensmitteln drin ist. Foodwatch will, dass die Industrie aufhört, ihre Produkte irreführend mit falschen Versprechungen zu bewerben.

Ich möchte zwei weitere Beispiele nennen: Herr Koppe, für Ihr Kind ganz wichtig und auch für Herrn Gumprecht für seinen Enkel, von dem Sie gestern so theatralisch geschwärmt haben: Kinderlachen ist Zukunftsmusik. Wir brauchen aber auch gesunde Kinder. Da möchte ich zwei konkrete Beispiele bringen.

Sie sollten darauf achten bei Ihrem Kind oder bei Ihrem Enkel, dass Sie zum Beispiel Kinderriegel von Ferrero und Miniwürstchen von Ferdi nicht in größeren Mengen verspeisen, denn wenn Sie auf

(Abg. Sedlacik)

foodwat.de und auf abspeist.de mal darauf schauen, werden Sie meiner Ausführung folgen können, weil es nämlich nicht gesund ist, wie Ihnen dort offeriert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin also der Meinung, dass der Koalitionspartner, die FDP auf der Bundesebene die Ministerin Aigner kritisiert für ihr Internetportal „Klarheit und Wahrheit“. Schließlich hat die Lebensmittelindustrie kein Interesse daran, dass ihre Werbetricks entlarvt werden. Die Verbraucher allerdings schon. Wer transparent in seinem Geschäftsmodell praktiziert, braucht doch vor einem Internetportal „Klarheit und Wahrheit“ keine Angst zu haben. Danke.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat nun der Abgeordnete Dr. Augsten von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, als ich gehört habe, dass es von der FDP einen Verbraucherschutzantrag geben sollte, da fiel mir wieder Minister Machnig ein mit dem lernenden System. Es kann sein, dass auch die FDP etwas lernt. Denn bei der FDP haben wir es mit einer Partei zu tun, die den freien Markt wie ein Mantra vor sich herträgt. Wenn man auf die bundespolitische Verbraucherschutzbilanz der FDP schaut - wir haben uns das noch einmal zurarbeiten lassen -, da wird zum Beispiel eingeleitet: Ansonsten hat die FDP in der Vergangenheit eigentlich alles abgelehnt, was Verbraucher besser schützen könnte. Und dann sind eine Reihe von gesetzlichen Vorlagen aufgeführt. Zum Beispiel hat die FDP das Verbraucherinformationsgesetz abgelehnt, das Gentechnikgesetz, Tierschutzregeln zu Käfig- und Schweinehaltung, bessere staatliche Lebensmittelkontrolle, Ampelkennzeichnung und Smiley-Kennzeichnung.

Wenn man sich diese bundespolitische Bilanz anschaut, dann wundert man sich schon, wenn plötzlich die FDP in Thüringen den Verbraucherschutz entdeckt haben sollte. In der Tat, als der Antrag vorlag, wurde schnell klar, das ist kein Antrag zum Verbraucherschutz, sondern das ist ein Verbraucherschutzverhinderungsantrag - ganz eindeutig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bevor ich das begründe, möchte ich in einem Punkt einen Schritt auf die FDP zugehen, weil mir das an der Stelle noch einmal ganz wichtig ist, vor allen Dingen mit Blick auf die Ministerin. Ich habe schon einmal gesagt, dass dieser Aktionismus, der bei dieser Ministerkonfe-

renz - Landwirtschafts- und Verbraucherschutzminister - mit Frau Aigner zu Tage trat, mir zumindest in einem Punkt zu Denken gibt bezüglich der Realisierung, und zwar wenn es um die Veröffentlichung von Daten geht. Aus der leidvollen Geschichte im Landwirtschaftsbereich - und da geht es mir so, wie der FDP -, da geht es mir gar nicht darum, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nicht informiert werden sollen, aber dass man tatsächlich an diesem Punkt, wenn es um Hersteller geht, ausgesprochen sensibel sein muss. Das war aus meiner Sicht völlig über das Ziel hinausgeschossen. Wenn man nicht dafür sorgt, dass Betriebe, die unverschuldet in irgendeine Situation gekommen sind, nicht so weit schützt, dass man sagt, okay, die bekommen die Möglichkeit, das wieder zu regulieren, so wie es bei dem Dioxinfall nicht der Fall war, wo einer wirklich über ein Dreivierteljahr gewusst hat, dass er dort etwas macht, was nicht erlaubt ist. Aber wenn man einen Landwirtschaftsbetrieb, der unverschuldet in ein Licht gerückt werden kann, ohne dafür zu sorgen, dass er das wieder bereinigt in einer Zeit, die man ihm auch geben muss, dann haben wir etwas getan, was unseren Landwirtschaftsbetrieben, das mag für andere Betriebe im verarbeitenden Bereich genauso gelten, da haben wir dem möglicherweise einen Bärendienst erwiesen. Insofern der Schutz privater Daten - das gilt nicht nur für Privatmenschen, mit dem, was sie möglicherweise über sich im Internet finden, sondern das trifft in ganz hohem Maße gerade für Betriebe zu, die möglicherweise einer Rufmordkampagne zum Opfer fallen. So etwas kann man auch lancieren, wenn man will. An dieser Stelle bin ich ganz nah bei der FDP. In diesem Punkt muss man sehr aufpassen, was man tut und was man möglicherweise lassen soll.

Meine Damen und Herren, als dieser Antrag auf dem Tisch lag, haben wir natürlich recherchiert, wo das denn herkommen könnte. Wir haben dann beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag einen Formbrief gefunden, in dem die IHK alle möglichen Leute auffordert, gegen dieses Ansinnen vorzugehen. Da habe ich den bemerkenswerten Satz gefunden, ich zitiere: „Das Vertrauen in glaubwürdige und ungeschönte Produkte ist durch Etikettenschwindel und die legale Schummelei einiger schwarzer Schafe bedroht.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist genau das Problem der FDP. Wenn Sie nicht verstehen, dass es sich hier nicht um einige schwarze Schafe handelt, sondern dass es ein System ist, ein systemischer Fehler, den wir in der Gesellschaft haben,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nämlich eine politisch gewollte, bewusste Verbrauchertäuschung seit vielen Jahren, von Anfang an, dann haben Sie das Problem nicht erkannt. Des-

(Abg. Dr. Augsten)

halb an dieser Stelle ganz eindeutig - und jetzt komme ich zu dem, was wir insgesamt an Ihren Antrag kritisieren -, wenn wir schon mehrmals dargelegt haben - Herr Gumprecht macht das auch bei jeder Gelegenheit -, wir haben im Jahr in Deutschland 70 bis 80 Mrd. € Kosten für das Gesundheitswesen, ernährungsbedingte Krankheiten, mit zunehmender Tendenz, so wie in den USA im Übrigen auch, dann hat das genau mit dem zu tun, was wir gerade diskutieren. Es ist etwas an dem ich auch arbeite, worüber ich auch sehr viele Vorträge halte. An dieser Stelle weise ich immer darauf hin, dass man doch mal in den Bundestag schauen möge, was es in diesem Bereich für Anträge gab, von welchen Parteien. Da finden Sie z.B. von den GRÜNEN, als Frau Künast Ministerin war, einen Antrag, der die verbrauchertäuschende Werbung verbieten soll. Das heißt, jeder der mit gesundheitsbezogenen Fakten Werbung macht, muss den wissenschaftlichen Beweis darlegen, dass es auch an dem ist. Das lassen sich die Politikerinnen und Politiker nicht einfallen, sondern da gab es vorher eine Studie dazu, eine Studie, die belegt hat, dass allein bei den Kindern 95 Prozent der Werbung falsche, irreführende und im Prinzip dem Anlass überhaupt nicht zutreffliche Informationen übermittelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

95 Prozent der Werbung für Kinder haben genau den gegenteiligen Effekt. Wenn ich meine Vorträge halte, dann zeige ich dann immer die Ernährungspyramide der Deutschen Gesellschaft für Ernährung - Herr Gumprecht weiß wovon ich rede -, wo dann unten die Produkte aufgeführt sind, von denen man sehr viel essen sollte, und dann verjüngt sich das nach oben und oben sind dann die Genussmittel und daneben ist die Pyramide, es ist keine Pyramide, es ist ein Pilz, wie das Ernährungsverhalten von Kindern und Jugendlichen wirklich ist. Dann wird nämlich von den Produkten, von denen man eigentlich, um gesund zu bleiben, sehr viel essen sollte, relativ wenig gegessen, und oben, wo die Deutsche Gesellschaft sagt, das sind Genussmittel, dort wird es immer breiter. Erstaunlicherweise, jetzt komme ich zu dem Punkt, entspricht das genau der Werbung, die wir im Fernsehen sehen, wenn es um Lebensmittel geht. Das heißt, die Kinder und Jugendlichen sind fixiert auf das, was sie im Fernsehen sehen, kaufen die Produkte oder verlangen von den Eltern, dass sie diese Produkte kaufen. Das ist genau das, was zu den 70 bis 80 Mrd. € Kosten im Ernährungsbereich führt, genau das.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun komme ich zu dem Ansinnen der Bundesverbraucherschutzministerin und, meine Damen und Herren, ich teile diese Euphorie nicht, nicht deshalb, weil ich der FDP recht gebe, sondern weil ich das, was wir da gerade diskutieren, schlichtweg

auch für einen Skandal halte. Ich zitiere aus dem Papier, aus der Internetseite des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz; unter der Überschrift „Mehr Klarheit und Wahrheit bei Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln“ ist zu lesen, ich zitiere: „Vieles, was auf Lebensmittelverpackungen aufgedruckt wird, ist für den Verbraucher nicht mehr zu verstehen und viele Kunden fühlen sich durch irreführende Werbung oder Kennzeichnung getäuscht. Diese Fälle können sie künftig auf einer neuen Internetplattform melden.“

Meine Damen und Herren, für mich ist das ein Verbraucherschutzpolitiker Offenbarungseid. Es ist ein öffentliches Einknicken gegenüber der Industrie, einer Politik, die nicht in der Lage und nicht bereit ist, hier Regeln zu schaffen, dass man ein solches Internetportal nicht braucht, sondern dass die Leute eben nicht getäuscht werden, wenn sie einkaufen gehen. Insofern kann ich diese Euphorie bezüglich dieses Internetportals überhaupt nicht teilen; ich denke, die Politik hätte andere Aufgaben. Aber nun haben wir mal dieses Ansinnen und ich sage dann an dieser Stelle immer, möglicherweise ist es ja auch Hilfe durch Selbsthilfe, wenn die Politik dort nicht handelt, dann mögen doch wenigstens die Verbraucherinnen und Verbraucher miteinander in Kontakt treten und sich informieren, weil die Politik offensichtlich nicht willens ist, hier endlich mal Ordnung zu schaffen. Da gab es jetzt eine ganze Menge Beispiele, Herr Gumprecht hat die „Müllermilch“ angeführt. Da ist ja wenigstens noch Milch drin, deswegen war ja der Einwurf vorhin, da ist zwar kein Müll drin, aber Milch. Aber wenn man jetzt mal in die E-Stoffe hineingeht: Was haben denn künstliche Aromen mit Aromen zu tun? Das sind Chemikalien. Wenn ich natürlich dann draufdrucke, dass das naturidentische Aromen sind, dann wird natürlich der Eindruck vermittelt, dass ich da etwas esse, was mir per se nicht schadet. Da könnte man bei E-Nummern einen eigenen Vortrag halten. Das geht dann bis zur Hühnersuppe; da ist kein Huhn drin; Kalbsleberwurst, Kalbsleber 0 Prozent, viele andere Dinge, da ist ja wenigstens noch Suppe drin oder wenigstens noch Wurst. Aber wenn man dann zu solchen Dingen kommt wie Analogkäse, da ist nämlich kein Käse mehr drin. Das ist ja eine Entwicklung, die wir da haben in dem Bereich, die einfach unglaublich ist, und die Menschen werden darüber nicht informiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe gerade darüber gesprochen, dass diese Internetplattform ein Verbraucherschutzpolitiker Offenbarungseid ist aus meiner Sicht. Sie ist aber möglicherweise wirklich notwendig und da sind ja auch Dinge genannt worden, die wichtig sind in dem Zusammenhang, damit eben die Verbraucherinnen und Verbraucher sich gegenseitig informieren können. Ich kann nur hof-

(Abg. Dr. Augsten)

fen, dass man dort keine Willkür gelten lässt, dass dort auch keine Dinge auf die Internetplattform gestellt werden, die nicht der Wahrheit entsprechen. Aber noch einmal - und das wird Sie nicht verwundern -, wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen Antrag ablehnen. Aus unserer Sicht hat der mit Verbraucherschutz gar nichts zu tun.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der FDP, niemand hätte jetzt von Ihnen erwartet, dass Sie sich dem Verbraucherschutz öffnen. Sie sind die Partei und dazu können Sie auch stehen, die für freien Markt ist. Das ist auch in Ordnung so, sonst hätten wir alle die gleiche Meinung. Aber nennen Sie doch dann solche Anträge nicht „Verbraucherschutzanträge“; nennen Sie das, was da drinsteht, auch beim Namen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine letzte Bemerkung: Frau Sedlacik, wenn Sie vorhin gesagt haben, dass für Sie gelebte Demokratie genau das ist, was dieses Internetportal ausmacht, dann muss ich Ihnen heftig widersprechen. Demokratie herrscht dann, wenn die Politik endlich ihre Hausaufgaben macht und wir solche Portale wie die als Notlösungen nicht mehr brauchen, dann haben wir Demokratie. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Mühlbauer von der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Kollegen hier im Plenum, lassen Sie es mich kurz machen. Zuerst einmal ein Dankeschön an Sie, Herr Augsten, für diesen ernährungspolitischen Beitrag. Den fand ich nämlich ganz wichtig und ganz richtig.

Lassen Sie mich ganz deutlich zwei Dinge sagen. Herr Koppe, ich habe mich das letzte Mal bei Ihnen bedankt für Ihr Engagement für den Verbraucherschutz; ich dachte für den Verbraucher und nicht für den Produzenten zu schützen. Ich bitte Sie diesbezüglich, ich baue noch auf Sie, das lernende System, unser Minister hat es gesagt, ich denke, wir arbeiten daran im lernenden System. Wir wollen den Verbraucher schützen, nicht den Produzenten - als Ansatz.

Ich denke, die Inhalte sind gesagt. Es sind nur drei Dinge, die mir wichtig sind in der Debatte beizutragen. Punkt 1: Diese Plattform wurde installiert von der Bundesministerin Aigner. Soweit mir bekannt ist, haben wir bis heute eine Koalition bestehend

aus CDU und FDP. Für mich stellt sich die Frage, Herr Koppe, warum Sie den Antrag nicht auf Ihrem Bundesparteitag stellen und ihn in der FDP diskutieren. Vielleicht können Sie dort mehr erreichen, als diesen hier im Thüringer Landtag zu stellen.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Da werden wir das auch machen.)

Dann wünsche ich Ihnen viel Erfolg auf dem Bundesparteitag mit Ihrem Antrag. Ich denke, dort wäre er richtig angebracht. Ich denke, jeder von uns ist vernetzt in seinen eigenen denkenden Systemen der Parteien, und ich denke, da sollten Sie dies auch anbringen. Das lassen Sie mich bitte hier nur anmerken.

Wir haben uns nicht in die Debatte zu dieser Internetplattform eingebracht. Mir ist nicht bekannt, dass wir im Freistaat Thüringen die einsetzen wollen. Mir bleibt als Schlusswort nur zu sagen, ich schließe mich da Herrn Augsten an, ich hoffe, dass wir solche Plattformen irgendwann einmal nicht mehr brauchen, dass so eine Transparenz herrscht, dass Verbraucher auch wissen, was drin ist und wir nicht googeln müssen, um zu erklären, was drin ist. Dann haben wir Verbraucherschutz umgesetzt, dann sind wir am Ziel und da bitte ich noch einmal alle Parteien, uns hier diesbezüglich zu unterstützen und in den richtigen Gremien daran zu arbeiten. Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat die Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Frau Taubert.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, im vergangenen Jahr hat sich eine breite öffentliche Diskussion über die Kennzeichnung von Lebensmitteln und die von vielen Verbrauchern als irreführend angesehene Aufmachung bestimmter Lebensmittel entwickelt. Die Kritik hat sich zunächst an den sogenannten Imitaten entzündet. Zum Teil waren die Anschuldigungen berechtigt und es lagen tatsächlich Rechtsverstöße vor. Zu einem erheblichen Teil entsprachen die Lebensmittel jedoch den Kennzeichnungspflichten. Die Deklaration war von den Verbrauchern entweder nicht zur Kenntnis genommen oder nicht richtig verstanden worden. Aus dieser Diskussion heraus hat Frau Bundesministerin Aigner die Initiative „Klarheit und Wahrheit bei der Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln“ ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, die Verbraucher umfassend über die Vorschriften zur Kennzeichnung von Lebensmitteln zu informieren. Gleichzeitig sol-

(Ministerin Taubert)

len Erkenntnisse gewonnen werden, welche Praktiken der Unterehmen bei Aufmachung und Kennzeichnung von den Verbrauchern als irreführend empfunden werden, obwohl sie vielleicht noch im Einklang mit den Vorschriften stehen. Zentrales Projekt der Initiative ist ein Internetportal, in dem die Verbraucherinnen und Verbraucher konkrete Produkte benennen können, durch deren Aufmachung sie sich getäuscht fühlen. Das Internetportal wird von der Verbraucherzentrale Bundesverband in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Hessen betrieben. Es ist noch nicht in Betrieb. Die Länder waren in die Vorbereitung der Initiative und speziell des Internetportals nicht eingebunden. Beides ist auf Fachebene im Juni vorigen Jahres vorgestellt worden. Grundsätzlich ist eine bessere Information der Verbraucherinnen und Verbraucher darüber, was Lebensmittelkennzeichnung leisten kann und was von ihr nicht erwartet werden darf, zu begrüßen. Nach hiesigem Kenntnisstand soll die Information im Mittelpunkt des Internetportals stehen. Das europäische Lebensmittelkennzeichnungsrecht geht vom durchschnittlich verständigen und mündigen Verbraucher aus. Der Verbraucher muss deshalb Gelegenheit haben, sich über die Kennzeichnungsvorschriften, die Bedeutung bestimmter Begriffe und die Grundsätze einer nicht irreführenden Aufmachung von Lebensmitteln zu informieren. Der hohe Anteil der Kennzeichnungsmängel an den Beanstandungen der amtlichen Lebensmittelüberwachung zeigt, dass auch bei Unternehmen in bestimmten Fällen Unsicherheiten hinsichtlich der konkreten Kennzeichnungsanforderungen bestehen. Es darf auch nicht verschwiegen werden, dass ein Teil der Unternehmen die in einzelnen Produkten interpretationsfähig ausgestalteten Kennzeichnungsvorschriften bis zur Grenze des Legalen auslegen. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz verspricht sich von dem Internetportal Hinweise darauf, was die Verbraucherinnen und Verbraucher unter Beachtung des rechtlich vorgegebenen Auslegungsspielraums von einer sachgerechten und informativen Aufmachung und von Kennzeichnung der Lebensmittel erwarten. Es obliegt der betreuenden Verbraucherzentrale und dem auftraggebenden Bundesministerium, dafür Sorge zu tragen, dass die Internetplattform nicht zu einem modernen Pranger gerät, sondern ihrer Zielsetzung entsprechend sachgerecht und rechtsstaatlich einwandfrei betrieben wird. Ich gehe davon aus, dass sich alle Beteiligten ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst sind. Die Landesregierung stellt den Verbraucherinnen und Verbrauchern sachliche und möglichst verständliche Informationen zur Lebensmittelsicherheit und zu den Ergebnissen der amtlichen Lebensmittelüberwachung zur Verfügung. So weit dies zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher erforderlich ist, werden Informationen über nicht sichere Lebensmittel oder andere beson-

dere Vorkommnisse im Lebensmittelverkehr auch mit Firmen- und Produktnamen veröffentlicht. Für derartige Informationen gibt es klare rechtliche Vorgaben, die strikt beachtet werden. Einen staatlich finanzierten Pranger wird es in Thüringen deshalb nicht geben.

(Beifall FDP)

Bisher besteht meines Erachtens auch kein Anlass, dies bei der Initiative des Bundesministeriums zu befürchten.

Meine Damen und Herren von der FDP, ich muss schon sagen: Sie sind in Regierungsbeteiligung im Bund. Was Sie mit diesem Antrag machen, ist, zumindest sehe ich das so, Sie stellen eine Kollegin des Bundeskabinetts, einer kleineren mitregierenden Partei an den Pranger. Das heißt, Sie wollen über uns auf das Kabinett im Bund einwirken, damit dort andere Dinge passieren, als Sie offensichtlich dort selbst regeln können. Das können Sie einfach von der Landesregierung nicht erwarten.

(Beifall SPD)

Wir mischen uns nicht ein und wir wollen auch nicht, dass sich bei uns eingemischt wird von Bundesseite her. Deswegen muss ich als Mitglied der Landesregierung ablehnen, dass wir uns an der Stelle zwischen die Fronten - so kann man das ja militärisch sagen -, zwischen Ihren Ministern und Ministerin Aigner stellen.

Ich denke, um das auch noch einmal zu Herrn Dr. Augsten zu sagen, wir haben uns auch beim Dixonskandal richtig verhalten, indem wir genau das, was Sie bemerkt haben, auch so umgesetzt haben, nämlich dass wir die Hersteller so lange nicht benannt haben, so lange nicht klar war, ob sie überhaupt Verfehlungen gemacht haben. Wir hätten sie sofort genannt, wenn das der Fall gewesen wäre. Das entspricht, denke ich, auch Ihrem Ansatz zu sagen, diejenigen, die vorsätzlich Verbraucher täuschen, die muss man natürlich öffentlich benennen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich halte das auch für keinen Pranger, sondern das ist einfach Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir lassen uns auch nicht davon irritieren, wenn die geneigte Öffentlichkeit manchmal etwas voreilig ist und sagt, nun sagen Sie mir doch mal den Namen, damit wir da hinterherlaufen können, wenn wir nicht sauber sagen können, dass der Hersteller tatsächlich keine Verfehlung begangen hat. Insofern, denke ich, sind wir in Thüringen beim Verbraucherschutz gut aufgestellt. Wir haben uns ja erst kürzlich sehr ausführlich darüber unterhalten. Ich empfehle der FDP: Fragen Sie doch mal Ihre Minister, vielleicht können die auf Frau Aigner einwirken. Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Ministerin. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Aussprache und wir können in die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2286 eintreten. Ausschussüberweisung ist von keiner Fraktion beantragt worden, deshalb stimmen wir unmittelbar über den Antrag ab.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2286 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist die Fraktion der FDP. Gegenstimmen? Das sind die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU. Stimmenthaltungen? Kann ich nicht erkennen. Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 19 a.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 19 b**

Elternassistenz für Menschen mit Behinderungen in Thüringen

Antrag der Fraktion der FDP
- Drucksache 5/2287 -

Wünscht die Fraktion der FDP das Wort zur Begründung? Herr Koppe? Bitte, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Ihnen vorliegenden Antrag fordern wir eigentlich nicht viel. Wir fordern lediglich, dass Betroffene das abrufen können, was ihnen zusteht. Es wird keinen Cent mehr kosten als bisher, sondern wir sind alle aufgefordert, adäquate strukturelle Lösungen für ein komplexes Problem zu finden. Das dürfte aus unserer Sicht auch ohne größere Probleme zu schaffen sein. Einigen wird die Problematik in diesem Haus nicht neu sein. Vor allem denjenigen nicht, die bereits seit längerem Mitglied dieses Hohen Hauses sind. Einer Fraktion im Plenum dürfte sogar der Wortlaut des Antrags nicht ganz unbekannt sein und von daher eine positive Positionierung durchaus ermöglichen. Wer die Initiativen schwarz-gelber Regierungen auf Landesebene kennt, zum Beispiel in Sachsen oder Schleswig-Holstein, weiß, was ich meine. Ich werbe hiermit dafür, den Antrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen und würde mich im Sinne der Sache auf eine angemessene Diskussion und Lösungsansätze im Sinne der Betroffenen freuen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter, für die Begründung des Antrags. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Grob von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Grob, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, vorab erst mal Dank an die FDP. Sehen Sie, meine Dame, meine Herren, es geht doch.

(Beifall FDP)

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Elternassistenz für Menschen mit Behinderungen ist zwar nicht ganz neu und einmalig, aber er ist es wert, eine Unterstützung unsererseits bei der Beseitigung der aufgeführten Hindernisse zu erfahren. Diese Thematik wurde bereits bei der 18. GFMK, Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister usw., besprochen und, wie mir bekannt ist, eine Arbeitsgruppe gebildet. Ebenfalls wurde dieser Antrag im sächsischen Landtag diskutiert. Eine Passage aus einem dieser Redebeiträge könnte ich eins zu eins übernehmen, wenn Sie gestatten, Herr Präsident. Uns ist es in der Debatte besonders wichtig, das Bild in der Öffentlichkeit klarzustellen. Ein Behinderter ist, so die Meinung, auf die Fürsorge der Gemeinschaft angewiesen, ohne seinerseits anderen Menschen gegenüber zur Fürsorge verpflichtet zu sein. Das ist grundlegend falsch. Dieses Bild entspricht eben nicht der Realität. Behinderte Menschen leben in der Mehrheit in Mehrpersonenhaushalten. Sie haben oft einen Lebenspartner sowie Kinder. Sie sind nur geringfügig häufiger ledig als nicht behinderte Menschen. Diese Bevölkerungsgruppe benötigt sehr viel Hilfe und Unterstützung zum Wohle der Eltern, aber auch, und das ist ganz wichtig, zum Wohle der Kinder.

Wenn wir auf die Praxis der bisherigen Regeln eingehen, erzählen behinderte Eltern oft von erheblichen Schwierigkeiten bei der Abfrage nach Möglichkeiten von staatlicher Unterstützung. Es gibt keine klare Regelung, weder im Rehabilitationsrecht oder in der Eingliederungshilfe noch im KJHG. Man redet sogar von Ängsten der behinderten Eltern, Anfragen zu stellen, da man damit vielleicht eine Schwäche aufzeigt, dass man nicht in der Lage sei, seine Kinder allein zu erziehen. Dieser Antrag kann dazu beitragen, das Problem des Zuständigkeitskonflikts zu regeln, bestehende Leistungen zu harmonisieren, die auf der Bundesebene geführten Diskussionen auf Neuaufrichtung der Eingliederungshilfe anzuschließen.

Meine Damen und Herren, wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht, verdient Förderung und Entlastung. Dies ist auch in Artikel 23 der UN-Behindertenrechtskonvention vorgeschrieben. Können behinderte Eltern, die mit der Betreuung und Erziehung ihres Kindes verbundenen Aufgaben nicht al-

(Abg. Grob)

lein erfüllen, haben sie einen Anspruch auf Unterstützung. Um diesen uns von der FDP vorliegenden Antrag zu unterstützen, sollten wir ihn im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit ausgiebig diskutieren und Möglichkeiten suchen, eventuell klarstellende Änderungen an bundesrechtlichen Bestimmungen einzufordern.

Zum Schluss darf ich vielleicht noch einmal von mir wie am Anfang aus der Rede zitieren: „Ziel muss es sein, dass Mütter und Väter mit Behinderungen Hilfe erhalten, damit ihnen der Umgang mit ihren Kindern umfassend und selbstbestimmt möglich ist.“ In diesem Sinne, meine Damen und Herren, gute Beratung im Ausschuss. Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Stange von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, wir sind uns einig, dass Elternassistenz nun wirklich endlich auf den Weg gebracht werden soll und muss. Wir sind uns auch einig, dass wir da gemeinsam an einem Strang ziehen.

Meine Vorredner haben bereits erläutert, dass das Thema „Elternassistenz“ nicht ein neues, nicht ein junges Thema ist, sondern seit sehr vielen Jahren von den betroffenen Vätern und Müttern eingefordert wird. Daran macht sich auch die Zeitleiste zu dieser Problematik deutlich. Es wird seit Jahren eingefordert und Politik verschiebt einfach eine Entscheidung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Das, so denke ich, können und sollen wir uns auch vor dem Hintergrund - und Herr Grob hat es genannt - der UN-Konvention weiß Gott nicht mehr gefallen lassen.

Ich habe etwas recherchiert und gegoogelt, wie Sie sicher auch, dabei ist mir aufgefallen, dass bereits im Jahr 2005 eine Elterninitiative eine große, breite öffentliche Kampagne gefahren hat, die die Einführung der Elternassistenz gefordert hat. Sie hat sich dafür ausgesprochen, dass Väter und Mütter angemessene Unterstützung bekommen. Das war im Jahr 2005, wir sind im Jahr 2011 und es hat sich bis heute auf Bundesebene - und ich sage es ausdrücklich - noch nichts getan.

Wir haben bereits gehört, dass die verschiedenen Sozialministerkonferenzen oder Gleichstellungsministerkonferenzen bereits im Oktober 2008 sich diesbezüglich unterhalten haben, dass sie gesagt haben, wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Elternassistenz bei Müttern und Vätern mit Behinderungen und sie haben es weiterdelegiert in die 85.

ASMK-Konferenz, wo genau dann eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht worden ist, die bis heute keine Ergebnisse vorgelegt hat.

In Protokollen ist nachzulesen, dass im April dieses Jahres die ersten voraussichtlichen Ergebnisse vorliegen sollen. Da kann ich auch nur wieder Richtung FDP und CDU gemeinsam schauen und sagen, Sie haben im Moment die Regierung in Berlin und Sie hätten - wenn Sie es gemeinsam gewollt hätten - auch da schon in den letzten Monaten das Thema immer und immer wieder auch voranschicken können.

Herr Grob hat gefragt, vielleicht können wir in der Ausschussberatung eine gemeinsame Formulierung finden, die diese Ungleichheiten zwischen der Eingliederungshilfe auf der einen Seite, dem KJHG auf der anderen Seite oder auch die Formulierung im SGB IX zusammenpacken und somit eine unbürokratische Hilfe auf den Weg bringen. Genau diese Formulierung gibt es schon. Es gibt Frau Professorin Dr. Julia Zinsmeister, die genau im Jahr 2006 uns schon Vorschläge unterbreitet hat, wie eine Gesetzesnovelle zugunsten der Eltern, die behindert sind, geregelt werden könnte. Aber auch diese Gesetzesnovelle lag bisher ein bisschen unbeachtet in den Amtsstuben und hat vor sich hingeschlummert.

Ich denke, die Ausschussberatung können wir fortführen. Sie ist notwendig. Ich hoffe, dass wir danach einen noch präziseren Antrag aus dem Ausschuss haben werden, denn dieser Antrag ist etwas formal. Wir können dann diese Vorstellungen, die die Frau Professorin allen mit in das Stammbuch geschrieben hat, mit in einen Antrag nehmen und somit eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, denn ich möchte nicht, dass wir Schlagzeilen, wie sie vor wenigen Wochen die Runde gemacht haben, wieder haben, in denen formuliert worden ist: Gott sei Dank, endlich ist eine Elternassistenz genehmigt worden. Eine Frau, eine körperlich behinderte Mutter von zwei Kindern, hat im Jahr 2006 einen Antrag gestellt auf Elternassistenz. Im Jahr 2010 hatte sie diesen Antrag eingeklagt. Genau das brauchen wir nicht. Wir brauchen Rechtssicherheit, damit eine unkomplizierte, unbürokratische schnelle Hilfe für Eltern mit Behinderungen auf den Weg gebracht wird.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Künast von der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Künast, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich freue mich, dass jetzt auch die FDP in ihrem Antrag eine Problematik aufgreift, mit der wir uns auch einge-

(Abg. Künast)

hender auseinandersetzen sollten. Das ist für mich neu, aber ich finde es gut.

Die Tatsache, dass die Elternassistenz, also die Assistenzleistung für Eltern, die selbst von Behinderung betroffen sind, mehrere Bereiche des SGB, mehrere Leistungsträger und Ansprechpartner betreffen, ist in der Tat problematisch. Es ist deshalb problematisch, weil es für die Betroffenen schwierig ist, schnell den richtigen Ansprechpartner zu finden, der dann auch helfen kann. Schon Menschen ohne Behinderung sind durch den Dschungel aus Antragsformularen und Behörden häufig verunsichert und belastet. Wie viel schwieriger muss es für die Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung sein, diese teils verschiedenen Wege auf sich zu nehmen.

Es besteht sicher Einigkeit darüber, dass Eltern mit Behinderung die notwendigen Hilfen zur Unterstützung ihrer erzieherischen Leistungen erhalten sollen. Es ist unstrittig, dass alle Kinder möglichst gleiche Entwicklungschancen erhalten sollten. Wenn diese durch die Behinderung der Eltern eingeschränkt sind oder drohen, davon eingeschränkt zu werden, muss man Eltern und Kinder unterstützen. Wünschenswert ist es, Hilfen möglichst unkompliziert zu beantragen und zu erhalten.

Dies wird auch durch die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz und die Arbeits- und Sozialministerkonferenz so eingeschätzt. Bereits im Jahr 2008 hat man nach Wegen der Harmonisierung und Vereinfachung der Leistungen gesucht. Es wurde von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“ mit dieser Thematik befasst. Auch eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern von Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz und Arbeits- und Sozialministerkonferenz wurde gegründet. Leider hat man auf diesem Weg bis jetzt keine tragbaren Lösungsansätze gefunden. Aber dieses verdeutlicht die Schwierigkeiten, die sich aufgrund der verschiedenen SGB-Zuständigkeiten ergeben. Dies sollte uns aber nicht entmutigen.

Ich schlage wie meine Vorgänger vor, diesen Antrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Dort können wir dann den genauen Sachstand der Überlegungen auf Bundesebene erfahren und eventuelle Lösungsansätze kennenlernen, diskutieren und natürlich auch unterstützen. Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Meyer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lasse mal die Teile weg, die bereits gesagt worden sind. Zwei Grundbemerkungen vorweg: Wir können feststellen, dass der Grundsatz der Selbstständigkeit und der Selbstbestimmung für Menschen mit einer Behinderung bisher nur ungenügend umgesetzt wird in Deutschland. Ich denke, wir können auch feststellen, dass die Großeinrichtungen der Sozialwirtschaft - und so nenne ich diese Träger immer gern, um klarzustellen, dass wir es mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit zu tun haben, wenn auch einer besonderen, nämlich einer sozialwirtschaftlichen Tätigkeit - umgebaut werden müssen, um diesen Grundsatz der Selbstständigkeit und Selbstbestimmung zu erreichen, und das auch in Thüringen. Auch da haben wir noch einen ganz schönen weiten Weg vor uns, denn das ist damit verbunden, dass möglicherweise ganze Bereiche, um nicht zu sagen, vielleicht sogar ganze Träger nicht mehr da sein werden, wenn es mal erreicht ist, zum Wohle - das betone ich ausdrücklich - der Menschen mit einer Behinderung und nicht, weil wir die Träger nicht wollen, ganz im Gegenteil, die sind sehr leistungsfähig und in der Regel auch sehr gut.

Dass das Problem einer Elternassistenz evident ist, wird auch daran deutlich, vielleicht noch mal kurz ein Zitat - ich beziehe mich jetzt, um das Zitat auch perfekt zu machen, ich muss nämlich jetzt ein bisschen auf meine wissenschaftliche Ausbildung achten, auf die Drucksache 16/7748 vom 16. Januar 2008 des Deutschen Bundestages, einem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -, wenn ich darf, Herr Präsident. Dort wird ausgeführt: in einer „... geförderten Studie aus dem Jahr 2006 beträgt die durchschnittliche Kinderzahl von Frauen mit so genannter geistiger Behinderung 1,3.“ - bei Frauen, die nicht eine geistige Behinderung haben, 1,4 in Deutschland. „Die vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend im Jahr 2000 veröffentlichte LIVE-Studie zur Situation körper- und sinnesbehinderter Frauen in Deutschland ermittelte, dass 70 Prozent der befragten Frauen eigene Kinder und davon knapp 2 Drittel zwei oder mehr Kinder hatten.“ Es ist also die Normalität, dass auch behinderte Frauen genauso viele Kinder haben wie nicht behinderte Frauen, und das unter anderem auch, wenn sie mit einer geistigen Behinderung ausgestattet sind.

Wir fordern als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundesebene seit Jahren - und das ist gesagt worden, dass das kein Thema ist, was heute neu auf den Tisch kommt -, statt eines Nachteilsausgleichs, der daran scheitert, dass da drei oder vier verschiedene Gesetze behandelt und dann entsprechend der Situation, die gerade geschildert wurde, dass man jahrelang auf Rechtstitel wartet, ein sogenanntes Teilhabegeld. Wir würden darum drängen wol-

(Abg. Meyer)

len, dass die Rechtsnormen geordnet werden im Bereich des SGB IX und des SGB XII. Wir sind der Ansicht, dass der § 55 Abs. 2 im SGB IX dringend reformiert werden muss. Auch da erlaube ich mir wieder zu zitieren, Herr Präsident: „Um die besonderen Bedürfnisse von Eltern mit Behinderungen auch außerhalb des Arbeitslebens besser zu berücksichtigen, müssen die Hilfen für die Pflege und Erziehung eigener oder an Kindesstatt angenommener Kinder als zusätzlicher Bereich der ‚Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft‘ aufgenommen werden. § 55 Abs. 2 SGB IX ist um eine allgemeine Regelung zu ergänzen, welche die Hilfe für behinderte Eltern bei der Erfüllung ihres Erziehungsauftrages beinhaltet.“ Ein Antrag, der übrigens Alternativenträge damals 2008 hatte von FDP und DIE LINKE und der, muss man sagen, damals abgelehnt wurde mit der damaligen Koalition, meines Wissens war da auch die SPD beteiligt. Wir haben da eine ziemlich unrühmliche Situation der Frage, wer sich bislang bei dem dicken Brett davon abgehalten hat, dieses weiter zu bohren und irgendwann mal zu durchbohren und zu einem Ergebnis zu kommen. Es sind nicht nur die FDP und die CDU, sondern unter anderem auch die SPD.

Konkret zu dem Antrag der FDP, der uns vorliegt: Wir werden auch der Ausschussüberweisung zustimmen, aber trotzdem einige Hinweise. Der erste betrifft den Punkt „1. zu prüfen inwieweit a) mit den Leistungsträgern des persönlichen Budgets eine gemeinsame Vereinbarung zur Gewährung von Elternassistenz für Menschen mit Behinderung als trägerübergreifende Komplexleistung vereinbart werden kann;“. Frau Ministerin, das können Sie sich sparen, denn Sie werden höchstwahrscheinlich nur zu dem Ergebnis kommen, zu dem auf Bundesebene nicht nur die GRÜNEN auch schon gekommen sind, nämlich darauf - ich zitiere wieder aus dem Antrag - „Hierfür sind § 55 Abs. 2 SGB IX und § 10 Abs. 4 SGB VIII entsprechend zu ändern.“ So viel als Information schon mal an die antragstellende Fraktion vorab. Nein, zurzeit geht es nicht, es ist Bundesrecht, was uns da schadet. Deshalb sind wir auch für die Überweisung.

Zusatz: Aus gegebenem Anlass erlaube ich mir, Ihnen jetzt noch vier Zitate zu nennen. Zwei sind aus dem Antrag, den ich Ihnen gerade genannt habe, und zwei sind nicht aus diesem Antrag. Ich zitiere aus dem Antrag der FDP-Fraktion: „Eltern mit einer körperlichen, seelischen und geistigen Behinderung können bei der Erfüllung ihres Erziehungsauftrages auf besondere Unterstützung des Staates angewiesen sein.“ Ich zitiere aus der Drucksache, die ich genannt habe: „Eltern mit Behinderungen können bei der Erfüllung ihres Pflege- und Erziehungsauftrags jedoch zusätzlich beeinträchtigt und auf personelle Hilfen angewiesen sein.“ Die zweite Variante heißt - wiederum aus dem FDP-Antrag: „Im Vordergrund stehen dann Hilfen zur Mobilität, Unter-

stützung bei Kinderpflege und im Haushalt.“ Jetzt zitiere ich wieder aus dem Antrag der Bündnisgrünen im Bundestag: „Im Vordergrund stehen Hilfen zur Mobilität und die Unterstützung bei der Kinderpflege und im Haushalt.“

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen schon, Fußnoten und so. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt die Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Frau Taubert.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Vielleicht ist es doch besser, man entschuldigt sich vor einer Rede schon, wenn man eventuelle Zitate von anderen nicht erwähnt hat. Es ist vielleicht doch besser.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, es ist richtig, was Sie darstellen. Behinderte Eltern haben oftmals einen Unterstützungsbedarf, um ihr Kind zu versorgen und zu erziehen. Die Unterstützung behinderter Eltern dient auf der einen Seite dem Ausgleich ihrer Behinderung im Familienleben bzw. ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und lässt sich somit den Leistungen der Eingliederungshilfe, d.h. dem Sozialhilfeträger zurechnen. Auf der anderen Seite dient die Unterstützung der Sicherstellung bzw. Verbesserung der Versorgung und Erziehung der Kinder und fällt somit in den Aufgabenbereich der Kinder- und Jugendhilfe, also dem SGB VIII.

Behinderte Eltern haben genau wie nicht behinderte Eltern bei entsprechenden Voraussetzungen Anspruch auf Hilfen nach § 19 SGB VIII oder auf Leistungen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII. Darüber hinaus besteht oftmals auch ein Anspruch behinderter Eltern auf Leistungen der Pflegeversicherung nach dem SGB XI bzw. auf die Hilfe zur Pflege nach § 61 SGB XII. Das Zusammenwirken der Leistungsträger hinsichtlich der verschiedenen Leistungen ist in § 14 des Neunten Sozialgesetzbuches geregelt. Hinsichtlich der Frage, ob es eines eigenen Leistungstatbestandes bedarf, hat die 18. Konferenz der Gleichstellungs- und Familienministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder am 23. und 24.10.2008 und die 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 16.10.2008 diese Thematik behandelt. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz beauftragte im Anschluss die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die heißt „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“,

(Ministerin Taubert)

diese Problematik im Zuge behinderter Eltern auf Leistungen der Pflegeversicherung nach SGB XI bzw. ihre Beratung aufzugreifen. Es wurde eine interkonferenzuelle Arbeitsgruppe gebildet, an der sowohl Jugend- und Familienminister als auch die Gleichstellungsministerkonferenz beteiligt ist. Allerdings wurde, wie bereits von der Frau Abgeordneten Stange erwähnt, bis zum heutigen Tag kein Ergebnis erzielt.

Eine Vereinbarung zwischen den Rehabilitationsträgern zur Gewährung von Elternassistenz für Menschen mit Behinderungen als Komplexleistung wird nicht als zielführend erachtet. Zum einen ist die Gewährung von Elternassistenz als solche, wie dargestellt, gesetzlich nicht explizit verankert und zum anderen würde eine solche die bestehenden Abgrenzungsprobleme auch nicht lösen. Grundsätzlich stellt das persönliche Budget, auf das ja der Antrag der Fraktion der FDP abstellt, lediglich eine Leistungsform dar und begründet keinen eigenen Leistungsanspruch. Die Rehabilitationsträger sind bereits nach jetziger Rechtslage verpflichtet, bei entsprechendem Antrag und Vorlage der Leistungsvoraussetzungen die ihnen obliegende Leistung als persönliches Budget und ggf. auch in Form einer trägerübergreifenden Komplexleistung zu erbringen. Ich verweise auf den § 17 Abs. 2 Satz 2 im SGB IX.

Das Verfahren zur Ausführung der Leistungen in Form eines persönlichen Budgets ist in der Verordnung zur Durchführung des § 17 Abs. 2 bis 4 des SGB IX festgeschrieben. Insoweit wird für den Abschluss einer Vereinbarung kein Raum gesehen. Grundsätzlich wird das mit dem Antrag verbundene Ziel, die bestehenden Leistungen zu harmonisieren, um die Situation durch eine Klarstellung der Leistungsansprüche für behinderte Eltern zu verbessern, seitens der Landesregierung unterstützt. In diesem Sinn hat sich die Landesregierung in den gegenwärtig stattfindenden Beratungsprozessen eingebracht und wird sich weiter einbringen.

Ich bin auch dafür, dass wir im Sozialausschuss weiter dazu diskutieren, aber ich möchte auch hier darauf verweisen, dass wir nicht bei dem Punkt Null anfangen, auch wenn es hier zum Teil so erschienen ist. Gerade behinderte Eltern mit Kindern haben immer den Anspruch, nach SGB VIII Hilfen zur Erziehung zu beantragen. Das machen sie auch umfangreich. Die Jugendhilfe ist, denke ich, in Thüringen so aufgestellt, dass man das sehr verantwortungsbewusst wahrnimmt und deswegen, denke ich, kann man immer noch etwas verbessern, aber wie wir auch aus den Komplexleistungen im Rahmen der Frühförderung gesehen haben, ist es ungeheuer schwierig, zwischen den einzelnen Leistungsträgern auch zu vermitteln, weil jeder sein Budget sieht und keiner gern an einen anderen etwas abgibt. Danke schön.

(Unruhe CDU, SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Ministerin. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Koppe von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Ministerin, sorry, dass ich mich trotzdem noch mal melde nach Ihrem Beitrag, weil es sonst in der Reihenfolge ein bisschen anders geregelt ist. Aber der Beitrag vom Kollegen Meyer hat mich schon noch einmal hier vorgetrieben, weil ich das mittlerweile - vielleicht geht es nicht nur mir allein so - schon etwas unerträglich finde, dass es hier in dem Haus eine Fraktion gibt, die bei jedem Punkt, bei jedem Antrag, bei jedem Gesetzentwurf, egal von wem er kommt, von wem er gestellt ist und wer dazu spricht, allen hier im Haus die Welt erklärt.

(Beifall FDP)

Das mittlerweile in einer Art und Weise, die ich erstens als nicht angemessen empfinde und zweitens auch bei der jeweiligen Problematik total danebengeht.

(Beifall FDP)

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Meyer, und in der zyklischen Abfolge von Redebeiträgen, die wir in den letzten drei Tagen gehört haben und sich in die Schar derer einreihen, die sich mit Fußnoten, Plagiatvorwürfen, abgeschrieben usw. befassen, vielleicht ist das jetzt eine Modeerscheinung, für mich ist es mittlerweile so abgenutzt, dass ich es eigentlich nicht mehr hören kann.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch aber Fakt.)

Wenn Sie es schon zitieren und hier zur Sprache bringen, dann recherchieren Sie bitte richtig oder Ihre Mitarbeiter, weil das, was Sie uns vorgehalten haben, das ist nicht vom Bund recherchiert, sondern wenn Sie vorhin bei meiner Einbringung mal zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass das aus dem Freistaat Sachsen ist. Ich bin der Meinung, wenn dort etwas Gutes gemacht worden ist und es ist in Thüringen ratsam, das hier auch zu übernehmen, dann halte ich es für legitim, auch dies hier zu übernehmen und ich verbitte mir solche Unterstellungen. Vielleicht denken Sie mal darüber nach.

(Beifall FDP)

Die Art und Weise, hier allen die Welt zu erklären, ist für mich nicht mehr hinnehmbar. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor, so dass ich die Aussprache schließe. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit und genau darüber stimmen wir jetzt ab.

Wer den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2287 an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit überweisen will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind Jastimmen der Fraktionen der FDP, der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der entsprechende Antrag an den Ausschuss überwiesen und ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**

**Situation der Hebammenarbeit
in Thüringen - Beratung der
Großen Anfrage der Fraktion
DIE LINKE und der Antwort der
Landesregierung - Drucksache
5/962/1616 - auf Verlangen
der Fraktion DIE LINKE**

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/1735 -

Die Aussprache findet auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE statt. Wünscht die Fraktion DIE LINKE das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Beratung. Als Erste hat das Wort Abgeordnete Stange von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, was hat die Aussprache zu einer Großen Anfrage mit der Geburt eines Kindes gemeinsam? Auf den ersten Blick nichts, auf den zweiten Blick viel - und Sie wissen es, wir haben das Thema auf der Tagesordnung das dritte Mal geschoben. Also man kann es nie so taggenau sagen, wann es kommt.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich den 282 freiberuflich tätigen sowie den 185 festangestellten Hebammen und Entbindungspflegern in Thüringen recht herzlich Danke sagen für ihre engagierte Arbeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jährlich kommen in Thüringen ca. 16.000 Babys zur Welt. Begrüßt wird ein jedes von ihnen durch die Hände einer Hebamme. Denn in Deutschland

haben alle Frauen laut Mutterschutzgesetz ein Recht auf Hebammenhilfe, angefangen von der Feststellung der Schwangerschaft, der Durchführung der Mutterschaftsversorgung, der Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei den Wehen. Natürlich ist bei der Geburt sogar eine Hinzuziehungspflicht von Hebammen gesetzlich festgeschrieben. Die Mütter werden im Wochenbett und bis zum Ende der Stillzeit betreut. Der Beruf der Hebamme ist somit einer der ältesten Berufe der Welt. Bereits aus prähistorischen Quellen ist uns die Existenz von Geburtshelferinnen bekannt. Lehrbücher in der Antike zeugen von einem hohen Wissensstand der Frauen, die bei der Geburtshilfe tätig waren. Die Frauen hatten auch Kenntnis, nicht nur über die Schwangerschaft, sondern auch natürlich über Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung, was insbesondere den Frauen im Mittelalter oft zum Verhängnis wurde. Ich erinnere hier nur an die Hexenverbrennungen. Der Einfluss der Frauen aber wurde durch ihre ärztlichen Konkurrenten im Mittelalter eingedämmt. 1452 wurde in Regensburg die erste Hebammenverordnung erlassen, 1491 folgte die der Stadt Ulm. Nach und nach erhielten die Frauen erst eine Zulassung, um als Hebamme arbeiten zu können, nachdem sie eine Prüfung ihrer praktischen und theoretischen Kenntnisse nachgewiesen hatten. Mit der einhergehenden Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert kam es zur Verschlechterung der Lage der Hebammen. Daran - und das erinnert nun wieder an die heutige Zeit - hat sich bis heute nicht viel geändert, denn der Kampf um die Sicherung des Lebensunterhalts der Hebammen hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder als Mittelpunkt der Diskussionen herauskristallisiert. So ist zu bemerken gewesen, dass vor allem die Hausgeburten und solche in den Geburtshäusern in den zurückliegenden Jahrzehnten als veraltet galten und zurückgegangen sind. Dies zeigen auch die Zahlen in unserer Großen Anfrage. Waren 2000 noch 352 Haus- sowie Geburtshausgeburten zu verzeichnen, ging die Zahl im Jahr 2009 auf 204 zurück.

Heute - und auch das zeigt uns die Antwort aus der Großen Anfrage - werden die Kinder mehrheitlich in Krankenhäusern und Kliniken geboren. Während die Ärzte ihre eigenen Ständevertretungen wie zum Beispiel den Marburger Bund haben, hat sich die Lobby der Berufshebammen oder der Hebammen in den zurückliegenden Jahren nicht so sehr stark entwickelt. Solange die Situation der Hebammen auf den ersten Blick im Bund und im Land relativ als positiv bezeichnet wurde, war ihre Situation auch nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Das änderte sich - zunächst sehr positiv - mit der Diskussion um einen verbesserten Kinderschutz und mit der Ausbildung der sogenannten Familienhebammen. Seit über einem Jahr jedoch ist die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Bedrohung des Berufsstandes an sich selbst gerichtet, und zwar seit der Ankündigung

(Abg. Stange)

gen, dass die Beiträge für die Hebammen zur Berufshaftpflicht zum 1. Juli 2010 auf 3.700 € angehoben werden sollten, und dies bei einem durchschnittlichen zu versteuernden Jahreseinkommen von 14.000 bis 16.000 €. Ich denke, das lässt schon aufhorchen. 2007 lag der Beitrag für diese Berufshaftpflicht noch bei ca. 1.300 €, also knapp zwei Drittel weniger der jetzigen Belastung. Hebammen und ihre Landesverbände, also auch die in Thüringen, haben sich öffentlich gegen diese Belastungen zur Wehr gesetzt, da diese Beitragspflicht für immer mehr freiberuflich Tätige das Aus bedeutet. Die Protestformen - Sie haben sie alle unterschiedlich in Ihren Fraktionen begleitet - in den letzten Monaten waren sehr, sehr vielfältig. Mahnwachen, E-Petition im Bundestag sowie eine Vielzahl von Unterschriftenaktionen und Gesprächen vor Ort mit uns als Politikerinnen standen auf der Tagesordnung.

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE im Mai 2010 die heute zur Diskussion stehende Große Anfrage zur Situation der Hebammenarbeit im Lande eingereicht, weil eben genau über die Arbeit der in Thüringen tätigen Hebammen uns viel zu wenig bekannt ist. Die Antwort auf unsere 100 Fragen beweist, dass die Statistik und auch die Informationen, die die Landesregierung uns geben konnte, nicht ausreichend sind, um wirklich ein realistisches Bild über die Versorgung der Hebammen und ihre Arbeitsbedingungen zu erhalten. An der Stelle sage ich auch ausdrücklich, auch wenn die Ministerin im Moment nicht im Raum ist, wir haben zwar mehrfach im Sozialausschuss dieses Thema immer wieder aufgerufen, aber ich mache auch hiermit der Ministerin oder dem Staatssekretär keinen Vorwurf, dass es keine Zahlen und statistischen Erhebungen gibt, denn es ist eine Problematik der Bundesstatistik. Auch hier muss unbedingt nachgesteuert werden. Ich weiß, auch hier gibt es in Berlin, im Bund auch vonseiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anträge, um das zu verändern.

Ich möchte mich, wenn wir uns heute noch mal der Großen Anfrage und den Antworten widmen, auf einige inhaltliche Themen ganz kurz beschränken. Denn ich gehe davon aus, wir werden diese Anfrage an den Sozialausschuss überweisen und dort mit Vertreterinnen und Vertretern eine öffentliche Anhörung zu dieser Problematik vornehmen. Folgende Dinge sind mir beim Durcharbeiten der Anfrage aufgefallen, die ich hier auch noch einmal kurz benennen möchte. Es ist z.B. sehr, sehr unterschiedlich, wie die durchschnittliche Verweildauer von Frauen nach einer Geburt in den Krankenhäusern in Zahlen ausdrückt. Dies ist zu hinterfragen. Bleiben entbundene Frauen in der Hufelandklinik Bad Langensalza im Durchschnitt drei Tage im Krankenhaus, so sind es in Friedrichroda 4,4 Tage oder in Weimar sogar 2,5 Tage. Noch krasser sind die Unterschiede der Verweildauer - immer im

Durchschnitt natürlich - im Vergleich der Kliniken nach einem Kaiserschnitt. Im HELIOS-Klinikum Erfurt bleiben Frauen im Durchschnitt neun Tage, in Bad Langensalza fünf und in Weimar 3,5 Tage im Klinikum. Zu hinterfragen ist aber auch die Anzahl der stets steigenden Geburten durch Kaiserschnitt. Laut Aussage der Landesregierung stieg die Anzahl der Kaiserschnitte in den Thüringer Krankenhäusern von 17,2 im Jahr 2000 auf 25,7 Prozent im Jahr 2008. Die Frage, wie viele entbundene Frauen Komplikationen bei der Geburt hatten, konnte die Landesregierung uns nur noch statistisch mit den Angaben von den Jahren 2000 bis 2004 beantworten. Ab 2005 ist das Merkmal „Entbundene Frauen mit Komplikationen“ aus der Krankenhausstatistik gestrichen. Ich bin gespannt, wie die Begründung genau dafür lauten wird.

Werte Abgeordnete, lassen Sie mich noch das Thema „Familienhebammen“ ansprechen, über welches hier im Landtag in den zurückliegenden Jahren immer wieder diskutiert worden ist. In der Arbeit der Familienhebammen geht es nicht nur um Schwangerschaft und Mutterschutz, es geht - und das wissen Sie alle hier im Raum - um viel, viel mehr. Der Beruf entwickelte sich besonders in den letzten Jahren zu einem wichtigen Baustein im Rahmen des Kinderschutzes und der gesundheitlichen und sozialen Prävention. Beweis hierfür sind zurzeit die 44 tätigen ausgebildeten Familienhebammen. Hebammen sind oft die Ersten und nicht selten auch die Einzigen, die in den Familien eingelassen werden, weil ihnen die Frauen in einer ganz besonderen Phase ihres Lebens großes Vertrauen und viel Offenheit entgegenbringen. Wir können es uns nicht leisten, genau dieses Pfand zu verschenken, indem wir viel zu wenig tun, um diesen Berufsstand und dessen Existenz zu sichern.

Werte Abgeordnete, umso verwunderlicher ist es, dass es eine Vielzahl von Landkreisen und kreisfreien Städten gibt - und ich möchte an der Stelle nur exemplarisch die Städte Eisenach, Nordhausen, Sömmerda, Suhl oder Schmalkalden-Meiningen als Landkreis nennen -, die keine tätigen Familienhebammen haben. Der Hintergrund scheint uns zumindest bekannt zu sein. Viele Jugendämter scheuen sich davor, die Kosten für die Fachleistungsstunden für ausgebildete Familienhebammen zu übernehmen. Aber auch hier benötigen wir in Zukunft weitere kreative neue Planungsansätze, um eine kontinuierliche finanzielle Absicherung der Arbeit dieser Familienhebammen zu gewährleisten. Da ist der geschlossene Kooperationsvertrag zwischen der AOK und dem Thüringer Sozialministerium, der für die AOK-Versicherten einen verlängerten Einsatz der Familienhebammen von acht auf zwölf Wochen regelt, nur ein Beispiel, wie genau hier intensiver noch einmal in die Diskussion eingegriffen werden sollte und dieser Vertrag auch auf

(Abg. Stange)

die anderen Krankenkassen übertragen werden sollte.

Werte Abgeordnete, die von mir angerissenen Punkte stehen natürlich - ich sagte es bereits - nur exemplarisch, da wir im Sozialausschuss über diese Anfrage und die Auswertung weiter reden möchten. In Anbetracht der bereits erwähnten 100 Antworten auf unsere Anfrage und die dargelegte Analyse der Statistikprobleme darf die Ausschussberatung also nicht zum Selbstzweck verkommen. Wichtig ist uns als LINKE, dass wir alles tun, um die Absicherung der beruflichen Existenz auch der Thüringer Hebammen weiter voranzutreiben. Hier sind wir zum einen der Auffassung, dass die Krankenkassen und ihre Gebührenordnung endlich gefragt sind und endlich auch hier neue Wege beschritten werden müssen. Aber auch wir als Landes- und natürlich auch die Bundesebene sind gefragt, ihres dazu zu tun. So ist es nicht länger hinnehmbar, dass der Deutsche Hebammenverband kritisiert - und dies mit Recht -, dass die Arbeit von Hebammen in Deutschland immer noch nicht in einem Sozialgesetzbuch geregelt ist. Dies führt zu Rechtsunsicherheiten, die zulasten von schwangeren Frauen, Wöchnerinnen und auch neugeborenen Kindern gehen können. Eine gesetzliche Ausgestaltung der Hebammenleistung muss dem heutigen Berufsbild, vor allen Dingen mit dem starken präventiven Charakter, noch mehr Rechnung tragen. Bereits im Jahr 2005 haben die Hebammenverbände der ganzen Bundesländer eine Gesetzesinitiative eingefordert. Die ist bis heute nicht umgesetzt worden. Nur in einem Punkt wurden Verhandlungen aufgenommen, und zwar bei der Übernahme der Betriebskosten.

Sie sehen, werte Abgeordnete, das Feld, welches wir bearbeiten sollen und müssen, ist groß und weit. Reichen wir uns ein, in die Forderungen auch des Deutschen Hebammenverbandes, die da lauten - und meine Fraktion begrüßt diese Forderungen ausdrücklich -: Es braucht eine unbedingte Anhebung der Honorare und Gehälter, die natürlich auch eine Existenz sichernde Arbeit und vor allen Dingen das Lebensniveau der Hebammen absichert. Wir brauchen die Überführung der Hebammenleistung von der Rentenversicherungsordnung in ein SGB V und wir brauchen vor allen Dingen weiterhin die freie Wahl des Geburtsortes für jede Frau. Danke.

Ich möchte nochmals die Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit beantragen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Hitzing:

Die Beantragung ist angekommen. Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stange. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gumprecht für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, um im Bild zu bleiben, mit dem Thema geht der Landtag schon seit Oktober schwanger, wenn wir die Tagesordnung anschauen, dann waren schon mehrfach Wehen sichtbar, aber heute, denke ich, ist es nun zur Entbindung des Themas gekommen.

Meine Damen und Herren, die Geburt eines Kindes ist immer ein besonderes, ein bewegendes Ereignis für die Eltern. Besonders in den ersten Tagen brauchen Mutter und Kind Hilfe und Unterstützung. Sie brauchen familiäre Hilfe, aber auch professionelle Unterstützung durch Ärzte und Hebammen. Der Hebamme kommt als eine stete Begleiterin und Ansprechpartnerin für die Mutter eine besondere Rolle zu. Für das Wohlbefinden und die Gesundheit von Mutter und Kind ist deshalb auch ein besonderes Vertrauensverhältnis wichtig. Im Beruf der Hebamme und ihres männlichen Kollegen, nämlich dem Entbindungspfleger - in Thüringen gibt es übrigens keinen -, ist in den letzten Jahren angesichts der Entwicklung im Gesundheitswesen ein enormer Wandel vollzogen worden. Dies hat auch die Große Anfrage und die Antwort darauf deutlich gemacht. Frau Ministerin, vielen Dank für die Mühe des Hauses.

Das Berufsbild der Hebammen, ihrer Arbeit, aber auch die Verhandlungen über Entgelte waren im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in den vergangenen Jahren wenig in der Öffentlichkeit transparent. Gleichwohl haben wir uns im Thüringer Landtag in den letzten Jahren vermehrt mit der Arbeit der Hebammen auseinandergesetzt, etwa wenn es um Fragen des Kinderschutzes oder der Kindergesundheit, aber auch der Aufgabenbeschreibung der Hebammen selbst ging. Seit etwa einem Jahr stehen nun die Hebammen bundesweit im Mittelpunkt. Sie machen auf ihre Situation aufmerksam, ja sie streiken. Bereits im Sommer vergangenen Jahres haben CDU und SPD mit einem Antrag über die Situation der Hebammen im Sozialausschuss beraten. Inzwischen nicht nur da, sondern in drei Sitzungen, nämlich in der 7., 10. und 12. Sitzung, haben wir darüber diskutiert und Frau Stange, Sie haben gesagt, wir wollen nicht darüber diskutieren. Ich halte das für einen großen Fehler. Deutlich wurde aber auch, dass der Entscheidungsspielraum des Freistaats gering ist. In unseren eigenen Gesprächen mit dem Thüringer Hebammenverband, aber auch mit dem Sozialministerium, wurden wesentliche Probleme angesprochen. Dies betraf die rechtlichen Grundlagen der Arbeit der Hebammen, die zum Teil noch auf der Reichsversicherungsordnung aus dem Jahr 1911 fußen. Wir haben uns auch mit dem Leistungskatalog beschäftigt, der angesichts der umfangreichen Aufgaben der Hebammen etwa im Rahmen der Familienhebammen einer Neufassung bedarf. Denn neben der rein medizinischen

(Abg. Gumprecht)

Leistung nehmen die präventive, die sozialmedizinische und die sozialpädagogische Arbeit der Hebammen zu. Diese Komplexleistung gilt es zu definieren und den aktuellen Leistungskatalog, der über das Medizinische hinausgeht, zu ergänzen. Ich teile nicht Ihre Meinung, dass einzig die Verankerung im SGB V hier helfen kann. Ich denke, es können nicht alle Berufsgruppen dort aufgenommen werden, das löst das Problem sicherlich nicht.

Meine Damen und Herren, selbst in unserem Kinder- und Jugendschutzbericht schlägt sich das Thema nieder in dem Zitat „Hebammen als Schlüssel zur Gesunderhaltung von Mutter und Kind“, Frau Präsidentin. Bezeichnet wird damit auch der Rahmen, der dort gerade für Familienbildung, aber auch für Gewaltprävention bei den Hebammenleistungen verordnet werden soll.

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig, dass sichergestellt werden muss, dass die beschriebenen Leistungen auch angemessen finanziert werden müssen. Darüber hinaus fordern Hebammen gerade die aktuelle Geschichte, die Haftpflichtversicherungsprämien, die bis zu 3.700 € pro Jahr ausmachen können, dass diese zukünftig auch berücksichtigt werden. Sie wissen, dass es dazu schon Kompromisslösungen gibt. Hierzu konnte vor allen Dingen auch vor geraumer Zeit Einigung erzielt werden. Der Bundesminister Rösler hat in einem Gespräch im November auf Bundesebene dem Deutschen Hebammenverband Hilfe zugesagt. Ich sage hier noch einmal, das Land hat keinen Einfluss auf den Verlauf der Verhandlungen zur Vergütung. Jedoch zeigt auch der Ausgang unseres Treffens im November 2010, dass noch einige Themen offen sind.

Wir haben uns auch unterhalten über die wirtschaftliche Situation. Jede Hebamme benötigt, um auch ein finanzielles Einkommen sicherzustellen, eine bestimmte Anzahl von Versorgungsfällen. Vom Landeshebammenverband wurde mir gegenüber eine Anzahl von immerhin 119 Geburten genannt, die eine freiberufliche Hebamme erbringen muss, wenn sie ein gesichertes jährliches Einkommen haben möchte. Das Bundesministerium will die Datengrundlage verbessern und hat ein Gutachten erstellen lassen, das Details über die Vergütungsfragen insbesondere mit den Versicherungsleistungen verdeutlicht. In einem Antrag der GRÜNEN im Bundestag im letzten Jahr wurde dieser Punkt aufgegriffen und auch dargestellt.

Meine Damen und Herren, es gibt weitere offene Fragen, beispielsweise: Wieso hat ein Vater, der allein mit einem Neugeborenen ist, keinen Anspruch auf Hebammenhilfe? Das ist auch ein Thema, welches hier gar nicht behandelt wurde.

Bevor ich etwas zu den Thüringer Zahlen sagen kann, möchte ich nochmals den Verantwortlichen im Ministerium und im Landesamt für Statistik so-

wie von der Landesärztekammer, aber auch den Thüringer Krankenhäusern, natürlich auch dem Deutschen Hebammenverband danken für ihre Mühe, denn die Fragen waren schwierig zu beantworten, denn Zahlen wurden hier systematisch bis jetzt nicht gesammelt und das war sehr umfangreich.

Wir können feststellen, in Thüringen gibt es eine ausreichend große Anzahl an Hebammen für die Versorgung der Frauen und der Kinder. Die Hebammen sind in unterschiedlicher Rechtsstellung tätig. In den Entbindungskliniken der Krankenhäuser sind sie meist als Beleghebammen tätig. Aus den uns vorliegenden Unterlagen gibt es für mich drei klare Aussagen:

1. Die Zahl der Hebammen ist in den letzten Jahren angestiegen.
2. Gleichzeitig ist aber die Zahl der Geburten zurückgegangen.
3. Die Nachfrage nach Hausentbindungen geht auch zurück.

Diese Zahlen müssen aber bei genauer Betrachtung relativiert werden. Ähnlich der Situation der hausärztlichen Versorgung habe ich auch im Gespräch mit der Vorsitzenden des Thüringer Landeshebammenverbands, Frau Pirrhs, erfahren, dass es nämlich regionale Unterschiede gibt. Insbesondere dann wird es schwierig, wenn eine Hebamme lange Anfahrtswege für den Besuch einer Wöchnerin in Kauf nehmen muss und dies dann finanziell problematisch wird, es wurde auch gesagt, sich kaum lohnt. Das sehe ich kritisch, denn diese Auffassung macht deutlich und widerspricht gar dem Berufsbild.

Meine Damen und Herren, es muss ebenso berücksichtigt werden, dass Hebammen als Freiberuflerinnen nicht ausschließlich in Volltätigkeit aktiv sind, sondern auch in Teilzeit arbeiten. Diese Fragen waren leider im Leistungskatalog oder im Fragekatalog nicht enthalten und ich kann noch weitere aufzählen. Die Fragenzahl der Großen Anfrage war zwar groß und die Antwort schwierig, dennoch fehlten wesentliche Themen, die ein komplettes Bild ermöglichen. Deshalb, und jetzt muss ich sagen, weil wir schon mal darüber diskutiert haben, haben wir uns selbst ein eigenes Bild in persönlichen Gesprächen gerade mit Verband und Betroffenen verschafft.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Stellen Sie doch selber eine Anfrage.)

Meine Damen und Herren, Hebammen nehmen - und das möchte ich nochmals herausstellen - eine wichtige Rolle im Rahmen der Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung ein. Das Modellprojekt „Familienhebamme“ war bereits von der letzten Landesregierung beschlossen und als Maßnahmenkatalog der frühen Hilfen für Familien über wirksamen Kinderschutz in Thüringen etabliert worden. Es hat

(Abg. Gumprecht)

sich als erfolgreich erwiesen und sollte dementsprechend weiterentwickelt oder auch evaluiert werden.

Meine Damen und Herren, nur im Dialog zwischen Hebammen, Kostenträgern und politisch Verantwortlichen werden sich Lösungen für eine erfolgreiche Arbeit der Hebammen in Zukunft auch weiter gestalten können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Ich danke den Hebammen für ihre Arbeit. Wir hatten im Ausschuss schon verschiedentlich darüber diskutiert. Ich halte eine Überweisung an den Ausschuss für überflüssig.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Gumprecht. Es hat jetzt das Wort Abgeordnete Frau Rothe-Beinlich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Hebammen hier in Thüringen, die sich vielleicht diese Diskussion zu dem nun schon einige Monate vorliegenden großen Stapel Papier bezüglich der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE auch anschauen.

Ich bin zunächst einmal der Fraktion DIE LINKE sehr dankbar, dass es diese vielen Fragen gegeben hat. Frau Stange hat ja hier schon dargestellt, dass wir in den letzten Jahren und Monaten sehr intensiv immer wieder in Kontakt auch mit dem Deutschen Hebammenverband hier in Thüringen getreten sind und uns auch immer wieder getroffen haben, oft bei diversen Protestaktionen, die stattgefunden haben. Dass diese nötig waren und sind, das, glaube ich, belegen die Antworten auf die Große Anfrage allemal.

Ich will noch einmal sehr deutlich sagen, dass den Hebammen, die hier in Thüringen, aber auch deutschlandweit tätig sind, unsere Hochachtung gebühren muss, insbesondere immer wieder, wenn wir uns vor Augen halten, unter welchen Bedingungen sie arbeiten müssen. Denn die Bedingungen sind - man kann sie eigentlich so nennen - prekär.

Schauen wir uns doch einmal an, wie viel von dem überhaupt zum Leben übrig bleibt, was Hebammen für diese wichtige Arbeit erhalten. Wir hatten sehr viele Gespräche in den letzten Wochen und Monaten gerade auch mit der eben genannten Frau Pirrhs vom Deutschen Hebammenverband. Sie hat uns durchaus auf eindrucksvolle Art und Weise deutlich gemacht, in welchem Zwiespalt sich viele Hebammen im Moment befinden, weil sie diesen Beruf ausgesprochen gern und auch mit einer Art Berufung ausüben, ihn sich aber im wahrsten Sinne

des Wortes nicht mehr leisten können. Das ist ein sehr bedenklicher Zustand, der uns zum Handeln zwingen muss.

Wenn wir wissen, dass deutschlandweit eine Hebamme im Durchschnitt 30 bis 40 Frauen im Jahr betreut, dann klingt das vielleicht erst einmal nicht so viel. Es ist aber sehr viel Arbeit mit dieser Tätigkeit verbunden. Dass Hebammen da einen ganz besonderen Auftrag haben und vor allen Dingen auch einen unheimlich verantwortungsvollen Auftrag, das, glaube ich, muss ich hier nicht noch einmal herausstellen.

Eben wurde in der letzten Rede von der CDU benannt, dass die Nachfragezahlen nach den Hebammen zurückgegangen wären. Ich glaube eher, dass es sich um ein statistisches Problem handelt, nämlich dass es keine richtige statistische Erfassung - das ist eben auch schon gesagt worden - bezüglich dieser Zahlen von Bundesseite aus gibt.

Deswegen muss man insofern auch die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit Vorsicht behandeln, weil sich viele Zahlen, die sich darin wiederfinden, gar nicht so eins zu eins übersetzen lassen. Zum Beispiel hatten wir die Diskussion heute an anderer Stelle schon einmal mit der Anzahl der gemeldeten Hebammen und der tatsächlichen Menschen, die dahinterstehen. Nur um das noch einmal ganz praktisch zu sagen, eine Hebamme muss sich ja in jedem Kreis beim Gesundheitsamt anmelden, in dem sie eine Frau betreut. Es ist durchaus so, dass eine Hebamme in fünf bis sechs oder noch mehr Kreisen Frauen betreut, sich dann dort aber jeweils einzeln anmelden muss und schon da statistisch nicht mehr nachvollziehbar ist, ob es sich dabei um eine oder um mehrere Hebammen handelt, die die Frauen in den einzelnen Kreisen betreuen. Das ist das erste große Dilemma, was wir im Moment haben, nämlich dass es keine solide Datengrundlage gibt. Das ist auch das große Problem der Hebammen bundesweit, wenn sie argumentieren wollen, warum es dringend eine Verbesserung ihrer Situation braucht.

Ich möchte weiterhin noch einmal erinnern an die große Onlinepetition im Deutschen Bundestag, die am 5. Mai 2010 gestartet ist und die nach nur 3 Tagen für eine erforderliche Anzahl von 50.000 Unterstützerinnen einen solchen Zulauf erfahren hat, der uns wirklich hoffnungsfroh gestimmt hat, das muss ich ganz deutlich sagen. Insgesamt haben über 180.000 Bürgerinnen und Bürger diese Petition unterschrieben und sie damit zur erfolgreichsten Petition überhaupt gemacht.

Wenn man dann den Eindruck bekommt, es würde alles gut, nur weil es jetzt tatsächlich eine Studie gibt, die von Minister Rösler sehr groß angekündigt war, muss ich ganz deutlich sagen, schön ist, dass es endlich Anstrengungen in diese Richtung gibt. Auf der anderen Seite müssen wir ganz ehrlich kon-

(Abg. Rothe-Beinlich)

statieren, dass wir keine Anstrengungen sehen, dass tatsächlich ermittelt wird, welche Versorgungsbedarfe es von Frauen vor, während und nach der Geburt gibt. Genau diese Frage muss man sich stellen, wenn man darüber spricht, ob das Betreuungsverhältnis in Thüringen gut oder ausreichend ist.

Wenn es keine Hebammen im Umfeld gibt oder die Situation so schwierig ist, dass sie es schlicht nicht leisten können, eine interessierte Frau in der Form zu betreuen, wie sie sie adäquat betreuen wollen, weil sie zum Beispiel weiter weg lebt und in der Nähe keine Hebamme hat, dann ist das eine Verschiebung der Problemlage. Da hilft mir wenig zu sagen, der Trend setzt sich fort, die meisten Kinder kommen in Krankenhäusern zur Welt. Ich glaube, die spannende Frage ist, wie attraktiv wir dieses Angebot machen, dass wir sagen, wir wollen als Standard eine möglichst natürliche Geburt, denn Schwangerschaften sind bekanntermaßen in der Regel keine Krankheit, sondern etwas ganz Normales, was zum Lebenszyklus dazugehört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern wollen wir auch eine möglichst natürliche Geburt unterstützen und da sind die Hebammen die allerersten Ansprechpartnerinnen und auch die kompetentesten Ansprechpartnerinnen.

Ich möchte noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, den wir im Gespräch mit den Hebammen immer wieder gehört haben, der ihnen im wahrsten Sinne des Wortes das Leben schwer macht. Das ist die fehlende Anerkennung der Hebammen sowohl in der Öffentlichkeit,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn man nämlich sagt, wir haben doch genügend Krankenhäuser, wo man das Kind gebären kann, weil da gar nicht auf die Idee gekommen wird, die erste Ansprechpartnerin sollte aber die Hebamme sein. Es ist aber auch die fehlende Anerkennung vonseiten der Ärztinnen und Ärzte, die fehlende Anerkennung vonseiten der Krankenkassen. Das ist natürlich etwas, was die gut ausgebildeten Frauen - in Thüringen haben wir ja nur Frauen in diesem Beruf - sehr schmerzt, wenn sie verspüren müssen, dass ihre wichtige Arbeit nicht in dem Sinne wertgeschätzt wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, über ein Thema zu sprechen, das ich hochproblematisch finde, das ist die gestiegene Anzahl der Kaiserschnittgeburten, die wir beobachten, und zwar deutschlandweit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese werden ja auch noch propagiert von bekannten, gern zitierten „Vorzeigemüttern“, die aus Schönheitsaspekten sagen, ich bin doch nicht verrückt, ich bringe doch mein Kind nicht auf natürlichem Wege zur Welt, sondern ich lasse einen Kaiserschnitt machen, als ob das eine freie Auswahl wäre, wie ich lutsche dieses Halsbonbon oder ich nehme lieber Salbei oder ich schlucke dazu Tropfen. Das ist tatsächlich ein Problem, wenn wir wissen, dass die Zahl der Kaiserschnitte inzwischen derart angestiegen ist, dass es schon fast „unnormale“ ist, eine normale Geburt zu wagen. Das halte ich für problematisch.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir nachschauen, was die Gründe dafür sind und was uns die Hebammen erzählen, was uns auch viele Frauen erzählen, aber auch Ärzte zum Teil zugestehen, dann sind - ich muss es so sagen - Kaiserschnittgeburten schlichtweg attraktiver für die Kliniken. Sie bringen nämlich „längere Liegezeiten“ der betroffenen Frauen in den Kliniken. Sie bringen andere unkreative Abrechnungsmöglichkeiten mit sich. Das ist ein Problem. Ich glaube, das müssen wir ehrlich ansprechen, gerade wenn wir über das Gesundheitswesen diskutieren und die steigenden Kosten diskutieren. Wir wissen, dass viele der Kosten vermieden werden könnten, wenn wir tatsächlich - ich nenne es einmal so - das Primat auf die natürliche Geburt wieder legen würden, und da, wie gesagt, sollten die Hebammen unsere ersten Verbündeten sein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte aber auch noch einmal auf die Problematik der schon benannten Haftpflichtprämie bei den Hebammen zu sprechen kommen. Die ist es ja, die den Hebammen im Moment das Leben derart schwermacht, weil sie die Existenz im wahrsten Sinne des Wortes bedroht. Die Verdreifachung der Haftpflichtprämie für das Berufsrisiko Geburtshilfe in den letzten Jahren ist für die Hebammen nicht verkraftbar. Noch 2009 betrug die Prämie 2.370 €, seit dem 1. Juli sind es knapp 3.700 € und ein weiterer Anstieg ist absehbar. Wenn wir uns anschauen, da gibt es unterschiedliche Zahlen im deutschlandweiten Vergleich, aber jetzt auch natürlich aufgrund der Antworten, die wir auf die Anfrage bekommen haben, dass die Hebammen etwa 15.000 € „Jahresgewinn“ - so will ich es einmal in Anführungszeichen nennen - erwirtschaften, dann sind das etwa 1.250 € pro Monat, und das für einen enormen verantwortungs- und anspruchsvollen Job. Das ist einmal durchgerechnet worden auf einen Stundenlohn vom Deutschen Hebammenverband, der auf 7,45 € pro Stunde kommt. Das - das sage ich ganz deutlich - kann nicht akzeptabel sein,

(Abg. Rothe-Beinlich)

das ist noch unter allen Forderungen, die wir für einen Mindestlohn haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann es natürlich so nicht geben, zumal die Rufbereitschaft und die 24-stündige Verfügbarkeit selbstverständlich auch mit dazugehören. Wenn wir uns das also anschauen und diese Zahlen im Blick haben, dann können wir das ganz leicht ausrechnen, dass die Hebammen für die ersten sieben Geburten allein für die Haftpflichtprämie arbeiten. Die ersten sieben Geburten decken gerade einmal die Kosten der Haftpflichtprämie, die sie zahlen müssen. Es kommt aber auch noch dazu - und das wissen auch viele nicht -, dass die Hebammen von ihrem Honorar auch noch die Kranken- und Rentenversicherung bezahlen müssen. Sie sollen mobil sein. Das heißt, sie brauchen in der Regel einen Pkw, um unterwegs zu sein, und müssen gegebenenfalls auch noch eine Praxis unterhalten. Das Grundproblem ist die Reichsversicherungsordnung von 1911. Da, finde ich, spricht allein der Name für oder gegen sich, ganz wie man es nimmt. Er ist genauso alt, wie er klingt. Dass die Reichsversicherungsordnung von den Sozialgesetzbüchern zwar nach und nach abgelöst worden ist, aber eben mit einer Ausnahme, und die Ausnahme sind die Regelungen zu Schwangerschaft und Geburt. Das sind nun mal die einzigen leistungsrechtlichen Regelungen, die noch immer nicht in das Sozialgesetzbuch überführt wurden und die noch immer in der Reichsversicherungsordnung stehen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal erinnern an die rot-grüne Bundesregierung, die überhaupt damit begonnen hatte, die Versorgung mit Hebammenhilfe in das SGB V durch den § 134 a im Jahr 2004 einzufügen. Das war allerdings - das gebe ich gleich durchaus zu bedenken - nur ein erster Schritt. Der § 134 a regelt allein die Tarifverhandlungen zwischen dem Spitzenverband, der Krankenkasse und den Berufsverbänden. Alle anderen Regelungen finden sich noch immer in der Reichsversicherungsordnung, ohne dass sich im SGB auch nur ein Hinweis dazu findet. Diese Situation steht gewissermaßen symptomatisch für die Lage der Hebammen. Es fehlt ihnen trotz aller öffentlichen Bekenntnisse an der nötigen Unterstützung aus der Politik, aber auch aus vielen anderen Kreisen der Gesellschaft, das muss man auch so deutlich sagen. Wäre dies anders, wäre die Reichsversicherungsordnung vielleicht längst abgewickelt.

Ich möchte vier Forderungen benennen, die aus unserer Sicht entscheidend sind, damit wir die Situation der Hebammen tatsächlich verbessern und nicht nur postulieren, was alles gut wäre. Wir brauchen, das steht fest, eine solide Datengrundlage, um die Forderungen der Hebammen natürlich auch belegen zu können. Wir brauchen dringend eine

Überführung der Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung in das SGB. Wir brauchen - und das brauchen vor allen Dingen natürlich auch die Hebammen - eine effektive Interessenvertretung, denn auch in Thüringen ist es der Fall, es sind mitnichten alle Hebammen im Deutschen Hebammen-Verband z.B. vertreten, der übrigens neulich erst sein 20-jähriges Bestehen gefeiert hat, sondern es gibt auch diverse Hebammen, die eben nicht in diesen Verband eingetreten sind. Genau die sind natürlich noch sehr viel schwerer zu erfassen und deren Situation ist noch viel schwerer zu beschreiben. Und, das hatte ich vorhin schon benannt, wir brauchen eine höhere gesellschaftliche Anerkennung vor allem seitens der Politik, der Ärzte, der Ärztinnen, aber auch selbstverständlich von den Krankenkassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen ganz kurzen Punkt erwähnen, der mir wirklich wichtig ist. Gerade mit Blick darauf, dass es uns ja darum gehen muss, Regelungen zu finden, die dazu führen, dass die Hebammen und auch die angehenden Eltern sich künftig auch Hebammen selbstverständlich „leisten“ können und dieser Beruf auch so anerkannt wird, dass die Betroffenen, sprich die Hebammen, davon leben können. Ich denke, dass wir selbstverständlich dazu auch die von Herrn Rösler jetzt angekündigte Studie nutzen sollten. Nichtsdestotrotz braucht es ein gemeinsames Vorgehen natürlich für diese vier Punkte, die ich eben schon genannt habe, und ein klares Signal auch aus dem Thüringer Landtag, dass sich alle Fraktionen an die Seite der Hebammen stellen, um mit ihnen gemeinsam für lebenswerte Arbeitsbedingungen zu streiten, denn, ich sage es ganz deutlich, Frau Stange hat es vorhin erwähnt, jedes Kind wird zuerst durch die Hände einer Hebamme begrüßt. Das soll ja auch weiter so sein. Wir wollen selbstverständlich auch, dass diese Hände gewissermaßen auch behütet arbeiten können. In diesem Sinne schließe ich mich durchaus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE an, hier noch einmal dezidiert und durchaus auch differenziert im zuständigen Ausschuss dazu zu beraten. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich. Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Koppe für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bisher ist zu diesem Thema schon so allerhand gesagt worden. Ein paar kurze Punkte möchte ich schon noch einmal ansprechen. Im Au-

(Abg. Koppe)

gust letzten Jahres haben wir uns mit den Vertretern des hiesigen Deutschen Hebammenverbandes getroffen und uns über die teilweise prekäre Situation, auch das ist schon einmal angeklungen, des Berufsstandes intensiv ausgetauscht. Daraufhin habe ich mich persönlich beim Bundesminister für Gesundheit für ein rasches Angehen der Problematik, für eine gute Lösung stark gemacht. Am 09.11.2010 fand dann in Berlin das erste Spitzengespräch mit Vertretern der Hebammen und Minister Rösler statt, auf dem wiederum der Minister selbst den Hebammen seine Hilfe und die des Ministeriums zugesagt hat. Bei diesem Gespräch bestand Einigkeit darüber, dass zum einen valide Daten zu erheben seien, bevor man sich auf Bundesebene etwa an eine Novellierung des auch schon angesprochenen § 134 a SGB V machen kann. Am 16.11.2010 hat dann der Minister bei seinem Besuch in Thüringen genau dies mehrfach betont und klargestellt, dass die Hebammen Hilfe von der Politik erwarten können. Zu diesem Gespräch waren auch Vertreter der Thüringer Hebammen eingeladen, konnten aber aufgrund ihres am selben Tag stattfindenden 20-jährigen Jubiläums leider nicht daran teilnehmen. In mehrfachen Telefonaten danach haben wir den hiesigen Hebammen unsere Unterstützung und die des Bundesministers zugesichert sowie das weitere Vorgehen auf Bundesebene erläutert. Mitnichten wurden einfach, wie das ja manchmal in der Politik der Fall sein soll, die entsprechenden Referate im Ministerium allein mit der Lösungssuche beauftragt. Im Gegenteil, wir haben uns auf allen Ebenen dafür eingesetzt, auch die Betroffenen selbst mit an den Tisch zu holen, an welchem über das weitere Vorgehen entschieden werden soll im Sinne einer optimalen Lösung, also mit ihnen gemeinsam, das weitere Vorgehen zu besprechen. Dies hat dazu geführt, dass bei der Ausarbeitung des Untersuchungs- und Erhebungsgegenstandes die Hebammen direktes Mitspracherecht hatten und haben, so dass sichergestellt ist, dass auch die tatsächlichen Probleme dieses Berufsstandes ermittelt und untersucht werden können.

Am 08.02.2011 fand daher eine weitere Gesprächsrunde in Berlin statt, auf der letzte Details der Untersuchung erläutert werden konnten. Wir warten jetzt also gespannt auf die Zahlen und dann, das will ich noch einmal betonen, wird das BMG handeln. Es bleibt also festzuhalten, dass die Betroffenen selbst von Anbeginn auf allen Ebenen und bei jedem Schritt eingebunden waren und dies auch weiterhin sind. In diesem Sinne bin ich fest davon überzeugt, dass wir uns spätestens in diesem Jahr gemeinsam mit den Hebammen über eine auskömmliche Lösung im Sinne einer guten Zukunft für ihren Berufsstand freuen können. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Koppe. Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Hartung für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, zunächst Danke für die Frage, Danke für die sehr informativen Antworten. Es war sicher eine wichtige Frage mit wichtigen Antworten und sie waren informativ, das war von verschiedenen Rednern schon gesagt worden. Was uns allen natürlich völlig klar ist, ist die enorme Wichtigkeit von Hebammen.

(Beifall SPD)

Niemand wird das ernstlich bezweifeln. Auch ich persönlich durfte das relativ dramatisch erfahren in meinem allerersten Dienst als Notarzt, also wirklich der erste, als ich mitten in der Nacht zu einer Gebärenden gerufen wurde und ich schaute zu meinen beiden Rettungsassistenten, die waren beide relativ blass und hatte Schweißperlen auf der Stirn und weit und breit war keine Hebamme zu sehen, es kam auch keine. Da war mir die Bedeutung von Hebammen auch relativ klar und wichtig, da hätte ich gern eine dabei gehabt.

(Zwischenruf Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit: Ein gesundes Kind?)

Gesundes Kind. Diese Situation ist aber glücklicherweise die Ausnahme, auch deswegen, wie gesagt, es ist zehn Jahre her, in dieser Zeit hat die Zahl der Hebammen deutlich zugenommen. Bei sinkenden Geburten, also von 16.246 Geburten 2001 auf 15.763 Geburten 2009, haben wir einen Anstieg der gemeldeten Hebammen von etwa 50, also von etwa 10 Prozent.

Es ist unabhängig, Frau Rothe-Beinlich, ob das nun reale Hebammen sind oder ob das gemeldete Hebammen sind. Die Entwicklung ist doch deutlich, es gibt einen Anstieg. Das heißt, entweder sind die Hebammen, die es vorher gab jetzt in ganz Thüringen tätig und haben sich viel häufiger angemeldet als vorher, das kann ich nicht glauben, weil sie 24 Stunden für die von ihnen betreuten Mütter verfügbar sein müssen, da können sie nicht gleichzeitig in Eisenach und in Greiz arbeiten, sondern ich denke, es ist tatsächlich ein Zuwachs an Hebammen. Dass die vielleicht in mehreren Kreisen arbeiten, das mag sein.

Eine regionale Unterversorgung, das ergeben die Antworten auf die Fragen auch, gibt es nicht. Beruhigend ist dabei die Tatsache, dass der Kostendruck der Krankenkasse - das ist in der Ausführung sehr gut nachzulesen - nicht zu einer Zunahme der Hausgeburten geführt hat, bei gleichzeitigem Erhalt der Wahlfreiheit für die Frauen. Überhaupt nicht be-

(Abg. Dr. Hartung)

ruhigend - da muss ich mich den Vorrednern teilweise anschließen - ist die Zunahme der Kaiserschnittentbindungen um gut 44 Prozent. Das heißt, mittlerweile wird in Thüringen jedes vierte Kind eben nicht von den Händen der Hebamme begrüßt, sondern von denen des Gynäkologen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber das ist doch nicht normal.)

Natürlich, ist es auch nicht. Ich sage ja, es ist nicht beruhigend. Das habe ich gesagt, Frau Rothe-Beinlich, wenn Sie zugehört hätten, wäre Ihnen klar, dass wir einer Meinung sind.

(Beifall SPD)

Aber das Problem ist, dass es eben nicht nur die Krankenhäuser sind, die haben auch ihren Anteil, ein Kaiserschnitt bringt eben mehr Geld, als eine natürliche Geburt, aber es ist auch so, dass die Eltern durchaus bestimmen wollen, an welchem Tag ihr Kind geboren wird, dass es kosmetische Ursachen gibt. Es ist eine beängstigende Entwicklung unserer Zeit, dass moderne Medizin praktisch ohne Frage nach dem tatsächlichen Sinn und ohne Nachfrage nach der tatsächlichen Notwendigkeit in Anspruch genommen wird. Hier brauchen wir aber keine Gesetze, hier brauchen wir Aufklärung. Ich denke, auch mit den Antworten auf diese Frage, ist eine Argumentationshilfe gegeben.

Zur Einkommensstruktur der Hebammen: Ich glaube, diese Frage ist sehr komplex, weil jede Hebamme in Thüringen eine ganz eigene Beziehung an Einkommen hat. Es gibt angestellte in Krankenhäusern, die nebenbei freiberuflich tätig sind, in unterschiedlicher Stundenzahl im Krankenhaus beschäftigt sind, mit unterschiedlichen Verhältnisse zu der entsprechenden Klinik, da gibt es Absprachen - ich sage jetzt mal nicht, gegenseitige Deals -, es gibt unterschiedliche Verhältnisse zu Geburtshäusern und Ähnlichem. Das ist ein sehr individueller Mix und auch ein sehr komplexes Thema und es ist schwierig, von außen in diese Problematik einzugreifen. Was davon aber völlig unbenommen ist - und da stimme ich den meisten meiner Vorredner zu -, ist die Tatsache, dass jede nicht unabwendbare finanzielle Aufwendung, die mit dem Beruf zusammenhängt, sich in der Gebührenordnung widerspiegeln muss. Das heißt, ausdrücklich auch, die Gebührenordnung muss den gestiegenen Beiträgen in der Haftpflichtversicherung angepasst werden und es ist eine Fußnote, die ich jetzt hier gern setzen möchte - das hat bis jetzt kein anderer gemacht, zumindest ist es mir nicht aufgefallen -, die Tatsache, dass die Beiträge so enorm gestiegen sind, hat nichts damit zu tun, dass wir mehr Geburtszwischenfälle haben. Es hat etwas damit zu tun, dass glücklicherweise die Kinder, die einen Geburtsschaden oder einen Schaden unter der Geburt erleiden,

eine wesentlich höhere Lebenserwartung haben, als es noch früher der Fall war und deswegen natürlich die Aufwendungen für diese eventuell behinderten Kinder höher sind. Die Grundlage ist eigentlich eine positive Meldung. Auch ein Kind, das unter der Geburt einen Schaden erleidet, hat heute eine - vielleicht nicht normale - aber eine wesentlich höhere Lebenserwartung als es früher der Fall war. Ich betone das noch einmal, diese gestiegenen Aufwendungen müssen sich in der Gebührenordnung niederschlagen. Das ist aber nicht in erster Linie eine Aufforderung an die Politik, das ist in erster Linie eine Aufforderung an die beiden Verhandlungspartner, nämlich den Bundesverband der Hebammen und die Vertreter der Kassen.

Wer eine Schwangere wählen lassen möchte, wie und wo sie ihr Kind zur Welt bringt, der muss auch die finanziellen Grundlagen schaffen, dass Freiberuflichkeit bestehen kann. Diese Freiberuflichkeit wollen wir alle und das heißt, es muss dann in diesen Verhandlungen auch eine auskömmliche Regelung für alle Hebammen gefunden werden. Nur wenn das nicht der Fall ist, dann ist selbstverständlich die Politik in der Pflicht, um Regelungen einzuführen.

Der Vergleich der Kosten einer Klinikentbindung mit denen einer Hausgeburt - das ist auch abgefragt und aufgeführt worden - macht deutlich, dass auch die Krankenkassen durchaus ein Interesse haben, diesen Verhandlungsspielraum, der sich ergibt, auszunutzen. Im Sinne der Kassen, aber vor allem im Sinne der Schwangeren und der sicheren, gut betreuten Geburt muss man an die Verhandlungspartner appellieren, dass sie zu einem vernünftigen Ergebnis kommen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Dr. Hartung. Ich habe jetzt niemanden mehr auf der Rednerliste. Aber Frau Ministerin hat jetzt um das Wort gebeten. Bitte, Frau Ministerin.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, wir haben uns sehr intensiv mit der Situation der Hebammen und Entbindungspfleger in unserem Freistaat sowie der entsprechenden Versorgungssituation für unsere schwangeren Frauen und jungen Mütter befasst. Im Ergebnis hat die Landesregierung auf die 100 Fragen in der Großen Anfrage, Situation der Hebammenarbeit in Thüringen, eine umfassende Antwort gegeben, die Ihnen in der Drucksache 5/1616 vorliegt. In Auswertung der der Landesregierung vorliegenden Daten, Zahlen und Fakten bleibt festzustellen, dass

(Ministerin Taubert)

es in Thüringen keine Defizite in der Versorgung mit Hebammenleistungen gibt. Das gilt sowohl für den stationären als auch für den ambulanten Bereich. Nach dem Ergebnis der Abfrage der Krankenhäuser sind in keinem der Thüringer Krankenhäuser, die sich an der Umfrage beteiligt haben, Hebammenstellen unbesetzt bzw. haben die Thüringer Krankenhäuser jeweils ausreichend Beleghebammen vertraglich gebunden. Die Versorgung mit Hebammenhilfe ist auch nach der Vertragspartnerliste „Hebammen des GKV-Spitzenverbands“ sichergestellt. Entsprechend können wir davon ausgehen, dass unsere Thüringer Schwangeren auch auf Basis bestehender Angebote die freie Entscheidung haben, wo sie entbinden wollen. Nach wie vor entscheiden sich in Thüringen rund 95 Prozent unserer Frauen für eine stationäre oder auch ambulante Entbindung im Krankenhaus, wo neben Hebammen und ihren mitgebrachten Beleghebammen, auch ärztliche Geburtshelfer und Kinderärzte für den Bedarfsfall bereitstehen.

Thüringen verfügt über 26 Standorte gynäkologischer und geburtshilflicher Krankenhausabteilungen, die gut erreichbar sind. Die Thüringer Geburtskliniken haben sich auf die ganz persönlichen Bedürfnisse und Wünsche von Schwangeren und ihren Partnern eingestellt, damit sich diese auch rundum gut versorgt fühlen. Die Zahlen der Hausgeburten und Geburtshausgeburten sind nach Angaben des Deutschen Hebammenverbands seit dem Jahr 2000 deutlich rückläufig. Gab es im Jahr 2000 85 Hausgeburten und 267 Geburtshausgeburten, waren es im Jahr 2009 nur noch 42 Hausgeburten und 162 Geburtshausgeburten. Nach erst jüngst durch die Präsidentin des Deutschen Hebammenverbands, Frau Martina Klenk, abgegebener Bewertung, ist dieser bundesweit feststellbare Rückgang vor allem bedingt durch die sinkenden Geburtszahlen. Zudem steht diese Entwicklung in keinem direkten zeitlichen Zusammenhang mit der Erhöhung der Berufshaftpflichtversicherungen. Es sei auch betont, dass wir im Rahmen der intensiven Befassung mit der Thematik keine Informationen zu Beschwerden von Frauen und Familien über eine defizitäre Versorgung erhalten haben. In der Beantwortung der Großen Anfrage wie auch der vorangegangenen Mündlichen Anfrage 5/992 und des Antrags der CDU-Fraktion haben wir das Thüringer Landesamt für Statistik, die Landesärztekammer Thüringen, die Thüringer Krankenhäuser und Gesundheitsämter, die gesetzlichen Krankenkassen sowie den Hebammenlandesverband selbst einbezogen. Nach den uns durch das Thüringer Landesamt für Statistik zur Verfügung gestellten Zahlen zu den im Freistaat Thüringen fest angestellten, freiberuflichen oder als Beleghebamme tätigen Hebammen und Entbindungspflegern sowie nach den durch die Krankenkassen benannten Zahlen zu Verträgen mit freiberuflich tätigen Hebammen gemäß § 134 a SGB V ist die Anzahl der Hebammen

in Thüringen in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen. Bei den freiberuflich tätigen Hebammen von 2001 mit 215 Hebammen auf 2009 mit 286 Hebammen, bei der Anzahl der im Krankenhaus angestellten Hebammen von 2002 mit 210 Hebammen auf 2009 mit 193 Hebammen, Beleghebammen von freiberuflich tätigen Hebammen im Jahr 2002 18 im Jahr 2009 77. Es sei an dieser Stelle kurz erwähnt, dass es im Freistaat keinen tätigen Entbindungspfleger gibt, daher wird in der Folge ausschließlich von Hebammen gesprochen.

Nicht ganz so positiv entwickeln sich die Geburtenzahlen. So ist die Anzahl der in Thüringen erfassten Geburten von 2008 auf 2009 von 16.089 auf 15.763 zurückgegangen. Das bedeutet in der rein mathematischen Überlegung auch für die freiberuflich tätigen Hebammen weniger Einsätze.

Als aktuell stark diskutiertes Problem kommt für die freiberuflich tätige Hebamme die Belastung durch die gestiegenen Berufshaftpflichtprämien hinzu, die sich, und das betone ich ausdrücklich, nicht durch eine Erhöhung der Schädigungsrate so entwickelt hat, sondern durch erweiterte Rechtsansprüche durch Schadensersatzklagen. Der Bundesgesetzgeber hat zwar mit § 134 a SGB V - Versorgung mit Hebammenhilfe - dafür Sorge getragen, dass bei den durch die Selbstverwaltung eigenverantwortlich zu führenden Vergütungsverhandlungen die berechtigten wirtschaftlichen Interessen und damit eben auch die Belastung durch höhere Haftpflichtprämien zu berücksichtigen sind. Kommt es aber zwischen den Vertragsparteien, Spitzenverband Bund der Krankenkassen und den Hebammenbundesverbänden nicht zu einer Einigung, dann greift gemäß § 134 a Abs. 3 und 4 SGB V ein Schiedsstellenverfahren, an dem auch unparteiische Vertreter beider Seiten beteiligt sind. So geschehen ist dies im Frühjahr letzten Jahres. Nachdem die Hebammenbundesverbände aufgrund der gestiegenen Berufshaftpflichtprämien, die erst im Dezember 2009 mit dem Spitzenverband Bund einvernehmlich abgeschlossene und ab 1. Januar 2010 gültige Vergütungsvereinbarung zur Disposition gestellt hatten, konnte dazu keine Einigung erzielt werden. Der am 5. Juli 2010 daraufhin erfolgte Schiedsspruch wurde von den beteiligten Mitgliedern der Schiedsstelle so bewertet, dass eine Erhöhung der Haftpflichtprämien sehr weitgehend Berücksichtigung gefunden hat. Im Ergebnis bekommen die Hebammen rückwirkend ab dem 1. Juli 2010 eine höhere Vergütung für Beleggeburten im Krankenhaus sowie außerklinische Geburten. Das BMG als Aufsicht führende Behörde über die Schiedsämter hat den Schiedsspruch nicht beanstandet, damit auch Herr Rösler nicht.

Auch an dieser Stelle will ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass die Länder auf dieses Verfahren keinerlei Einfluss bzw. keine Eingriffsmöglichkeiten haben. Die Länder sind daher einen an-

(Ministerin Taubert)

deren Weg gegangen und haben mit dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 1. Juli 2010 die Bundesregierung aufgefordert, mit Blick auf die gestiegenen Berufshaftpflichtprämien zur Sicherung des Versorgungsangebots der Hebammen Lösungsmöglichkeiten zu prüfen. Das war also vor einem halben Jahr.

Da es bis zum heutigen Tag darauf keine Antwort gibt, wird Thüringen darauf hinwirken, dass die Länder die Bundesregierung auf eine baldige Antwort drängen. Insofern freue ich mich, dass wir mit Herrn Koppe in unserem Landtag einen Abgeordneten haben, der sich persönlich dafür einsetzt, dass zumindest die Thüringer Landesregierung und alle anderen Landesregierungen auf unsere Anfrage vor einem halben Jahr eine Antwort bekommen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einem im Dezember 2010 von der zuständigen Mitarbeiterin meines Hauses mit der Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes Frau Klenk geführten Gespräch informierte diese darüber, dass es zwischenzeitlich aber ein Gespräch des Verbandes gab. Das wurde heute bestätigt. Der Minister habe sich für die Probleme offen gezeigt und eine Prüfung der Änderungen dahin gehend in Aussicht gestellt, dass zukünftig die berechtigten wirtschaftlichen Interessen eine stärkere Beachtung finden sollen. Leider ist es für die Länder auch sehr schwierig, den Schiedsspruch vom Juli des letzten Jahres hinsichtlich seiner Wirksamkeit auf finanzielle Entlastung der Hebammen zu bewerten. Dafür liegen den Ländern keine Detailkenntnisse vor. Auch der Hebammenlandesverband Thüringen konnte im Rahmen unserer Bitte um Unterstützung bei der Beantwortung der Großen Anfrage keine genauen Angaben zur Untersetzung der infrage stehenden Versorgungsgefährdung beziehungsweise Versorgungsdefizite machen, da ihnen nach eigener Aussage auch keine sicheren Angaben vorliegen. Entsprechend konnte der Landesverband auch keine konkreten Aussagen dazu treffen, wo und in welchem Ausmaß Defizite hinsichtlich der Versorgung mit Hebammenleistungen in unserem Freistaat bestehen. Die der Landesregierung vorliegenden Zahlen, Daten und Fakten begründen die Annahme von Versorgungslücken und das Vorliegen darauf beruhender Beschwerden nicht. Allerdings sei auch noch einmal an dieser Stelle erwähnt, dass die amtliche Statistik keine Daten zu Hausgeburten und Geburten im Geburtshaus sowie auch keine Angaben zu von Beleghebammen betreuten Geburten ausweist, so dass, um Aussagen machen zu können, derzeitige aufwendige Befragungen erforderlich wären, die eine Beteiligung der angefragten Stellen voraussetzt.

Vor diesem Hintergrund ist der auf Bundesebene gestellte Antrag der Fraktion der GRÜNEN nach ei-

ner besseren Erhebung von Leistungszahlen im Rahmen der amtlichen Statistik und oder auch entsprechende Studien zu begrüßen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke!)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle sind zweifelsfrei einvernehmlich der Auffassung, dass Hebammen gemeinsam mit Fachärzten für Gynäkologie und Geburtshilfe einen entscheidenden Beitrag für die Gesundheit von schwangeren Frauen und ihren ungeborenen Kindern sowie Müttern und Kindern leisten können. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil einer qualitativ hochwertigen medizinischen und sozialmedizinischen Versorgung von Frauen, Kindern und Familien in unserem Freistaat. Neben der Geburtsbegleitung gewährleisten sie eine individuelle Betreuung von Schwangeren und Wöchnerinnen. Sie sind dabei Vertrauter, persönlicher Ansprechpartner für Schwangere, Mütter und Familien. Die Leistungen der freiberuflich tätigen Hebammen sind konkret in der Hebammenvergütungsvereinbarung als Bestandteil des Vorbenannten zwischen den Partnern der Selbstverwaltung ausgehandelten Vertrages nach § 134 a mit Hebammenhilfe Sozialgesetzbuch V geregelt. Danach umfasst die Hebammenhilfe die Beratung und Betreuung während Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit. Sie gewährleistet die Beratung, Begleitung und Versorgung von Mutter und Kind. Neben diesen gesetzlich verankerten gesundheitlichen Leistungen, die gegenwärtig regelhaft bis acht Wochen nach der Geburt beziehungsweise bei medizinischem Erfordernis und entsprechender ärztlicher Verordnung auch darüber hinaus gewährt werden, werden Hebammen zunehmend auch präventiv und sozialmedizinisch tätig. Sie nehmen dabei unmittelbar Einfluss auf die Gesundheits-, Erziehungs-, Alltags- und Haushaltskompetenz von Eltern und Kindern sowie auf die Eltern-, Mutter- und Kindbeziehung. Insbesondere die Fortbildung der Hebammen zu Familienhebammen stärkt die dafür notwendige soziale Kompetenz und schließt damit die Möglichkeit einer weiterführenden Begleitung von Familien im Sinne einer gelingenden präventiven und familienunterstützenden Arbeit ein. Die Leistungen von Familienhebammen sind wichtiger Bestandteil von frühen Hilfen im Rahmen der Jugendhilfe. Den konkreten Ansatz und die erforderlichen Leistungen legen die jeweils zuständigen Jugendämter eigenverantwortlich in Kooperation mit der Familienhebamme im Rahmen einer Kosten- und Leistungsvereinbarung fest. Der Einsatz einer Familienhebamme ist bis zum vollendeten ersten Lebensjahr des Kindes möglich. Das Land hat keinen Einfluss auf die Entscheidung des Jugendamts über den Einsatz einer Familienhebamme. Hinzu kommt auch, dass die Entscheidung des Jugendamts natürlich auch davon abhängig ist, ob in seinem Zuständigkeitsbereich überhaupt eine

(Ministerin Taubert)

entsprechend qualifizierte Familienhebamme zur Verfügung steht. Das Land hat den örtlich zuständigen Jugendämtern für die örtliche Jugendförderung im Jahr 2010 Mittel in Höhe von 11 Mio. € zur Verfügung gestellt. Auch im Jahr 2011 ist dieser Betrag gleich geblieben. Aus dieser Förderung gewährleisten die Jugendämter geeignete Hilfen für Kinder und Jugendliche, die auch die Möglichkeit des Einsatzes von Familienhebammen eröffnen.

Die Gesundheitsministerkonferenz hat in Umsetzung ihres im Juni 2009 einstimmig verabschiedeten Beschlusses die Länder unter Federführung von Thüringen beauftragt, zum gemeinsamen Bericht der Jugend- und Familienministerkonferenz und der Gesundheitsministerkonferenz zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Gesundheitswesen ergänzende Vorschläge aus Sicht des Gesundheitsressorts zu erarbeiten. Thüringen hat unter Mitwirkung von weiteren sieben Ländern in der Folge den Handlungsbedarf hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe aufgezeigt und Vorschläge für deren Verbesserung entwickelt. Gemäß der in der Folge durch GMK und JFMK im März 2010 herbeigeführten Beschlüsse wurden die unter Federführung von Thüringen entwickelten Vorschläge für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe gemeinsam mit dem oben genannten Bericht an die Bundesregierung weitergereicht. Diese Vorschläge beziehen sich maßgeblich auf die Sicherung der Versorgung mit Hebammenleistungen und dabei insbesondere auf die Stärkung der präventiven und sozialmedizinischen Leistungen, um diese wirkungsvoller als bisher für Mütter und Kind einsetzen zu können.

GMK und JFMK bitten die Bundesregierung im Einzelnen:

1. um die Überprüfung der Erweiterung des derzeitigen Abrechnungszeitrahmens von Hebammenleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung über die bisherigen acht Wochen hinaus bis zu einem halben Jahr;
2. um die Prüfung einer Änderung des § 134 a SGB V - Versorgung mit Hebammenhilfe - hinsichtlich der Erweiterung der zur Abrechnung von Hebammenleistungen berechtigten Leistungserbringer um die Gruppe der angestellten Hebammen sowie sonstiger Leistungserbringer, z.B. Jugendhilfeträger, soziale Einrichtungen, Jugend- bzw. Gesundheitsämter;
3. die Neuregelung des Leistungsumfangs bei Schwangerschaft und Mutterschaft durch Aufnahme von weiteren präventiven Leistungen; hier geht es um die Unterstützung der Mutter-Kind-Bindung, der Eltern-Kind-Bindung, der Gesundheitskompetenz sowie von familienbezogenen sozial relevanten Leistungen zur Verhinderung von Vernachlässi-

gung und Misshandlung unter Einbeziehung der Ergebnisse der laufenden Modellprojekte;

4. um die Beschreibung der gesundheitlichen und familienbezogenen sozial relevanten Leistungen von Hebammen unter Einbeziehung von laufenden oder noch zu veranlassenden Modellprojekten als Voraussetzung für die Zusammenführung der von Hebammen erbrachten Leistungen in eine Komplexleistung und die dafür erforderliche eindeutige Zuordnung der jeweiligen Leistung zum zuständigen Kostenträger.

Hebammen, meine Damen und Herren, müssen als maßgebliche Schnittstelle im Bedarfsfall zukünftig mehr Möglichkeiten für eine individuelle, bedarfsgerechte Unterstützung als bisher haben. Dafür erscheint eine Erweiterung des Leistungsumfangs sowie auch dessen zeitlicher Rahmen geboten. Das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesfamilienministerium wurden aufgefordert, den im Bericht und den ergänzenden Vorschlägen aufgezeigten Änderungsbedarf in einer länderoffenen Arbeitsgruppe weiter zu erörtern und die erforderlichen gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen bis zum Jahr 2011 zu veranlassen. In der Folge hat die Jugend- und Familienministerkonferenz im Jahr 2010 und die Gesundheitsministerkonferenz im Juni 2010 die Bundesregierung aufgefordert, die Landesgesundheitsressorts in der Beratung zum Bundeskinderschutzgesetz einzubeziehen. Auch hier ist für uns unverständlich, dass der aktuell vorliegende Referentenentwurf auf den oben genannten Änderungsbedarf so gut wie gar nicht eingeht. Wir werden auch weiterhin darauf drängen und uns in diese wichtige, die Versorgung mit Hebammenleistung auch zukünftig absichernde Arbeit einbringen. Der Bundesgesetzgeber muss verbindliche und die Versorgung auf hohem Niveau sichernde Rahmenbedingungen gewährleisten. Wir werden insbesondere auf die Antwort der Bundesregierung, auf den GMK-Beschluss 2010 hinsichtlich der Bitte der Länder um Lösungen des Problems der hohen Haftpflichtprämien für freiberuflich tätige Hebammen drängen und diese Antwort genau analysieren. Vielen Dank für Ihre zumindest partielle Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Frau Ministerin Taubert.

(Unruhe im Hause)

Zumindest haben alle an der richtigen Stelle applaudiert, Frau Ministerin. Es ist der Antrag auf Weiterberatung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit ausgesprochen worden. Ich stelle diese Überweisung jetzt zur Abstimmung. Wer für die Weiterberatung der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE im eben genannten Ausschuss ist, den

(Vizepräsidentin Hitzing)

bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Kommen aus den Fraktionen der SPD, CDU und FDP. Damit ist die Überweisung nicht angenommen worden.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich schließe an dieser Stelle den Tagesordnungspunkt und die heutige Sitzung. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wo-

chenende. In dieser Runde sehen wir uns wieder am 23., 24. und 25. März. Auf Wiedersehen.

Ende: 16:08 Uhr